



Bernd Faulenbach

# WARUM WIR UNS ERINNERN WOLLEN

Essays und  
Analysen  
(2003 – 2021)



Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



**Bernd Faulenbach**

# **WARUM WIR UNS ERINNERN WOLLEN**

**Essays und  
Analysen**  
(2003 – 2021)

**Gefördert vom**

**im Rahmen des Bundesprogramms**



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

**Demokratie leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

## **Impressum**

© 2021 Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.  
Stauffenbergstraße 13-14  
10785 Berlin

[www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)  
[info@gegen-vergessen.de](mailto:info@gegen-vergessen.de)

Titelfotos: Uwe Thiemann. Die Abbildungen zeigen eine Szene aus dem Deutschen Bundestag (oben) und ein Gleis im Berliner Bahnhof Grunewald, auf dem während des Zweiten Weltkrieges zahlreiche Deportationszüge abfahren.

Gestaltung und Layout: Atanassow-Grafikdesign, Dresden  
Druck und Herstellung: addprint AG, Bannewitz/Possendorf

ISBN 978-3-9820589-6-2

## **INHALT**

|                                                                                                    |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>Vorwort von Andreas Voßkuhle</b>                                                                | 5  |
| <b>Zu dieser Sammlung von Essays, Analysen und anderen Texten</b>                                  | 8  |
| <br>                                                                                               |    |
| <b>I. Grundsätzliche Fragen zur deutschen Erinnerungskultur</b>                                    |    |
| Warum wir nicht vergessen wollen                                                                   | 12 |
| Entwicklungstendenzen der Gedenkstättenarbeit seit der Wiedervereinigung                           | 17 |
| NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren!                   | 27 |
| Die Deutschen als Opfer? Zur Frage eines Paradigmenwechsels                                        | 30 |
| Zum Projekt eines Exilmuseums                                                                      | 32 |
| Zur erinnerungspolitischen Rolle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge                     | 36 |
| <br>                                                                                               |    |
| <b>II. Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur</b>                                              |    |
| Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte                                        | 40 |
| Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit in Deutschland                              | 47 |
| <br>                                                                                               |    |
| <b>III. Neue Herausforderungen der Erinnerungskultur</b>                                           |    |
| Einwandern in unsere Geschichte?                                                                   | 54 |
| Antisemitismus als altes und neues Problem                                                         | 57 |
| Rassismus, Antisemitismus und die Aufarbeitung des Kolonialismus –<br>Der Streit um Achille Mbembe | 59 |
| <br>                                                                                               |    |
| <b>IV. Der europäische Zusammenhang als Aufgabe der Erinnerungsarbeit</b>                          |    |
| Trennende und gemeinsame Erinnerungen in Europa?                                                   | 66 |
| Vom Umgang mit europäischer und nationaler Geschichte heute                                        | 70 |
| Europäische Demokratiegeschichte als Desiderat                                                     | 74 |
| <br>                                                                                               |    |
| <b>V. Zur Beurteilung von Stationen und Weggabelungen deutscher Geschichte</b>                     |    |
| Zur Bedeutung des Jahres 1917 heute                                                                | 78 |
| Vor 100 Jahren: die Durchsetzung der Demokratie in schwieriger Zeit (1918/19)                      | 82 |
| Die europäische Krise ein Jahrhundert nach den Pariser Vorortverträgen                             | 87 |
| Zur Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939                                           | 92 |

|                                                        |     |
|--------------------------------------------------------|-----|
| Nachbetrachtung zum 27. Januar (2020)                  | 96  |
| Zur Interpretation des 20. Juli 1944                   | 98  |
| Der 8. Mai 1945 aus unterschiedlichen Perspektiven     | 106 |
| „Wir wollen freie Menschen sein“ – Zum 17. Juni 1953   | 112 |
| 1989 als Erinnerungsort der Demokratiegeschichte       | 115 |
| Die Auseinandersetzung um das Erbe von 1989            | 118 |
| 150 Jahre Reichsgründung – 30 Jahre Wiedervereinigung. | 124 |

## **VI. Tendenzen und Probleme gegenwärtiger Demokratie**

|                                                                      |     |
|----------------------------------------------------------------------|-----|
| Rückfall in den Nationalismus als internationale Tendenz?            | 132 |
| Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2017 und ihren Konsequenzen          | 135 |
| Nach dem G20-Gipfel – Zur Diskussion über linksextremistische Gewalt | 138 |
| Politikverdrossenheit und Bürgerbeteiligung                          | 142 |
| „Volk und Demokratie“ – zu einer irritierenden Diskussion            | 145 |
| Krise der Demokratie?                                                | 149 |
| Gespaltene Gesellschaft?                                             | 154 |

## **VII. Zur Geschichte der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie**

|                                                              |     |
|--------------------------------------------------------------|-----|
| Kontexte der Entstehung von Gegen Vergessen – Für Demokratie | 160 |
| Zur Erinnerung an Heinz Putzrath                             | 163 |
| Zum 90. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel                     | 165 |
| Erinnerungsarbeit ‚vor Ort‘ – zur Arbeit der Regionalgruppen | 171 |
| Zum Tode von Hans Koschnick                                  | 174 |
| Das Vermächtnis des Gründungsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel  | 177 |
| Zur Vereinsentwicklung der vergangenen Jahre (Interview)     | 182 |
| Über den Autor                                               | 185 |

## **VORWORT von Andreas Voßkuhle**

„Mir ist es bei unserer Arbeit besonders auf die konzeptionelle Weiterentwicklung angekommen. Es reicht nicht aus, irgendwie aktiv zu sein und sich alarmistischen Stimmungen anzupassen, vielmehr müssen wir unsere spezifischen Beiträge leisten und diese auch in den jeweiligen Kontexten und Gesamtzusammenhängen begründen“, so äußerte sich mein Vorgänger im Amt des Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Bernd Faulenbach, in einem Interview, das Sie am Ende dieser Broschüre lesen können. Dieses Zitat beschreibt auch sehr gut die Quintessenz der vorliegenden Publikation: Es sind „spezifische Beiträge“ von Bernd Faulenbach aus seiner Zeit als Vorsitzender, die allesamt das Ziel verfolgen, die Arbeit der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. konzeptionell weiterzuentwickeln und zu einer Gesellschaft in Vielfalt beizutragen, in der menschenfeindliche Handlungen keinen Platz haben.

Dass dies etwas mit einem spezifischen Blick auf Geschichte und Erinnerungskultur zu tun hat, wird niemanden verwundern, der Herrn Faulenbach oder die Vereinigung auch nur flüchtig kennt. Als Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 1993 gegründet wird, ist Bernd Faulenbach schon über ein Jahrzehnt zuständig für den Bereich Geschichte und Theorie am Forschungsinstitut für Arbeiterbildung in Recklinghausen. Im Gründungsjahr 1993 wird er Honorarprofessor für Zeitgeschichte und ist von Anfang an bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. dabei. Im Interview in dieser Broschüre bezeichnet sich Bernd Faulenbach selbst als „Zeitzeuge“ für die Entstehung des Vereins und schreibt von einer vorbereitenden Gesprächsrunde im Dezember 1989. Seit 2004 bekleidete er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden, von 2015 bis 2020 war er Vorsitzender der Vereinigung. Aus dieser Zeit stammen auch die meisten der kurzen Essays und Analysen, die, von einem Beitrag abgesehen, zuerst in der Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ erschienen.

In seinen Beiträgen greift Bernd Faulenbach die verschiedensten Aspekte von Erinnerungskultur auf. Dies macht diese Publikation zu einem gut lesbaren Kompendium der verschiedenen Erinnerungsdiskurse, die in Deutschland relevant sind und die zu kennen notwendig ist, um an so manchen Diskussionen und Entscheidungen im politischen Raum teilhaben zu können. In keinem seiner hier publizierten Beiträge bleibt Faulenbach bei theoretischen Erörterungen stehen. Immer geht es ihm um die „konzeptionelle Weiterentwicklung“ der konkreten praktischen Arbeit, sei es in der praktischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit vor Ort oder in bundesweiten Vorhaben. Dabei schwingt auch die Überzeugung mit, dass er als Historiker auf keinen

Fall im engen Elfenbeinturm der Geschichtswissenschaft bleiben dürfe. Mit großer Leidenschaft wirkte er in den öffentlichen Raum hinein, bewegte sich zwischen den Spannungsfeldern Politik und Gesellschaft und beteiligte sich an zahlreichen gesellschaftlichen und geschichtswissenschaftlichen Debatten.

Dabei war Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nicht sein einziges Betätigungsfeld. Es gab kaum eine zeithistorisch arbeitende Kommission, in der Bernd Faulenbach nicht irgendwann einmal aktiv mitgewirkt hat. So war er von 1993 bis 2020 Vorsitzender der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, saß in verschiedenen Enquete-Kommissionen des Bundestages, war von 1998 bis 2016 stellvertretender Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und war von 1989 bis 2018 Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Vorstand. All diese praktischen Erfahrungen, durch denen er die Erinnerungskultur in Deutschland nachhaltig mitprägte, flossen auch in seine Arbeit bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ein. Und auch seine akademische Tätigkeit war von seinen praktischen Ehrenämtern nicht zu trennen: Kaum ein erinnerungspolitisches Thema, zu dem er nicht auf einen eigenen Aufsatz, oder auf eine kürzlich erschienene Dissertation, die er betreute, hinweisen konnte.

Allein schon die 190 Seiten dieser kleinen Broschüre zeigen eindrucksvoll, wie vielfältig die programmatische Tätigkeit von Bernd Faulenbach für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war. Begonnen haben wir die vorliegende Sammlung mit Grundsatzartikeln zur deutschen Erinnerungskultur. Dass darin auch die sogenannte Faulenbachsche Formel („NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren“) zur Sprache kommt, ist selbstverständlich, handelt es sich dabei doch um ein Diktum des antitotalitären Konsenses, den Faulenbach in den 1990er Jahren formuliert hat und der bis heute von einem breiten Spektrum in Wissenschaft und Öffentlichkeit akzeptiert und getragen wird.

In den vergangenen Jahren hat Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. neben der Erinnerung an die beiden Diktaturen auf deutschem Boden sich auch „Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte“ eingesetzt, so die Überschrift eines Aufsatzes von Bernd Faulenbach, den Sie ebenfalls in dieser Broschüre lesen können. Bei der Etablierung der Demokratiegeschichte im öffentlichen Diskurs entwickelte mein Vorgänger im Amt des Vorsitzenden so etwas wie eine weitere Faulenbachsche Formel, die sich auf das Verhältnis von Demokratie- zu Diktaturgeschichte bezieht und die ebenfalls in dieser Broschüre nachzulesen ist (vgl. Seite 49).

Immer wieder richtete er sein Augenmerk auf Veränderungen und auf „Neue Herausforderungen in der Erinnerungskultur“, wie ein weiteres Kapitel dieser Publikation lautet. Er beschäftigte sich zum Beispiel mit dem Thema Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft und der Aufarbeitung des Kolonialismus. Erinnerungskultur versteht Faulenbach nie als monolithischen Block, nie als feststehend, sondern als sich ständig verändernd, allerdings nicht durch anonyme Kräfte, sondern ganz konkret durch Menschen, durch Bürgerinnen und Bürger, wie sie zum Beispiel in der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., aber auch in vielen weiteren Geschichtsinitiativen überall im Land versammelt sind.

Ein besonderes Anliegen war es Bernd Faulenbach auch, die deutsche Geschichts- und Erinnerungskultur immer im Zusammenspiel mit europäischen und globalen Geschichts- und Erinnerungsdiskursen zu verstehen und zu betrachten.

Zum anderen äußerte sich der Vorsitzende Bernd Faulenbach auch häufig sehr konkret zu bestimmten Erinnerungsanlässen, die er den Mitgliedern „seines“ Vereins und einer interessierten Öffentlichkeit erläuterte. Diese „Weggabelungen deutscher Geschichte“, wie z. B. die Jahre 1917 und 1918/19, den Beginn des Zweiten Weltkrieges und der 8. Mai 1945, aber auch der 17. Juni 1953 und die friedliche Revolution des Jahres 1989, hielt er für die Erinnerungsarbeit vor Ort, aber auch für alle Menschen, die in Deutschland leben, für relevant und wissenschaftlich.

Mit dem Blick auf die Geschichte und aus der Geschichte war und ist es dem Historiker Bernd Faulenbach ein Anliegen, breite Bevölkerungskreise für problematische Phänomene in der Gegenwart zu sensibilisieren. Daher schrieb Bernd Faulenbach häufig auch Artikel, die wir im Kapitel „Tendenzen und Probleme gegenwärtiger Demokratie“ gebündelt haben.

Nicht zuletzt verstand sich der Historiker Bernd Faulenbach auch als Geschichtsschreiber der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und würdigte in der Vereinszeitschrift immer wieder Persönlichkeiten wie Heinz Putzrath, Hans-Jochen Vogel oder Hans Koschnick, die für den Verein wichtige Impulse gegeben haben.

Ich wünsche Ihnen tiefe und kurzweilige Einblicke in die Entwicklung der Erinnerungskultur in Deutschland und in die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle,  
Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

## **Zu dieser Sammlung von Essays, Analysen und anderen Texten**

Was verbindet die hier zusammengetragenen Texte, außer dass sie bis auf einen alle für die Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ des gleichnamigen Vereins (seit 2004, die meisten in den letzten sechs Jahren) geschrieben worden sind? Ich habe in ihnen versucht, Vergangenheit und Gegenwart miteinander in Beziehung zu setzen, um zur historisch-politischen Orientierung und zum verantwortlichen Handeln heute beizutragen, was aus meiner Sicht das Kernanliegen des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie ausmacht. Die bewusste Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart setzt jedoch voraus, dass wir Geschichte in ihrer Eigengewichtigkeit und Widersprüchlichkeit ebenso anerkennen wie die Gegenwart mit ihren Fragen und Problemen angesichts einer offenen Zukunft.

Die Vergegenwärtigung von Vergangenheit bezieht sich insbesondere auf Teile der Vergangenheit, die kritisch aufzuarbeiten sind, vor allem auf die „negative Geschichte“ mit dem Holocaust als zentralem Komplex, zu dem aber neben der NS-Zeit auch Erfahrungen anderer Themenfelder, nicht zuletzt auch in der kommunistischen Diktatur gehören und die auch andere Komplexe einschließt, die als Hypotheken der deutschen Geschichte betrachtet werden. Allerdings stellt sich auch die Frage nach positiven Traditionen und Werten, insbesondere nach der Geschichte der Demokratie in Deutschland, die zur Zukunft offen ist. Ziele sind Aufklärung über die Vergangenheit und Bestimmung ihrer Gegenwartsrelevanz, die vielfältiger Art sein kann: Geschichte enthält zwar keine einfachen Handlungsanweisungen, kann jedoch Sensibilitäten fördern, Maßstäbe für Gegenwart und Zukunft liefern, damit sogar das kollektive Selbstverständnis beeinflussen.

Von besonderem Gewicht ist somit neben der Durchdringung von historischen Zusammenhängen und zentralen historischen Ereignissen und Prozessen die Aneignung von Erfahrungen und Werten, die die gegenwärtige demokratische Ordnung bestimmen, d.h. Grundlage unserer Verfassung sind und die aus Sicht der Vereinigung das demokratische Bewusstsein fundieren sollten. Keine Frage, dass die Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart eine normative Dimension impliziert. Auch wenn es vorrangig um die deutsche Geschichte und Gegenwart geht, so kann diese doch nicht abstrahieren vom europäischen Kontext. Dies gilt letztlich auch schon für frühere Jahrhunderte, hat aber aufgrund der Erfahrungen der Kriege des 20. Jahrhunderts und anderer Prozesse verstärkt seit dem Zweiten Weltkrieg dazu geführt, dass Deutschland ohne Europa als einer zunehmend gemeinsam gestalteten Gegenwart und Zukunft nicht mehr gedacht werden kann. Dies bedeutet,

dass Deutschland als – gewiss bedeutsamer – Teil Europas, seiner Geschichte und seiner gegenwärtigen Ordnung zu sehen ist, was auch die Auseinandersetzung mit Krisenphänomenen in Deutschland und Europa nötig macht, im Übrigen aber auch gemeineuropäische Hypothesen, wie die Folgen des Kolonialismus, umfasst.

Es geht im Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ um mehr als ein traditionelles Nationalbewusstsein, das selektive, meist positive Vorstellungen über Geschichte enthält, vorrangig auf ein Zusammengehörigkeitsbewusstsein zielt und die demokratische Verantwortlichkeit nicht unbedingt einschließt. Anzustreben ist ein kollektives, in sich differenziertes plurales Bewusstsein, das um die in mancher Hinsicht problematische, teilweise auch ambivalente Geschichte weiß, die durch einen schwierigen Prozess zu modernen demokratischen Verhältnissen in einem – in Europa eingebetteten – Deutschland gekennzeichnet ist und daraus Schlussfolgerungen für unser gegenwärtiges Selbstverständnis zieht, das zu verantwortlichem Handeln befähigen muss.

Die hier zusammengetragenen Essays und Analysen setzen sich mit der Gegenwartsbedeutung der Geschichte seit dem 19. Jahrhundert, vor allem mit den zeitgeschichtlichen Komplexen Erster Weltkrieg, Weimarer Republik, NS-Zeit, der Nachkriegsepoche und der Gegenwartsgeschichte auseinander. Anlass für die Texte waren meist Gedenk- und Erinnerungsdaten, institutionalisierte Gedenktage, runde Jahreszahlen von Ereignissen u.a., die meist auch in der öffentlichen Meinung erwähnt worden sind. Sie sind aber auch Beiträge zur Diskussion über die Interpretation von historischen Ereignissen oder auch über die historische Dimension von Gegenwartsfragen. Gerade in Deutschland werden politische Debatten häufig vor dem Hintergrund der besonderen deutschen und europäischen Geschichte mit historischen Argumenten geführt.

Die Beiträge werden hier nicht in der Folge der Erscheinungsdaten geordnet abgedruckt, obgleich sie häufig konkrete Anlässe und Kontexte hatten (die Daten zu den Erscheinungsdaten finden sich jeweils am Ende des Beitrags), Gliederungsprinzip sind thematisch verwandte Texte, (1) Grundsätzliche Fragen der deutschen Erinnerungskultur (der Begriff ist nicht unproblematisch, vielleicht wäre der der Geschichtskultur besser), (2) die Demokratiegeschichte als Gegenstand der deutschen Erinnerungskultur (die ansonsten vorrangig um die großen Negativkomplexe kreist), (3) „neue“ Herausforderungen der Erinnerungskultur, durch Gegenwartsphänomene mit stark historischen Bezügen, (4) die Bedeutung Europas für die Erinnerungskultur, (5) die Beurteilung von Stationen und Weggabelungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts, (6) Tendenzen und Probleme gegenwärtiger Demokratie, die die Frage einschließen, inwieweit die „Geister der Vergangenheit“ wiederkehren, (7) schließ-

lich Themen aus der Geschichte des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“. Vielleicht kann diese Gliederung helfen, Beiträge zu bestimmten Aspekten zu finden.

Es gibt zweifellos sehr verschiedene legitime Haltungen gegenüber der Geschichte und Zugänge gegenüber neuerer Geschichte bzw. Zeitgeschichte, die die „Gegenwart der Vergangenheit“ erkennen lassen. Der französische Philosoph Paul Ricœur hat festgestellt: „Urteil und Strafe sind Sache des Richters; der Kampf gegen das Vergessen und für eine wahrhaftige Erinnerung ist Sache des Bürgers; dem Historiker bleibt es vorbehalten, zu verstehen, ohne zu verurteilen und ohne zu entschuldigen“. Ein wenig anders benennt der Historiker Hans-Günter Hockerts Zugänge zur Zeitgeschichte. Er unterscheidet die „individuelle Primärerfahrung der Geschichte“, die Erinnerungskultur, die trotz ihrer sehr verschiedenen Formen auf einen breiten Konsens des kollektiven, politisch gepflegten Umgangs mit Geschichte beruht sowie die wissenschaftliche zeithistorische Auseinandersetzung. Die hier zusammengetragenen Beiträge zielen auf die Erinnerungskultur, vor allem auf den öffentlichen Umgang mit der deutschen (und europäischen) Zeitgeschichte. Zwar ist der kritische Impuls gewiss unübersehbar, doch maßen wir uns hier nicht die Rolle des Richters an. Es geht um das kollektive Selbstverständnis der Bürger, obwohl der Verfasser weiß, dass dieses bis zu einem gewissen Grad immer ein Konstrukt ist und zur Gegenwartsbedeutung historischer Phänomene häufig eine Pluralität von Interpretationen legitim ist. Dennoch bin ich der Ansicht, dass die Erinnerungskultur bzw. Geschichtskultur in einem engen Kommunikationszusammenhang mit der Geschichtswissenschaft stehen sollte; hinter den wissenschaftlich gesicherten Kenntnisstand sollte diese Kultur nicht zurückfallen, auch wenn sie selektiv ist und eine normative Komponente enthält. In Deutschland beteiligen sich zu Recht auch die Zeithistoriker an der Diskussion über die Gegenwartsbedeutung der neuesten Geschichte. Hier ist in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg eine unabhängige zeithistorische Forschung und Geschichtsschreibung entstanden, die sich bewusst in Diskussionen über den öffentlichen Umgang mit Geschichte einmischt, freilich dabei auch auf deren Rahmenbedingungen einlässt.

Wenn diese Publikation, die Michael Parak und Liane Czeremin angeregt haben und mit ihrer Hilfe realisiert wurde, dazu beiträgt, die Reflexion über geschichtskulturelle und geschichtspolitische Fragen sowie konkrete praktische Erinnerungsarbeit anzuregen, so hat sie ihren Zweck erfüllt. Jedenfalls ging es mir darum bei ihrer Abfassung für „Gegen Vergessen – Für Demokratie“.

Bernd Faulenbach

**I.**

**GRUNDSÄTZLICHE FRAGEN  
ZUR DEUTSCHEN  
ERINNERUNGSKULTUR**

## Warum wir nicht vergessen wollen

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ trägt einen ungewöhnlichen Namen, so dass von Zeit zu Zeit zu sagen ist, was mit ihm gemeint ist, insbesondere mit „Gegen Vergessen“, doch auch, was dieses mit „Demokratie“ zu tun hat.

Gedächtnis und Erinnerung konstituieren das Menschsein, das den homo sapiens vom Tier unterscheidet. Menschen können als Individuum, als Gruppe und als Gattung Erlebtes und Erkanntes im Gedächtnis speichern und daraus lernen. Auf der anderen Seite vergessen die Menschen eben auch, als Individuum und Gruppen, und es stellt sich die Frage nach dem verfügbaren und dem relevanten Wissen. Die Diskussion kreist insbesondere um das aktive Gedächtnis und das Erinnern von Nationen und Gesellschaften. Es geht dem Verein um unsere kollektive Erinnerung und um unser historisch-politisches Selbstverständnis als in der Bundesrepublik Deutschland lebende Menschen.

„Gegen Vergessen“ richtet sich gegen ein Vergessen der jüngeren Geschichte dieses Landes, vor allem der Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der NS-Zeit und der in dieser Zeit begangenen Verbrechen durch politisches Handeln, allen voran im Holocaust, der inzwischen global als höchste Steigerung des politisch Verwerflichen gilt, im weiteren Sinne geht es um alle Politik, die beansprucht, darüber entscheiden zu dürfen, wer auf dieser Welt ein Lebensrecht hat und wer nicht und was seine Existenz bestimmen soll, sowie um ein Denken und Handeln, das eine derartige Politik begründet, fördert oder auch „nur“ begünstigt. Dass beim Holocaust und anderen Verbrechen die beiden Weltkriege als Kontexte ebenso mitgedacht werden müssen wie die Diktatur(en), die diese Politik realisiert hat(haben), heißt nicht, dass es sich um lediglich historisches Wissen handelt. Gewiss hat das ungeheuerliche Geschehen seine konkreten Orte und Kontexte. Und doch hat es ein derartiges Gewicht, dass es als eine menschliche Möglichkeit in der Moderne zu betrachten ist, die hohe Relevanz für eine Anthropologie in der Gegenwart behält. „Nicht vergessen“ schließt dementsprechend eine möglichst genaue Erfassung des vielfältigen Geschehens ein, der Millionen Opfer, doch auch der verantwortlichen Täter, der irgendwie Beteiligten und der Zeitzeugen, die mit dem Begriff „bystanders“ (Raul Hilberg) nur unzureichend gekennzeichnet sind.

„Nicht vergessen“ heißt, sich mit dem Geschehen – immer wieder neu – auseinanderzusetzen. Dieses schließt die Frage ein, wie es dazu kommen konnte, eine

Frage, die sich niemals wird endgültig beantworten lassen. Offensichtlich werden vieldimensionale Erklärungsmodelle dafür benötigt, wie es zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kam, die in einer spezifischen Konstellation zu Radikalisierungsprozessen führte, die die Anwendung brutalster Gewalt Millionen Menschen gegenüber und ihre physische Vernichtung zur Konsequenz hatten. Zu fragen ist nach Konstellation, Strukturen und Prozessen, doch eben auch nach Motiven von Individuum und Gruppen, nach tieferen Ursachen und situativen Kontexten, nach der Rolle von Religion, Traditionen und Mentalitäten, nach Orientierungen und Handlungsmustern, doch auch nach Interessen und der „Banalität des Bösen“ (Hannah Arendt) und nicht zuletzt nach Kontingenzen, an der es in der Geschichte nie mangelt.

Selbstverständlich stellt sich auch die Frage nach den Verantwortlichkeiten. Es kann kein Zweifel bestehen, dass die zentrale Verantwortlichkeit für die Massenmorde, für den Völkermord an den Juden, an Sinti und Roma, für Morde an zahlreichen Menschen der Zivilbevölkerung im Osten und anderen Gruppen bei der Führung von NS-Deutschland mit Hitler an der Spitze, besonders bei den Führungsgruppen, der SS, den Einsatzgruppen und anderen Spezialisten der Vernichtung liegt, doch waren an dem Geschehen Hunderttausende beteiligt, das in Deutschland seinen Ausgang hatte und an dem aus jeder Stadt und Region Leute auf der Täterseite mitwirkten. Gewiss haben viele nur Teile des Geschehens gesehen; doch woran sie beteiligt waren oder was sie hinnahmen, war vielfach zutiefst inhuman. Der Begriff der „Tätergesellschaft“ verkennt gleichwohl die Unterschiedlichkeit des Verhaltens auch in der deutschen Bevölkerung, in der es auch Widerstand gab, der nicht vergessen sein sollte. Dennoch ist die Verantwortlichkeit der Deutschen am Judenmord und den anderen Morden der NS-Zeit so gravierend, dass sie – wie Joachim Gauck als Bundespräsident betont hat – als eine Komponente des nationalen Identitätsbewusstseins anzuerkennen ist. Und verständlich ist, dass bei uns eine Erinnerungskultur entstanden ist, für die dieses Geschehen zentral ist und die sich zu Recht gegen das Vergessen wendet.

Allerdings heißt dies nicht, dass es sich ausschließlich um eine deutsche Frage handelt. Die Implementierung des Holocaust in den verschiedenen Ländern war abhängig von der Zusammenarbeit mit den jeweiligen Behörden und der Mitwirkung von Teilen der Bevölkerung. Selbst bei Mordaktionen wirkten Angehörige anderer Nationen – keineswegs alle unfreiwillig – mit. Der Holocaust war in mehrfacher Hinsicht, von der Täter- und Opferseite her, ein europäisches Geschehen, was freilich die deutsche Verantwortung keineswegs mindert, eine Feststellung, die selbstverständlich auch für die kommunistischen und andere Massenverbrechen gilt und europäische Kommunikation über Erinnerungen und Geschichte in vielfältiger Hinsicht nötig macht.

„Nicht vergessen“ bedeutet auch, nach der Bedeutung des Holocaust heute zu fragen. Die Beschäftigung mit dem einzigartigen Geschehen hat ihren Sinn in sich und ist deshalb nicht auf die Gegenwartsrelevanz zu begrenzen. Dennoch kann gefragt werden, was aus diesem Geschehen, seinen Ursachen, Kontexten und Folgen für die Gegenwart zu folgern ist. Dabei ist jedoch sehr darauf zu achten, dass das historische Geschehen nicht zu Gegenwortszwecken instrumentalisiert, eventuell lediglich zur Überhöhung von möglicherweise sinnvollen Positionen verwandt wird. Schlimmstenfalls wird dabei sogar etwas in die Geschichte projiziert wie etwa Verfolgungstatbestände, die es so nicht gegeben hat, die aber geeignet scheinen, Gegenwartsansprüche zusätzlich zu legitimieren.

Die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte kann – ohne dass die Gegenwart und die Vergangenheit in kurzschlüssiger Weise parallelisiert werden (jede historische Konstellation ist eine besondere) - im Hinblick auf problematische Phänomene in der Gegenwart sensibilisieren, etwa hinsichtlich von Antisemitismus, Rassismus, Antiparlamentarismus, Illiberalismus, Nationalismus usw., die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einer spezifischen Lage in Deutschland und Europa absolut verheerend ausgewirkt haben.

Ex negativo kann man daraus positiv die herausragende Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie von Verständigungspolitik folgern. Die Geschichte der Zwischenweltkriegszeit zeigt, was möglich ist, wenn Menschen- und Bürgerrechte, Herrschaft auf Zeit, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, repräsentative Demokratie und Zivilgesellschaft keine Geltung haben. So überrascht es nicht, dass in der Nachkriegszeit in Westdeutschland die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die Durchsetzung einer demokratischen politischen Kultur untereinander verknüpft waren, was der Reflexion im Hinblick auf die Gegenwart bedarf.

Allerdings scheint dieser Zusammenhang im Widerspruch zu der These zu stehen, dass gerade der Verzicht auf eine rigorose Aufarbeitung der Anpassung der breiten Schicht der bisherigen „Mitläufer“ in der Nachkriegszeit die demokratische Neuorientierung breiter Bevölkerungsschichten erleichtert habe (Hermann Lübke). Prämisse der These ist, dass das NS-System trotz dieses Verzichts seit den frühen Nachkriegsjahren unmissverständlich geächtet gewesen sei. Hier ist nicht der Ort, in eine Diskussion darüber einzutreten, inwieweit beide Positionen sich ausschließen oder partiell auch kompatibel sind. Doch erscheint retrospektiv die teilweise Verdrängung des NS-Systems und seiner fruchtbaren Verbrechen sehr bedenklich und sie ließ sich eben auf die Dauer nicht durchhalten. Inwieweit aber war der zeitliche Abstand

nötig, um die grundsätzliche vielschichtige Aufarbeitung möglich zu machen, die in der Gegenwart noch anhält und uns zwingt, nicht zu vergessen? Die „Aufarbeitung“ bedarf ständiger kritischer Selbstreflexion, zumal die Beschäftigung mit dieser Vergangenheit (und ähnlichen Vergangenheiten) in Routine erstarren kann, für die ein nur ritualisiertes und symbolisches Gedenken charakteristisch erscheint. Es bedarf der konkreten Konfrontation mit dem Geschehen, die auch heute noch zutiefst verstörend wirkt.

Zweifellos hatten die Vereinsgründer von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ gute Gründe, um die Auseinandersetzung mit negativer Geschichte, zu der auch die kommunistische Geschichte gehört, mit dem Ziel der Stärkung der Demokratie zu verbinden. In den letzten 10 Jahren ist zudem das negative Gedächtnis ergänzt worden durch eine neue Dimension der Erinnerungskultur, die Stationen, Ereignisse, Bewegungen und Persönlichkeiten vor dem Vergessen bewahrt, die eine wichtige Rolle im Prozess der deutschen Demokratiegeschichte spielen, die keineswegs erst seit dem Zweiten Weltkrieg beginnt. Bis in das Zeitalter der Französischen Revolution zurückreichend weist sie Aufstiege und Rückschläge auf, Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Diese Geschichte, die vielfältig mit einer komplizierten Nationalgeschichte verwoben ist, aus der auch das einzigartige negative Geschehen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (doch auch eine Rückbesinnung auf Menschen- und Bürgerrechte) erwuchs, lässt erkennen, dass Geschichte keineswegs determiniert ist, was für die Gegenwart heißt, dass wir alle für die res publica, für Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft mitverantwortlich sind und gut daran tun, aus historischen Erfahrungen zu lernen. Gerade die im Lichte der Geschichte höchst problematischen Entwicklungen der Gegenwart, der Rechts- und teilweise auch der Linkspopulismus und der Rechtsradikalismus enthalten ein beachtliches Gefährdungspotential. Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ hat seit seiner Entstehung in den frühen 90er Jahren versucht, über Geschichte aufzuklären und dabei Demokratie als Lebensform in unserer Gesellschaft zu stärken.

Schwierig und doch unausweichlich ist in der Gegenwart die Frage, inwieweit aus den Erfahrungen der NS-Zeit und der Zeit der Weltkriege auch für die deutsche Außenpolitik Folgerungen zu ziehen sind. „Nie wieder Krieg“ wurde vielfach gefordert, manchmal auch in der Variante „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“. Spezifischer ist die Imperativ, alles zu unternehmen, ein neues Auschwitz, im weiteren Sinne genozidale Aktionen zu verhindern, mit welchen Mitteln ist freilich nur von Fall zu Fall zu entscheiden und kann in bestimmten Konstellationen auch mit der Selbstverpflichtung zu friedlichem Handeln in Konflikt geraten. Weniger strittig ist, dass

Deutschland sich längst als Teil eines gemeinsamen Europas begreift, und in einem besonderen politisch-moralischen Verhältnis zu Israel steht. Auch in diesem Kontext stellen sich immer wieder neue Fragen, etwa die nach der Bedeutung des Rassismus. Die Diskussion ist unabschließbar.

*Beitrag für die Festschrift zum 90. Geburtstag von Alfred Geisel im Juni 2021,  
(hier gekürzt)*

## Entwicklungstendenzen der Gedenkstättenarbeit seit der Wiedervereinigung

*Am 2. und 3. Dezember 2003 fand im Bonner „Haus der Geschichte“ eine Fachtagung „Museums-Fragen: Gedenkstätten und Besucherforschung“ statt. Besondere Aufmerksamkeit hat die Veranstaltung u. a. deswegen gefunden, weil sich der Deutsche Bundestag nach der Verabschiedung von Kriterien einer Gedenkstättenförderung im Jahr 1999 in Folge der Enquete- Kommission „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur“ wieder mit dem Thema befassen wird. Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag zur „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland“ eingebracht. Prof. Bernd Faulenbach, stellvertretender Vorsitzender unserer Vereinigung, hat bei der Tagung eine Bestandsaufnahme vorgelegt. Wir dokumentieren seinen Beitrag in gekürzter Form. Der vollständige Text wird demnächst vom „Haus der Geschichte“ in Bonn in einem Tagungsband veröffentlicht.*

Ein Dutzend Jahre sind – je nach Blickwinkel – eine kurze oder lange Zeit. Lang ist sie, wenn man die Kurzlebigkeit vieler unserer kulturpolitischen Diskussionen nimmt, kurz ist der Zeitraum, wenn es um naturgemäß nur in längeren Fristen sich vollziehende kulturelle Entwicklungen geht. Hier sollen Entwicklungstendenzen in der Gedenkstättenpolitik und in der Gedenkstättenarbeit seit der Wiedervereinigung nachgezeichnet werden, in denen sich längerfristige Trends und politische Entscheidungen überlagern. Gefragt wird nach der Veränderung der Gedenkstättenkultur nach und durch die Wiedervereinigung. Seit 1990 haben sich auf den Gedenkstättenbereich Trends und Diskussionen ausgewirkt, die nur zum Teil ursächlich auf die Umwälzung 1989/90 zurückgeführt werden können. Auch betreffen die Entwicklungstrends verschiedene Dimensionen und Bereiche.

Hatte es 1989/90 im In- und Ausland Befürchtungen gegeben, die Deutschen würden die Erinnerung an die NS-Vergangenheit abstreifen, um zu einer neu-alten Großmachtpolitik zurückzukehren, so kann man am Ende des Jahres 2003 konstatieren, dass sich diese Befürchtungen in keiner Weise erfüllt haben, im Gegenteil: das Gedenkstättenwesen ist heute umfangreicher, breiter, differenzierter denn je. Man kann die 90er Jahre geradezu als ein Jahrzehnt der Gedenkstätten bezeichnen. Manche sind versucht, den Titel des Buches von Aleida Assmann und Ute Frevert zu assoziieren: „Von der Geschichtsvergessenheit zur Geschichtsbesessenheit“. Inwieweit lässt sich diese Ausweitung des Gedenkstättenwesens mit der Umwälzung 1989/90, mit der friedlichen Revolution und der deutschen Vereinigung in Verbindung bringen?

## Die neue geschichtspolitische Konstellation nach 1989/90

Vor 1989 existierten in Deutschland zwei Erinnerungskulturen nebeneinander, die eine, die westliche, pluralistisch organisiert, z. T. erst während der 80er Jahre in Opposition zu vorherrschenden Strömungen entstanden, die andere, eng verwoben mit dem SED-System, dessen Legitimation abstützend, im Wesentlichen bereits in den 50er und frühen 60er Jahren herausgebildet und in den 80er Jahren nur teilweise modifiziert. In beiden spielte die NS-Vergangenheit eine jeweils besondere, freilich aufs Ganze gesehen gegensätzliche Rolle.

Mit der Umwälzung 1989/90 brach zwar das SED-System zusammen und damit auch der staatliche Rahmen der östlichen Erinnerungskultur. Doch blieb ein Teil der Erinnerungskultur erhalten, der sich u.a. in den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten und einem spezifischen Antifaschismus manifestierte, doch auch – wenn auch zunächst weniger offensichtlich – in bestimmten Einstellungen nachwirkte.

Charakteristisch für die veränderte geschichtspolitische Konstellation seit 1989/90 war u.a., dass die Gegenwartsbedeutung der NS-Zeit neu zu bestimmen war, eine Auseinandersetzung mit dem SED-Geschichtsbild und der DDR-Geschichtskultur geführt werden musste, die stalinistischen Verbrechen bzw. das Unrecht des SED-Staates aufzuarbeiten waren und das Verhältnis von NS-Verbrechen und kommunistischen Verbrechen zu erörtern war.

Die Aufarbeitung des SED-Systems und des von ihr zu verantwortenden Unrechts erfolgte auf verschiedenen Ebenen: durch das Strafrecht (Täter wurden zur Rechenschaft gezogen), durch das Zivilrecht (Opfer wurden entschädigt), durch die Offenlegung der Stasi-Unterlagen (Gauck-Behörde), durch systematische Untersuchung der Fragen der Verantwortlichkeiten für das SED-System und Möglichkeiten der Bewältigung der Folgen (durch die beiden Bundestagsenquete- Kommissionen), durch stark verbreiterte und intensivierte wissenschaftliche Arbeit, auch durch investigativen Journalismus. Bis etwa Mitte der 90er Jahre war die kommunistische Vergangenheit ein wichtiges Thema der öffentlichen Diskussion. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre schwächte sich das Interesse ab.

Entgegen der 1989/90 geäußerten Befürchtungen blieb die ganze Zeit über die NS-Vergangenheit präsent. Zu nennen sind nur einige Stichworte: So die Gedenkveranstaltungen 50 Jahre nach Ende der NS-Diktatur, die Debatten über Daniel Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“, über die Wehrmachtsausstellung, über den

richtigen Umgang mit der NS-Zeit und den NS-Verbrechen in den Medien zwischen Martin Walser und Ignaz Bubis, die Diskussion über Zwangsarbeit in Deutschland während des Krieges und die Entschädigung der Zwangsarbeiter, sowie die intensiv geführte, schließlich zu einer Entscheidung durch den Bundestag gelangende Debatte über ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Die NS-Zeit blieb ein überaus bedeutsames Thema für die deutsche und auch für die internationale Öffentlichkeit. Die Diskussionen gingen dabei teils immer noch um Klärung von bestimmten Sachverhalten der NS-Zeit, teils jedoch um die Bedeutung des Geschehens und seine adäquate Würdigung in der Gegenwart.

Bei nie bestrittener hoher Gegenwartsbedeutung der NS-Vergangenheit, doch bei gleichzeitiger Notwendigkeit, die kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten, musste es zu Diskussionen über das realgeschichtliche Verhältnis beider Systeme, über ihre Vergleichbarkeit und ihr Gewicht in der Erinnerungskultur kommen. In diesem Kontext zu nennen sind die Wiederentdeckung, Revitalisierung und Weiterentwicklung von Totalitarismus-Theorien, die vergleichende Betrachtung kommunistischer Verbrechen (Schwarzbuch des Kommunismus), doch auch der nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen und der dahinterstehenden Verfolgungssysteme sowie die Frage der Beurteilung der SED-Diktatur vor der Folie des Dritten Reiches und seiner Eroberungs- und Vernichtungspolitik.

Auf das Ganze gesehen kam es zu einer verdeckten, teilweise aber auch offenen Konkurrenz der Protagonisten der beiden Vergangenheiten. Allerdings bemühten sich gleichzeitig nachdenkliche Persönlichkeiten, die Fragen des Verhältnisses beider Vergangenheiten mit Augenmaß zu beantworten; sie setzten sich auf die Dauer durch. Wie in einem Brennglas bündelten sich die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in den Debatten über die Neukonzeption der großen Gedenkstätten der ehemaligen DDR in den frühen 90er Jahren.

## **Die Neukonzeption der großen Gedenkstätten der ehemaligen DDR**

Die Frage des Umgangs mit den großen Gedenkstätten in den neuen Bundesländern – mit Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück – gehört zu den Schlüsselfragen der Gedenkstättenentwicklung seit dem Sturz des SED-Systems und der deutschen Vereinigung. Es ging dabei um nicht weniger als das Verhältnis des vereinigten Deutschland zur NS-Vergangenheit, ihren Verbrechen und deren Gegenwartsbedeutung sowie die Auseinandersetzung mit dem SED-System, seiner Legitimationsideologie und seiner Geschichtskultur. Und um die Berücksichtigung der Opfer des Stalinismus

in der Erinnerungskultur des Vereinigten Deutschland, die sich hier an der Frage der Erinnerung an die Opfer der Speziallager festmachte, die nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise an den Orten früherer Konzentrationslager errichtet worden waren, über deren Charakter es jedoch keinen breiten gesicherten Forschungsstand gab. Schließlich musste ein zeitgemäßes Gedenkstättenkonzept erarbeitet werden, bei dem sowohl über den authentischen Ort, die Bedeutung der baulichen Überreste und nachträglichen Gestaltung, als auch über die Ausstellungen und didaktische Ziele diskutiert wurde. Die Diskussions- und Entscheidungsprozesse gingen über die konkreten Gedenkstätten hinaus und wirkten geradezu als Katalysator für die Entwicklung des gesamten Gedenkstättenwesens.

Aus der Sicht der meisten Meinungsführer in der allgemeinen Öffentlichkeit wie in der Fachöffentlichkeit war eine Neukonzeption der Gedenkstätten (der bisherigen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten) zwingend, weil hier ein höchst selektives Bild von den Opfern des Nationalsozialismus geboten wurde (im Zentrum stand die Feier des Sieges der antifaschistischen Kämpfer), sich die Darstellung der NS-Diktatur in den Bahnen dogmatischer marxistisch-leninistischer Faschismus-Interpretation bewegte und weil historische Dokumentation durch politische Propaganda überformt wurde, bei der es vor allem um die Legitimation kommunistischer Herrschaft ging.

Gewiss waren die Gedenkstätten interessant im Hinblick auf den offiziellen antifaschistischen Staatskult. Unter diesem Gesichtspunkt hätte man sie gleichsam musealisieren, d.h. konsequent konservieren können, doch wurden sie weder der Geschichte noch den Opfern des NS gerecht. Deshalb waren die Gedenkstätten zu überarbeiten. Doch wurde die Neugestaltung der Gedenkstätten aus dem Kreis der kommunistisch geprägten nationalen und internationalen Häftlingskomitees mit Skepsis betrachtet, zunächst nicht selten pauschal als Destruktion des Antifaschismus denunziert.

Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang der Tatbestand, dass eine ganze Reihe von Orten des NS-Terrors nach dem Zweiten Weltkrieg Orte des kommunistischen Unrechts waren. Die Absicht, in Sachsenhausen und Buchenwald auf dem Gelände dieser an authentischen Orten errichteten Gedenkstätten, insbesondere auch in Dokumentationsausstellungen, auf die so genannten Speziallager einzugehen, stieß auf beachtlichen Widerstand. Opfer der beiden Diktaturen standen einander offensichtlich geradezu feindselig gegenüber, wie ich als Vorsitzender der Kommission feststellen musste, die für die Gedenkstätten in Brandenburg Vorschläge für eine Neukonzeption zu erarbeiten hatte.

Mir ist die gespannte Atmosphäre unvergesslich, die bei der ersten von der Kommission veranstalteten Anhörung im November 1991 herrschte. Die Lager-Komitees wollten in den früheren Häftlingen der Speziallager nur ehemalige Nazis sehen, die Stalinismus-Opfer in den Repräsentanten der Komitees Kommunisten, die für ihre Leiden verantwortlich waren. Ausgleichend wirkten in dieser Konstellation lediglich Vertreter von Gruppen und Institutionen, die im Gegensatz zu beiden Diktaturen gestanden hatten; insbesondere Vertreter der Evangelischen Kirche und der deutschen Sozialdemokratie sind in diesem Zusammenhang zu nennen. In dieser Situation improvisierte ich den Satz, der dann in etliche Papiere – in leichten Varianten – Eingang gefunden hat: „Die NS-Verbrechen dürfen nicht mit Hinweis auf das Nachkriegs-unrecht relativiert, dieses Unrecht darf aber auch nicht umgekehrt angesichts der NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“

Die Vorschläge zur Neukonzeption wurden 1991/92 in einer Weise diskutiert, die eine Konkurrenz der beiden Vergangenheiten, d.h. insbesondere der Opfer der beiden Diktaturen, enthüllte. Nur in einem längeren Prozess konnte dieser Gegensatz gemildert werden. Bei den Orten mit doppelter historischer Belastung wurde so verfahren, dass beide Vergangenheiten dokumentiert wurden, wobei der Umfang der Dokumentation jeweils nach dem Gewicht der an diesem Ort erinnerten Geschehnisse bestimmt und die Verknüpfungen sehr sorgfältig erwogen wurden, und dass entweder zwei Beiräte für die Opferverbände oder ein Beirat mit zwei Sektionen eingerichtet wurden.

In der Frage des Umgangs mit der Gestaltung aus der DDR-Zeit entschlossen sich die Fachkommissionen zu einem eher behutsamen Vorgehen (in Buchenwald wie in Sachsenhausen und Ravensbrück). Dennoch musste es auch hier Konflikte geben, die teilweise erst in den letzten Jahren ausgetragen worden sind. Es stellte sich die Frage, welche der Denkmalschicht Priorität hat: die Überreste aus der NS-Zeit oder die DDR-Gestaltung? In der Tat kann man nicht so tun, als habe es nicht eine DDR-Epoche mit spezifischen Gestaltungsformen gegeben; doch ist im Konfliktfall der NS-Schicht Priorität einzuräumen. Auch hat die Gegenwart ein Eigenrecht, sich mit dieser Vergangenheit ein Stück weit selbständig auseinanderzusetzen.

Was die Didaktik angeht, so entschieden sich die Kommissionen und die Gedenkstättenleitungen dazu, auf die Vermittlung einfacher Botschaften zu verzichten, vielmehr die selbständige Auseinandersetzung mit dem Geschehen durch die Besucher in den Mittelpunkt zu stellen. Das Konzept des „offenen Lernortes“, das eine entdeckende und eigenverantwortliche Auseinandersetzung mit den historischen Themen ermöglichen sollte, wurde etwa in Brandenburg zur Grundlage erhoben.

Die schrittweise umgesetzte Neugestaltung der großen Gedenkstätten in der ehemaligen DDR hatte zweifellos Auswirkungen auf die gesamte Gedenkstättenlandschaft, gerade auch die im Westen, die jetzt zumindest als finanziell schlecht ausgestattet erschien. Der Druck zur Weiterentwicklung oder zur Neukonzeption der Gedenkstätten in Bergen-Belsen, Dachau und Neuengamme etwa nahm erheblich zu. Die Politik war auch hier bald gefordert.

## **Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes**

Die Annahme, das wiedervereinigte Deutschland werde sich rasch vom Erbe der NS-Vergangenheit lossagen, erwies sich schon 1991/92 als falsch. Die damalige Bundesregierung wie die damaligen Oppositionsparteien erklärten einmütig, dass auch für das vereinigte Deutschland die NS-Vergangenheit von herausragender Bedeutung sei. So wurde rasch klar, dass der Bund – trotz der Kulturhoheit der Länder – die Weiterexistenz der großen Gedenkstätten in den neuen Ländern mit gewährleisten, d.h., sich an der Finanzierung mindestens hälftig beteiligen würde, jedenfalls soweit es sich um Gedenkstätten mit gesamtstaatlicher Bedeutung handelte. Im politischen Raum wurde das Gedenkstättenwesen zunehmend als wesentliche Komponente deutscher Erinnerungskultur bejaht, mit der Konsequenz, dass die Gedenkstätten schrittweise aus der Peripherie in das Zentrum der politischen Kultur gerückt wurden.

Allerdings war dieser Prozess mit kontroversen Diskussionen verbunden. So gab es etwa eine durchaus relevante Tendenz, den Gedenkstätten die Aufgabe zuzuschreiben, gleichsam den Antitotalitarismus zu illustrieren. Überspitzt könnte man sagen, einige wollten den Antitotalitarismus schlicht an die Stelle des Antifaschismus setzen. Zwar basieren die Gedenkstätten auf dem – in der Enquete-Kommission des Bundestages von Karl Dietrich Bracher bis Jürgen Habermas postulierten – antitotalitären Konsens. Dennoch geht es in den Gedenkstätten um mehr als die Veranschaulichung einer bestimmten Lehre oder Doktrin.

Bereits die erste Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die die SED-Vergangenheit und ihre Folgen zu beurteilen hatte, sprach sich 1994 für die Förderung von Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung durch den Bund aus. Die zweite Enquete-Kommission, die die Arbeit der ersten fortsetzte, erarbeitete eine Gedenkstättenkonzeption, die 1998 in den Endbericht der Kommission eingegangen ist.

Die rot-grüne Bundesregierung hat sie nach 1998 über weite Strecken aufgegriffen und umgesetzt. Damit wurde ein Instrumentarium geschaffen, das die differenzierte

Förderung von Gedenkstätten mit gesamtstaatlicher Bedeutung ermöglicht. Die Förderkriterien beziehen sich sowohl auf die Bedeutung des historischen Tatbestandes als auch auf die Gestaltung der Gedenkstätten und ihre Ausstellungen. Wert wird etwa auf die wissenschaftliche Fundierung der Dokumentationen und auf ein entwickeltes didaktisches Konzept gelegt. Die Mittel, die seit 1999 für die Gedenkstättenförderung des Bundes aufgebracht werden, sind beachtlich. Dass der Bund die Förderung an die Beteiligung der Sitzländer bindet, ist verständlich und entspricht dem föderalistischen Prinzip.

Zweifellos ist durch diese Förderung die Gedenkstättenarbeit auf eine neue Grundlage gestellt worden. Zu Recht ist von einem „Innovationsschub“ durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel gesprochen worden. Keine Frage, dass der im Westen in den 80er Jahren begonnene, durch die Umgestaltung der früheren DDR-Gedenkstätten geförderte Prozess der Entwicklung einer dezentralen differenzierten Gedenkstättenlandschaft in den 90er Jahren so vorangekommen ist, dass die Gedenkstätten inzwischen geradezu den Kern der deutschen Erinnerungskultur bilden.

Inwieweit der jüngst von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegte Entwurf für ein Gedenkstättengesetz einen Fortschritt darstellt, ist diskussionsbedürftig. Teilweise scheint er mir sogar ein Rückschritt zu sein, etwa was die wissenschaftliche Fundierung der Gedenkstättenarbeit angeht. Das Hauptmotiv ist offenbar, die Gedenkstätten für die Opfer des Stalinismus stärker zu berücksichtigen und auch andere Komplexe, wie die Erinnerung an die Vertreibungsproblematik, im Rahmen der Gedenkstättenförderung zu beteiligen. Was die Gedenkstätten für Stalinismus-Opfer angeht, so gibt es nach meiner Kenntnis bislang wohl nicht einen einzigen den Voraussetzungen auf Förderung genügenden Antrag, der abgelehnt worden ist. Und die Erinnerung an die Vertreibung wird bislang aus anderen Fonds gefördert. Darüber ist im Bundestag zu diskutieren, wobei es gut wäre, wenn ein der Sache angemessener möglichst breiter Konsens erzielt werden könnte.

## **Zu einigen Entwicklungstendenzen der letzten Jahre**

Es ist keine Frage, dass wir inzwischen eine vielfältige Gedenkstättenlandschaft haben, in der es seit den frühen 90er Jahren eine Reihe von Entwicklungstendenzen und Herausforderungen gibt. So ist in den letzten Jahren der Gedenkstättenbegriff in mehrfacher Hinsicht ausgeweitet worden. Er hat auch Eingang gefunden in Einrichtungen, die den Opfern der SED-Diktatur gewidmet sind. Er ist teilweise auch

auf Täterorte ausgedehnt worden, die insbesondere bezogen auf die NS-Zeit zunehmend entdeckt worden sind. Mir scheint es sinnvoll, die Gedenkstätten an Orten früherer Konzentrationslager oder in Haftanstalten als Gedenkstätten zu bezeichnen, für die anderen Orte jedoch andere Begriffe zu verwenden (Erinnerungsorte, Dokumentationszentren u.a.).

Auch werden gerade seit den 1980er Jahren Überreste im Gedenkstättengelände durch Archäologie teilweise freigelegt, bewusst konserviert, andere Sachzeugnisse gesammelt, aufbewahrt und teilweise auch in den Ausstellungen präsentiert. Dass diese Tendenz zur Musealisierung in einer gewissen Spannung etwa zum Ziel des Gedenkens (auch zum Friedhofscharakter) von Gedenkstätten stehen kann, liegt auf der Hand.

Arbeitsweise und Funktionen der Gedenkstätten ähneln der von Museen. Auch die Ausstellungen nähern sich denen ambitionierter zeithistorischer Museen an, von denen sie sich insbesondere insofern unterscheiden, als sie meist Geschichte oder Geschichten erzählen, d.h., sie sind in der Regel weniger von den Exponaten als von einem Geschehen her gedacht, das durch die Ausstellung von Exponaten dargestellt, konkretisiert und beglaubigt wird. Ausstellungen wie die in Buchenwald präsentieren zahlreiche Dokumente, auch Sachzeugnisse. Sie verzichten auf Emotionalisierung durch Effekte, machen gleichwohl betroffen, wollen aber keineswegs dabei stehen bleiben. Das Holocaust-Museum in Washington mag man als entgegengesetzten Typus ansehen. Hier, aber auch in manchen Erinnerungsorten, wird ungleich mehr mit Inszenierungen gearbeitet. Bei ihnen spielt die Emotionalisierung eine größere Rolle, allerdings wollen auch sie auf Einsichten nicht verzichten. Manche liegen irgendwie zwischen beiden Typen. Eine Tendenz, nicht mehr begehbare Geschichtsbücher aufzubauen, ist aufs Ganze gesehen unverkennbar.

Die wissenschaftliche Fundierung der Arbeit der Gedenkstätten hat sich weiter gefestigt. Inzwischen ist die Forschung so weit vorangekommen, dass im Hinblick auf die meisten für die Gedenkstättenarbeit wichtigen historischen Komplexe Aussagen gemacht werden können; manche Fragen sind freilich noch nicht geklärt. Zwar sind für viele Gedenkstätten die Möglichkeiten, eigene Forschungen zu betreiben, begrenzt. Doch die Zusammenarbeit mit Historischen Instituten, Lehrstühlen etc. ist möglich und wird zunehmend praktiziert.

Des weiteren sind Differenzierungsprozesse im Hinblick auf die didaktischen Konzepte erkennbar. Es ist heute ein Allgemeinplatz, dass Gedenkstättenbesuche un-

terschiedlich wahrgenommen werden. Ein im Hinblick auf Zielgruppen differenzierendes Besuchsprogramm erscheint dementsprechend sinnvoll. Klar ist auch, dass die didaktischen Konzepte im Kontext der gesellschaftlich-kulturellen Entwicklungen immer wieder zu überprüfen sind. Durchweg wird inzwischen in Deutschland die Ansicht vertreten, es reiche nicht, Betroffenheit zu erzielen, sondern ein Begreifen sei zu fördern. Dazu passt, dass die Selbständigkeit der Auseinandersetzung mit dem Geschehen gefördert werden soll, was einen Verzicht auf die Vermittlung von politischen Botschaften zur Konsequenz hat. Dass das Engagement für Menschen- und Bürgerrechte gleichwohl eine naheliegende Schlussfolgerung aus dem Besuch einer Gedenkstätte ist, ist etwas anderes als die Instrumentalisierung des Geschehens im Hinblick auf die Gegenwart, wie sie in besonders zugespitzter Weise in den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR üblich war.

Und schließlich ist der Abschied von den Zeitgenossen, von der Erlebnissgeneration der NS-Zeit, von Opfern, Tätern und „Bystanders“ (Raul Hilberg) von erheblicher Bedeutung für die Gedenkstätten. Weder die Täter- noch die Opferrolle ist vererbbar, wohl aber sind wir aufgefordert, uns mit dieser Vergangenheit und ihrer Gegenwartsbedeutung auseinander zu setzen. Der Übergang von der „kommunikativen“ zur „kulturellen Erinnerung“, die zuletzt eine Weile nebeneinander existiert haben, erscheint unausweichlich. Zweifellos verliert die Beschäftigung mit der NS-Zeit damit tendenziell etwas von ihrer Unmittelbarkeit. Eine ganze Reihe von Momenten – z. B. die zunehmende Verwissenschaftlichung und Differenzierung der Ausstellungen, die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes, der Beschäftigung mit der NS-Zeit und ihren Verbrechen seit 1945 – deutet auf einen zunehmenden Prozess der Historisierung in den letzten Jahren hin.

### **Zur gegenwärtigen Situation und ihren Herausforderungen**

Resümierend lässt sich feststellen, dass die Gedenkstätten sich in Deutschland seit der Wiedervereinigung enorm entwickelt haben. Die Entwicklung hat durch die Wiedervereinigung einen zusätzlichen Schub erhalten hat, doch werden auch Trends der 80er Jahre in der Bundesrepublik fortgesetzt. Die Gedenkstätten bilden heute geradezu das Zentrum der gegenwärtigen Geschichtskultur, die eng mit der demokratischen politischen Kultur verwoben ist.

Das vereinigte Deutschland und seine Gesellschaft bekennen sich zur deutschen Geschichte und ihren Katastrophen. Die Gedenkstätten wirken der De-Kontextu-

alisierung des Holocaust und anderer Verbrechen entgegen. Sie beglaubigen das Geschehen. Sie sind Kristallisationspunkte kollektiver kultureller Erinnerung.

Es erscheint heute unwahrscheinlich, dass die Zahl der Gedenkstätten zur NS-Zeit in erheblichem Maße noch anwachsen wird. Dies gilt eher für Gedenkstätten und Erinnerungsorte, die den Opfern des Stalinismus gewidmet sind; sie müssen freilich ihren Platz in der deutschen Erinnerungskultur ebenso noch finden wie Gedenkstätten und Museen, die an die Freiheitstraditionen der deutschen und der europäischen Geschichte erinnern.

Generell ist die Vielzahl der Gedenkstätten, aus denen einige – wie man heute sagt – als „Leuchttürme“ herausragen – stärker zu vernetzen. Dies gilt auch für die Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Ausland. Generell brauchen wir mehr bilaterale oder internationale Kommunikation und Zusammenarbeit der Gedenkstätten. Ziel sollte die Entwicklung einer die verschiedenen nationalen Erinnerungskulturen ergänzende, teilweise auch durchdringende europäische Erinnerungskultur sein.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 40/2004*

## **NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren!**

NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren! Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. widmet sich seit Gründung der Vereinigung 1993 hauptsächlich der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Doch waren von Anfang an die SED-Diktatur und ihre Aufarbeitung ebenfalls ein wesentliches Thema, dessen Bearbeitung an Intensität im Laufe der Jahre, unter anderem mit dem Engagement von Ostdeutschen, wuchs. Zweifellos hat Joachim Gauck als Vorsitzender der Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit einen zusätzlichen Schub verliehen, ohne indes die NS-Vergangenheit zu vernachlässigen, wie einige Beobachter anfangs befürchteten. Ein gewisses Problem mag man in dem nicht sehr stark entwickelten bürgerschaftlichen Engagement in den neuen Ländern sehen. Doch hat sich von 1989 her in Ostdeutschland – als Teil des revolutionären Geschehens – eine Geschichtsbewegung entwickelt, deren Gruppen aktiv die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur betrieben und – zusammen mit Verfolgtenverbänden – mit dem Aufbau einer den Opfern kommunistischer Herrschaft gewidmeten Erinnerungskultur begannen. Eine gewisse Förderung haben sie seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre von staatlichen Stellen, den Stasiunterlagenbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung erhalten. Manches spricht dafür, diese Gruppen noch stärker mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu vernetzen.

Schon in den frühen 1990er-Jahren ist verstärkt über das Verhältnis der beiden Vergangenheiten – der NS- und der SED-Zeit – in Öffentlichkeit, Publizistik und Wissenschaft diskutiert worden. Anfangs gab es ein Revival totalitarismustheoretischer Ansätze, die das NS-System und das SED-System dem gleichen Herrschaftstypus zuordneten und damit nahe aneinanderrückten, teilweise geradezu gleichsetzten, was sogleich auf Widerspruch stieß: Nicht nur in der Ideologie und in der Herrschaftstechnik, sondern auch im Hinblick auf die Verbrechen, die von den Systemen verübt wurden, lassen sich Unterschiede unschwer feststellen. An der Einzigartigkeit der NS-Verbrechen, insbesondere des Judenmordes, ist nicht vorbeizusehen. Andererseits aber ist auch das Unrecht, das die kommunistische Herrschaft in Ostdeutschland brachte, man denke zum Beispiel nur an die beträchtliche Zahl von politischen Häftlingen, aufzuarbeiten und in der Öffentlichkeit anzuerkennen. Insofern war Erinnerungsarbeit im vereinigten Deutschland doppelt gefordert, was auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. tangierte.

Die verschiedenen Vergangenheiten mit ihren Verbrechenkomplexen im kollektiven Gedächtnis zu verankern und eine dieses abstützende Erinnerungskultur zu schaffen, musste deshalb die Aufgabe sein. Dies aber schloss ein, für den deutschen Erinnerungshaushalt die herausragende Bedeutung des Menschheitsverbrechens Holocaust hervorzuheben, ohne andere Leid- und Unrechtserfahrungen zu ignorieren. Bereits im November 1991 habe ich deshalb – im Kontext von kontroversen Diskussionen an einem Ort, der beiden Vergangenheiten, den verschiedenen Opfergruppen und Aufarbeitungsszenen gerecht werden musste – vorgeschlagen, nach der Regel zu verfahren: „Die NS-Verbrechen dürfen nicht mit Hinweis auf das Nachkriegsunrecht relativiert, dieses Unrecht darf jedoch nicht umgekehrt angesichts der NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“ Dieser Grundsatz ist (in teilweise leicht variierten Formulierungen) damals in Brandenburg akzeptiert und in der Folgezeit in eine ganze Reihe von Beschlüssen und Papieren auf der Ebene des Bundes und der Länder eingegangen. Er hat damit vielfach der Pazifizierung gedient.

Diesem Grundsatz entsprach auch die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Die Vereinigung

- wendet sich gegen eine Relativierung der NS-Vergangenheit und hält diese Vergangenheit für ausgesprochen bedeutsam im Hinblick auf die Gegenwart und Zukunft,
- nimmt auch das Unrecht der kommunistischen Vergangenheit ernst und spricht sich für dessen dauerhafte Anerkennung in der öffentlichen Erinnerung aus,
- hält ein Gegeneinanderausspielen der Vergangenheiten in der Öffentlichkeit für ebenso abwegig wie einen Verzicht auf differenzierte Würdigung des jeweiligen Geschehens, der Opfer, des Widerstandes und auch der Täter und der hinter diesen stehenden Strukturen und Prozesse.

Selbstverständlich sind wissenschaftliche Vergleiche möglich, wobei zu fragen ist, was man miteinander vergleichen will. NS-Deutschland und die stalinistische Sowjetunion sind ungeachtet großer Entwicklungsunterschiede vergleichbar; schwieriger sind diachrone Vergleiche. Jeder Vergleich muss im Übrigen der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden nachgehen, wobei der Vergleich auf den Versuch der Erfassung von Spezifika oder auf Typenbildung gerichtet sein kann. Sinnvoll erscheint auch, die SED-Diktatur mit anderen Diktaturen des ehemaligen Ostblocks zu vergleichen. Manches spricht im Übrigen im deutschen Fall dafür, nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten, bezogen auf die NS-Zeit und die beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, zu fragen, was die Vergleichsperspektive mit einer Betrachtung des historischen Prozesses verbindet.

Als Demokrat wird man – dies steht für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. außer Zweifel – sowohl die NS-Diktatur als auch die kommunistische Diktatur scharf ablehnen. Ungeachtet aller Unterschiede totalitärer Diktaturen und aktueller politischer Standpunkte mag man deshalb mit Jürgen Habermas und anderen für einen – seit 1989 möglichen – „antitotalitären Konsens“ plädieren, der weitgehend mit der Anerkennung der demokratischen Ideenwelt zusammenfällt.

Keineswegs das geringste Anliegen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. liegt darin, die Entstehung und Entwicklung totalitärer Tendenzen zu beleuchten. Neben der Würdigung der Opfer geht es um ihre Erklärung im Kontext der Geschichte, zu der auch die Einsicht gehört, dass die SED-Diktatur nie errichtet worden wäre ohne die verbrecherische Politik NS-Deutschlands zuvor. Ein Bild des Gesamtprozesses ist nötig.

Historische Erklärung und Einordnung heißt gewiss nicht, einen oder zwei Schlusstrieche zu ziehen. Aus der Sicht von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat jede Generation ihr Verhältnis zum Holocaust und den anderen NS-Verbrechen neu zu bestimmen. Auch das kommunistische Unrecht wird auf eine nicht absehbare Zeit im negativen Gedächtnis aufbewahrt werden müssen und für die jeweilige Gegenwart eine Rolle spielen. Ziel ist, eine Sensibilität für Trends zu fördern, die Menschen- und Bürgerrechten, der Demokratie und dem sozialen Rechtsstaat entgegengerichtet sind und denen deshalb entgegenzutreten ist. Heinz Westphal, einer der Gründer der Vereinigung, hat zu Recht hervorgehoben: „Ungefährdet ist Demokratie nie.“

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 79/2013*

## Die Deutschen als Opfer?

### Zur Frage eines Paradigmenwechsels

Die Hinweise auf eine erhebliche Veränderung des Geschichtsbewusstseins häufen sich. Manche Beobachter glauben gar von einem Paradigmenwechsel sprechen zu können. Die wohl nicht nur auf eine geschickte Werbestrategie zurückzuführende Resonanz des zweiteiligen Fernsehfilms „Die Flucht“, den elf Millionen Fernsehschauer gesehen haben, scheint ein letztes Beispiel für diesen Trend zu sein. Das Thema Vertreibung findet seit Jahren vielfältige Beachtung; auch der Bombenkrieg gegen die deutsche Bevölkerung und ähnliche Themen haben ein beträchtliches neues Interesse gefunden. Kennzeichnend für diesen Trend ist, dass die Deutschen nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen gesehen werden.

Nun sind die Themen, die derzeit Konjunktur haben, nicht so neu, wie manchmal gemeint wird. In der Nachkriegszeit dominierten sie das deutsche Bewusstsein, in Westdeutschland sehr klar, in der DDR mehr verdeckt. Tatsächlich sind diese Themen im Laufe der 60er, 70er, 80er Jahre mehr an den Rand des öffentlichen Bewusstseins gerückt worden; sie wurden zu Themen der Betroffenen. Die Erinnerung an das Geschehen wurde gleichsam privatisiert.

Wenn diese Themen das Bewusstsein für die Bedeutung des Holocausts und anderer Verbrechen der Zeit des Dritten Reiches marginalisieren würden, so müsste dies den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ zweifellos auf den Plan rufen. Doch gilt es genau hinzuschauen, um problematische Tendenzen klar zu identifizieren und ihnen entgegentreten zu können.

Man kann nicht von einem generellen Geschichtsrevisionismus sprechen. Die Spielfilme über die Bombardierung Dresdens wie über die Flucht sind zwar Beiträge, die gegenüber den 80er und frühen 90er Jahren eine Themenerweiterung darstellen, doch sind sie unübersehbar – fast etwas schematisch – um political correctness bemüht. Die Menschen in ihrer Widersprüchlichkeit, die Ambivalenzen des eigenen Tuns, die sie als Täter und Opfer erscheinen lassen, werden nur sehr zurückhaltend dargestellt.

Dennoch gilt es, auf Tendenzen, die zum gegenseitigen Aufrechnen führen und damit von nationalapologetischen Motiven geprägt sind, zu achten. Die Empathie mit

den Opfern – in verschiedenen Kontexten – ist gewiss legitim, darf jedoch nicht dazu führen, die historischen Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten zu verwischen. Und gewiss sind nationale Diskurse über die historischen Erfahrungen legitim. Doch müssen wir uns im zusammenwachsenden Europa bewusst mit den vielfältigen gegensätzlichen Erinnerungen auseinandersetzen und behutsam Diskurse darüber führen, wie die verschiedenen nationalen Erinnerungskulturen zueinander zu öffnen sind.

Die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie wurde aus dem Impuls heraus gegründet, Regressionen in gesellschaftlichen Lernprozessen zu verhindern, über Vergangenheit im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft aufzuklären und eine diese Absichten abstützende Erinnerungskultur zu fördern. Diese Aufgaben bleiben aktuelle, müssen jedoch heute weiterentwickelt und in europäische Kontexte eingefügt werden. Nicht zuletzt gilt es, sie mit dem Projekt eines freiheitlichen demokratischen und sozialen Europa zu verbinden.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 52/2007*

# Zum Projekt eines Exilmuseums

## Brauchen wir ein Exilmuseum?

Die Schriftstellerin und Nobelpreisträgerin Herta Müller hat für Deutschland ein Exilmuseum gefordert. Seitdem wird verstärkt über die Idee eines solchen Museums diskutiert, in Berlin teilweise schon im Hinblick auf konkrete Standorte – mit recht begrenzten Argumenten. In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob wir tatsächlich ein derartiges Museum brauchen, im Falle ihrer Bejahung auch die nach Anforderungen an die Konzeption, schließlich die Frage nach Realisierungschancen. Der Vorstand des Vereins gegen Vergessen – Für Demokratie hat sich für ein Exilmuseum ausgesprochen, hält jedoch eine intensivere Diskussion über eine Konzeption für dringlich.

Es wäre falsch, von einer generellen Vernachlässigung des Exils durch die Forschung zu sprechen. Seit den 80er Jahren ist vielfältig über das Exil geforscht worden. Erinnert sei nur an die zahlreichen Bände des Jahrbuchs für Exilforschung, an das Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration (1980–83) oder auch an das Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, das – in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Exilforschung – 1998 eine Art Zwischenbilanz lieferte. In jüngster Zeit hat sich insbesondere die Diskussion über Schriftsteller, überhaupt über die Kultureliten im Exil intensiviert. Bei der Forderung nach einem Exilmuseum geht es weniger um die Forschung als um ein sichtbares Zeichen, um einen „Ort“ im Rahmen der deutschen Erinnerungskultur. Diese Erinnerungskultur ist in den letzten Jahrzehnten, verstärkt seit den 80er Jahren, immer weiter ausdifferenziert worden. Inzwischen gibt es zahlreiche Erinnerungsorte und Gedenkstätten, vielfach errichtet an Orten früherer Konzentrationslager oder anderer Verbrechen; die meisten Opfergruppen finden inzwischen in der Erinnerungskultur ihre Würdigung. Und wo etwas fehlt, wie bei den Opfern der frühen „wilden“ KZs, bei Zwangsarbeitern oder auch bei den Opfern des Vernichtungskrieges, werden die Geschehnisse thematisiert und nach Möglichkeiten, für sie Orte der Erinnerung zu schaffen, gesucht. Unübersehbar aber ist, dass im Hinblick auf das Exil 1933–1945 ein Erinnerungsort fehlt, der in die deutsche Öffentlichkeit ausstrahlt. Manches deutet darauf hin, dass das Exil während der NS-Zeit im heutigen deutschen Bewusstsein nur eine geringe Rolle spielt.

Durch ein Exilmuseum könnte das überaus bedeutsame, vielfältige Phänomen „Exil“ verstärkt bewusst und zu einem lebendigen Teil der Erinnerungskultur gemacht werden. Viele Zeitgenossen wissen wenig über den gewaltigen bis heute nachwirkenden Verlust für die deutsche Gesellschaft und die deutsche Nation, über die Impulse, die von den

Emigranten in manchen Ländern – etwa in den USA – ausgingen, über das – nicht selten tragische – Schicksal von Tausenden, die während der NS-Zeit aus Deutschland vertrieben wurden und von denen nur ein Teil nach Deutschland zurückgekehrt ist.

Das Exilmuseum sollte aus unserer Sicht prinzipiell das gesamte Exil zum Gegenstand haben, nicht nur die bekannten Namen und großen Geister, sondern auch die „kleinen Leute“, die unmittelbar politisch Betroffenen wie die vielen Akademiker, die Schriftsteller und Künstler, auch die Wissenschaftler der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen – meist, aber nicht immer mit jüdischem Hintergrund. Auch die Eingrenzung auf einzelne Exilländer würde das Bild des Exils stark verzeichnen.

So schwierig ein solches Projekt ist, so sind u.a. folgende Aspekte zu beachten: die historischen Rahmenbedingungen und die Politik des NS-Regimes, konkrete Anlässe und Formen der Emigration, die vielfach prekären Arbeits- und Lebensbedingungen der Exilierten in vielen Zufluchtsländern, die besondere Rolle des politischen Exils und seine Verknüpfung mit dem Widerstand, die Emigration der Wissenschaftler von der Historiographie und Philosophie bis zu Biologie, Medizin und Kinderheilkunde, nicht zuletzt zu den Repräsentanten moderner Architektur, der Kunst und der Literatur, doch auch des Verlagswesens und anderer Bereiche. Es stellten sich im Exil Fragen nach der Identität, nach Anpassung und Eigensinn, nach Akkulturation. Doch auch die Re-Immigration ist ein bedeutsames Thema, zumal sich für die Emigrierten nach 1945 die Frage stellte, in welches Deutschland man zurückkehren wollte, nach West- oder Ostdeutschland.

Schon das Aufzählen von Aspekten lässt die Schwierigkeiten, dieses Projekt konzeptionell zu bewältigen, ahnen. Zweifellos wird biographischen und gruppenbezogenen Ansätzen besondere Bedeutung zukommen. So unlösbar die didaktischen Fragen auch erscheinen, so ist doch klar, dass ein virtuelles Museum, wie es unter Staatsminister Neumann angestrebt wurde, nicht ausreichend ist. So positiv auch das Engagement der Zivilgesellschaft ist, so dürfte angesichts der Komplexität des Themenfeldes eine Realisierung dieses Museums ohne den Bund und das Land Berlin nicht möglich sein. Das Exilmuseum ist eine nationale Aufgabe. Selbstverständlich sind Exil-Erfahrungen nicht auf Menschen beschränkt, die 1933–45 NS-Deutschland verlassen mussten. Dennoch sollte angesichts der Größe der Aufgabe das Museum auf das Exil 1933–45 konzentriert sein. Das Exil anderer Länder ließe sich gegebenenfalls in Sonderausstellungen aufgreifen. Themen könnten beispielsweise das russische Exil in der Weimarer Republik, das Exil der osteuropäischen Länder in der Nachkriegszeit oder auch das Exil des heutigen Iran sein.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 93/2017*

## Fragen zum Projekt eines Exil-Museums in Berlin

Das Exil – das Schicksal der in der NS-Zeit aus Deutschland aus „rassischen“, religiösen und politischen Gründen Vertriebenen – ist in der deutschen Museumslandschaft bislang nicht hinreichend repräsentiert. Hier klafft unübersehbar eine Lücke, die angesichts der immensen historischen Bedeutung des Exodus für die deutsche Gesellschaft, doch auch angesichts der wichtigen Rolle dieser aus Deutschland stammenden Menschen in vielen Ländern der Welt unbedingt geschlossen werden sollte.

Allerdings hat die neu eröffnete ständige Ausstellung des Deutschen Exilarchivs 1933–1945 mit dem Titel *Exil. Erfahrung und Zeugnis* in der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt im Frühjahr 2018 noch nicht das Interesse gefunden, das sie verdient. Die professionell gestaltete Ausstellung spricht viele Aspekte des Themas Exil an. Sie beruht ausschließlich auf knapp gekennzeichneten Exponaten des Exilarchivs, die für den Besucher vielfach durchaus anrührend sind. Gleich im Eingangsbereich einige Bilder und Fragen: Was bedeutet es, ins Exil gehen zu müssen? Was erlebt man dort? Gibt es ein Ende des Exils? Dann einige exemplarische Lebensläufe, bei denen man naturgemäß fragen kann, wie repräsentativ sie sind. Dann werden die verschiedenen Komplexe thematisiert, zunächst die Flucht (Fluchtwellen, Fluchtwege, Hilfen), dann das Leben im Exil (Alltagsprobleme für die Einzelnen und die Familien, Arbeit und Beruf sowie Sprache und Kultur). Angesprochen werden auch Formen des Widerstandes und schließlich die Zeit nach dem Exil (die Frage der Remigration, Nachleben des Exils, Debatten im Nachkriegsdeutschland über das Exil). Die Ausstellung zeigt viele interessante Stücke (etwa das Vokabelheft des SPD-Politikers Hans Vogel, was auf die Notwendigkeit des Erlernens der fremden Sprache und dabei aufzubringende Mühe verweist) oder auch Fotoalben, die nicht zuletzt von biografischen Brüchen und von Heimweh zeugen. Die Hauptzufluchtsländer werden mit den Zahlen der hier Aufgenommenen genannt, die USA, Frankreich, auch Palästina, während nur vergleichsweise wenige Menschen in die Sowjetunion emigrierten. Nicht behandelt wird die Frage, was die Exilierten für die Hauptzielländer bedeuteten, etwa für die USA, für Wissenschaften und Kultur des Landes. Nur sehr knapp vertreten ist das Exil der Menschen, die nicht zu den Eliten gehörten, auch das politische Exil. Dennoch ist ein Besuch zweifellos lohnend.

Das Projekt eines Exil-Museums in Berlin greift sicherlich weit über die Frankfurter Ausstellung hinaus. Es wird vor allem von Bernd Schultz, Mitbegründer des Auktionshauses Villa Griesebach, mit privaten Mitteln forciert und konzeptionell

besonders von Christoph Stölzl, Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Museums, entwickelt. Stölzl scheint nicht nur Weimar Culture, die im Exil vielfältig weiterlebte, in ihrer ganzen Breite zeigen zu wollen, sondern auch dem Einfluss der Migranten in den Zielländern nachgehen zu wollen. Stölzl bringt für das Thema vielfältige Kenntnisse mit und nicht zuletzt eine Begeisterungsfähigkeit, die für dieses ambitionierte Projekt erforderlich sein dürfte. Mitgetragen wird das Projekt von André Schmitz, dem früheren Berliner Kulturstatssekretär.

Trotz aller Anerkennung der Idee liegen kritische Fragen auf der Hand. Ist ein derartiges Projekt ausschließlich mit privaten Mitteln zu finanzieren und vor allem zu unterhalten? Und hat es nicht auch Vorteile, wenn ein solches Vorhaben – wie dies bei öffentlichen Projekten durchweg der Fall ist – durch Beiräte begleitet wird? Es sollte jedenfalls nicht auf einen engen Kulturbegriff fokussiert sein, erweitert vielleicht um einige spektakuläre Wissenschaftsbereiche. Das Exil sollte in seiner ganzen Breite in den Blick kommen, auch das Exil der „kleinen Leute“ und nicht zuletzt das politische Exil. Eine breitere Diskussion über dieses bedeutende Projekt tut jedenfalls not.

Zuletzt noch dies: Exilschicksale sind für die Regionalgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zweifellos ein sinnvolles Arbeitsgebiet, da es eine Annäherung an das große Thema Exil ermöglicht, das es stärker im deutschen Bewusstsein zu verankern gilt.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 97/2018*

## Zur erinnerungspolitischen Rolle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Der Volksbund, lange Zeit der dominierende Akteur der Gedenkkultur in Deutschland, steht vor einem runden Jubiläum. Wie andere Einrichtungen wurde er nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, dieser Epochenscheide deutscher Geschichte. Die 100-jährige Geschichte des Volksbundes ist voller Ambivalenzen, in vieler Hinsicht ein Spiegel der deutschen Nationalgeschichte im 20. Jahrhundert. Es ist gut, dass diese Geschichte in neuester Zeit – vorangetrieben vom Volksbund – verstärkt wissenschaftlich aufgearbeitet wird. Hier ein paar Stichworte zu dieser Geschichte.

Das humanitäre Anliegen, menschenwürdige Gräber für die Soldaten des Ersten Weltkrieges zu schaffen und Orte der Trauer für die Angehörigen zu ermöglichen, verband sich schon früh mit dezidiert nationalrevisionistischen Tendenzen. Die Selbstgleichschaltung 1933 und die enge Verknüpfung mit dem NS-Regime, das den Volkstrauertag zum „Helldengedenktag“ machte (eine Tendenz, die auch in der Architektur ihren Niederschlag fand), sieht inzwischen auch der Volksbund kritisch.

Und auch der Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg ist keineswegs über jede Kritik erhaben; Momente der personellen und teilweise sogar ideologischen Kontinuität sind unübersehbar. Der Volksbund nahm, unterstützt von der öffentlichen Hand, in den Nachkriegsjahren seine Kernaufgaben wieder auf, die sich nur in Kooperation mit den westlichen Nachbarländern realisieren ließen (Osteuropa wurde im Grunde erst nach 1990 zum Kooperationspartner). Unter „Kriegstoten“ fasste der Volksbund in den Nachkriegsjahren die gefallenen Soldaten, die Bombenkriegsopfer, die Opfer von Flucht und Vertreibung und nach einigen Jahren auch die Opfer von Verfolgung und Gewaltherrschaft zusammen, was letztlich die Gefahr problematischer Gleichsetzungen barg. Jedenfalls brauchte der Volksbund genau wie die deutsche Gesellschaft insgesamt eine Weile, bis er alle Opfergruppen in die kollektive Trauer einbezog. Die Dimension der Genozide mit ihren Millionen von Opfern sprengte jedoch die traditionellen Formen des Totengedenkens, auch wenn die Erwähnung dieser Opfer dazu beitrug, den bisherigen Opferbegriff zu überwinden. Die Opfer anderer Nationen, besonders die Zwangsarbeiter, kamen ebenfalls erst im Laufe der Jahre in den Blick.

Problematisch war in der Nachkriegszeit der Rückzug auf ein Gedenken, das sich bei teilweiser Restauration bisheriger Formen angesichts des Verlustes traditioneller Sinnkategorien entpolitisierte und enthistorisierte und sich schließlich auf den Appell „Nie wieder

Krieg“ beschränkte. Allerdings war seit den 1970er Jahren, verstärkt seit der Wiedervereinigung 1990, ein partieller Wandel des Selbstverständnisses feststellbar, verbunden mit einer Weiterentwicklung der Bildungsarbeit des Volksbundes, die etwa durch die Reformkommission unter dem stellvertretenden Vorsitzenden Volker Hannemann neue Wege ging. Andere Reformer wie Rolf Wernstedt nahmen die Diskussion über Grundsatzfragen auf und regten beispielsweise die Bildung eines wissenschaftlichen Beirates an. Zunehmend entwickelten sich Formen der Zusammenarbeit auch mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., zum Beispiel im Kontext des Riga-Komitees, auf das die eindrucksvolle Neugestaltung des Gedenkortes von Bikernieki zurückgeht. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. engagierte sich parallel dazu bei der Förderung des jüdischen Museums in Riga.

In der von Markus Meckel während seiner Präsidentschaft angestoßenen „Leitbilddiskussion“ wurde endlich unmissverständlich die Frage nach dem Charakter des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Verantwortlichkeiten aufgeworfen, die der Volksbund lange versucht hatte zu meiden, obgleich sein Motto „Versöhnung über den Gräbern“ immer ernst gemeint war. Jetzt wurde der Krieg im Osten als ein Vernichtungs- und Eroberungskrieg bezeichnet und der Weg zu einer vertieften Diskussion über angemessene Kategorien zur Bewertung des Geschehens geebnet. Das Leitbild hat das Selbstverständnis des Volksbundes über die Amtszeit von Meckel hinaus verändert.

Der Volksbund, der jahrzehntelang in Distanz zu den großen zeithistorischen Diskursen stand, ist heute ein wichtiger Teil der inzwischen hochdifferenzierten, vernetzten deutschen Erinnerungskultur. Von seiner ureigensten Aufgabe ausgehend, der würdigen Bestattung der Kriegsoffer und Pflege der Kriegsgräber, bearbeitet er den riesigen Komplex der Erinnerung an den Krieg, der über die Erlebnisgenerationen hinaus in vielen Familien nach wie vor eine nicht geringe Rolle spielt. Bedeutsam ist nicht zuletzt der internationale Charakter der Arbeit, die sich durch dialogisches Erinnern an Krieg und Kriegsfolgen noch intensivieren ließe. Jean-Claude Juncker hat gesagt: „Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen.“ Vernetzungen in der nationalen wie internationalen Gedenk- und Erinnerungskultur gilt es jedenfalls weiter zu fördern. So gibt es in der Gegenwart mancherlei Berührungspunkte zwischen dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., wie ein Gespräch zwischen den Spitzen beider Organisationen kürzlich zeigte. Der Besuch von Soldatenfriedhöfen kann gewiss Anstöße zur Auseinandersetzung mit den Kriegen in Europa geben. Doch wir brauchen darüber hinaus mehr Kommunikation über die Grenzen der einzelnen europäischen Staaten hinweg.



## **II.**

# **DEMOKRATIEGESCHICHTE UND ERINNERUNGSKULTUR**

## Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte

Die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie wurde als zivilgesellschaftliche Gruppe gegründet, um die problematische jüngste Geschichte für die Gegenwart bewusst zu machen. Diese Zielsetzung hat einen mehrfachen Bezug zur Demokratie:

- Demokratie und das hinter ihr stehende Wertesystem bilden Maßstab und Bezug für die Vergegenwärtigung von Diktaturen und Totalitarismen der Vergangenheit,
- Widerstand gegen die totalitären Diktaturen war vielfältig durch demokratische Überzeugungen motiviert; er ist selbstverständlich in der Erinnerungsarbeit nicht auszublenden,
- die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts enthält durchaus demokratische Traditionen, die zu bewahren sind,
- Demokratie ist keineswegs als etwas ein für alle Mal Erreichtes zu sehen, sondern selbst Teil eines un abgeschlossenen Prozesses.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, historische Ereignisse und Bewegungen zu identifizieren, die Bedeutung für unser gegenwärtiges Demokratieverständnis in Deutschland haben, für das die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind.

Manche Nationen haben ihre großen traditions- und konsensbildenden Ereignisse, die sich nicht selten geradezu zu Mythen verdichtet haben, etwa die USA mit ihrer Unabhängigkeitserklärung und dem Unabhängigkeitskrieg oder Frankreich mit der Französischen Revolution. Bei anderen Nationen ist die demokratische Traditionsbildung schwieriger. Gustav Heinemann meinte 1969 nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten, es gebe „schwierige Vaterländer“ und eines von diesen sei Deutschland. Doch gerade er bemühte sich darum, die demokratische Traditionsbildung in Deutschland zu fördern und regte das Museum der deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt an. Manches spricht dafür, dieses Anliegen in der Gegenwart verstärkt aufzugreifen – eben auch durch die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie.

Die Freiheits- und Widerstandsbewegungen bewusst zu machen, bedeutet keineswegs die vielfältigen Ambivalenzen deutscher Geschichte und die in der Gegenwart nachwirkenden Hypotheken auszublenden. Keine Frage: der NS-Diktatur und den unter dieser verübten beispiellosen Verbrechen ist nicht auszuweichen, sie werden auch künftig das deutsche historische Selbstverständnis mitprägen, ungeachtet der Tatsache, dass der Holocaust inzwischen nicht mehr nur als deutsches Verbrechen

aufgefasst und nicht selten geradezu dekontextualisiert wird. Demokratie erhält ihre besondere Begründung in Deutschland eben gerade als konsequentes Gegenbild zur NS-Diktatur, was eine Ablehnung jeder Diktatur zur Konsequenz hat. Doch ist damit die Frage nach den demokratischen Traditionen nicht erledigt. Und es stellt sich heute tatsächlich die Frage, über welche lebendigen oder potentiellen Traditionen wir verfügen, von denen hier einige skizziert, andere aber – wie der Föderalismus oder die kommunale Freiheitstradition – nicht thematisiert werden können; dies gilt auch für die Politisierung von Teilen der Gesellschaft im Zeitalter der Französischen Revolution und die Entstehung einer Bewegung für Freiheit und Einheit in der Zeit 1815 – 1848. Schlagartig seien einige Ereigniskomplexe, beginnend mit der Revolution 1848/49, beleuchtet.

## I.

Schon durch die Staatssymbolik ist die Bundesrepublik mit der Revolution von 1848/49 verbunden, die Teil des europäischen Revolutionsgeschehens jenes Jahres war, doch auch ein ganz wesentliches Geschehen der deutschen Demokratiegeschichte bildet. Die in sich heterogene, mehrschichtige, in verschiedenen Revolutionszentren ablaufende Bewegung zielte in ihrer Hauptströmung auf die Realisierung eines – das Erbe des Feudalzeitalters überwindenden – staatsbürgerliche Gleichheit verwirklichenden freiheitlichen Verfassungsstaats und auf die Zusammenfassung der deutschen Staatenwelt in einem Nationalstaat. Die Heterogenität der Bewegung kam u.a. darin zum Ausdruck, dass die wichtigsten politischen Strömungen der Folgezeit 1848/49 auf der Bildfläche erschienen. Die Revolutionsbewegung, die nicht nur an inneren Widersprüchen, sondern an den bald wieder erstarkenden alten Mächten scheiterte, war gewiss nicht folgenlos; Preußen und die Donaumonarchie wurden dauerhaft Verfassungsstaaten, auch ging der nationale Kommunikationszusammenhang nicht mehr verloren, doch wirkte lange in der deutschen politischen Kultur das Scheitern der Revolution in einer Schwächung der bürgerlichen Demokratie nach. Die Einheit wurde dann von oben durch Bismarck, durch militärische Gewalt, in drei Kriegen durchgesetzt. Zwar ging etwas von den Ideen von 1848 in das Reich ein, doch blieb die Tradition von 1848 eine Anti-Tradition zum Kaiserreich, gepflegt von Teilen des südwestdeutschen Liberalismus und vor allem von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die sich diese Tradition aneignete. So ist es verständlich, dass die Tradition von 1848 1918/19 wieder aufgegriffen und zur Tradition der Republik von Weimar erhoben wurde, doch wie die Republik um ihre Anerkennung kämpfen musste. Erneut wurde diese liberal-demokratische Tradition auch nach dem Zweiten Weltkrieg revitalisiert. Als 1998 sich die Revolution zum 150. Mal jährte, wurde die Revolution von 1848/49 in Formen gewürdigt, die die

Geltung dieser Tradition in der Gegenwart deutlich machen sollte. Keine Frage, hier haben wir es mit einer Traditionslinie der gegenwärtigen Demokratie zu tun.

## II.

Die Revolution 1918/19, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches gegen Widerstand radikaler linker Kräfte in der Einrichtung einer parlamentarischen Demokratie mündete, die auch von der politischen Rechten abgelehnt wurde, konnte sich in diesen Jahren nicht zu einem traditionsbildenden Ereignis entwickeln. Die Republik von Weimar, deren tragende Kräfte – Sozialdemokratie, linksliberale DDP und Zentrum – in schwieriger Zeit eine moderne Demokratie und einen zeitgemäßen Sozialstaat mit einem neuen Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufbauten, bedürfen heute einer neuen fairen Würdigung ihrer Leistungen: die Weimarer Republik ist eine wichtige Station der deutschen Demokratiegeschichte trotz bzw. wegen ihres Scheiterns. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten die demokratischen Kräfte aus den Fehlern von Weimar zu lernen, griffen z.T. jedoch auch Gedanken der Weimarer Verfassung auf. Zugleich verarbeiteten sie die totalitären Erfahrungen der Nationalsozialismus, darüber hinaus die der kommunistischen Herrschaft. „Bonn ist nicht Weimar“, so ein bekannter Buchtitel der 50er Jahre, und doch wirkte Weimar nicht nur negativ, sondern auch positiv nach.

Eine wesentliche Stunde in der Phase ihrer Agonie der Weimarer Republik war Otto Wels Rede gegen das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933, in der er gegen Hitler „die Grundsätze der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“ bekräftigte und diesem die Macht bestritt, „Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten“. Diese Rede spielt im Erinnerungshaushalt gegenwärtiger Demokratie in Deutschland – wie Veranstaltungen in diesem Jahr gezeigt haben – nach wie vor eine besondere Rolle.

## III.

Eine bedeutsame Tradition gegenwärtiger Demokratie ist der Widerstand gegen Hitler und die NS-Politik, den wir uns noch breiter und wirksamer wünschen möchten, der jedoch auch in den realen Dimensionen und konkreten Motiven und Aktionen wahrlich Beachtung in der Erinnerungskultur verdient. Dabei ist davon auszugehen, dass sich schon vor 1933 wesentliche Kräfte gegen die NS-Machtübernahme gestemmt haben, vor allem die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die die Republik von Weimar zu verteidigen suchte, auch die KPD, die freilich an die Stelle der Demokratie eine Diktatur des Proletariats oder – wie es auch in der damaligen Agitation hieß – Sowjetdeutschland errichten wollte. Auch nach der Machtübernahme

durch die Nazis leistete die Arbeiterbewegung Widerstand, doch war diese schlecht vorbereitet. Dies gilt auch für die Kommunisten, die schon in der Weimarer Zeit teilweise in der Illegalität gearbeitet hatten, deren Kampf gegen die NS-Herrschaft gleichwohl innerhalb kurzer Zeit fast völlig scheiterte und zahlreiche Opfer kostete. Die Sozialdemokraten bevorzugten andere Formen des Widerstandes, versuchten vor allem untereinander Kontakt zu halten; ihnen gelang es ein Netzwerk mit dem Exil aufzubauen, doch auch ihr Widerstand konnte die Entwicklung nicht nachhaltig beeinflussen. Während die Kommunisten ihren Widerstand nach dem Zweiten Weltkrieg geradezu zum Mythos erhoben und instrumental einsetzten, taten die Sozialdemokraten lange Zeit recht wenig, um die Erinnerung an den Widerstand zu bewahren. Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich dies geändert.

Die Erinnerung an den Widerstand hat sich in Westdeutschland lange auf den 20. Juli 1944 konzentriert, der sich in diesem Jahr zum 60. Mal jährt und zu Recht in der Öffentlichkeit beträchtliches Interesse findet. Diese Widerstandsbewegung rekrutierte sich aus Teilen der nach 1933 zunächst die NS-Machtübernahme begrüßenden alten Eliten aus Reichswehr und höherer Bürokratie, zu denen eine Reihe weiterer Persönlichkeiten aus dem kirchlichen Bereich und der Wirtschaft, schließlich auch prominente Sozialdemokraten wie Julius Leber und Wilhelm Leuschner stießen. Als das Attentat schließlich am 20. Juli 1944 realisiert wurde, war für die Kerngruppe der Erfolg nicht das Entscheidende. Henning von Tresckow etwa formulierte, es komme darauf an, dass „die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat“. Die Verschwörer wollten zeigen, dass Hitler nicht Deutschland war, sondern dass es noch ein anderes, „ein besseres Deutschland“ gab.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten die Überlebenden und Angehörigen der Widerstandsbewegung des 20. Juli zunächst durchaus um ihre Anerkennung kämpfen. Doch bildete sich in den 50er Jahren auch eine Tendenz heraus, die Männer der Widerstandsbewegung gleichsam als Antizipatoren der Bundesrepublik zu betrachten, was im Hinblick auf die Verfassungs- und Gesellschaftsvorstellungen, die bei aller Ambivalenz vorrangig auf die Überwindung der gesellschaftlichen Voraussetzungen des Totalitarismus zielten, so nicht zutreffend ist. Doch der Gegensatz zu Hitler und seiner Gewaltpolitik, der Wille, Recht und Freiheit wiederherzustellen, die ethische Motivation – dies alles macht die Bewegung auch in der gegenwärtigen Demokratie ausgesprochen erinnerungswürdig. Allerdings sollte zugleich der Widerstand der Arbeiterbewegung, auch der in der übrigen Gesellschaft, in den Kirchen und anderen Bereichen, nicht vergessen werden.

#### IV.

Die Demokratie ist nach dem Zweiten Weltkrieg nicht von der Mehrheit der Deutschen erkämpft worden. Gleichwohl wäre es falsch, sie ausschließlich als Geschenk der Alliierten zu betrachten. Um die Erarbeitung des Grundgesetzes wurde im Parlamentarischen Rat gerungen und die Väter und Mütter des Grundgesetzes verdienen es, als Wegbereiter unserer Demokratie im Gedächtnis bewahrt zu werden. Dies gilt auch für zahlreiche Persönlichkeiten, die sich – trotz mancher auch hier vorhandener Punkte, die man kritisch sehen mag – für den Aufbau der Demokratie und die Durchsetzung der demokratischen politischen Kultur mit ganzer Kraft eingesetzt haben. Es gibt sie auf allen politischen Ebenen, auf der Bundesebene sind etwa zu nennen Kurt Schumacher, Konrad Adenauer und Theodor Heuß, Carlo Schmid und Erich Ollenhauer, Jakob Kaiser und Eugen Gerstenmaier, nicht zuletzt Willy Brandt und viele andere. Diese Repräsentanten der Politik der Nachkriegsperiode, die die vorhergehenden Epochen erfahren und verarbeitet hatten, gehören in die deutsche Demokratiegeschichte, in der neben der Mitwirkung in den Freiheits- und Widerstandsbewegungen auch die konkrete demokratische Aufbauarbeit Erinnerungswürdig ist.

Die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre, die ihrerseits ein Epiphänomen der Fundamentalpolitisierung jener Zeit war, hat gewiss – trotz teilweise extremer Ziele – zur Durchsetzung einer demokratischen Zivilgesellschaft beigetragen. Zwar kann man sie schwerlich den großen Freiheitsbewegungen deutscher Geschichte zuordnen, doch eine Bedeutung in der Demokratiegeschichte besitzt sie durchaus.

#### V.

Zu den Freiheits- und Widerstandsbewegungen zu rechnen ist zweifellos die Bewegung des 17. Juni 1953 in der DDR, die seit den 90er Jahren, vor allem anlässlich der 50. Wiederkehr des Datums, von einer breiten Öffentlichkeit des Vereinigten Deutschlands wiederentdeckt worden ist. Schon die Zeitgenossen waren von diesem Ereignis tief aufgewühlt worden, in der Bundesrepublik wurde der Tag schon 1953 zum Feiertag erklärt, der als Tag der deutschen Einheit bis 1990 begangen wurde, zunächst mit beträchtlichem Engagement, doch später vielfach in ritualisierter Form, mit der Konsequenz, dass er 1990 den Ostdeutschen als westdeutscher Feiertag, den Westdeutschen aber als ein inzwischen obsoleter Tag, der vielfach als Tag der Verlegenheit empfunden worden war, galt und deshalb ohne Diskussion abgeschafft wurde.

Hintergrund ist die durch den Zweiten Weltkrieg ermöglichte Etablierung eines kommunistischen Regimes in Ostdeutschland, das der Mehrheit von außen unter Mit-

arbeit einer Minderheit mit Machtmitteln aufgezwungen wurde. In der Geschichte hat es kaum eine vergleichbare Bewegung gegeben, in der eine Million Menschen, ohne klare Führung, ihr Schicksal in die eigene Hand nahm, um die Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verändern, doch auch Staatsbürgerrechte und freie Wahlen durchzusetzen, die Regierung zu stürzen und Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, was eben auch auf die Überwindung der Teilung hinauslief. Trotz auch hier nicht fehlender Ambivalenzen sind die demokratischen Zielsetzungen dieser Streik- und Demonstrationsbewegung, in der die Menschen sich in den meisten Städten auf zentralen Plätzen versammelten, Gefangene aus den Gefängnissen zu befreien suchten, eindeutig dominant.

Keine Frage, ein erinnerungswürdiges Ereignis. Der Aufstand, der durch sowjetische Truppen und Einheiten der Volkspolizei blutig niedergeschlagen wurde, war im Grunde eine abgebrochene Revolution, getragen von einer Bewegung, die wir den Freiheits- und Widerstandsbewegungen der deutschen Geschichte zuordnen können. Dieses Bemühen erhielt erst eine realistische Chance, als durch die deutsche Ostpolitik und den KSZE-Prozess in Europa Feindbilder abgebaut worden waren und die Verhältnisse unter Gorbatschow in der Sowjetunion sich zu verändern begannen.

## VI.

Auch die 1989 zur friedlichen Revolution in der DDR führende Bewegung, die durch oppositionelle Gruppen seit den 80er Jahren vorbereitet worden war und sich im Herbst 1989 zu einer Volksbewegung ausweitete, haben wir in diesem Zusammenhang zu nennen. Trotz des mächtigen Polizei- und Staatssicherheitsapparates nahmen auch hier zahlreiche Menschen ihre Geschicke in die Hand, verloren die Angst, bildeten 1989 eine Bürgerbewegung, die sich für Frieden, Umweltschutz und vor allem für Bürgerrechte einsetzte. Mit der Neugründung politischer Gruppen, wie dem Neuen Forum und dem Demokratischen Aufbruch, nicht zuletzt auch der Sozialdemokratischen Partei, die ein Teil der Bürgerbewegung war und doch über sie hinausging, war für die SED die Machtfrage gestellt, die sie ohne Unterstützung aus Moskau nicht mehr mit Gewalt zu ihren Gunsten entscheiden wollte und konnte. Erstaunlich war die Resonanz, die die Bürgerbewegung in den Massen fand, sie riss große Teile der DDR-Bevölkerung, selbst Teile der SED mit.

Eine wesentliche Etappe der Entwicklung war die Öffnung der Mauer am 9. November, die in der durchgeführten Form so vom Regime nicht beabsichtigt war, realiter aber das Ergebnis der Konstellation war, in der das SED-Regime sich nur durch weitgehende Reiseerleichterungen behaupten zu können glaubte. Wolfgang Thierses

Formulierung, dass die Mauer vom Osten her aufgedrückt worden sei, trifft den Kern des Geschehens. In der Folgezeit wurde aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ die Forderung „Wir sind ein Volk“, d.h. die Freiheitsbewegung wurde – wie am 17. Juni 1953 – auch zur Einheitsbewegung.

In der Erinnerung mancher Zeitgenossen sind die Erlebnisse und Erfahrungen des Herbstes 1989, in dem viele voller Hoffnungen waren, durch die Entwicklungen der Folgezeit, auch durch Enttäuschungen überlagert worden, was die Erinnerung verblassen ließ. Doch keine Frage, die Ereignisse 1989/90, gerade auch die Volksbewegung in der DDR gehören zu den herausragenden Traditionskomplexen des vereinigten Deutschlands.

\*

Die Demokratie der Gegenwart ist nicht vom Himmel gefallen. Auch in Deutschland haben Menschen für ihre Durchsetzung und Verteidigung sich eingesetzt, haben dafür auch mit Leib und Leben eingestanden. Ungeachtet einer in mancher Hinsicht nicht gerade glücklichen Geschichte mit vielfältigen Widersprüchen und Ambivalenzen, auch der nachwirkenden Last der verbrecherischen Politik des Nationalsozialismus, insbesondere des Holocaust, die in unserem kollektiven Gedächtnis eine Rolle spielen und es ausgesprochen spannungsreich machen, verfügt die gegenwärtige Demokratie über beachtliche Traditionen, die die deutsche Geschichte als Teil der europäischen Geschichte erscheinen lassen, was bewusst zu machen ist. Die Beschäftigung mit dieser Geschichte erinnert daran, dass die Demokratie immer wieder neu durchgesetzt werden muss.

Gewiss gibt es heute weniger erklärte Feinde der Demokratie als früher – allerdings lassen sie sich durchaus finden. Keine Frage, dass ihnen entschieden entgegenzutreten ist. Daneben sind politisch-ökonomische Tendenzen erkennbar, die die Demokratie aushöhlen, über die zu sprechen ist. Und bei der Kritik an den gegebenen Verhältnissen ist nicht immer klar, ob es wirklich um eine Weiterentwicklung der Demokratie geht. Dass allerdings Demokratie selbst Teil des historischen Prozesses ist, auch Formen der Teilhabe, das Verhältnis von Mehrheitswillen und Minderheitenschutz, der sozialen Voraussetzungen von Demokratie u. a. immer wieder neu zu bestimmen sind, steht außer Zweifel. Geschichte und Gegenwart der Demokratie sind deshalb wesentliche Aufgabenfelder unseres zivilgesellschaftlichen Vereins.

*Beitrag aus dem Jahr 2014, der damals gekürzt publiziert wurde.  
Ein Vortrag zum gleichen Thema wurde 2013 gesondert veröffentlicht.*

# Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit in Deutschland

## I. Eine völlig neue Tendenz der Erinnerungskultur?

„Demokratie“ ist für die meisten von uns der selbstverständliche Begriff zur Kennzeichnung unserer politisch-gesellschaftlichen Ordnung. Demokratie ist jedoch das Ergebnis einer komplexen Geschichte, in der die Entwicklung von Gesellschaft, Ökonomie und Kultur als Rahmenbedingung eine wichtige Rolle spielt und verschiedene politische Prozesse ihren Niederschlag gefunden haben. Und doch ist sie auch Ausdruck des politischen Gestaltungswillens von Menschen, politischen Richtungen und Nationen.

Im Laufe der Geschichte ist Demokratie ein immer anspruchsvolleres Ordnungskonzept geworden. Heute ist Demokratie nicht nur Mehrheitsherrschaft oder ein bestimmtes, durch eine Verfassung geregeltes Institutionengefüge. Konstitutiv für Demokratie sind auch die Geltung von Menschen- und Bürgerrechten (die auch Minderheitenrechte einschließen), Gewaltenteilung, Herrschaft auf Zeit, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, nicht zuletzt eine politische Kultur, die mit einer Zivilgesellschaft verbunden ist. Alle diese Komponenten haben ihre Geschichte.

In jüngster Zeit ist in Deutschland Demokratiegeschichte verstärkt als Feld der Erinnerungsarbeit entdeckt worden – im politischen Raum und in der Erinnerungsgesellschaft. Die Gründung eines Netzwerkes Orte der Demokratiegeschichte im Juni dieses Jahres ist Ausdruck dieser Tendenz. Ein gewisses Interesse hat die Demokratiegeschichte wohl stets seit dem Zweiten Weltkrieg gefunden, nachdrücklich wurde eine intensivere Beschäftigung mit der Freiheits- und Demokratiegeschichte auch in den frühen 1970er Jahren vom damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann gefordert.

Gleichwohl rückten seit den 1960er Jahren die Geschehnisse der NS-Zeit, insbesondere die Verbrechen der Zeit, in das Zentrum des Interesses, was sich auch nach 1989/90, als auch das kommunistische Unrecht verstärkt beachtet wurde, nicht grundlegend verändert hat. Jetzt aber scheint es einen neuen Schub für die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte zu geben. Bedeutsam ist, dass sie nicht als Gegensatz, sondern als Erweiterung der Erinnerungsarbeit betrachtet wird, in deren Zentrum die NS-Zeit und die Großverbrechen des 20. Jahrhunderts stehen. Dabei stellen sich verschiedene Fragen:

- In welchem inhaltlichen Verhältnis stehen das „negative Gedächtnis“ und die um die Massenverbrechen kreisende Erinnerungsarbeit einerseits und die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte andererseits zueinander?
- Mit welchen Themen, Fragen und Aspekten der Demokratiegeschichte soll sich die Erinnerungsarbeit vorrangig beschäftigen?
- Welche Relevanz hat die erinnerungskulturelle Beschäftigung in der gegenwärtigen Konstellation, in der vielfältig über eine Krise der westlichen Demokratie gesprochen wird?

## **II. Negatives Gedächtnis und Demokratiegeschichte**

Im Zentrum der Erinnerungsarbeit in Deutschland stehen seit den 1960er Jahren die NS-Diktatur und die NS-Verbrechen, vor allem der Holocaust. Die von Deutschland ausgehenden und im deutschen Namen verübten Verbrechen prägten zunehmend die deutsche Erinnerungskultur, die – wie Reinhard Koselleck formuliert hat – ein „negatives Gedächtnis“ zur Voraussetzung hat. Das Bewusstsein kommunistischer Verbrechen und die europäische Öffnung des Gedächtnisses haben die deutsche Erinnerungskultur seit den 1990er Jahren zwar geringfügig modifiziert, doch nicht wirklich gewandelt.

So stark die Erinnerung an die NS-Verbrechen auch die deutsche Erinnerungskultur prägt, so ist diese doch zugleich verknüpft mit demokratischen Werten. Dies kommt etwa im Namen unserer Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zum Ausdruck. Gegen das Vergessen der Untaten der NS-Zeit ist die eine Seite unseres Anliegens, die andere Seite ist die Stärkung der Demokratie, wobei diese beiden einander offenbar bedingen. Ex negativo begründen die Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Demokratie. Die Diktaturerfahrungen zeigen, was es bedeutet, wenn Menschen- und Bürgerrechte nicht respektiert werden, es keine Gewaltenteilung gibt, Herrschaft nicht begrenzt ist und staatliches Handeln nicht an der Rechtsstaatlichkeit seine Grenzen findet. Auf der Ebene heutigen Denkens lassen sich beide Komponenten also durchaus zusammensehen. Die Beschäftigung mit den NS-Verbrechen kann zweifellos zur Legitimation des Engagements für Demokratie beitragen.

Dennoch gehen die Beschäftigung mit Diktaturgeschichte und Massenverbrechen auf der einen Seite und die Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte auf der anderen Seite nicht ineinander auf. Die Auseinandersetzung mit dem Menschheitsverbrechen Holocaust hat gleichsam ihren Zweck in sich, sie ist eine anthropologi-

sche und historische Notwendigkeit, die keiner Begründung bedarf und von jeder Generation in der zivilisierten Welt nach wie vor erwartet wird.

Auch die Demokratiegeschichte hat ihr Eigengewicht. Demokratie ist keineswegs vorrangig als Funktion anonymer gesellschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse zu begreifen. Sie wurde von Einzelnen, von Gruppen, Bewegungen, Parteien angestrebt. Für die Durchsetzung demokratischer Ideen haben viele Menschen Opfer gebracht. Zudem ist Demokratie nicht ausschließlich die Antwort auf Diktaturerfahrungen – wie dies im deutschen Fall manchmal behauptet wird, wobei die Weimarer Republik und die lange Vorgeschichte seit dem Vormärz schlicht vergessen werden.

Allerdings sind die Geschichte von Diktaturen und die Geschichte von Demokratien, sind auch Geschehnisse wie Menschheitsverbrechen immer mit der übrigen Geschichte auf gewiss unterschiedliche Weise verbunden. So war der Widerstand gegen die NS-Diktatur teilweise demokratisch motiviert. Dies gilt allerdings keineswegs für den gesamten Widerstand (und zwar weder für den ganzen Widerstand des 20. Juli noch für den kommunistischen Widerstand).

Zweifellos standen sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Demokratie und Diktatur sowohl ideengeschichtlich als auch in der praktischen Auseinandersetzung über weite Strecken gegenüber. Zugleich aber stießen zeitweilig demokratische, autoritäre und totalitäre Strömungen und Parteien in einer Weise aufeinander, dass es zwischen ihnen Kommunikation und Wanderungen von Anhängern gab. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Schritt von der Demokratie zum Antidemokratischen nicht immer sehr groß war. Generell war der Firnis der Zivilisation, der diese von der Barbarei trennt, dünner, als man annehmen könnte. Das gilt vermutlich auch für die Gegenwart.

Auf diesem Hintergrund tun wir gut daran,

- weder Diktaturgeschichte noch Demokratiegeschichte zu isolieren, sondern sie jeweils in Kontexte einzuordnen und Zusammenhänge zu beleuchten,
- Demokratie-, Diktaturgeschichte und die Geschichte der Menschheitsverbrechen nicht als konkurrierende, sondern sich ergänzende Beschäftigungen der Erinnerungsarbeit zu begreifen.

Bezogen auf die deutsche Erinnerungskultur spricht gegenwärtig einiges dafür, demokratiegeschichtliche Themen aufzugreifen, die geeignet sind, die Demokratiediskussion stärker historisch zu fundieren.

### III. Themen und Fragen der Demokratiegeschichte

Die Demokratiegeschichte ist ein weites Feld. Es stellt sich die Frage, was aus der Geschichte der Demokratie die Erinnerungskultur bewegt, die im Hinblick auf die Vergangenheit hochgradig selektiv ist. Offen ist, welche Phänomene sie aufgreift, die für die Gegenwart relevant sind und eine symbolische Verdichtung ermöglichen. Es gilt gleichsam, „Orte der Erinnerung“ zu finden, die aus der Sicht Pierre Noras auch Persönlichkeiten, Gruppen oder Ereignisse sein können.

Wichtige Ereignisse der Demokratiegeschichte sind Revolutionen und Umbrüche sowie spektakuläre Ereignisse. Nennen kann man aus der deutschen Geschichte den Vormärz mit dem Hambacher Fest und dem Protest der Göttinger Sieben, die Revolution von 1848/49 mit den Märzereignissen und dem verfassungsgebenden Paulskirchenparlament. Einen anderen Komplex bildet die Novemberrevolution 1918 mit der Ausrufung der Republik und dem Prozess der Verfassungsgebung in Weimar. Weitere Ereignisse, die die Erinnerungskultur beschäftigen können, sind der Widerstand gegen Hitler mit seinen vielfältigen Geschehnissen, die Erarbeitung des Grundgesetzes, der 17. Juni 1953 in der DDR, die „Umgründung“ der Bundesrepublik in den ausgehenden 1960er Jahren und frühen 1970er Jahren (in all ihren Widersprüchen) sowie die Friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung.

Auch negative Ereignisse wie die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz durch eine Mehrheit des Reichstages und das die Ehre des Parlamentarismus rettende, durch Otto von Wels begründete Nein der SPD-Reichstagsfraktion im März 1933 wird man als demokratiegeschichtliche Ereignisse zu würdigen haben. Zu erwähnen ist auch die Behauptung des Rechtsstaates gegen den Terrorismus im Herbst 1977.

Demokratiegeschichtlich von Interesse sind Bewegungen, Parteien und Persönlichkeiten, die sich für demokratische Verhältnisse im 19. und frühen 20. Jahrhundert eingesetzt haben, wobei die konkreten Ziele im jeweiligen Zeitkontext zu sehen sind. Parteien, die sich für die Partizipation des Volkes an der politischen Willensbildung eingesetzt haben, sind in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie Verfechter eines aufgeklärten Rechtsstaates und Vordenker von Demokratie und Sozialstaat. Nicht zuletzt bietet sich an, die Erinnerung an Protagonisten der Demokratie (im weiteren Sinne) zu pflegen. In diesem Kontext wird man Persönlichkeiten zu nennen haben, die ihren Einsatz für die Demokratie mit ihrem Leben bezahlt haben. Als Beispiele mag man Robert Blum 1848, Matthias Erzberger, Walter Rathenau und Friedrich Ebert in der Weimarer Zeit nennen, ebenso Repräsentanten des demokratischen

Widerstandes gegen Hitler wie Julius Leber und Theodor Haubach und viele andere, die auch auf der regionalen Ebene zu finden sind, nicht zuletzt die mutigen Vertreter der Opposition in der DDR.

Es geht nicht nur um „Märtyrer“, sondern auch um bedeutende Persönlichkeiten des demokratischen Lebens. Die Erinnerung an einige – etwa an Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt – wird inzwischen durch Bundesstiftungen wachgehalten. Es gilt auch weniger bekannte Demokraten des 19. und 20. Jahrhunderts wiederzuentdecken, besonders in lokalen Kontexten.

#### **IV. Zur Relevanz der Demokratiegeschichte für die Gegenwart**

Demokratiegeschichte kann eine Reihe von wichtigen Einsichten – zumal in der Bildungsarbeit – vermitteln:

- Demokratie musste in einer Vielzahl von Kämpfen durchgesetzt werden, war lange Zeit gefährdet und ist wohl nie ganz ungefährdet.
- Demokratie hat sich in ihrer heutigen Gestalt in einem längeren Prozess herausgebildet. Angesichts des gesellschaftlich-politischen Wandels verändert sie sich auch in der Gegenwart. Heute sind zwar in Deutschland offen demokratiefeindliche Bewegungen nur an den extremen Rändern auszumachen. Doch ist zu erörtern, inwieweit es populistische und gesellschaftliche Tendenzen gibt, die die Demokratie zu deformieren drohen.
- Die Einsicht ist unabweisbar, dass die „res publica“ des Engagements der Bürger bedarf. Aus diesem Engagement resultiert das Selbstbewusstsein des Citoyen.
- Vor dem Hintergrund der wechselvollen europäischen Geschichte lässt sich die Gegenwart unserer Demokratie trotz mancher Schattenseiten als politisch-gesellschaftliche Lebensform auffassen, die wir nicht nur verteidigen müssen, sondern für die wir diejenigen, die dauerhaft bei uns leben wollen, gewinnen müssen.

Ergebnis der Bemühungen um die Demokratiegeschichte könnte die Stärkung eines historisch fundierten demokratischen Nationalbewusstseins sein, das sich in enger Beziehung zu Europa definiert und seinen Kern in einem Verfassungspatriotismus hat.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 94/2017*



### **III.**

## **NEUE HERAUSFORDERUNGEN DER ERINNERUNGSKULTUR**

# Einwandern in unsere Geschichte?

## Zu den Zielen der Integrationspolitik

Zurzeit wird in unserer Gesellschaft vielfältig über die Integration von Flüchtlingen und Migranten diskutiert. Dabei dominiert in der seriösen Diskussion inzwischen ein Integrationsbegriff, der Teilhabechancen ermöglichen will, doch nicht die völlige „Assimilation“ von den Menschen verlangt, die zu uns gekommen sind. Andererseits kommen wir nicht an der Einsicht vorbei, dass die Integration von diesen Menschen eine Orientierung an der Mehrheitsgesellschaft und beachtliche Anpassungsleistungen erfordert. Dies bedeutet, dass sich Staat und Gesellschaft – über die Sprachvermittlung und notwendige berufliche Qualifizierung hinaus – über ihre Integrationsziele verständigen müssen. Was ist uns in diesem Kontext bedeutsam – im Hinblick auf Wertorientierungen und Geschichtsbewusstsein?

Keine Frage, dass in Europa nach wie vor die politischen Kulturen und die Geschichtskulturen, die heute meist als Erinnerungskulturen definiert werden, in erheblichem Maße national geprägt sind, was sich in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten sogar verstärkt hat. Gewiss heißt dies nicht, dass sie in jeder Hinsicht unterschiedlich sind – in der Sicht von außen werden sogar manche Gemeinsamkeiten wahrgenommen. Auch stehen diese Kulturen inzwischen in einem verstärkten Austauschprozess; sie sind einander in unserem Zeitalter globalisierter, intensiver Kommunikation gleichsam näher gerückt. Einzuräumen ist ferner, dass sie keineswegs homogen sind, im Gegenteil – sie sind nicht frei von Widersprüchen (und dadurch bedingten Auseinandersetzungen) und verändern sich im historischen Prozess. Dennoch stehen die Wirkungsmächtigkeit der nationalen Kommunikationszusammenhänge und meist auch die Geltung bestimmter Kategorien, Wertorientierungen und historischer Grundüberzeugungen außer Zweifel, die unter anderem in Staatssymbolen und Monumenten zum Ausdruck kommen.

Für das vereinte Deutschland unserer Tage bilden das Grundgesetz und das dahinter stehende Wertesystem die weithin unangefochtene Grundlage unserer politisch-gesellschaftlichen Kultur. Dazu gehört der Artikel 1 über die Würde des Menschen und der Grundrechtsteil, von dem wir freilich sagen müssen, dass er immer wieder neu interpretiert wird. Weiterhin gehören dazu die Gewaltenteilung, die demokratische Ordnung mit den Wahlen auf Zeit und dem Institutionengefüge der Staatsorgane, nicht zuletzt die Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Basis des Grundgesetzes ist ein Wer-

tesystem, das nur vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der durch sie vermittelten Erfahrungen zu verstehen ist.

Deshalb ist ein Wissen über diese Geschichte bzw. die daraus resultierende Erinnerungskultur ein wesentlicher Bestandteil der deutschen politischen Kultur. Diese Komponente der deutschen Gesellschaft müssen wir den Menschen vermitteln, die mit uns zusammenleben wollen. Von geradezu zentraler Bedeutung sind dabei die Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Holocaust. Die Publizistin Carolin Emcke hat kürzlich in einer Kolumne in der Süddeutschen Zeitung zu Recht formuliert, dass es „keine Halbwertzeit“ für das Gedenken von Auschwitz gebe. Auf unabsehbare Zeit bleibt der Holocaust von herausragender Bedeutung in unserer Erinnerungskultur. Damit verknüpft sind die Erfahrungen eines Vernichtungs- und Eroberungskrieges und seiner Rückwirkung auf Deutschland, auch Erfahrungen mit einem weiteren totalitären System, der kommunistischen Herrschaft. Von hierher wird ex negativo Demokratie begründet, die darüber hinaus eine längere Vorgeschichte und Geschichte hat, der wir uns gegenwärtig verstärkt vergewissern, zumal wir wissen, dass Demokratie immer wieder neu durchgesetzt werden muss.

Sicherlich ist die deutsche Geschichte ein Teil der europäischen Geschichte. Sie war stets mit ihr verflochten und ist auch als solche zu vermitteln. Zugleich jedoch weist sie einige Besonderheiten auf. Von einem generellen deutschen Sonderweg geht die heutige Diskussion nicht mehr aus. Zwar gibt es beispielsweise im Hinblick auf die Frage des Umgangs mit Fremden eine historisch erklärbare Befangenheit, doch dies sollte nicht dazu führen – wovor Jürgen Kocka und Heinrich August Winkler warnen –, eine deutsche Exzeptionalität anzunehmen, die bei manchen einen politisch-moralischen Überlegenheitsanspruch in Europa zu konstituieren scheint.

Diese Geschichte ist den Menschen, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, zu vermitteln. Sie wandern in einen Staat und eine Gesellschaft ein, die eine spezifische europäische Geschichte hat, die es zu erklären gilt und nach deren Bedeutung für die Gegenwart zu fragen ist, auch wenn diese zweifellos durch neue Probleme und Verhältnisse geprägt ist. Allerdings ist diese Vermittlung wie der gesamte Integrationsprozess nicht eine Sache von Jahren, sondern von Jahrzehnten, im Grunde von mehreren Generationen. Die Formen sind deshalb offen zu gestalten; dialogisches Erinnern, in das die Menschen aus ihrer bisherigen Welt Erfahrungen einbringen, kann dabei ein Konzept sein.

Irrig ist es jedenfalls, die Geschichte zu ethnisieren – etwa die Geschichte des

Holocausts als Erfahrung nur der Menschen zu betrachten, die der traditionellen deutschen Kulturnation angehören. Der Holocaust und die anderen historischen Erfahrungen bilden eine wesentliche Voraussetzung unseres Wertesystems, das im Grundgesetz manifest wird und die Grundlage des demokratischen Staates und der Zivilgesellschaft bildet. Dieses Wertesystem ist nicht verhandelbar und dies sollte auch klar formuliert werden. Seine Anerkennung ist Ziel der Integration.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 89/2016*

## Antisemitismus als altes und neues Problem

Unübersehbar wirken sich etliche Konflikte der Welt auf die deutsche Gesellschaft aus, etwa die zwischen Türken und Kurden, die der Sunniten und Schiiten, zwischen Katalanen und Spaniern, von Russen und Ukrainern. Keine Frage: Deutschland ist – schon historisch – keine Insel der Seligen, doch Migration kann auch dazu führen, dass zusätzliche Konflikte ins Land kommen.

Von besonderer Art ist jedoch der Antisemitismus, der uns seit einiger Zeit wieder verstärkt beschäftigt. Antisemitismus ist keineswegs als etwas von außen Kommendes zu begreifen, er hat vielmehr bei uns eine lange Geschichte. Die einzigartigen Verbrechen der Shoah zeugen von verheerendem Antisemitismus in Deutschland, teilweise auch in Europa, der wahrlich nicht zu vergessen ist und immer noch nachwirkt.

Doch es gibt heute bei uns auch einen Antisemitismus, der von arabischen Migranten mitgebracht worden ist. Er hat sich im Kontext des Nahostkonflikts entwickelt und findet anlässlich des 70-jährigen Bestehens Israels mancherorts besonders militanten Ausdruck. Schon im Herbst 2015 formulierten Repräsentanten der jüdischen Gemeinden in Deutschland die Befürchtung, mit den syrischen Flüchtlingen wandere eine antisemitisch-antiisraelische Haltung nach Deutschland ein. Manche Geschehnisse wird man damit in Zusammenhang bringen müssen: den Angriff eines jungen Syrers auf einen Kippa tragenden Israeli, das Mobbing jüdischer Schüler, das Verhalten gegenüber jüdischen Sportlern, das Verbrennen der israelischen Fahne, auch die Texte von Rappern und vieles mehr.

Antisemitischer Hass, in welcher Form er auch auftritt, darf nicht hingenommen werden. Es ist Aufgabe des Staates, Sicherheit und ein Leben ohne Angst und Diskriminierung für alle sicherzustellen. Allerdings handelt es sich keineswegs allein um eine polizeiliche, sondern auch um eine zivilgesellschaftliche Aufgabe, der sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. von Anfang an gewidmet hat und die sich für uns auch heute stellt.

Dies bedeutet auch, die Integration von Zuwanderern als große Herausforderung zu begreifen. Es geht um Sprache, um Arbeitsplätze, doch auch um kulturelle Integration. Dazu gehört die Anerkennung der Grundwerte des Grundgesetzes, der Verzicht auf Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung, die Respektierung verschiedener Religionen und Lebensweisen, aber auch eine politische Kultur, in der historische Erfahrungen –

insbesondere durch die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus – ihren Niederschlag gefunden haben. Keine Frage, dass wir diese Werte und Haltungen leben und vermitteln müssen.

In diesem Kontext muss auch der deutsche Problemzusammenhang mitbetrachtet werden. In Teilen der Bevölkerung ist eine Haltung entstanden, die nicht nur den Kontrollverlust an den Grenzen beklagt, sondern sich pauschal gegen den Islam wendet und dafür sogar die Bedrohung der Juden in Anspruch nimmt. Selbstverständlich muss Sicherheit für alle gewährleistet werden – eine Veränderung des Alltagsklimas in öffentlichen Verkehrsmitteln und andernorts ist nicht hinzunehmen. Doch sind islamophobe und fremdenfeindliche Haltungen ebenfalls nicht zu akzeptieren. Wir haben die Werte unserer Gesellschaft zu verteidigen – in verschiedene Richtungen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist nicht zu tolerieren, von welcher Seite sie auch immer kommt. Weltoffenheit kann nicht bedeuten, tolerant gegenüber Intoleranz zu sein. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland will in einer liberalen, sozialen, pluralistischen Gesellschaft leben. Dies erfordert freilich nicht nur einen handlungsfähigen Staat, sondern auch engagierte Bürgerinnen und Bürger, die umfassend für ihre Werte eintreten.

Wir haben verschiedene Fehlentwicklungen zu bekämpfen. Es reicht nicht aus, das Gute zu wollen. Wir brauchen ein differenziertes, verantwortungsethisch begründetes, ebenso umsichtiges wie entschiedenes Handeln, das die Folgen unseres Tuns in verschiedenen Handlungsfeldern stets bedenkt, doch auch vor Konsequenzen nicht zurückschreckt.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 96/2018*

#### **Literaturhinweis:**

David Ranan:

*Muslimischer Antisemitismus.*

*Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland?*

Dietz Verlag, Bonn 2018

## **Rassismus, Antisemitismus und die Aufarbeitung des Kolonialismus: Der Streit um Achille Mbembe**

Die Einladung an Achille Mbembe, die Eröffnungsrede bei der Ruhrtriennale 2020 zu halten, war Anlass für einen Streit um den renommierten schwarzafrikanischen Intellektuellen, der als einer der bekanntesten Protagonisten der „postcolonial theory“ gilt. Mbembe wurde vorgehalten, dass er das Existenzrecht des Staates Israel infrage stelle, das Apartheitsregime in Südafrika und den Holocaust auf einer Stufe sehe und die BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) zum Boykott Israels unterstütze, kurz: dass er ein Antisemit sei. Deshalb wurde seine Ausladung gefordert. Zu seiner Verteidigung wurden von anderer Seite nicht nur die Vorwürfe bestritten, sondern seine wissenschaftlichen und politischen Leistungen bei der Analyse des Kolonialismus sowie im Kampf mit dem davon geprägten Rassismus hervorgehoben.

So ist ein vielschichtiger Streit entstanden, in dem es um politisch-ideologische Fragen, kulturelle Gegensätze und wissenschaftliche Auseinandersetzungen geht, um Kolonialismus, Anti- und Postkolonialismus und ihre universale Bedeutung, um die Beurteilung des Zionismus und der Politik Israels, doch auch um den Antisemitismus und den Holocaust, letztlich um das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus, vor allem im Hinblick auf den deutschen und den europäischen Zusammenhang.

### **„Kritik der schwarzen Vernunft“**

Achille Mbembe, der aus Kamerun stammt und heute in Johannesburg lehrt, vertritt eine interdisziplinäre Forschungsrichtung, die die Interpretation von Kolonialismus als geradezu konstitutivem Geschehen der Neuzeit in Europa mit einer Vision für Gegenwart und Zukunft verbindet. In seinem Werk „Kritik der schwarzen Vernunft“ (Berlin 2014) arbeitet der Historiker und Politikwissenschaftler Mbembe heraus, dass die europäisch-atlantische Welt seit dem 17. Jahrhundert ein Bild von Afrikanern gezeichnet hat, mit dem Schwarze „in den Kategorien des Animalischen“ gesehen und gleichsam an der Grenze von Mensch und Tier angesiedelt werden. Dieses jahrhundertlang überlieferte Bild stelle Schwarze als von Trieben geprägt und kaum von Vernunft geleitet dar. Für Mbembe war dieses Bild, durch das die Afrikaner dehumanisiert wurden, Voraussetzung für die Versklavung der Schwarzen und für die Kolonialisierung des afrikanischen Kontinents.

Besonderen Wert legt Mbembe auf die Gleichzeitigkeit der Erklärung der Menschen-

rechte und der Sklaverei, die er beide als Ausdruck der Moderne sieht. Kapitalismus und Rassismus rückt er ebenfalls eng zusammen. Kaum eine Berücksichtigung finden bei ihm hingegen Bewegungen von Weißen gegen die Sklaverei, welche auch als Konsequenz aus der Deklaration allgemeiner Menschenrechte entstanden. Mbembes Perspektive ist eher politologisch ausgerichtet und tendiert mitunter zu pauschalisierenden „philosophischen“ Allgemeinaussagen. Eine differenzierende historische Analyse und Darstellung des Kolonialismus in seinen vielfältigen Ausformungen stehen bei ihm nicht im Mittelpunkt. Am Ende steht die Hoffnung auf die eine Welt, in der „die Gemeinsamkeit“ der Menschen dominiert.

Mbembe thematisiert jedoch sehr wohl eine wichtige Dimension der europäischen (und selbstverständlich der afrikanischen) Geschichte, die häufig unterschätzt wird und deren kritische Ausleuchtung deshalb ihre Berechtigung hat. Für ihn ist sie – soweit ich sehe – vorrangig Ausgangspunkt einer Geschichts- und Politikphilosophie.

### **Jüdische Zionisten als Vertreter einer Kolonialmacht?**

Mbembe äußert nicht nur erhebliche Kritik an der gegenwärtigen Politik Israels, etwa der Siedlungspolitik der Regierung Netanjahu im Westjordanland, sondern er hegt wohl auch prinzipielle Vorbehalte gegenüber der Gründung des Staates Israel, die er dem westlichen Kolonialismus zuordnet. Dies ist in zweifacher Weise abwegig. Zum einen kamen die Juden nicht – wie die israelische Soziologin Eva Illouz hervorhebt – wie die Kolonialmächte nach Palästina, „um Land und Reichtümer an sich zu reißen“, zum anderen wird diese Sicht der in vieler Hinsicht tragischen Geschichte der Juden nicht gerecht, die schließlich im Zionismus nach einer Heimstatt suchten, in der sie in Sicherheit leben und ihre religiös-kulturelle Identität entwickeln konnten. Erstaunlich, dass Mbembe diese Geschichte ignoriert. Und wenn er das Apartheitsregime in Südafrika und die Vernichtung der europäischen Juden als „zwei emblematische Manifestationen des Trennungswahns“ bezeichnet, so ist dies eine groteske Verkenning des Holocausts. In der NS-Judenpolitik ging es nicht nur um Segregation, sondern letztendlich um die physische Vernichtung der Juden in Europa.

Nun ist Kritik an Israel und seiner heutigen Siedlungspolitik, auch Kritik am Zionismus nicht per se antisemitisch. Allerdings sind – wie die Diskussion um Mbembe zeigt – die Grenzen zwischen legitimer Kritik und Antisemitismus schwer zu ziehen. Jedenfalls sind mit dem Streit um Mbembe zwei weitere Debatten verschränkt, einerseits um den Charakter der BDS-Boykottbewegung, andererseits um die Definition von Antisemitismus heute.

## **Ausweitung des Antisemitismus-Begriffs**

Mbembe identifiziert sich keineswegs in jeder Hinsicht mit der BDS-Bewegung, die im Übrigen – wie er selbst – auch Verteidiger bei israelischen Intellektuellen findet. Jedoch bleibt die Frage offen, inwieweit die Bewegung das Lebensrecht Israels anerkennt. Nicht nur die Regierung Netanjahu, sondern auch der Deutsche Bundestag sieht in der BDS-Bewegung den Ausdruck einer prinzipiell gegen den Staat der Juden gerichteten Haltung, was sie als einen Ausdruck von „Antisemitismus“ kennzeichne. Dies zeigen der Bundestagsbeschluss von 2019 und seitdem mehrmals wiederholte Äußerungen des Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung Felix Klein.

Problematische Aspekte dieser Ausweitung des Antisemitismus-Begriffs auf einen israelbezogenen Antisemitismus haben der frühere israelische Botschafter Schimon Stein, der Jerusalemer Historiker Moshe Zimmermann und der Zeithistoriker Wolfgang Benz (Streitfall Antisemitismus, Berlin 2020) hervorgehoben. Vorwürfe sind dabei ein instrumentaler Umgang mit dem Begriff „Antisemitismus“ durch die Regierung Netanjahu und andere, die gleichzeitige Unterstützung islamophober Tendenzen und eine Diffamierung jeder Kritik an Israel. Die Auseinandersetzungen um das Jüdische Museum in Berlin lieferten dazu Beispiele.

Ohne auf die verschiedenen Aspekte des Streits eingehen zu wollen, sei hier nur noch einmal an die deutsche Grundposition erinnert. Auf unabsehbare Zeit wird der Holocaust im Zentrum der ansonsten differenzierten deutschen Erinnerungskultur stehen. Der Holocaust und die Auseinandersetzung damit sind – wie Joachim Gauck als Bundespräsident formuliert hat – konstitutive Bestandteile des deutschen Identitätsbewusstseins. Dies hat nicht nur Konsequenzen für die deutsche politische Kultur, sondern auch für das politische Handeln, indem die Bundesrepublik aktiv für das Existenzrecht Israels eintritt. Kanzlerin Angela Merkel hat dieses Eintreten als Komponente der „deutschen Staatsräson“ bezeichnet. Dies aber schafft Sensibilitäten, die in der Arbeit des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung Felix Klein ihren Niederschlag finden, jedoch der Diskussion bedürfen.

## **Bedeutung postkolonialer Studien für die Aufarbeitung des Kolonialismus**

Die im sogenannten „Historikerstreit“ der 1980er Jahre festgestellte und seitdem in Deutschland von einem breiten Konsens in den politischen Führungsschichten und großen Teilen der Bevölkerung getragene Annahme einer Einzigartigkeit des Holocausts darf – so ist heute zu betonen – nicht die Folge haben, andere genozidale und weitere

Großverbrechen der Weltgeschichte zu verharmlosen oder gar zu ignorieren. Dies gilt nicht nur für Ereignisse wie den Völkermord an den Tutsi in jüngster Zeit, sondern auch für historische Geschehnisse im Kontext des Kolonialismus. Dieser ist in Europa, vor allem in den Ländern, die früher Kolonialmächte waren, selbstkritisch aufzuarbeiten und zu erinnern, was die Frage politischer Konsequenzen einschließt.

In diesem Zusammenhang erhalten – neben der internationalen Historiographie, die sich dem Kolonialismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen widmet und dabei eben auch die Erfahrungen der indigenen Völker einbeziehen muss – die postcolonial studies, nicht zuletzt Achille Mbembes Sichtweisen, besondere Bedeutung, weil sie Impulse für eine kritische Auseinandersetzung mit wichtigen Teilen der europäischen Geschichte liefern, die allerdings wiederum in einen universalgeschichtlichen Zusammenhang zu stellen sind.

Das Deutsche Reich gehörte nicht zu den klassischen Kolonialmächten, die über einen langen Zeitraum hinweg überseeische Kolonialreiche aufbauten. Die Ostsiedlung der Deutschen auf dem Kontinent ist ein anderes historisches Phänomen. Erst spät erwarb der neu gegründete deutsche Nationalstaat Kolonien, das Kaiserreich war auch in dieser Hinsicht eine „verspätete Nation“. Mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges büßte es diese Kolonien dann sofort wieder ein. Damit war Deutschland sowohl von den Dekolonisierungsprozessen im 20. Jahrhundert als auch von den Migrationsbewegungen aus den kolonisierten Staaten nach Europa weniger tangiert als andere westeuropäische Länder.

Doch auch in den deutschen Kolonien gab es Verbrechen wie die Niederschlagung des Herero-Aufstandes und die Verfolgung der Hereros und Nama in Südwestafrika, die lange Zeit unzureichend aufgearbeitet waren. Zudem hatte man auch in Deutschland das rassistische Bild Schwarz-Afrikas verinnerlicht, das Mbembe so pointiert kennzeichnet und attackiert. Es ist deshalb sinnvoll, ihn als Wissenschaftler nach Deutschland einzuladen. Es gilt allerdings nicht, ihn nur zu ehren und auf ein Podest zu stellen, sondern auch, mit ihm über seine Theorien zu diskutieren – auch über sein anfechtbares Israel-Bild.

## **Aktuelle Schlussfolgerungen**

Nimmt man die aktuellen Ereignisse hinzu, die mit dem Slogan „Black lives matter“ verbunden sind, bleibt in der gegenwärtigen Konstellation dreierlei festzuhalten:

(1) Der Holocaust steht nach wie vor im Zentrum der deutschen Erinnerungskultur,

ist damit ein wesentlicher Faktor des deutschen Selbstverständnisses und impliziert „ex negativo“ eine besondere Begründung für unsere demokratische Kultur, die die anderen Begründungen überwölbt und verstärkt. Für die Bundesrepublik Deutschland hat der Holocaust zudem eine besondere politisch-moralische Verantwortung im Hinblick auf Israel und das Schicksal von Juden zur Konsequenz, was die ebenso entschiedene wie differenzierte Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in seinen verschiedenen Varianten einschließt.

- (2) Die Auseinandersetzung mit dem Erbe des Kolonialismus, erscheint in der europäisch-atlantischen Welt dringlich. Eine der Wurzeln des Rassismus liegt im Kolonialismus und seinen Bildern von Schwarzen begründet. Postcolonial studies sind dementsprechend für die Öffentlichkeit von erheblicher Bedeutung. Obgleich Deutschland nicht zu den traditionellen Kolonialmächten gehört, haben sich auch die Deutschen, neben der Auseinandersetzung mit dem nationalen kolonialen Erbe, an dieser europäisch-atlantischen Aufgabe zu beteiligen und den Rassismus-Begriff historisch zu dimensionieren.
- (3) Antisemitismus und Rassismus sind von uns zu bekämpfen. Die Auseinandersetzungen mit beiden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt oder als Alternativen betrachtet werden. Sie sind differenziert in den Blick zu nehmen und zu unterscheiden, obwohl nicht zu übersehen ist, dass im modernen Antisemitismus, wie er etwa im Nationalsozialismus seine mörderische Steigerung erfuhr, eine starke rassistische Komponente enthalten ist. Rassismus und Antisemitismus sind nicht nur historisch gravierend, sondern auch Gegenwartsphänomene, mit denen sich unsere demokratische Gesellschaft nicht abfinden kann und darf. Sie sind in ihren spezifischen Erscheinungsformen sorgfältig zu untersuchen und durch politisch-gesellschaftliches Handeln ebenso wie durch Bildungsarbeit zu überwinden.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 105/2020*

### **Literaturhinweise:**

Wolfgang Benz (Hg.):

*Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen.*

Metropol Verlag, Berlin 2020

Achille Mbembe:

*Kritik der schwarzen Vernunft*

Suhrkamp Taschenbuch, Berlin 2017



## **IV.**

# **DER EUROPÄISCHE ZUSAMMENHANG ALS AUFGABE DER ERINNERUNGSARBEIT**

## Trennende und gemeinsame Erinnerungen in Europa

Gegenwärtig stellen sich eine Reihe von Fragen zur Erinnerungskultur: Wie weit sind wir von einer europäischen Erinnerungskultur entfernt? Wie ließe sich transnationale Erinnerungsarbeit fördern? Was kann und soll Politik mit Erinnerung dazu beitragen? Und was eine zivilgesellschaftliche Organisation wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.? Dazu einige Beobachtungen und Überlegungen.

### I.

Auch in der Gegenwart sind Erinnerungen und Erinnerungskulturen durchweg national geprägt und es sieht auch nicht so aus, als ob sich dies in absehbarer Zeit grundsätzlich ändern würde. In vielen Ländern war der Nationalstaatsbildungsprozess mit der Herausbildung nationaler Mythen und Geschichtsbilder verbunden. Doch ist auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts sehr unterschiedlich erlebt worden – zum einen waren die geschichtlichen Verläufe unterschiedlich, zum anderen ihre Verarbeitung.

Andererseits aber intensiviert sich die transnationale Kommunikation, sodass auch die unterschiedlichen Erinnerungskulturen in Europa einander näher rücken und zum Teil auch wechselseitig zur Kenntnis genommen werden, zumal sie zum Teil um die gleichen historischen Geschehnisse kreisen, die freilich aus unterschiedlicher Perspektive in den Blick kommen. Eine hermetische Isolierung der – tendenziell trennenden – nationalen Erinnerungskulturen ist jedenfalls im heutigen Europa unrealistisch.

In dieser Konstellation wäre eine ganze Menge erreicht, wenn wir in Europa lernen würden, mit der Unterschiedlichkeit historischer Erfahrungen und Erinnerungen umzugehen, das heißt uns – anders als in der Vergangenheit – gegenseitig respektieren. Ein weiterer Schritt könnte sein, die Erinnerungskulturen wechselseitig zueinander zu öffnen – wie dies im vergangenen Jahr zum Ersten Weltkrieg mit Frankreich geschah – und anzufangen, sich „dialogisch“ zu erinnern, das heißt die Erinnerungen auszutauschen, darüber in Gespräche einzutreten, gemeinsame Projekte zur Aufarbeitung von Geschichte zu realisieren. Nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Polen gibt es dafür vielfältige Beispiele, die von Treffen und Reden der Präsidenten zu historischen Anlässen, über die Kriegsgräberpflege, die Arbeit von Schulbuchkommissionen, der Schaffung von Orten der Begegnung wie Kreisau und der Gedenkstätten bis hin zur gemeinsamen Erarbeitung von Ortsgeschichten gehen, bei denen die Orte die Staatszugehörigkeit gewechselt haben. Vieles ist längst Praxis, doch lässt sich zweifellos noch mehr tun.

## II.

In diesem Kontext ist daran zu erinnern, dass es auch unterhalb und oberhalb der nationalen Ebene Auseinandersetzungen mit Erinnerungen gibt. Die jeweiligen nationalen Erinnerungen sind meist uneinheitlich. In unseren pluralistischen Gesellschaften gibt es eine Vielzahl von Erinnerungsnarrativen, die übernational von Interesse sein können, nicht nur, aber auch in Grenzregionen, etwa zur Sozialgeschichte, Parteiengeschichte, Kirchen- oder Kulturgeschichte.

Über Nationen hinaus gehen Geschichtsregionen, deren historische Entwicklungen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Gegensätze und Konflikte implizieren können. Geschichtsregionen sind etwa die Iberische Halbinsel, Westeuropa, Westmitteleuropa, Ostmitteleuropa, Osteuropa, Südeuropa und Nordamerika. Die Deutschen haben es in Mitteleuropa mit vielen Nachbarn, auch mehreren Geschichtsregionen zu tun, was vielfältige Aufgaben der Kommunikation über Erinnerungen zur Konsequenz hat.

## III.

Die Frage nach gemeineuropäischen Erinnerungen ist schwer zu beantworten. Manches spricht dafür, dass sie – jedenfalls teilweise – erst zu erarbeiten und bewusst zu machen sind. Zu den europäischen Erinnerungen zählt der Holocaust, der ein – von Deutschland ausgehendes, aber nicht auf Deutschland begrenztes – europäisches Geschehen war, das manche gar zum europäischen Gründungsmythos erheben wollen, was jedoch die Gefahr der Instrumentalisierung dieser Menschheitserfahrung für einen konkreten Zweck implizieren würde.

Insbesondere aus Ostmitteleuropa wird gegenwärtig nachdrücklich die Forderung erhoben, auch die Erfahrungen mit dem Sowjetkommunismus, insbesondere auch den Archipel Gulag als europäische Erinnerung zu betrachten. Überpointierend ist davon gesprochen worden, dass dem auf den Holocaust bezogenen Gedächtnis im Westen ein um den Gulag kreisendes Gedächtnis im Osten gegenüberstehe. Wir haben es jedoch nicht mit einer Alternative zu tun. So diagnostiziert der Politikwissenschaftler Claus Leggewie sieben Kreise der europäischen Erinnerung: den „Holocaust als negativen Gründungsmythos Europas“, den Sowjetkommunismus, „Vertreibungen als gesamteuropäisches Trauma“, „Kriegs- und Krisenerinnerungen als Motor Europas“, den Kolonialismus, Europa als Einwanderungskontinent sowie Europas Erfolgsgeschichte seit 1945. Natürlich sind andere Kataloge möglich.

Vermutlich wird man die europäischen „Erinnerungen“ nicht ausschließlich negativ fassen können, in dem Sinne, dass das heutige Europa die Überwindung der Geschichte der entgrenzten Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist. Jedenfalls brauchen wir darüber breitere Diskurse, in denen Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. eine Aufgabe sehen könnte.

#### IV.

Unverkennbar sind die europäischen Erinnerungen Gegenstand der Politik des EU-Parlaments und auch der EU-Kommission geworden; man kann von Ansätzen zu einer europäischen Erinnerungspolitik sprechen, zu der sich auch Organisationen wie Gegen Vergessen – Für Demokratie verhalten müssen.

Das EU-Parlament hat seit 2004 Resolutionen zum Umgang mit Geschichte, mit Gedenktagen und -komplexen verabschiedet, im Jahre 2009 sogar ein Positionspapier zum gegenwärtigen historischen Selbstverständnis Europas. Europa definiert sich darin in der Ablehnung der NS-Gewaltpolitik und des Faschismus, des Sowjetkommunismus, aller totalitärer Herrschaft, auch von Diktaturen jeder Provenienz, von Rassismus, Antisemitismus und extremem Nationalismus. Europa will die Erinnerung an die Opfer bewahren, denen ein Gedenktag – der 23. August, der Tag des Abchlusses des Hitler-Stalin-Paktes – gewidmet werden soll.

Die Festlegung eines kumulativen Gedenktages ist im Westen, auch in Deutschland, auf Kritik gestoßen. Die verschiedenen Opfergruppen beharren auf eigenen Gedenktagen und der Aufgabe, die Unrechtstatbestände jeweils gesondert aufzuarbeiten. Aus deutscher Sicht wird man – ungeachtet des gewiss nicht zu eskamotierenden Hitler-Stalin-Paktes und seines Zusatzabkommens – doch fragen müssen, ob der 23. August nicht die Gefahr impliziert, die deutsche Verantwortlichkeit für den Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten (einschließlich der Sowjetunion) zu verwischen.

Wird in der Resolution von 2009 Europa gleichsam ex negativo definiert, so gehen manche europäische Politiker noch weiter: Sie wollen – angesichts der europäischen Krise – über eine forcierte Erinnerungs- oder Geschichtspolitik Identität von oben stiften. Es ist eher zweifelhaft, ob dies – falls man es will – tatsächlich gelingen kann oder ob es nicht kontraproduktiv wirken würde.

Das vom Europäischen Parlament beschlossene Haus der europäischen Geschichte, das 2016 eröffnet werden soll, wird – entgegen den Hoffnungen mancher und

den Befürchtungen anderer – diese Identitätsstiftung durch Geschichte nicht leisten, nach dem Willen der verantwortlichen Museumsmacher auch nicht anstreben. Gleichwohl fragt das Konzept für dieses Museum schon nach Mythen und Ideen Europas, nach dem Aufstieg Europas im 19. Jahrhundert, nach den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und nach der Entstehung und Entwicklung europäischer Gemeinschaften. Wie diese Themen auf begrenzter Fläche – vorbei an den nationalstaatlichen Interessen – realisiert werden können, darauf kann man gespannt sein. Vielleicht kann das Haus ein Katalysator für europäische Erinnerungsdiskurse sein. Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie wird sich sicherlich mit diesem Projekt noch beschäftigen.

\*

Keine Frage: Eine Weiterentwicklung der nationalen, transnationalen und europäischen Erinnerungsdiskurse ist möglich, wenn Politik dafür Rahmenbedingungen schafft, doch die Inhalte nicht selbst glaubt dezidiert festlegen zu können. Wenn es Organisationen wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nicht gäbe, man müsste sie für derartige Aufgaben gründen. Allerdings bedarf es zu den vielfältigen erinnerungskulturellen Bemühungen, die immer selektiv sind, auch des Korrektivs von kritischer Wissenschaft, die nach Zusammenhängen, Strukturen und Prozessen fragt, die über die Subjektivität von Erinnerungen hinausgehen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 85/2015*

## Vom Umgang mit europäischer und nationaler Geschichte heute

Viel ist zur Zeit die Rede von der Krise Europas. Der Brexit, ein euroskeptischer, teilweise auch europafeindlicher Populismus, unübersehbarer wachsender Nationalismus – dies und anderes charakterisiert die gegenwärtige Konstellation. Doch gibt es unverkennbar auch Gegenteilstendenzen. Die selbstherrliche Politik des amerikanischen Präsidenten Trump wirkt geradezu wie eine Aufforderung an die Europäer, sich gemeinsam in einer veränderten Welt zu behaupten und auch in den Zivilgesellschaften haben Bürgerinnen und Bürger – etwa in der Bewegung „Pulse of Europe“ – begonnen, sich zivilgesellschaftlich für Europa wieder zu engagieren, was die Frage nach Reformen von Europa nicht ausschließt.

In diese Zeit fällt nun die Eröffnung des Hauses der europäischen Geschichte in Brüssel, die die Frage der Bedeutung von Geschichte und Erinnerung für die Europäer erneut aufwirft und die der Einordnung ebenso bedarf wie die antieuropäischen Tendenzen.

### I.

Beschlossen wurde das Haus der europäischen Geschichte vor ca. 10 Jahren, als man in Brüssel nach der Osterweiterung der EU und der Einführung der gemeinsamen Währung noch optimistisch in die Zukunft blickte. In diesen Jahren versuchte das Europäische Parlament eine ganze Reihe von geschichtspolitischen Beschlüssen zu fassen und 2009 auch ein Papier zum historisch-politischen Selbstverständnis zu verabschieden. Das Museum wurde nun in einem stark veränderten Zeitklima eröffnet und ist gerade deshalb ein Ereignis.

Das in einem Art-Deco-Bau, einer früheren Zahnklinik, untergebrachte Haus in Brüssel, das im EU-Viertel steht, gleich benachbart dem Parlament und dem Ministerrat, mag man als „postnationales Museum“ bezeichnen. Tatsächlich versucht es, sich von den in Europa verbreiteten nationalen Sichtweisen zu lösen, Europa ist hier nicht die Addition von Nationalstaaten: es wird vielmehr nach dem spezifisch „Europäischen“ in der Geschichte gefragt. „Europäisch“ ist dabei ein europäisches Phänomen, das in Europa entsteht, sich in Europa verbreitet und in der Gegenwart noch Bedeutung hat. In dem neuen Haus geht es um die gemeinsame Geschichte. Schwerpunkt des Museums ist das 19. und 20. Jahrhundert. Für das aus acht europäischen Ländern bestehende Team erreichte Europa im 19. Jahrhundert den Höhe-

punkt seiner Macht in der Weltgeschichte, doch folgte darauf in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine beispiellose Katastrophe („30jähriger Krieg“), aus der Europa erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann, politische Schlussfolgerungen durch den Aufbau der europäischen Gemeinschaft zu ziehen.

Selbstverständlich wird auch die Vorgeschichte mit wenigen Objekten gestreift: die mythischen Ursprünge, die griechische Philosophie, das römische Recht, das Christentum, die Renaissance, die Aufklärung. Bezogen auf das 19. Jahrhundert werden zu Recht auch die europäischen Schattenseiten – etwa der Kolonialismus – thematisiert. Allzu reduziert mag man die Ausstellungsstücke zur industriellen Revolution sehen, ein mächtiger Dampfhammer ist zu sehen, dazu eine Erstauflage des Kommunistischen Manifests ...

Generell stehen die Objekte der Ausstellung für komplexe historische Tatbestände und Zusammenhänge. In der Ausstellung, die sich in ungewöhnlichem Maße digitalisierter Medien bedient, ist wenig zu lesen, doch liefern Tablets in 24 Sprachen Erläuterungen.

„Der beklemmende und beste Teil“ – so hat ein Kritiker geurteilt – „handelt vom neuen Dreißigjährigen Krieg, der nicht nur Europa, sondern die ganze Welt betraf“. Ein Schwerpunkt liegt dabei im Holocaust, der als Folge des Nationalismus und Antisemitismus begriffen wird, der sich in Europa seit dem 19. Jahrhundert ausbreitete. Den Holocaust als europäisches Geschehen zu betrachten, wer könnte dem widersprechen. Generell sind die totalitären Erfahrungen von besonderem Gewicht in der europäischen Geschichte. Heutiges europäisches Selbstverständnis definiert sich gerade durch die rigorose Ablehnung totalitären Denkens.

Das Museum endet in der Geschichte der EU und ihrer Ausweitung auf Ostmitteleuropa, der Vertrag von Maastricht kommt vor, doch auch die 100.000 Seiten umfassende Gesetzessammlung und auch der Brexit. In der Tat ist die Geschichte Europas zur Zukunft offen. Und für sie tragen die Bürgerinnen und Bürger in Europa Verantwortung.

Das Museum ist keine Propagandainstitution, sondern der durchaus differenzierte Versuch von Museumsmachern aus verschiedenen europäischen Ländern, sich der europäischen Geschichte zu stellen und verdient deshalb auch unser Interesse bei GVFD.

## II.

Das Museum liegt im Trend geschichtswissenschaftlicher Arbeiten, unter denen in den letzten Jahren Synthesen mit transnationalem und europäischem Charakter deutlich zugenommen haben. Andererseits aber sind daneben in verschiedenen Ländern Geschichtspolitiken im Vormarsch, die Geschichte fast ausschließlich wieder als Mittel zur Stärkung eines traditionellen Nationalbewusstseins auffassen.

Ein Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen um das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig, für das ein spektakulärer Neubau geschaffen wurde. Hier wird das Geschehen – von Danzig ausgehend – in europäische und globale Zusammenhänge eingeordnet. Dabei werden die polnischen Motive durchaus deutlich, doch scheint die von der PIS-Partei getragene Regierung mit dem Konzept des Museums nicht zurechtzukommen und sinnt auf Änderungen, weil aus ihrer Sicht das Museum vor allem der Stärkung des polnischen Nationalbewusstseins dienen soll.

Hinzu kommt, dass das Museum in besonderer Weise die Zivilisten als Opfer des Krieges darstellt und gleichsam eine viktimologische Sicht vorherrscht, die dem traditionellen Bedürfnis nach Heroisierung widerspricht. Die Auseinandersetzung ist nicht auf Polen beschränkt. Die russische Geschichtspolitik beispielsweise hat sich niemals dem Trend zu einer opferzentrierten Sicht geöffnet. Und in vielen Ländern stehen verschiedene Tendenzen nebeneinander, die zur Stellungnahme auffordern.

Fast überall in Europa hat sich seit der frühen Neuzeit ein Nationalbewusstsein konstituiert, das durch die Geschichte oder Projektionen in die Geschichte geprägt wurde und sich von dem der Nachbarn unterschied, zudem in national unterschiedlichen Geschichtsverläufen seine Abstützung erhielt. Zeitweilig hatte dieses Bewusstsein geradezu eine exklusive Bedeutung. Auch wenn es sich abgeschwächt hat, wird es doch auf absehbare Zeit ein Faktor bleiben, zumal Globalisierung und andere Prozesse tendenziell das Nationalbewusstsein wohl eher stärken. Zugleich aber ist es heute unmöglich, das jeweilige nationale Geschichtsbewusstsein hermetisch zu isolieren; es gibt einfach viel mehr Kommunikation mit den Nachbarn.

Deshalb ist bilaterale Arbeit an Geschichte, dialogisches Erinnern, so bedeutsam. Den anderen auf dem Hintergrund seiner besonderen Geschichte zu verstehen, ist immer noch eine wichtige Aufgabe.

### III.

Wie stellt sich der deutsche Fall im europäischen Kontext dar? Keine Frage, dass die NS-Zeit das traditionelle deutsche Nationalbewusstsein erheblich erschüttert hat. Viele zumal junge Leute wollten in den Nachkriegsjahren das Nationalbewusstsein hier durch ein Europabewusstsein ersetzen. Doch holten die Schatten der Vergangenheit rasch die deutsche Gesellschaft ein. Auch musste man feststellen, dass die meisten anderen Nationen zwar bereit waren, Europa gemeinsam aufzubauen, doch wollten sie damit ihr Bewusstsein nationaler Identität keinesfalls aufgeben, im Gegenteil: der Krieg schien es erneut zu bestätigen.

Die deutsche Gesellschaft hat sich in der Nachkriegsepoche in einem mühsamen, von Rückschlägen nicht freien Prozess mit der jüngsten Geschichte auseinandergesetzt und tut dies nach wie vor. Dabei ist ein Bewusstsein entstanden, das heutige politische Identität sich gerade in der Negation der Wertorientierungen der NS-Zeit im Bruch mit dieser Vergangenheit definiert. Eine besondere Rolle spielen deshalb die NS-Zeit, der Holocaust, die Diktaturerfahrungen, die freilich auch für die anderen europäischen Länder ihre Bedeutung haben.

Deutsches Selbstbewusstsein wird auf unabsehbare Zeit vom Wissen um die NS-Zeit und um Diktaturerfahrungen geprägt bleiben. Dies kann sich durchaus mit einem wertorientierten europäischen Geschichtsbewusstsein verbinden, das jedoch nicht von oben oktroyiert werden kann, sondern in der Gesellschaft wachsen muss, übrigens auch mit dem Versuch, deutsche Demokratiegeschichte stärker bewusst zu machen, verknüpft werden kann, was freilich die schwierige Frage des Verhältnisses verschiedener Kontinuitätslinien einschließt. Hier liegt für Deutschland ein beträchtlicher Diskussionsbedarf. Über nationale und transnationale Erinnerung gilt es im Hinblick auf eine gemeinsame europäische Zukunft generell intensiver nachzudenken. Das Haus der Europäischen Geschichte kann dazu ein Anlass sein, den wir aufgreifen sollten.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 93/2017*

# Europäische Demokratiegeschichte als Desiderat

## I.

Während die politische Entwicklung Europas in den vergangenen Jahren Rückschläge erlitten hat, ist das wissenschaftliche Interesse an der europäischen Geschichte – nimmt man die Publikationen als Maßstab – ungebrochen. Dies lässt die Frage entstehen, inwieweit sich dabei ein europäisches Narrativ abzeichnet, das Bild einer gemeinsamen Geschichte.

Die ausgesprochen vielfältige, durchweg ungleichzeitige europäische Geschichte ist nur sehr schwer in ein einheitliches europäisches Narrativ zu pressen, das übernationale Zustimmung finden könnte. Immer noch ist eine Geschichtssicht verbreitet, die Europa als Addition von Nationalgeschichten betrachtet, was jedoch unbefriedigend ist. Neben den Nationalstaaten gab es – auch in der Neuzeit – andere Akteure, und neben nationalen Besonderheiten sind vielfältige Gemeinsamkeiten und Parallelen – wenn auch teilweise zeitlich gegeneinander verschoben – unübersehbar. Einige Historiker versuchen den Blick für die Epochen, das Besondere und das Gemeinsame zu verbinden. Ein genialer, noch heute lesenswerter Versuch dieser Art ist Eugen Rosenstock-Huessys Buch „Die europäischen Revolutionen“, das in der ersten Auflage 1930 erschien. Es ist zweifellos schon viel erreicht, wenn bezogen auf wichtige Fragen Europa in den Blick kommt. Eine bedeutsame Frage ist dabei die nach der Herausbildung und Entwicklung der Demokratie in Europa. Gerade die gegenwärtige Konstellation lässt diese Frage dringlich erscheinen. Welchen Werten die Demokratie verpflichtet ist, scheint keineswegs nur zwischen den Ländern, sondern auch in den Gesellschaften strittig zu sein.

## II.

Demokratiegeschichte wird eher selten im europäischen Zusammenhang gesehen. Selbst in dem sehenswerten, freilich in mancher Hinsicht auch kritikbedürftigen Haus der europäischen Geschichte im Europaviertel in Brüssel bildet die Demokratiegeschichte keine durchgängige Perspektive – vielleicht auch, weil sie nur schwer museal präsentierbar ist (was selbst für die Dokumentation durch Fotos gilt).

Sicherlich zu Recht bilden die totalitären Systeme in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen der Schwerpunkte des Hauses, wenn auch – en passant gesagt – die Parallelisierung von NS-System und stalinistischer Herrschaft zu weit geht, der Holocaust als europäisches Geschehen zu wenig in den Blick kommt und selbst der Archipel Gulag

unterbelichtet bleibt. Doch als Folie für die Begründung von Demokratie können die Diktaturen verschiedener Provenienz selbstverständlich dienen.

Zwar kommt der ökonomisch-soziale Wandel teilweise in den Blick, doch werden die politischen Bewegungen, die auf Partizipation und Demokratie zielten, ebenso wenig ins Zentrum gerückt wie der Prozess der Verfassungsgeschichte oder der wachsende Einfluss der Parlamente. Zwar werden die Veränderungen Anfang der 1830er-Jahre im Anschluss an die Julirevolution in verschiedenen europäischen Staaten genannt, doch wird merkwürdigerweise etwa die Revolution von 1848/49 – zweifellos ein europäisches Geschehen – trotz der national unterschiedlichen Problemlagen nicht wirklich aufgegriffen. Keine Frage aber, dass es einen übernationalen Zusammenhang gab. Ähnliches lässt sich im Hinblick auf die europäische Arbeiterbewegung und andere demokratiegeschichtlich bedeutsame Phänomene sagen.

### III.

Von den drei Schüben des Vordringens von Demokratie in Europa im 20. Jahrhundert wird in Brüssel – teilweise revolutionäre – Durchsetzung von Demokratie und Parlamentarismus nach dem Ersten Weltkrieg eindrucksvoll dokumentiert, weniger der zweite Schub nach dem Zweiten Weltkrieg, der kaum auf Massenhandeln basierte, wohl aber der von 1989, bei dem die Gleichzeitigkeit der Umwälzungen gezeigt wird.

Dagegen bleibt weitgehend ausgeblendet, warum die nach dem Ersten Weltkrieg etablierten parlamentarischen Demokratien schon sehr bald in die Krise gerieten und zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nur noch ganz wenige Demokratien übrig geblieben waren. Strukturelle Mängel (schwache, instabile Regierungen, Vielparteiensysteme und anderes), Nationalismus, Antiparlamentarismus, Illiberalismus und antidemokratische Bewegungen wären hier anzuführen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verliefen die Demokratieentwicklungen, insgesamt gesehen, ungleich positiver, was auf verschiedene Faktoren – auch auf die ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung – zurückzuführen ist und in Brüssel nur unzureichend mit der demokratischen Entwicklung in Beziehung gesetzt wird. Ob dabei auf strukturelle Probleme und Krisen hinreichend eingegangen wird, wäre zu diskutieren.

1989–91 schien sich Demokratie global durchzusetzen, doch war Anfang der 1990er-Jahre nicht das Ende der Geschichte erreicht. Demokratiegeschichtlich bildet 1989 für Europa – so müssen wir heute feststellen – nur eine Etappe, sodass die Geschichte auch in dieser Hinsicht als offen erscheint, worüber in Europa – auch aufgrund der Anstöße des französischen Präsidenten Macron – erneut zu reden ist.

Viele Fragen europäischer Demokratiegeschichte sind noch zu beantworten. Eine über den einzelnen Nationalstaat hinausreichende Perspektive erscheint ebenso sinnvoll wie binationale „dialogische“ Projekte, die Entwicklungen in zwei Ländern in den Blick nehmen. Möglich sind diese nicht nur auf der Ebene der Wissenschaftler, sondern auch auf der der Zivilgesellschaften.

#### IV.

Gegenwärtige Krisenerscheinungen in Europa machen deutlich, dass, anders als meist angenommen, der europäische Wertekonsens keineswegs unstrittig ist, wie auch Heinrich August Winklers jüngstes Buch „Zerbricht der Westen?“ erkennen lässt. Über das, was wir als Demokratie bezeichnen, müssen wir in Europa Diskurse führen. Bedeutsam ist etwa die Frage, in welchem Verhältnis diese Demokratien zu Europa stehen sollen. Sollen die Nationalstaaten der eigentliche Souverän bleiben? Dabei geht es nicht nur um den Grad der anzustrebenden Integration, sondern auch um die Ermöglichung von Demokratie.

Es stellt sich die Frage: Wie kann in Europa – das ein riesiger Staatenverbund ist – Demokratie verwirklicht werden, die nicht als Fremdbestimmung empfunden wird und Machtkontrolle sowie Rechts- und Sozialstaatlichkeit ermöglicht? Dass die USA dafür kein Modell abgeben, ist offensichtlich. Vermutlich bleibt die Europäische Union ein Staatenverbund besonderer Art. Will dieser sich politisch weiterentwickeln, braucht er nicht zuletzt eine realistische Diskussion darüber, auf welche Weise „mehr Demokratie“ gewagt werden kann.

Einerseits ist dabei der politischen kulturellen Vielfalt, die Ergebnis einer langen Geschichte ist, Rechnung zu tragen, andererseits doch eine Vereinheitlichung anzustreben, die z.B. jedem Wähler das gleiche Gewicht beimisst. Vor dem Hintergrund weltpolitischer Veränderungen werden die Europäer mehr Sinn für Gemeinsamkeiten entwickeln müssen, was zunächst einmal eine Kommunikationsaufgabe ist.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 95/2018*

**V.**

**ZUR BEURTEILUNG  
VON STATIONEN UND  
WEGGABELUNGEN  
DEUTSCHER GESCHICHTE**

## Zur Bedeutung des Jahres 1917 heute

In den vergangenen Jahren ist uns die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg näher gerückt. 2014 haben wir gefragt: Wie konnte es zu dieser „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts kommen? Einige meinten sogar die Frage nach Parallelen in der Gegenwart zur Vorkriegsepoche aufwerfen zu müssen. Auch der Kriegsverlauf mit seinen Folgen findet neues Interesse.

Ist im Jahr 2016 über Verdun als Symbol des barbarischen Umgangs mit Menschenleben im Ersten Weltkrieg viel geschrieben und gesprochen worden, so werden in diesem Jahr Ereignisse des Jahres 1917 thematisiert werden. Dazu gehören die Friedensresolution des Reichstages im Juli des Jahres, in der ein Verständigungsfrieden gefordert wurde und sich bereits die Koalition abzeichnete, die dann 1919 die Weimarer Reichsverfassung als sogenannte „Weimarer Koalition“ prägte. Die als Gegenreaktion auf die Friedensresolution erfolgte Gründung der Vaterlandspartei als Beispiel für die Formierung eines neuen Nationalismus, noch stärker die weltpolitisch relevanten Ereignisse Russische Revolution und das Eingreifen der USA in den Ersten Weltkrieg – alles Ereignisse dieses Jahres – werden Beachtung finden. Im Jahr 1917 bildeten sich im Grunde bereits die drei großen ideologischen Strömungen des 20. Jahrhunderts heraus, das der britische Historiker Eric Hobsbawm als das *Zeitalter der Extreme* bezeichnet hat: Kommunismus, extremer Nationalismus bzw. Faschismus, liberale Demokratie. Diese Strömungen und die Gegensätze zwischen ihnen wirken bis heute nach und bilden den historischen Hintergrund für die Geschehnisse, von denen unsere Vereinigung meint, dass sie nicht vergessen werden sollten.

### Erster Weltkrieg und „extremer Nationalismus“

Der Erste Weltkrieg war nicht nur Ausdruck des Nationalismus, sondern er steigerte diesen vielerorts zu einem „extremen Nationalismus“, der beispielsweise in Deutschland in der Gründung und der Politik der sogenannten Vaterlandspartei seinen organisatorischen Rahmen fand. Die Vaterlandspartei wandte sich nicht nur scharf gegen einen Verständigungsfrieden, wie von der Reichstagsmehrheit gefordert, sondern proklamierte ein extremes Annexionsprogramm, in dem Ziele der NS-Eroberungspolitik bereits antizipiert waren. Zugleich definierte sie sich als Antipartei-Bewegung, die das ganze Parteiwesen überwinden wollte und eine Diktatur forderte. Sie forderte die Annexion Hollands, Luxemburgs und Belgiens mit der flandrischen Küste und Nordfrankreich im Westen, des Baltikums, großer Gebiete Weißrusslands und der

Ukraine im Osten. Hans-Ulrich Wehler, der vor zwei Jahren verstorbene Bielefelder Historiker, hat die Vaterlandspartei als „rechtsradikal-protofaschistische Massenpartei“ bezeichnet. In der Tat lassen sich von hierher Linien zum „extremen Nationalismus“ der NSDAP und zum Imperialismus NS-Deutschlands ziehen.

Generell sind Faschismus und Nationalsozialismus ohne den Ersten Weltkrieg kaum vorstellbar. Die Kriegserfahrung förderte bei einem Teil der Offiziere und Soldaten einen Nationalismus mit stark antiliberaler und antidemokratischer Stoßrichtung mit teilweise rassistischer und antisemitischer Grundierung. Eine neue „realistische“ Weltanschauung, die die Welt und die Geschichte als sozialdarwinistischen Kampf von Völkern, Staaten und Rassen fasste, gehörte zum Erbe dieses Krieges, auch die Übertragung militärischer Leitbilder wie des Führerprinzips und die Anwendung von Gewalt im zivilen Leben, wie die Formen der politischen Auseinandersetzung in der Weimarer Zeit zeigen.

### **Folgen der Russischen Revolution**

Von erheblicher Bedeutung für das *Zeitalter der Extreme* sollte auch die Russische Revolution werden, vor allem der Sieg der Bolschewiki in der Oktoberrevolution 1917. War schon in der Februarrevolution das zaristische System gestürzt worden, so trieben Lenin und die Bolschewiki die Revolution weiter, indem sie nicht nur den Krieg zu beenden versprachen, sondern auch die verfassunggebende Versammlung mit Gewalt sprengten und über der Herrschaft der Sowjets eine Diktatur des Proletariats errichteten, ungeachtet der Tatsache, dass Russland in vieler Hinsicht noch ein rückständiges, weitgehend agrarisches Land war. Zwar erwies sich die Hoffnung auf die Weltrevolution als trügerisch, doch gelang es den Bolschewiki, die einen Teil der ländlichen Bevölkerung auf ihre Seite brachten, sich im russischen Bürgerkrieg durchzusetzen. Dieser forderte ein Mehrfaches an Opfern im Vergleich zu den Kriegsoptionen im gesamten Ersten Weltkrieg in Russland. Die Bolschewiki proklamierten eine neue Ordnung, die als Alternative zum Kapitalismus galt, in der Realität jedoch vor allem eine gewaltsame Modernisierung der Gesellschaft mit unendlichen Opfern an Menschenleben betrieb. Terror war dabei von Anfang an, schon unter Lenin, keineswegs erst unter Stalin, ein herausragendes Mittel zur Durchsetzung der Ziele des Sowjetkommunismus.

Die Russische Revolution war nur für eine Minderheit der Arbeiterbewegungen in Europa ein positives, nachahmenswertes Beispiel; doch evozierte sie antibolschewistische Gegenbewegungen, die sich teilweise mit dem radikalen Nationalismus

verbanden. Ein anderes wesentliches Resultat war die dauerhafte Spaltung der Arbeiterbewegung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die fortan der Gegensatz von Demokratie und Diktatur trennte.

## **Eine neue Staatenordnung**

Auch die demokratischen Kräfte begannen sich während des Krieges verstärkt zu artikulieren, in Deutschland etwa die MSPD und auch die USPD, die sich über der Kriegsfrage zerstritten hatten. Innenpolitisch ging es vor allem um Reformen wie die aus der Sicht der SPD längst überfällige Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und um den Übergang vom monarchisch-konstitutionellen System zur parlamentarischen Regierungsweise – doch wurden die Reformen bewusst verzögert und erst im Oktober 1918 verspätet eingeleitet, was – zusammen mit der Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht – die Novemberrevolution zur Folge hatte.

Aus den Revolutionen, die am Ende des Krieges vor allem in den Verliererstaaten des Krieges ausbrachen, setzte sich – wie in Deutschland – das demokratisch-parlamentarische System durch. Der Krieg hatte überall zum Streben nach Demokratisierung im weitesten Sinn geführt. Der Sieg der westlichen Demokratie war die Folge, die in Deutschland – übrigens anders als in etlichen anderen Ländern – zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch für Frauen führte.

Ergebnis des Krieges war auch eine neue Staatenordnung, die insbesondere die bisherigen Großreiche Österreich-Ungarn, Russland, das Kaiserreich und auch das Osmanische Reich in eine ganze Reihe neuer Staaten aufteilte. Zwar lief dies alles unter dem Anspruch der Siegermächte, das Selbstbestimmungsrecht zu realisieren, doch entstanden Staaten, die in der Regel große nationale Minderheiten umfassten. Die neue Versailler Ordnung stellte nur einen Teil der Völker zufrieden, insgesamt stimulierte sie erneut den Nationalismus, der als innerstaatliches und als internationales Prinzip eine stark destruiierende Wirkung auf die neuen Demokratien ausübte und auch den Völkerbund scheitern ließ.

Zu den von heute aus irritierenden Entwicklungen der Zwischenweltkriegszeit gehört vor allem das Scheitern der Demokratien in den meisten europäischen Ländern. Nirgendwo setzte sich das kommunistische System dauerhaft durch, eher schon waren antikommunistische Tendenzen erfolgreich. Wirtschaftliche und soziale Probleme, doch auch das Vordringen antiliberaler, antiparlamentarischer und antidemokratischer Kräfte, häufig verbunden mit nationalistischen Bewegungen, hatten entschei-

denden Anteil daran, dass vielerorts autoritäre politische Systeme entstanden, in Italien ein faschistisches, in Deutschland jedoch in der NS-Diktatur ein radikalfaschistisches. Es lohnt sich, diesen Prozess in Ian Kershaws neuem, zu Recht gerühmtem Buch *Höllensturz* nachzulesen. Die deutsche Entwicklung entsprach einerseits einem breiten Trend, führte aber auch über diesen hinaus. Es war NS-Deutschland, das wie kein anderes Land auf einen neuen Krieg hinarbeitete, der dann für Europa und die Welt eine unvergleichliche Katastrophe war, in der der Holocaust als besonderes Ereignis herausragt.

## **Aufklärung als Aufgabe**

Jede historische Konstellation ist gewiss eine besondere. Vieles ist in der Gegenwart anders als in der Zeit der Weltkriege. Doch Demokratie ist keineswegs per se ungefährdet, wie Heinz Westphal, langjähriges Vorstandsmitglied unserer Vereinigung, seine Erinnerungen überschrieben hat (*Ungefährdet ist die Demokratie nie*). Ein anti-liberaler Populismus und ein ethnozentrischer Nationalismus, die gemeinsame europäische Interessen und Werte verkennen, können katastrophale Folgen haben. Dies ist aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu lernen. Über diese Zeit aufzuklären, auch über die Weichenstellungen 1917 und ihre Nachwirkungen im Hinblick auf die Gegenwart, ist eine der Aufgaben von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* im Jahr 2017. Wir stehen mitten in einer neuerlichen Auseinandersetzung über Demokratie und über Europa, auch in Deutschland.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 92/2017*

## **Literaturhinweise:**

Eric Hobsbawm:

*Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*

Carl Hanser, München 1995

Ian Kershaw:

*Höllensturz. Europa 1914 bis 1949*

Pantheon Verlag, München 2017

Heinz Westphal:

*Ungefährdet ist Demokratie nie.*

*Erlebnisse und Erfahrungen mit deutscher Zeitgeschichte*

Droste, Düsseldorf 1994

## Vor 100 Jahren: Die Durchsetzung der Demokratie in schwieriger Zeit (1918/19)

Anfang November jährt sich zum 100. Mal das Ende des Ersten Weltkrieges und die Ausrufung der Republik, die zur Entstehung der ersten deutschen Demokratie führte. Benannt wurde diese nach dem Ort, in dem die verfassungsgebende Nationalversammlung tagte: Weimarer Republik. Wir können von einem demokratischen Aufbruch sprechen. 1918/19 war zweifellos eine wichtige Etappe der deutschen Demokratiegeschichte, über die in diesem Herbst 2018 viel diskutiert werden wird.

### I.

Die Weimarer Republik ist von Anfang an meist kritisch gesehen worden. Sie hatte radikale Gegner von links, die eine Diktatur des Proletariats zur Schaffung einer neuen Ordnung (teilweise nach sowjetischem Vorbild) oder zumindest die radikale Ablösung der bisherigen Führungsschichten forderten. Und sie hatte entschiedene Gegner von rechts, die sich schnell neu formiert hatten und die Weimarer Republik seit ihrer Entstehungszeit bekämpften. So hatten es die Republik und ihre tragenden Kräfte schwer, Anerkennung zu finden. Die Urteile über die Weimarer Ordnung wurden in der NS-Zeit (in der Kontinuität zur Rechten in der Weimarer Zeit) vollends negativ, sie galt als krasses Gegenbild zur NS-Diktatur und als Import aus dem Westen, die Revolutionäre wurden als „Novemberverbrecher“ tituliert. Nach 1945 rückte die Weimarer Republik wegen ihres Scheiterns vorrangig als Vorgeschichte der NS-Zeit in den Blick. Die Geschichte der Bundesrepublik war von der Frage begleitet, inwieweit sich die Geschichte von Weimar wiederhole. „Bonn ist nicht Weimar“, stellte der Schweizer Fritz René Allemann 1956 fest, was viele beruhigte. Gelegentlich wird die Frage nach Parallelen auch an die Berliner Republik herangetragen, was selbst heute Weimar zur negativen Folie macht.

Der neue Populismus und der erstarkende Nationalismus, der Illiberalismus und autokratische Tendenzen in der Gegenwart werden vermutlich zu einer neuen kritischen Aktualisierung der gesamten Zwischenkriegszeit führen, in der nach dem anfänglichen Siegeszug der Demokratie eine Demokratie nach der anderen scheiterte. Und doch lässt sich fragen, ob wir die Zeit der Weimarer Republik nicht als eine eigenständige Epoche fassen sollten, die keineswegs nur als Vorgeschichte der NS-Zeit, sondern auch der Bonner und der Berliner Republik zu betrachten ist – trotz des Untergangs der Demokratie 1933.

## II.

Die Republik war das Ergebnis des revolutionären Umbruchs, der wesentliche Impulse aus den schweren gesellschaftlichen Belastungen der deutschen Bevölkerung – der Soldaten wie der Arbeiter – durch den Krieg und dann auch durch die Kriegsniederlage erhielt. Schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts, verstärkt im Kaiserreich seit 1871, hatten sich politische Kräfte herausgebildet, die demokratische Ziele proklamierten und deshalb der Verfolgung durch den Staatsapparat des Obrigkeitsstaates und der Diskriminierung durch die ständisch überformte Klassengesellschaft ausgesetzt waren. Zu diesen Kräften zählte besonders die 1912 zur stärksten Partei anwachsende Sozialdemokratie, aber auch Teile der Fortschrittspartei und des politischen Katholizismus. Sie fanden in der wesentlich von Matthias Erzberger initiierten Friedensresolution 1917 zusammen und bildeten seit 1919 die tragenden Kräfte der Republik.

Die revolutionäre Bewegung wollte 1918/19 in ihrer übergroßen Mehrheit die Demokratiegründung. Für eine weitgehende gesellschaftliche Umgestaltung (die Sozialisierung) lagen jedoch keine realistischen Konzepte vor. Außerdem waren die Voraussetzungen dafür schwerlich gegeben angesichts der vielfältigen Versorgungsprobleme (bei fortdauernder Blockade), der Demobilisierungsfrage, der Schwierigkeiten bei der Umstellung auf Friedenswirtschaft, der vielfältigen sozialen Kriegsfolgen und der hohen Forderungen der Alliierten. So entstand die demokratische Republik auch durch die Kanalisierung und Zähmung der revolutionären Bewegung durch den Rat der Volksbeauftragten, vor allem durch die Führung der Mehrheits-SPD, deren dominante Figur Friedrich Ebert war.

Am 9. November 1918 rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstagsgebäudes die Republik aus: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die deutsche Republik.“ Scheidemann sprach von einem „glänzenden Sieg“ des deutschen Volkes, auf den es „stolz“ sein könne „in alle Zukunft“. Er benannte die neuen Verantwortlichkeiten und sagte, das Land brauche nun „Ruhe, Sicherheit und Ordnung“.

Schon der Sturz der Monarchien in Deutschland, auch der des Kaisertums, war vor dem Hintergrund der vielhundertjährigen Geschichte ein tiefer, retrospektiv manchmal unterschätzter Einschnitt; diese Grundentscheidung ist in Deutschland nie wieder rückgängig gemacht worden. Sie war für die Zeitgenossen ein schwerwiegender Aspekt der Revolution, die in Deutschland eine der progressivsten Demokratien ihrer Zeit einführte.

Den Weg zur verfassunggebenden Nationalversammlung schlug die SPD schon im November 1918 ein und auch die Rätekongresse billigten diesen Weg. Allerdings wurde das Vorgehen durch die wenige Wochen später gegründete KPD und den linken Flügel der USPD bekämpft. Sie wollten die Revolution weitertreiben, was die gesellschaftlichen Realitäten verkannte und auf eine Diktatur des Proletariats hinauslief. Ob die demokratischen Potenziale der Räte für einen dritten Weg hätten genutzt werden können, wie manche Historiker schon um 1970 meinten, erscheint nach wie vor fraglich. Die Revolutionsregierung stand vor kaum lösbaren existentiellen Problemen, machte in der Wehrfrage fatale Fehler, auch wenn manches nachträgliche Urteil darüber an der Wahrnehmung der Verhältnisse durch die damals Verantwortlichen vorbeigeht. Zweifellos barg die Strategie der KPD und anderer radikaler Kräfte die Gefahr des Bürgerkriegs, die angesichts der – zu Recht von Karl Kautsky hervorgehobenen – „Verrohung“ der Massen ohnehin gegeben war. Bei allen Unterschieden zwischen Deutschland und Russland muss man sich klarmachen, dass 1918 noch der russische Bürgerkrieg tobte, der zwischen sieben und acht Millionen (!) Menschen das Leben kostete und die weitere Entwicklung des kommunistischen Regimes entscheidend prägte. Ein Bürgerkrieg und ein Eingreifen der Alliierten wären auch in Deutschland möglich gewesen. Keine Frage, dass gerade das Fehlen der Radikalität der deutschen Revolution von der großen Mehrheit der Bevölkerung positiv gewertet wurde, was nicht ausschloss, dass in der Folgezeit unrealistische Erwartungen enttäuscht wurden.

### III.

Die Sozialdemokraten wollten allerdings nicht nur das demokratische System durchsetzen, sondern den großen Umbau der Gesellschaft auf parlamentarischem Wege realisieren. Friedrich Ebert bekräftigte in seiner Rede bei der Eröffnung der Nationalversammlung, dass „nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlussfassung [...] sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vorwärts bringen [ließen], ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten“. Immerhin hatte es schon 1918 revolutionäre Errungenschaften gegeben, zu denen neben dem Frauenwahlrecht, das die Republik als erstes großes Industrieland einführte, der kollektive Tarifvertrag und der Acht-Stunden-Tag gehörten. Sicherlich wurde mancher sozialpolitische Fortschritt in den folgenden Jahren erreicht, sodass man die Weimarer Republik als modernen Sozialstaat bezeichnen kann. Beachtlich war etwa der neue kommunale Wohnungsbau („Kommunalsozialismus“). Doch eine sozialistische Umgestaltung blieb aus. Die erst im Laufe der 1920er Jahre von Sozialdemokraten entwickelte „Wirtschaftsdemokratie“ blieb weitgehend Programm. Erhalten blieb nicht nur der Gegensatz von SPD

und KPD; auch die Weimarer Republik wurde von der KPD so lange bekämpft, wie sie existierte.

Die Nationalversammlung, die ab Februar 1919 in Weimar tagte, erarbeitete eine neue Reichsverfassung, die sich grundlegend von der Verfassung des Kaiserreichs unterschied. In der Diskussion wurde auf andere demokratische Verfassungen wie die des Paulskirchenparlaments Bezug genommen, etwa bei den Grundrechten. Ganz bewusst knüpfte man in der Staatssymbolik an die Tradition von 1848/49 an.

Die Legitimationsgrundlage wich deutlich von der des Kaiserreichs ab, wie Hugo Preuß betonte, dessen Verfassungsentwurf die Grundlage der Beratung bildete: An die Stelle des „Obrigkeitsstaates“ sollte der „Volksstaat“ treten. Bis in die Revolution 1918 hinein war das monarchische Prinzip von großem Gewicht gewesen. Jetzt ging alle Gewalt vom Volke aus. Geschaffen wurde ein neues Institutionengefüge, bei dem man gewiss retrospektiv die Rolle des Reichspräsidenten als Ersatzkaiser bei vergleichsweise schwacher Stellung des Reichskanzlers kritisch sehen muss. Dies gilt auch für das Nebeneinander von repräsentativem und plebiszitärem Prinzip. Die Erarbeitung dieser Verfassung war dennoch eine beachtliche Leistung. Sie galt in ihrer Zeit als hochmodern. Die sogenannte Weimarer Koalition aus Sozialdemokratie, linksbürgerlicher Deutscher Demokratischer Partei und katholischem Zentrum prägte die Verfassung. Im Grunde basierte diese auf einem Kompromiss von Sozialdemokratie und aufgeklärtem Bürgertum. Der Einfluss der Zentrumspartei war vor allem in der Schulfrage erkennbar. Ansonsten verstärkte die Verfassung Tendenzen zur Gleichberechtigung der Geschlechter, zu sozialer Partizipation sowie der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit.

Allerdings spiegelte die weitere Entwicklung des Parteiensystems gesellschaftliche und politische Prozesse, führte zu einem Anwachsen der Extreme und beeinträchtigte die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems. Retrospektiv erscheint die Weimarer Republik als „politisches Laboratorium“, in dem man die Auswirkungen des Verhältniswahlrechts, der Inflation, einer umfassenden Wirtschaftskrise, doch auch von Nationalismus, Antiparlamentarismus, Illiberalismus und rückwärtsgewandter Interessenpolitik studieren kann.

Das Ende der parlamentarischen Demokratie durch die NS-Machtübernahme war keineswegs vorherbestimmt. Es lohnt sich nach wie vor, die demokratischen Potenziale wie auch die Gründe des Scheiterns von Demokratie zu untersuchen, das in

anderen europäischen Ländern der Zwischenkriegszeit zwar seine Parallelen, doch nirgendwo so katastrophale Folgen wie in Deutschland hatte.

#### IV.

Bei der Erarbeitung des Grundgesetzes, in den Beratungen auf Herrenchiemsee und in denen des Parlamentarischen Rates 1948/49 spielten die Erfahrungen der Weimarer Republik eine große Rolle, sodass man das Grundgesetz ohne die Weimarer Republik kaum verstehen kann. Dass man die Verfassung durch ein einfaches Gesetz mit Zweidrittelmehrheit außer Kraft setzen konnte, wurde jetzt ausgeschlossen: Wesentliche Teile der Verfassung wurden dazu mit einer „Ewigkeitsgarantie“ versehen. Außerdem wurde ein starkes Bundesverfassungsgericht geschaffen. Wesentliche Teile der Grundrechte übernahm man aus der Weimarer Reichsverfassung. Man stellte diese Grundrechte jedoch nicht nur als Voraussetzung und Zweck der Politik an die Spitze des Grundgesetzes, sondern verlieh ihnen auch unmittelbare Rechtswirksamkeit. Die Rolle des Bundespräsidenten wurde bewusst begrenzt. Die des Bundeskanzlers, des Parlaments und damit der parlamentarischen Regierungsweise wurde gestärkt. Das konstruktive Misstrauensvotum ist ebenso eine Folgerung aus den Erfahrungen von Weimar wie die Einführung einer Sperrquote von fünf Prozent der abgegebenen Stimmen als Voraussetzung für den Einzug von Parteien in den Bundestag. Den Vätern und Müttern des Grundgesetzes ging es aufgrund der Erfahrungen von 1918 bis 1933 um die Realisierung einer funktionsfähigen Demokratie – ein Gesichtspunkt, der in der gegenwärtigen Diskussion vielleicht zu oft außer Acht gelassen wird.

Unübersehbar wirkt die Weichenstellung von Revolution und Verfassungsgebung 1918/19 in vielfältiger Weise bis heute nach: durch mancherlei Kontinuitäten, doch auch durch Versuche, aus Fehlern und Fehlentwicklungen der Weimarer Zeit zu lernen, die damals die NS-Herrschaft ermöglichten. Es ist der Mühe wert, sich 2018/19 erneut mit der ersten deutschen Demokratie auseinanderzusetzen. Selbstverständlich kehrt Geschichte nicht einfach wieder. Doch fordert die Ambivalenz der Geschichte uns zu verantwortlichem Handeln in der Gegenwart auf. Demokratie ist nicht so selbstverständlich, wie wir meist glauben: Wir haben sie immer wieder neu zu leben.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 98/2018*

## Die europäische Krise ein Jahrhundert nach den Pariser Vorortverträgen

Am 26. Mai [2019] wählen wir ein neues europäisches Parlament – vor dem Hintergrund einer veritablen europäischen Krise, zu deren Charakterisierung ein paar Stichworte reichen: der Brexit, der Europa ökonomisch schaden und die politischen Gewichte verschieben wird; das Anwachsen zentrifugaler offen nationalistischer, antieuropäischer populistischer Tendenzen in den meisten europäischen Ländern; die Etablierung von Regimen in verschiedenen europäischen Ländern, die die europäischen Werte infrage stellen; die Unfähigkeit der Staaten der Europäischen Union, sich in wichtigen Fragen wie der Zuwanderung von Flüchtlingen zu verständigen.

In dieser Situation erscheint es dringlich, die gegenwärtige Krise in eine historische Dimension zu rücken. Gerade Gegen Vergessen – Für Demokratie scheint dazu aufgerufen. Anlass kann die 100. Wiederkehr des Abschlusses des Versailler Vertrags im Jahre 1919 sein, der zusammen mit den anderen Pariser Vorortverträgen eine neue Ordnung in Europa institutionalisieren sollte. Zu konstatieren ist jedoch, dass Europa nicht wirklich befriedet wurde, sondern 20 Jahre später der Zweite Weltkrieg ausbrach, dessen Folgen – samt der in seinem Kontext verübten einzigartigen Verbrechen – bis heute nachwirken. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten die Europäer daraus zu lernen, doch erscheint manches Erreichte heute gefährdet.

### Der überforderte Frieden

Als „überforderten Frieden“ hat der Freiburger Historiker Jörn Leonhard in seinem epochalen Werk den Versailler Vertrag und seine Folgen bezeichnet. In der Tat gelang es nicht, eine überzeugende neue Ordnung zu entwickeln und die Welt zu pazifizieren.

Zweifellos war der Weg von 1919 nach 1939, vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg keineswegs determiniert. Selbstverständlich gab es alternative Möglichkeiten. Und doch ist nach den Kräften und Tendenzen zu fragen, die damals Europa und die Welt erneut in den Abgrund rissen.

Hatte der Nationalismus schon vor dem Ersten Weltkrieg die internationalen Beziehungen belastet und das unheilvolle Klima begünstigt, in dem er ausbrach, so wirkte zweifellos der Krieg mit seinem millionenfachen Tod stimulierend für einen

Nationalismus, der sich weiter ethnisierte, was die Friedensverhandlungen erheblich erschwerte. Das interpretierbare nationale Selbstbestimmungsrecht („self-determination“), das vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zum leitenden Prinzip der Neuordnung erhoben wurde, enthielt zwar eine demokratische Komponente – tatsächlich setzte sich zunächst nach Abklingen der revolutionären Phase weithin der demokratische Parlamentarismus durch. Doch durch die Ethnisierung und Forcierung von Nationalitätenauseinandersetzungen wurden zahlreiche Konflikte in Ostmittel- und Südosteuropa geradezu unlösbar. Die anstelle der bisherigen Großreiche entstehenden Nationalstaaten waren ihrerseits wieder Nationalitätenstaaten; trotz des Minderheitenschutzes, den der Völkerbund zum Prinzip erhob, blieben vielfach das Verhältnis der Nationalitäten wie auch die Grenzen umstritten.

In den harten Friedensbestimmungen, die den Verliererstaaten auferlegt wurden, spiegelte sich das fortdauernde tiefe Misstrauen gegen den Kriegsgegner, der nicht nur für den Krieg Reparationen zahlen, sondern auch nachdrücklich geschwächt werden sollte. Erst nach einigen Jahren differenzierten sich die Interessenlagen der Alliierten und begannen sich auch in Frankreich Kräfte zu artikulieren, die eine Verständigungspolitik mit dem Deutschen Reich ermöglichten (Briand – Stresemann u. a.). Doch blieb ein eng gefasstes nationales Interesse leitend. Auch wenn die SPD 1925 in ihrem Heidelberger Programm die Vereinigten Staaten von Europa forderte und sich bereits eine paneuropäische Bewegung bildete, war eine europäische Orientierung noch kein bestimmender Faktor der politischen Kultur.

Die Folgen des Krieges bildeten schwere Hypotheken für die neu entstandenen Demokratien, vor allem in den Ländern, die den Krieg verloren hatten: „Wo die Demokratie das Erbe des Weltkrieges angetreten hat“, schreibt Leonhard, „wird sie mit der Verantwortung für die Folgen belastet“, was insbesondere für die deutsche Demokratie gilt. Es sei nur an die Dolchstoßlegende erinnert, nach der Sozialdemokraten und revolutionäre Kräfte angeblich die Niederlage herbeigeführt hatten.

Zu den Faktoren, die eine Entwicklung der neuen Demokratien behinderten und in der Mehrzahl der Fälle zu ihrem Scheitern in der Zwischenkriegszeit führten, zählten neben erheblichen sozialen Problemen und vordemokratischen Haltungen insbesondere in agrarisch bestimmten Gesellschaften ein virulenter, in die Demokratie nicht integrierbarer Nationalismus. Dieser war häufig verbunden mit Antisemitismus, Illiberalismus und Antiparlamentarismus, also dem Bestreben, zu autoritären Ordnungen zurückzukehren oder neue Ordnungen mit totalitärem Anspruch zu schaffen.

Das keineswegs zwangsläufige Scheitern der Weimarer Republik in Deutschland hatte in vielen Ländern Europas seine Parallele; singulär war jedoch das System, das in Deutschland an seine Stelle trat: Hitler und der Nationalsozialismus wollten von Anfang an nicht nur das System von Versailles korrigieren – in diesem Ziel konnte sich das NS-Regime auf breite Zustimmung stützen –, sie wollten eine weit darüber hinausgehende Hegemonie auf rassistischer Basis mit Gewaltmitteln errichten, die auf einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg hinausliefen. Der Zweite Weltkrieg, dessen Ausbruch von Hitler gewollt war und der keineswegs als zwangsläufige Konsequenz der Versailler Friedensordnung zu betrachten ist, endete nicht nur im Untergang des Reiches, sondern auch in der nachhaltigen Erschütterung der Rolle Europas in der Welt. Dazu trugen auch die europäische Teilung und der Kalte Krieg bei, die freilich auf längere Sicht für Europa auch Chancen enthielten.

## **Lernen aus der Geschichte**

Der Ost-West-Gegensatz hat in den verschiedenen Phasen in unterschiedlicher Weise die europäische Politik geprägt, mit tiefgreifenden Folgen für die Menschen, auch zeitweilig gewaltigen Gefahren. Zugleich hat er jedoch ein Stück weit den Nationalismus in Europa domestiziert. Vor allem im Westen wurde aus der Geschichte gelernt durch den europäischen Integrationsprozess, der das Verhältnis europäischer Länder untereinander neu definierte – durch die Montanunion, Euratom, die EWG, aus denen EG und Europäische Union sich entwickelten. Indem die Staaten – zunächst Frankreich, Italien, Bundesrepublik und Benelux – in wichtigen Fragen, insbesondere in wirtschaftlichen Fragen, eng zusammenarbeiteten, wurden die nationalen Gegensätze eingehegt und Gemeinsamkeiten entwickelt, die allen Mitgliedstaaten zugutekamen. Gewiss waren am Anfang, gerade auch von französischer Seite, die damit ihre Grundhaltung nach dem Ersten Weltkrieg definitiv überwand, die Einbindung Deutschlands und auch dessen Kontrolle wichtige Motive. Doch jetzt traten dauerhaft gemeinsame Interessen und Werthorizonte in den Vordergrund, die den europäischen Mitgliedstaaten trotz mancher Krisen und Rückschläge eine beispiellose Epoche der Prosperität und des Friedens gebracht haben. Dabei wuchsen nicht nur Intensität und Breite der Zusammenarbeit, sondern auch die Europäische Gemeinschaft, der in den 1970er und 1980er Jahren Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland und die Länder der Iberischen Halbinsel beitraten.

Bemerkenswerterweise führte die Entspannungspolitik, vorangebracht vor allem durch die „Neue deutsche Ostpolitik“, dazu, dass auch der gesamteuropäische Zusammenhang als Aufgabe der deutschen und westlichen Politik begriffen wurde,

was unter anderem im KSZE-Prozess seinen Ausdruck fand. Schrittweise reduzierte sich, zumal in der Ära Gorbatschow, die Distanz zwischen Ost- und Westeuropa, was Voraussetzungen für den Abbau des Ost-West-Gegensatzes schuf.

In der großen Epochenwende der Jahre 1989 bis 1991 wurde das Ende der kommunistischen Systeme, die ökonomisch in die Krise geraten und von Reform- und Volksbewegungen überwunden wurden, in Ostmittel- und Südosteuropa als „Rückkehr nach Europa“ begriffen. So war es verständlich, dass die Europäische Union sich trotz der dringlichen Notwendigkeit ihrer inneren Weiterentwicklung für die Länder dieses Raumes öffnete. Sie wurden nach der Jahrtausendwende, größtenteils ab 2004 Mitglieder der Europäischen Union. Während der 1990er Jahre waren schon bislang „neutrale Länder“ wie Österreich, Schweden und Finnland beigetreten.

Obleich mit dem sehr raschen Wachsen die Heterogenität der Europäischen Union zunahm, wurde der Erweiterungsprozess, dem partiell (durch Schaffung einer gemeinsamen Währung) auch ein Vertiefungsprozess entsprach, überwiegend als Fortschritt gesehen. Allerdings scheiterte der Prozess einer europäischen Verfassungsgebung. Auch war nicht zu übersehen, dass partiell der Nationalismus zurückkehrte, nicht zuletzt in Osteuropa, wo nachgeholte Nationsbildungsprozesse in einigen Ländern den Integrationsprozess nach dem Vorbild der bisherigen EU-Länder erschweren. Doch überwogen lange Zeit die positiven Aspekte, was sich erst in den letzten Jahren verändert hat.

## **Zur gegenwärtigen Situation**

Vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte ist die gegenwärtige Situation besorgniserregend. Der Brexit, das Ausscheiden Großbritanniens, der zweitgrößten Volkswirtschaft und bedeutenden Macht mit großer Geschichte ist zweifellos ein schwerer Rückschlag. Doch auch die häufig nicht nur europakritisch, sondern antieuropäisch orientierten populistischen Bewegungen machen der EU zu schaffen und könnten bei den Europawahlen im Mai zu einer erheblichen Verschiebung der Gewichte mit unabsehbaren Folgen führen. Zu Recht warnen davor die Präsidenten Frankreichs und Deutschlands, Macron und Steinmeier.

Sicherlich hat es Sinn, über die europäische Politik kontrovers zu diskutieren, etwa ob die einseitige Fixierung auf die kapitalistische Marktwirtschaft besser durch eine sozialpolitisch motivierte Politik wirksam ergänzt werden sollte, die in bestimmten Bereichen die Macht von Banken und international agierenden Unternehmen be-

grenzt. Generell ist die Frage von demokratischer Teilhabe und Legitimation in Europa, das durch sehr verschiedene Traditionen geprägt ist, eine intellektuelle und politisch-praktische Herausforderung ersten Ranges. Für die demokratische Weiterentwicklung Europas, die von vielen Seiten angemahnt wird, gibt es kein Modell – weder die USA noch Indien sind wirklich vergleichbar. Was wir vergemeinschaften und was nicht, muss erörtert werden. Vieles spricht für eine Vergemeinschaftung der Sicherheits- und Steuerpolitik. Natürlich muss vermieden werden, dass europäische Politik in den einzelnen Ländern und von größeren Bevölkerungsgruppen als Fremdbestimmung empfunden wird. Doch gilt es, auch das europäische Bewusstsein und die europäische Handlungsfähigkeit zu stärken. Und vor dem Hintergrund der Geschichte sollte völlig klar sein, dass die EU nicht zur Disposition gestellt werden darf: Ungeachtet aller Schwächen ist sie ein unvergleichlicher Fortschritt in der europäischen Geschichte, der durch eine kluge Demokratisierung weiterzuführen ist.

Sicherlich sind die – unterschiedlich definierten – Nationen auf unabsehbare Zeit ein Teil der europäischen Realität, mit der wir umzugehen haben. Manche deutsche Intellektuelle täuschen sich in diesem Punkt. Unbedingt entgegenzutreten ist jedoch der Rückwendung zu einem Nationalismus, der die europäischen Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts ignoriert und zweifellos ein beträchtliches selbstzerstörendes Potenzial hat.

Dass Regionalgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sich bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Rahmen ihrer Möglichkeiten engagieren, um für ein Votum für proeuropäische demokratische Parteien zu werben, ist wahrlich gut begründet.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 99/2019*

### **Literaturhinweis:**

Jörn Leonhard:

*Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*

C.H. Beck, München 2018

## Zur Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939

In den vergangenen beiden Jahren hat sich der Erinnerungsdiskurs in Deutschland vielfach auf Ereignisse am Ende des Ersten Weltkrieges bezogen: auf die Kriegsniederlage, auf die Revolution 1918/19, in der das Reich zur Republik wurde, auf die Entstehung und Bedeutung der Weimarer Reichsverfassung, auch auf den Versailler Vertrag. Doch jetzt geht es – für einige Zeit, vielleicht bis Mai 2020, wenn das Datum Ende des Krieges vor 75 Jahren ansteht – um den Zweiten Weltkrieg, der nur etwa 20 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges begann. Es macht Sinn, erneut nach der Bedeutung des Zweiten Weltkrieges in der Erinnerungskultur zu fragen.

### I.

80 Jahre danach ist die Erinnerung an das Geschehen schon dadurch verblasst, dass die „Erlebnisgenerationen“ nur noch einen ziemlich kleinen und weiter schrumpfenden Teil der Bevölkerung ausmachen. Wenn man Zeitgeschichte – wie etwa Hans Rothfels – als die Geschichte der jeweils lebenden Generationen definiert, dann ist der Zweite Weltkrieg, zumal seine Vorgeschichte und sein Beginn, inzwischen an den Rand der Zeitgeschichte gerückt.

Allerdings war auch die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, auch die erste Nachkriegsgeneration, noch in erheblichem Maße durch die Folgen des Krieges geprägt. Da waren die Trümmer, die unmittelbare Not, die durch den Krieg tief beeinflusste Mentalität vieler Erwachsener, auch das Leid, das nahezu jede Familie durch den Tod von Angehörigen betroffen hatte. Die meisten sahen sich jetzt – wie die Menschen anderer Nationen – als Opfer des Krieges. Immerhin entwickelte sich unter Intellektuellen eine Diskussion über Schuldfragen, die auch aus heutiger Sicht noch von Interesse ist.

Da Zeitzeugen im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg nur noch eine begrenzte Bedeutung haben, ist die Beschäftigung mit dem Thema heute auf die Erinnerungskultur in ihren vielfältigen Formen angewiesen: Berichte, Filme, Literatur, Geschichtsschreibung, Erinnerungsorte und Spuren, Ausstellungen und vieles mehr. Hier lässt sich anknüpfen.

Die Nachkriegsgeschichte lässt sich zudem als Geschichte der Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg schreiben. Der Krieg hat Menschen der Erlebnisgenera-

tionen häufig ihr Leben lang begleitet; gerade im Alter haben sie sich diesen Fragen noch einmal zugewandt: Günter Grass sei mit seinem „Krebstanz“ als Beispiel genannt. Es liegt also eine Menge von Materialien und Interpretationen vor.

Das Bild des Zweiten Weltkrieges hat sich jedoch im Laufe der Jahre verändert. Anfangs standen die unmittelbaren Kriegserfahrungen im Vordergrund, eine große Rolle spielte auch das militärische Geschehen, um das Memoirenliteratur kreiste. Seit den 1960er Jahren traten verstärkt die Verbrechen des Nationalsozialismus in den Vordergrund, während der Krieg im engeren Sinn, bald auch Flucht und Vertreibung, zum Teil sogar der Bombenkrieg (außer bei den unmittelbar Betroffenen) in den Hintergrund zu treten begannen, zumal sie von den nachwachsenden Generationen nicht erlebt und erlitten worden waren.

In der Gegenwart muss die Beschäftigung mit dem Zweiten Weltkrieg teilweise neu angeregt werden. Praktisch waren alle Familien, die schon damals in Deutschland ansässig waren, irgendwie in diesen Krieg verwickelt, sodass in vielen Familien noch Geschichten aus dem Krieg gespeichert sein dürften, die bewusstgemacht werden könnten (u. a. durch die Auswertung von Briefen, Fotoalben usw.). Manches spricht dafür, dass der Krieg und damit zusammenhängende Fragen nicht vollständig aufgearbeitet worden sind. Bei der neuerlichen Beschäftigung mit diesem Krieg könnte das heutige Wissen berücksichtigt werden, das in der Nachkriegszeit noch fehlte.

## II.

Heute ist völlig klar, dass dieser Krieg, insbesondere im Osten, als hegemonialer Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt wurde. Eine scharfe Trennung in die „saubere“ Wehrmacht einerseits und die verbrecherische SS, die Einsatzgruppen und das Vernichtungssystem andererseits lässt sich wissenschaftlich nicht halten. Erwähnt sei nur der Kommissarbefehl, der Umgang mit den russischen Kriegsgefangenen und die Beteiligung von Teilen der Wehrmacht an Gräueltaten. Sicherlich war nur eine Minderheit von Einheiten daran beteiligt, doch kann an dem verbrecherischen Charakter des Krieges kein Zweifel bestehen. Das ist keineswegs allen Menschen in Deutschland klar. Zu Recht engagieren sich Institutionen der Erinnerungskultur, der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der Bundespräsident und andere in dieser Frage.

Und auch der Zusammenhang zwischen Krieg und Holocaust ist vermutlich im öffentlichen Bewusstsein genauer zu bestimmen und auszuleuchten. Gewiss zählt der Holocaust nicht zu den Kriegsverbrechen. Er war ein Verbrechen gegen die Mensch-

lichkeit, ein einzigartiges Verbrechen, das heute als Maßstab für die Bedeutung aller politischen Verbrechen eingesetzt wird.

Und noch etwas gilt es klarzustellen. Der Krieg war die Grundbedingung dafür, dass der Holocaust realisiert wurde. Der Eroberungs- und Vernichtungskrieg schuf die politisch-moralische Konstellation, in der der Holocaust möglich wurde. Im Schatten des Krieges wurde der systematische Massenmord an den Juden Europas realisierbar. Er passte in einen Kontext, in dem über das Schicksal von Millionen im Zusammenhang einer Neuordnung Osteuropas ohne jede Rücksicht auf die Menschen entschieden wurde.

Hitler hatte im Januar 1939 prognostiziert, dass ein neuer Krieg, den er vorab den Juden anlastete, nicht den Sieg des „jüdischen Bolschewismus“, sondern das Ende der Juden als Rasse in Europa bringen werde. Schon in Polen 1939/40 begannen ethnische Säuberungen und Morde an Juden. Die systematische Ermordung setzte mit dem Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion seit Juni 1941 ein. Im Dezember 1941 notierte Goebbels in sein Tagebuch: „Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung [der Juden] muss die notwendige Folge sein.“ Wenn das deutsche Volk jetzt wieder im Ostfeldzug an die 160.000 Tote geopfert habe, so würden die Urheber dieses Krieges, als die Hitler die Juden betrachtete, „dafür mit dem Leben bezahlen müssen“. Tatsächlich reagierte Hitler nach militärischen Rückschlägen mit umso heftigeren Ausfällen gegenüber Juden.

Wir kommen nicht an der Einsicht vorbei, dass mit dem Zurückweichen der Front und dem Verschwinden der Kriegsziele (mehr Lebensraum und neue rassistisch hierarchisierte Weltordnung in Osteuropa) der Judenmord für die NS-Führungsschicht und ihre vielen Unterstützer zum letzten verbliebenen Kriegsziel erhoben wurde, das bis zum Schluss – wenn auch verdeckt – verfolgt wurde.

Krieg und Holocaust lassen sich nicht voneinander trennen.

### III.

Zu beachten haben wir bei unseren Reflexionen zur 80. Wiederkehr des Kriegsbeginns besonders auch internationale Aspekte des Krieges. Zwar haben die verschiedenen Nationen den Zweiten Weltkrieg unterschiedlich erlebt und vielfach in sehr spezifischer Weise verarbeitet: „Mythen der Nationen“ hieß eine bemerkenswerte Ausstellung, die das Deutsche Historische Museum in Berlin im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts gezeigt hat. Verbunden sind die Nationen und Gesellschaften

jedoch durch die herausragende Bedeutung der Erfahrungen des Krieges. Für Russland beispielsweise ist noch heute der Große Vaterländische Krieg die wohl wichtigste integrative Tradition der jüngeren Geschichte. Polen, England und andere Länder lassen sich nennen, wobei jeder Fall anders ist.

Wir tun gut daran, uns an die ungeheuren Opferzahlen in einer Reihe von Ländern zu erinnern – etwa 30 Millionen Menschen der Völker der Sowjetunion kamen um, extrem hoch war prozentual die Zahl der Opfer in Polen, der Ukraine, in Weißrussland. Auch die Opfer im Westen, in Frankreich, Italien oder auch Griechenland sind heute nicht vergessen, obgleich zahlenmäßig nicht vergleichbar mit denen des Eroberungs- und Vernichtungskrieges im Osten. Wir haben uns aller dieser Opfer bewusst zu sein. Ob dazu der Bau von nationenbezogenen Denkmälern in Berlin der richtige Weg ist, mag man bezweifeln. Doch brauchen wir dazu geeignete Erinnerungsformen und haben das Gespräch zu suchen, auch wenn dies – etwa bei exzessiven Reparationsforderungen – schwierig ist. Vor allem ist in eine gemeinsame Zukunft zu investieren. Hier ist die deutsche Seite gefordert.

Die gemeinsame bi- oder transnationale Erinnerungsarbeit bleibt eine wichtige Aufgabe. Angesichts der Wiederkehr nationaler und teilweise auch nationalistischer Denkmuster wird sie allerdings erschwert. Sie ist nicht nur eine Aufgabe der Staaten, sondern auch der Zivilgesellschaften. Daher sind selbst schwierige Themen in die gemeinsame Betrachtung einzubeziehen: etwa der Abschluss des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes, dessen historisches Datum insbesondere Vertreter Ostmitteleuropas zum Gedenktag für die Opfer des Totalitarismus machen wollen, oder auch die Kollaboration, die Hunderttausende umfasste.

\*

Trotz der begrenzten Ressourcen unseres Vereins haben wir uns diesem Fragenkomplex verstärkt zu stellen, besonders in einer Zeit, in der fraglich wird, ob aus der Geschichte des Zweiten Weltkrieges hinreichend gelernt worden ist. Wir brauchen 80 Jahre nach Beginn des immer noch nachwirkenden Zweiten Weltkrieges intensivere europäische Gespräche über unsere gemeinsame Geschichte.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 101/2019*

## Nachbetrachtung zum 27. Januar (2020)

Diesen Medien-Hype hatten wohl die meisten nicht erwartet: Anlässlich der 75. Wiederkehr des Tages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz wurde die Würdigung dieses Geschehens tagelang zum Thema in Deutschland, Israel und in Europa. Wesentlichen Anteil daran hatten Israel in Yad Vashem mit einer spektakulären internationalen Veranstaltung, Polen mit einer Gedenkfeier am historischen Ort, die durch Überlebende geprägt wurde, und der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin und der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einer eindrucksvollen Erinnerungs- und Reflexionsstunde im Deutschen Bundestag.

Was hebt den 27. Januar, der seit 1997 in Deutschland und seit 2005 in der EU und von der UNO als Gedenktag begangen wird, für viele Menschen heraus? Er erinnert an ein einzigartiges Geschehen der Menschheit, ein Menschheitsverbrechen. Der Tag symbolisiert den Holocaust, den Mord an den europäischen Juden. Insbesondere erinnert er an den mit industriellen Mitteln durchgeführten millionenfachen Mord. Allerdings darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass eine mindestens ebenso große Zahl an Menschen auf andere Art, vor allem auf barbarische Art durch Massenerschießungen, ihr Leben verlor. Wir müssen uns dem Geschehen in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit stellen. Vieles ist erst seit 1989 systematisch erforscht worden.

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust (von jüdischer Seite Shoah genannt) hat ihren Zweck in sich. Sie ist eine anthropologische Notwendigkeit, weil der Holocaust eine menschliche Möglichkeit war. Sie zwingt zu den Fragen nach den Ursachen, nach dem Prozess der Realisierung wie nach den Folgen und der Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Sie erfordert hohe Sensibilität gegenüber allen Formen personenbezogener Menschenfeindlichkeit, vorrangig aber im Hinblick auf den Antisemitismus, der sich in jüngster Zeit auch bei uns verstärkt, womit wir uns nicht abfinden dürfen.

Es ist also mehr als legitim, aus dem Holocaust und den anderen Verbrechen des Nationalsozialismus lernen zu wollen. In der Tat wurde durch die Geschichte 1933 bis 1945, insbesondere des Krieges, überaus deutlich, wohin es führt, wenn Menschen- und Bürgerrechte keine Geltung haben, keine Gewaltenteilung herrscht, Parlament und Parteien ausgeschaltet sind und der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt ist. Das Geschehen begründet gleichsam ex negativo eine wertorientierte Demokratie.

So berechtigt dies ist, so ist jedoch davor zu warnen, den Holocaust unmittelbar zu in-

strumentalisieren, wie das manchmal geschieht – etwa um hehrer Ziele der politischen Bildung willen. Zunächst muss es um das Geschehen und seine Opfer gehen.

Wir müssen dementsprechend das Geschehen in den konkreten historischen Kontexten betrachten. Dabei wird seine Konstellationsbedingtheit erkennbar: der Zusammenhang mit dem Krieg und der Atmosphäre der Gewalt ist offensichtlich. Hitler hat mehrfach vor dem Krieg die „Endlösung der Judenfrage“ für den Fall des Krieges angekündigt. Und während des Krieges haben überzeugte Antisemiten wie etwa Joseph Goebbels ihre Erwartung formuliert, dass es nun um diese Lösung gehen müsse. Er und andere haben dann aus den militärischen Rückschlägen an der Front im Osten zusätzliche Motivation zum Judenmord geschöpft – eine unglaubliche Geschichte. Am Ende war der Judenmord das einzige Kriegsziel, das die Nazis erreichten. An den Zusammenhang von Krieg und Holocaust wird auch bei der 75. Wiederkehr des Kriegsendes im Mai dieses Jahres zu erinnern sein.

Bemerkenswert an diesem 27. Januar 2020 war die europäische Dimension der Erinnerung. Ich meine dabei weniger den russisch-polnischen Konflikt, als dass zum Beispiel der niederländische König Willem-Alexander einräumte, die Behörden seines Landes hätten die Implementierung des Holocausts allzu willig unterstützt; tatsächlich ist der Anteil der geretteten Juden in diesem Land besonders klein. Schon Mitte der 1990er Jahren hatte der französische Staatspräsident Jacques Chirac für Frankreich eine ähnliche Erklärung abgegeben. Es ist wohl an der Zeit, die europäische Dimension nicht nur im Hinblick auf die Millionen jüdischer Opfer, sondern auch hinsichtlich von Kollaborationen offener anzusprechen. Selbst die alliierte Kriegsführung ist in ihrer Prioritätensetzung umstritten. Niemand nimmt Deutschland die gewaltige Verantwortung für den Holocaust ab. Und doch handelte es sich beim Holocaust auch um ein europäisches Geschehen.

Joachim Gauck hatte als Bundespräsident zu Recht betont, dass der Holocaust als Komponente deutscher Identität zu betrachten ist. Er ist aber auch eine Frage an Europa. Ein Schlussstrich ist für die Deutschen und für die Juden unmöglich, doch auch die europäische Diskussion ist unabgeschlossen. Gravierend bleibt für alle die Frage nach den Faktoren, die dieses Menschheitsverbrechen ermöglichten. Sie ist nicht nur eine historische Frage.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 103/2020*

## Zur Interpretation des 20. Juli 1944

*Der vorliegende Text ist die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags auf einer Veranstaltung der RAG Rhein-Ruhr West am 21. Januar 2004 in Duisburg.*

Über den 20. Juli, seine Vorgeschichte und seine Bedeutung ist in der Nachkriegsepoche viel diskutiert worden. Es dauerte Jahre, bis im Westen die Verschwörer vom Vorwurf des Hochverrates freigesprochen wurden, dann aber begann hier eine grundlegende Neubewertung und Kanonisierung des 20. Juli. In der SBZ und in der DDR wurde demgegenüber der Widerstand des 20. Juli früh als „Fleisch vom Fleisch des Imperialismus“ abgewertet. Der Prozess einer historischen Aufarbeitung, einer Historisierung dieses Geschehens stieß lange Zeit auf vielfältige Widerstände. Die Diskussion darüber ist unabgeschlossen. Bedeutsam aber scheint mir zu sein, dass der Widerstand im vorherrschenden Bild des Dritten Reiches – anders als in der Nachkriegszeit, als man mit dem Hinweis auf den 20. Juli gegen die Kollektivschuldthese zu Felde zog – heute eher eine marginale Rolle spielt. Auf's Ganze gesehen wird das Bild des Verhaltens der Menschen im Dritten Reich – so scheint mir – allzu sehr homogenisiert.

Lassen Sie mich in knapper Form Anmerkungen zur Entwicklung des Widerstands, seiner Bewertung und zu seiner geschichtspolitischen Einordnung machen.

### **Zur Entwicklung des Widerstandes im Dritten Reich**

Man darf nicht so tun, als ob das Dritte Reich plötzlich und schicksalhaft über die Deutschen hereingebrochen wäre. Die NS-Diktatur und das Dritte Reich wurden durch spezifische Kräfte herbeigeführt, die sich benennen lassen: durch die NS-Bewegung, die Deutschnationalen und durch Teile der alten Eliten. Gegen diese Entwicklung gestemmt haben sich die Sozialdemokraten, die die Republik verteidigten, bedingt das Zentrum, auch die Kommunisten, die freilich ihrerseits die Weimarer Republik durch eine Diktatur des Proletariats überwinden wollten. Es gab mithin schon vor 1933 Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Diese Gegner waren auf den Kampf gegen die NS-Diktatur schlecht vorbereitet. Dies gilt letztlich auch für die Kommunisten, die schon in der Weimarer Zeit teilweise in der Illegalität gearbeitet hatten. Sie versuchten jetzt, die Diktatur zu bekämpfen, was innerhalb sehr kurzer Zeit völlig scheiterte, doch zahlreiche Opfer kostete. Die Sozialdemokraten bevorzugten andere Formen des Widerstandes, versuchten in größerer Zahl untereinander

der Kontakt zu halten, zu „überwintern“. Vor allem aber gelang es der SPD (Sozialdemokraten und Gewerkschaftern), ein Kontaktnetz mit dem Exil aufzubauen. Besonders aktiven Widerstand leisteten kleinere von SPD und KPD unabhängige Gruppen wie „Neu Beginnen“ oder der „Internationale Sozialistische Kampfbund“ (ISK). Insgesamt ist festzustellen, dass die Arbeiterbewegung durch die NS-Herrschaft schon 1933 weitgehend zerschlagen wurde und es ihr nur bedingt gelang, wirksame Widerstandsgruppen aufzubauen. Sie wurden ganz überwiegend bereits bis Mitte der 30er Jahre von der Gestapo ausgehoben. Wenn man über den Widerstand im Dritten Reich spricht, sollte man den frühen Widerstand der Arbeiterbewegung jedoch nicht vergessen.

Widerstand entwickelte sich teilweise auch in den Kirchen, insbesondere der Evangelischen Kirche, der freilich zunächst nicht politisch war, sondern aus innerkirchlichen Auseinandersetzungen resultierte, in die die NSDAP eingriff. Gegen eine Nazifizierung der Kirche wandte sich die Bekennende Kirche. An dieser Stelle ist der Widerstand im kirchlichen Raum nicht näher zu behandeln, er hat eine durchaus denkwürdige Geschichte.

Ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft mit dem Bürgertum als Kern, namentlich die bürgerlichen und militärischen Eliten, haben die Abschaffung der Weimarer Republik nicht bedauert, vielmehr begrüßt, gerade auch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Mit dem Nationalsozialismus gab es vielfältige Übereinstimmungen, wozu – partiell jedenfalls – auch der Antisemitismus gehörte.

Erst in einem mühsamen Prozess – Joachim Fest hat von einem „langen Weg zum 20. Juli“ gesprochen – sind Persönlichkeiten aus den alten Eliten, aus Reichswehr und höherer Bürokratie – auf Distanz zu Hitler und zum NS gegangen und haben seit 1938 – wobei der Kriegskurs ebenso eine Rolle spielte wie der Judenpogrom am 9. November 1938 – begonnen, sich als Widerstand zu formieren, der einen Staatsstreich gegen Hitler plante. Für den Lernprozess bei Persönlichkeiten in den alten Eliten spielten dabei eine besondere Rolle:

- der unübersehbare Verlust der Geltung des Rechts, der Abbau der Rechtsstaatlichkeit,
- die zunehmend radikale Judenverfolgung, die – wie Hermann Graml formuliert hat – weit über das hinausging, „was deutschnationale und durchaus dem traditionellen Antisemitismus des Bürgertums anhängende Bundesgenossen der Nationalsozialisten zu bejahren bereit waren“,
- das Ausmaß an Korruption und die Auflösung von Maßstäben und Kompetenz (wir haben es teilweise mit „verstörten Fachleuten“ zu tun).

Gab es durchaus Lernprozesse bei einem kleinen Teil derjenigen, die Hitler mit zur Macht verholfen oder doch diesen Vorgang eher wohlwollend gesehen hatten, so war es dem Regime im Laufe der 30er Jahre gelungen, die Arbeiterschaft, die soziale Basis der Arbeiterbewegung, politisch ganz überwiegend tendenziell zu neutralisieren. Die große Mehrheit der Deutschen hat sich seit Mitte der 30er Jahre, beeindruckt von der Propaganda des Regimes, von den vielfältigen Politinszenierungen, doch auch unter dem Eindruck von Hitlers Außenpolitik, die das Versailler System zu überwinden schien, in die von den Nazis proklamierte Volksgemeinschaft eingefügt. Allerdings muss gesehen werden, dass es nach wie vor Vorbehalte und Skepsis gegen die Nazis, bei früheren Gegnern, auch in bestimmten mehr oder weniger resistenten Milieus, gab. Doch aktiven Widerstand leisteten eher wenige. Bedeutung erhielt verstärkt seit 1938 der Widerstand, der sich im Kern aus Personen der alten Führungsgruppen zusammensetzte, an dem sich jedoch auch andere Kräfte anlehnten, die einen bewaffneten Arm brauchten.

### **Die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944**

Seit 1938 bildete sich eine Widerstandsbewegung heraus, die im Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 kulminierte und scheiterte. Diese Bewegung entstand keineswegs erst, als der Krieg nicht mehr zu gewinnen war – was im Hinblick auf die mir gestellte Frage – Nationale Rettungsaktion oder Verschwörung für die Freiheit? – bedeutsam ist.

Es gab seit etwa 1938 drei Zentren des Widerstandes:

- Eine konservative Gruppe um den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler und den zurückgetretenen Generalstabschef Ludwig Beck.
- Der – nach dem Gut Kreisau in Niederschlesien benannte – „Kreisauer Kreis“ um den Grafen Helmuth von Moltke und Peter York von Wartenberg.
- Der militärische Widerstand, zu dem Generalstabschef Franz Halder, Oberst Hans Oster, später dann General Olbricht, General Carl Heinrich von Stülpnagel und nicht zuletzt Henning von Tresckow und Graf Claus von Stauffenberg gehörten.

Zu diesen Gruppen stießen und bewegten sich teilweise zwischen den Gruppen eine ganze Reihe von einzelnen Persönlichkeiten, aus dem staatlichen Apparat, aus dem kirchlichen Bereich, aus der Wirtschaft, auch ehemalige Gewerkschaftsführer und sozialdemokratische Politiker wie Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach. Bemerkenswerterweise waren Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Carlo Mierendorff bereits verfolgt worden, hatten Gefängnisstrafen und Konzentrationslagerhaft schon erfahren. Sie nahmen nach ihrer Freilassung 1937

trotzdem Kontakt zu Widerstandskreisen auf, die ihrerseits – anders als der Widerstand der Arbeiterbewegung – die Chance boten, das Geschehen noch wirksam zu beeinflussen, also die nationalsozialistische Herrschaft wenn möglich zu überwinden, was auf dem Hintergrund der Zeit- und Herrschaftsverhältnisse ein kühnes Ziel war.

Carl Goerdeler war ein erfahrener deutschnationaler Kommunalpolitiker, der zunächst sogar einige Jahre am Aufbau des NS-Staates mitgearbeitet hatte – so war er nicht nur Leipziger Oberbürgermeister, sondern 1931–1935 auch Reichskommissar für die Preisüberwachung gewesen. Wenn er sich zwischen 1935 und 1937 von allen Ämtern zurückzog, so waren dafür maßgeblich die NS-Finanzpolitik, die NS-Kirchenpolitik und die NS-Judenpolitik. In der Folgezeit hat er dann sehr beharrlich unter hochrangigen Militärs und Beamten des Dritten Reiches nach Verbündeten gesucht. So nahm er Kontakt auf zu Generalstabschef Ludwig Beck und dessen Nachfolger Franz Halder, zu dem Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Werner von Fritsch, zum Chef der Wehrmachtsausrüstung General Georg Thomas, zum Berliner Wehrkreisbefehlshaber General Erwin von Witzleben, doch auch zum Kreis um den Stuttgarter Industriellen Robert Bosch und zu Persönlichkeiten der Berliner Mittwochsgesellschaft, etwa Johannes Popitz und Ulrich von Hassell, nach Kriegsbeginn auch zu ehemaligen Gewerkschaftern wie Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner.

Außenpolitisch verfocht Goerdeler zum Teil utopische Ziele. Er erstrebte innenpolitisch geradezu ein autoritäres Regierungssystem mit einer starken Zentralgewalt und einem Monarchen an der Spitze, mit nur indirekten Wahlen, doch weitgehender lokaler Selbstverwaltung. Ihm wie anderen Repräsentanten des konservativen Widerstandes kam es darauf an, das Massenhandeln zu kanalisieren, die Gesellschaft zu restrukturieren. Bemerkenswert aber ebenso, dass er schon während des Krieges für ein vereintes Europa eintrat.

Der „Kreisauer Kreis“ versammelte recht unterschiedliche häufig christlich orientierte, von der Jugendbewegung beeinflusste Persönlichkeiten, unter ihnen neben den beiden Paaren Helmut James und Freya von Moltke und Peter und Marion York von Wartenberg, Horst von Einsiedel, Carl Dietrich von Trotha, die Sozialdemokraten Adolf Reichwein, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach. Auf weiteren Treffen diskutierte der Kreis Konzepte für eine Neuordnung, wobei christliche Motive ebenso deutlich sind wie sozialreformerische Konzepte. Man plädierte für einen „personalen Sozialismus“, für Mischformen von Plan- und Marktwirtschaft, für die Schaffung kleiner Kreise und Mitbestimmungsstrukturen. Zwar waren auch die Kreisauer Patrioten, hatten aber ebenso wie Goerdeler das Ziel, eine die Nationalstaaten überwöl-

bende europäische Ordnung zu schaffen. Im Hinblick auf die konkrete Beteiligung am Attentat gab es bei den Kreisauern lange Meinungsverschiedenheiten.

### **Es kam darauf an, den Krieg zu beenden.**

Die Ziele und Konzepte der Verschwörer des 20. Juli sind stark von der Konstellation des Kampfes gegen Hitler und die Nazis geprägt. Die Wiederherstellung von Recht, auch die Beendigung des Mordens – 1942 stellte etwa Stauffenberg wiederholt fest, die Nazis bringen massenhaft Juden um: „die Verbrechen dürfen nicht weitergehen“ – bilden zentrale Ziele der Verschwörer. Ihre Gesellschafts- und Verfassungsvorstellungen – sieht man etwa von denen Lebers und anderer Sozialdemokraten ab – sind vorrangig auf dem Hintergrund der Zeit zu sehen, nicht zuletzt durch den Willen bestimmt, die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Totalitarismus zu überwinden. Dementsprechend sind sie nicht einfach Antizipationen unseres Demokratiemodells.

Dem Attentat vom 20. Juli 1944 und dem damit angezielten Staatsstreich gingen nicht nur eine ganze Reihe von Staatsstreichplänen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht realisiert wurden voraus, sondern auch fehlgeschlagene Attentatsversuche: Den Plan, Hitler bei einem Besuch der Heeresgruppe in Smolensk zu erschießen, verwarf man aus Rücksicht auf unbeteiligte Offiziere, bei der von Oberst von Tresckow in Hitlers Flugzeug versteckten Bombe versagte der Zünder und die von Oberst von Gerstorff im März 1944 in das Zeughaus geschmuggelte Bombe, wo Hitler erbeutete Waffen besichtigen wollte, konnte Hitler nicht treffen, weil er – ähnlich wie 1939 beim Bürgerbräuattentat Elzers – den Ort des Geschehens unerwartet früh verließ.

Die Kriegslage hatte sich schließlich so verschlechtert, dass die Hoffnung, ein Deutschland, das die NS-Herrschaft abschüttle, werde von den Alliierten bessere Friedensbedingungen bekommen und über seine politische Zukunft selbst bestimmen können, bereits „sehr dünn“ geworden war.

Schon im April 1944 hatte Graf Stauffenberg konstatiert, dass das Reich nicht mehr zu retten sei. Mehr und mehr trat der Gedanke in den Vordergrund, dass es einfach darauf ankomme, einen Krieg zu beenden, der täglich gewaltige Opfer forderte. Davon abgesehen ging es den Verschwörern, die sich im Übrigen wenig Chancen ausrechneten, darum, dass, wie Henning von Tresckow sagte, „die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat“. „Die Hauptabsicht“, die die Verschwörer nach mehreren gescheiterten Umsturzversuchen am 20. Juli noch verfolgten, zielte – so urteilt Joachim Fest – dar-

auf, „so viel Substanz wie möglich vor der unvermeidlich heranrückenden Katastrophe zu retten“. Eine Denkschrift nennt die Zahl der Opfer innerhalb der Bevölkerung, die im Verlauf des Krieges ihr Leben verloren, Wehrmachtsangehörige und Zivilisten.

Als Historiker kann man diese Argumentation nur als allzu plausibel bezeichnen; denn die Opferzahlen nahmen jetzt 1944 enorm zu: Vom 1. Sept. 1939 bis zum 20. Juli 1944 starben 2,8 Millionen Menschen. Vom Juli 1944 bis zum 8. Mai 1945, also in zehn Monaten, starben etwa 4,8 Millionen Menschen. Jeden Tag kamen seit dem Juli 1944 durchschnittlich 16.641 Menschen deutscher Staatsangehörigkeit um, vorher durchschnittlich 1.588 Menschen. Auch im Hinblick auf die Mordmaschinerie waren die Opferzahlen 1944/1945 noch enorm hoch.

### **„Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens ein angemessener Preis“**

Wir wissen, dass das Attentat in der Wolfsschanze scheiterte; Hitler überlebte leicht verletzt. Ob die Verschwörer sich wirklich bei einem Erfolg des Attentates hätten durchsetzen können, muss offen bleiben. Sicherlich wäre es auf lange Sicht zu einer erneuten Dolchstoßlegende gekommen wäre. So wurde ein Teil der Attentäter standrechtlich erschossen, andere wurden vor dem Volksgerichtshof angeklagt und die meisten von ihnen umgebracht. Der Krieg aber wurde bis zum bitteren Ende ausgekämpft.

Vor dem Volksgerichtshof bekannten sich die Angeklagten zu ihrer Verantwortung und boten dadurch dem tobenden Roland Freisler die Stirn. Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld nannte als Motiv seines Handelns „die vielen Morde in Polen“. Peter Graf York erklärte: „Das Wesentliche ist, was alle diese Fragen verbindet, der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtung Gott gegenüber.“ Hans-Bernd von Haefen, Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, sprach auch für seine Freunde, als er sagte: „Nach der Auffassung, die ich von der weltgeschichtlichen Rolle des Führers habe, nehme ich an, dass er ein großer Vollstrecker des Bösen war.“

Julius Leber, der bedeutende Lübecker Sozialdemokrat, den Stauffenberg gerne als Reichskanzler gesehen hätte, und den die Verschwörer als Innenminister vorgesehen hatten – wohl eine der stärksten Gestalten der Widerstandsbewegung des 20. Juli –, ließ kurz vor seiner Hinsichtung seiner Familie und seinen Freunden die Mitteilung zukommen: „Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens

ein angemessener Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, dass alles so und nicht anders ausgegangen ist.“

Ich denke, der Historiker Heinrich August Winkler hat Recht, wenn er feststellt: „Der Erfolg ihrer Aktion aber war für die Kerngruppe des Widerstands im Sommer 1944 schon gar nicht mehr das Entscheidende. Worauf es ihr vor allem ankam, war etwas anderes: die Welt und die kommenden Generationen von Deutschen sollten wissen, dass Hitler nicht Deutschland war, sondern dass es noch ein anderes, ein besseres Deutschland gab.“

### **Zur historischen und geschichtspolitischen Bedeutung**

Die historische Bedeutung der Widerstandsbewegung ist schon angeklungen: Hitler und die NS-Bewegung haben niemals die gesamte Gesellschaft dazu gebracht, ihre verheerende Politik mitzutragen. Sie fanden Widerstand, deren Persönlichkeiten bereit waren, ihre Leben gegen Hitler und seine Politik einzusetzen, obgleich ihre Chancen, sich durchzusetzen, eher gering waren.

Was den Widerstand der Militärs und der höheren Beamten angeht, so waren es Menschen, die von Herkunft und Sozialisation wenig Dispositionen zum Widerstandskampf mitbrachten, die sich vielfach zunächst durch den Eid auf Hitler gebunden fühlten, und die erst in einem Prozess – in Anschauung des verbrecherischen Charakters der NS-Politik – sich zu widerständigem Verhalten durchrangen. Das Ringen um ein ethisch verantwortbares Tun nötigt noch heute Respekt ab.

Selbstverständlich würden wir ex-post uns wünschen, dass es noch mehr Widerstand gegeben hätte. Doch den es gegeben hat – und ich habe eingangs das Gesamtspektrum erwähnt – sollten in unserem aktiven Gedächtnis bleiben. Zu unserer Geschichte zählt der Holocaust, gehört der verbrecherische Eroberungs- und Vernichtungskrieg Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, gehören auch Dispositionen und Kontinuitäten, die diese in einer spezifischen Konstellation möglich gemacht haben.

Zu dieser Geschichte gehören aber auch demokratische Bewegungen, die sich für Freiheit und Recht, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit eingesetzt haben. Und zu ihr gehören auch Phänomene wie der Widerstand gegen Hitler, Bewegungen für Freiheit wie der 17. Juni 1953 und der Herbst 1989. Diejenigen jedenfalls, die ihr Leben für die Freiheit einsetzten, dabei ihr Leben verloren, sollten wir nicht vergessen. Wir haben heute unsere Verantwortung wahrzunehmen in einer gegenüber der NS-

Zeit stark veränderten Konstellation. Doch die Realisierung von Recht, Menschenwürde, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, auch der Verständigung zwischen den Nationen – und heute auch der Kulturen – sind nicht ein für allemal abgeschlossen. Wir haben uns bei ihrer Bewältigung auch heute zu bewähren.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 41 / 2004*

# Der 8. Mai 1945 aus unterschiedlichen Perspektiven

## Anmerkungen zur 75. Wiederkehr

Durch die Pandemie haben die vielerorts geplanten Erinnerungsveranstaltungen zur 75. Wiederkehr der Unterzeichnung der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 ausfallen müssen. Ebenso die Befreiungsfeierlichkeiten in den KZ-Gedenkstätten. Es scheint, als werde die Geschichte durch das Coronavirus außer Kraft gesetzt. Doch sollten wir uns nicht täuschen lassen: Das Erbe der Geschichte wird bleiben, auch wenn manches durch die Coronakrise dauerhaft verändert werden könnte und ihre Folgen uns möglicherweise noch Jahre beschäftigen.

Den 8. Mai 1945 kann man aus verschiedenen Perspektiven in den Blick nehmen:

- Man kann die Zeremonie und ihre Bedeutung samt der vorherigen Teilkapitulationen aus ereignisgeschichtlicher Perspektive betrachten.
- Naheliegend ist auch, sich die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, des bisher opferreichsten Krieges der Menschheitsgeschichte, einschließlich seiner Ursachen zu vergegenwärtigen. Dabei gelangt man zwangsläufig zurück in das Jahr 1933, in dem die Macht auf Hitler übertragen wurde, der keinen Zweifel an seinem Ziel ließ, die europäischen Verhältnisse grundlegend zu verändern, auch mit Gewalt. Von hier ist es nicht weit zu Fragen der tieferen Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen und der europäischen Geschichte.
- Vom 8. Mai 1945 her lässt sich auch die weitere Geschichte erklären: Das Ende des Krieges war eine Zäsur, durch die sich in Deutschland, Europa und der Welt neue Strukturen bildeten und Prozesse in Gang kamen, die zu einer Zweiteilung der Welt mit einem politisch-ideologischen Antagonismus führten. Der schwächte sich zwar auf die Dauer ab, konnte jedoch erst 1989/90 überwunden werden und wirkt bis in die Gegenwart nach.
- Der 8. Mai 1945 und seine Bedeutung differieren im Übrigen aus der Sicht verschiedener Generationen: Die unmittelbar betroffenen Zeitgenossen nahmen das Geschehen sehr unterschiedlich wahr und interpretierten es entsprechend. Wir später Geborenen ordnen das Datum in größere historische Zusammenhänge ein, unsere Sicht ist dementsprechend von abstrakteren, prinzipiellen Gesichtspunkten geprägt.

Einige Aspekte, die gegenwärtig besonderes Interesse verdienen, seien hier skizzenhaft charakterisiert.

## I.

Die bedingungslose Kapitulation der Streitkräfte NS-Deutschlands wurde von deutscher Seite von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Generaloberst Stumpff und Generaladmiral von Friedeburg am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst unterzeichnet. Sie beendete in Europa und der westlichen Hemisphäre den bisher furchtbarsten Krieg der Menschheit. (In Ostasien wurde noch vier weitere Monate bis zum Abwurf der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki gekämpft). Etwa 55 Millionen Menschen kostete dieser Krieg das Leben. Seine Folgen beeinträchtigten das Leben zahlloser weiterer Menschen dauerhaft. In den Zweiten Weltkrieg waren vielfältige Interessen eingegangen, doch in seinem Kern war er durch das Ziel NS-Deutschlands bestimmt, eine deutsche Hegemonie in Europa auf rassistischer Basis zu errichten. Das wurde besonders im Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten manifest. Der Holocaust war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das vor dem Hintergrund des Krieges und mit ihm verschränkt vollzogen wurde. Doch war der Holocaust auch ein selbstständiges, bis zum Ende konsequent verfolgtes Ziel. Zu erinnern ist ebenso an die vielfältigen Verbrechen, die in den besetzten Ländern, nicht zuletzt beim Rückzug der Wehrmacht, verübt wurden. Dass dann auch Millionen Deutsche zu Opfern dieses im Mai 1945 militärisch beendeten Krieges wurden, ist Teil einer hier nicht zu erzählenden Geschichte.

Die Ereignisse seit der NS-Machtübernahme sind als Vorgeschichte des Krieges zu betrachten. Auch Fragen nach der Verbindung zum Ersten Weltkrieg und zum Deutschen Kaiserreich werden den Betrachter des Zweiten Weltkrieges immer wieder zwangsläufig beschäftigen, wobei auch die anderen Mächte einzubeziehen sind.

Selbstverständlich ist dieser Krieg in den verschiedenen Ländern und Regionen unterschiedlich erlebt worden. Für manche Länder sind die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bis heute zentrale Bestandteile des nationalen Selbstverständnisses. Als Beispiele seien nur Russland und Großbritannien genannt. Zum Teil bildeten sich in der Nachkriegszeit – vielfach politisch beeinflusst – regelrechte Mythen heraus. Nachzulesen ist dies bei Monika Flacke in dem zweiteiligen Sammelband: Mythen der Nationen. Arena der Erinnerungen.

Doch auch innerhalb der Länder waren die Kriegserfahrungen vielgestaltig: die der Soldaten, der Zivilisten, der Zwangsarbeiter. Es gab auch große regionale Unterschiede.

de und damit ein riesiges Feld von Erinnerungen, deren Verarbeitung Generationen in Anspruch nahm und auch in der Gegenwart nicht abgeschlossen ist, wie mancherlei Diskussionen, häufig im Anschluss an mediale Ereignisse, zeigen.

## II.

Wie erlebten die Menschen die sogenannte „Stunde Null“? Der Begriff ist irreführend, denn einen Nullpunkt gab es nicht. Der Begriff, der das Ende des Krieges und die Zeit danach meint, ist geeignet, eine zweifelhafte Offenheit zu suggerieren und die Frage nach Kontinuitäten zu verdecken. Dennoch kann man fragen, wie die Menschen etwa in Deutschland diese Zeit erlebt haben. Empfanden sie die Kapitulation als Befreiung? Dass die Kampfhandlungen nun abbrachen, es keine Bombenangriffe mehr gab, die Standgerichte aufgelöst wurden, die zuletzt noch Tausende umbringen ließen, die endlich Frieden wollten – all dies wurde zweifellos von vielen mit großer Erleichterung festgestellt. Befreit fühlten sich die Menschen des Widerstandes, Sozialdemokraten, Kommunisten, Kirchenleute, auch Menschen der Inneren Emigration – für sie begann trotz aller Ungewissheit eine neue Zeit. Dies gilt auch für Juden, die sich hatten verstecken können. Aber viele Deutsche waren auch niedergeschlagen. Manche von ihnen, nicht nur entschiedene Nazis, begingen Selbstmord. Unklar war das Schicksal von Millionen Flüchtlingen, zu denen bald die Vertriebenen hinzukamen; auch viele Ausgebombte waren obdachlos. – Befreit fühlten sich die Überlebenden der KZs, von denen viele nur mit größter Mühe Todesmärsche überlebt hatten; befreit waren auch die Millionen von Zwangsarbeitern. Allerdings war für viele dieser „Displaced Persons“ die Rückkehr in ihre Heimat ein Problem – manche polnische Überlebende und auch Russen fürchteten die kommunistische Herrschaft und wollten nicht zurück. In der stalinistischen Sowjetunion standen ihnen vielfach Filtrationslager bevor, manchen auch eine Verurteilung wegen Kollaboration. Die „DPs“ wurden besonders in der amerikanischen Zone zum Problem, als nach dem Pogrom in Kielce jüdische Überlebende aus Polen ausgerechnet in diese Zone flohen, um von hier aus in die USA oder nach Israel zu gelangen – Aspekte eines heute wenig bekannten Geschehens, auf das Wolfgang Benz in seinem Beitrag in Heft 104 eingeht.

Mit großer Begeisterung wurde das Kriegsende in den Hauptstädten der Alliierten gefeiert, was nur zu verständlich ist. Diese Freude wurde sicherlich von sehr großen Teilen der Bevölkerungen geteilt. Allerdings gab es auch hier, etwa in Frankreich, Schattenseiten – denken wir an die wilde Verfolgung von Kollaborateuren, etwa von Frauen, die mit deutschen Soldaten ein Verhältnis hatten. Generell ist die Kollaboration, auch das Schicksal der Verbündeten von NS-Deutschland im Gesamtbild des Krieges bislang unterbelichtet.

### III.

Für die deutsche Entwicklung hatten die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz grundlegende Bedeutung. Die Alliierten machten den Hauptverantwortlichen in Nürnberg den Prozess und beschritten in den Zonen unterschiedliche Wege der „Entnazifizierung“. Dabei geschahen gewiss manche Ungerechtigkeiten, deren Ablehnung durch große Teile der Bevölkerung auch das verbreitete Fehlen eines Schuldbewusstseins manifestierte. Eine Kollektivschuld wurde fast einmütig abgelehnt. Die Entnazifizierungsverfahren versuchten die individuelle Verantwortlichkeit festzustellen, unter anderem um eine Eignung für die Wahrnehmung öffentlicher Funktionen zu prüfen. Nicht immer endeten diese Versuche erfolgreich und gerecht. Immerhin entwickelte sich schließlich doch eine beachtliche Diskussion zur Schuldfrage – man denke etwa an die bis heute lesenswerte Abhandlung von Karl Jaspers über die Schuldfrage oder an ambivalente Stellungnahmen aus der evangelischen Kirche. Keine Frage jedoch, dass die nationale Selbstkritik – etwa die der Historiker – zunächst unzureichend blieb.

Diesen Befund artikulierten auch deutsche Kräfte, die nicht nur die gewaltigen Probleme des kriegszerstörten Landes bewältigen, sondern auch das Erbe des Nationalsozialismus (des Faschismus) überwinden und eine neue Demokratie aufbauen wollten. Es kam nicht zum Aufbau einer gesamtdeutschen Demokratie. Die Westzonen und die Ostzone gingen vor dem Hintergrund der sich herausbildenden Ost-West-Polarisierung getrennte Wege. Die Rolle der Alliierten wird man dabei in wichtigen Hinsichten positiv bewerten müssen. Dies gilt besonders für die Briten und die Amerikaner. Sie schufen – jedenfalls im Westen – Rahmenbedingungen, die den Aufbau einer deutschen Demokratie ermöglichten. Die Männer und Frauen, die diesen Aufbau auf den verschiedenen Ebenen wesentlich trugen, verdienen einen Platz in unserem demokratischen Gedächtnis. Das Grundgesetz der Bundesrepublik, heute die Verfassung Deutschlands, ist das Werk des Parlamentarischen Rates, der sich auf den Entwurf des Verfassungskonventes von Herrenchiemsee stützen konnte. Es ist nicht das Werk der Alliierten, doch sie trugen durch ihre Anwesenheit und einige Impulse dazu bei, dass es zu einem erfolgreichen Neubeginn kam.

Bedeutsam war auch, dass nach wenigen Jahren ein Neubeginn unter Beteiligung der westlichen Nachbarn auf europäischer und atlantischer Ebene zustande kam. Er enthielt zwar den Gedanken der Einbindung und Kontrolle der Deutschen, zielte jedoch auf die Bildung eines gemeinsamen Europas, dem wir – wie gerade heute zu betonen ist – viel verdanken.

Dass die Entwicklung in der Ostzone eine ganz andere war, dass unter stalinistischen Vorzeichen das sowjetkommunistische Modell mit gewissen Modifikationen auf diesen Teil Deutschlands übertragen wurde und hier fortan eine Diktatur herrschte, muss in diesem Kontext erwähnt werden. Die Konstellation, in der die Kapitulation vollzogen wurde, barg eben doch schon das Potenzial für den Ost-West-Gegensatz. Dieser und damit die deutsche Teilung und Zweistaatlichkeit konnte vor 30 Jahren – auch dieses historische Ereignis begehen wir im Jahre 2020 – definitiv überwunden werden, ein Geschehen, dessen Bedeutung von nicht wenigen Zeitgenossen inzwischen unterschätzt wird.

\*

Der 8. Mai als Erinnerungstag lässt sich als ein Seismograph des historisch-politischen Bewusstseins betrachten. In der Bundesrepublik war er zunächst ein Tag, dessen man sich als Tiefpunkt deutscher Geschichte eher ungern erinnerte, während er in der DDR von 1959 bis 1966 als „Tag der Befreiung“ begangen wurde. Noch 1965 wies die Bundesregierung eine Einladung zu einem Empfang der sowjetischen Botschaft anlässlich des 8. Mai schroff zurück. Während der 1970er Jahre sollte sich dieser Umgang mit dem 8. Mai – wie das Buch von Peter Hurrelbrink „Der 8. Mai 1945. Befreiung durch Erinnerung“ schon 2005 gezeigt hat – deutlich ändern. Bereits Willy Brandt meinte in einer Regierungserklärung zum 8. Mai 1970, dass das Kriegsende, das „von unzähligen Deutschen neben der persönlichen als nationale Not empfunden wurde, [...] für andere Völker die Befreiung von Fremdherrschaft, von Terror und Angst“ gewesen sei. Er fügte hinzu, dass daraus „für die Mehrheit des deutschen Volkes die Chance zum Neubeginn, zur Schaffung rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse“ erwachsen sei. In der Rede von Bundespräsident Walter Scheel und in einer Stellungnahme von Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde der 8. Mai 1975 noch klarer als Befreiungstag bezeichnet. Schmidt sagte kurz und bündig: „Der 8. Mai brachte uns die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Wir haben am 8. Mai 1945 die Chance zu einem demokratischen Neubeginn erhalten.“ Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 ist im historischen Zusammenhang nicht so sensationell, wie manchmal angenommen wird. Sie erhielt ihre besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der scharfen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in diesem Jahrzehnt. Dass es den Deutschen nicht gelang, sich selbst von der Herrschaft des Nationalsozialismus zu befreien, weshalb die Befreiung von außen erfolgen musste, ist heute die vorherrschende Einschätzung. Sie schließt vielfältige Perspektiven auf die Zäsur von 1945 aber nicht aus.

Was erscheint am 8. Mai 2020 besonders wichtig? Angesichts des allmählichen Verschwindens der Zeitzeugengeneration ist gerade heute die fundierte Erinnerung an den Krieg bedeutsam, zumal imperialistische, autoritäre und totalitäre Tendenzen keinesfalls auf alle Zeiten gebannt scheinen. Die liberale rechtsstaatliche Demokratie, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik durchgesetzt hat und heute Grundlage von Politik und Gesellschaft in ganz Deutschland ist, muss immer wieder neu gelebt und erkämpft werden.

Gefährdet erscheint – noch einmal verstärkt durch die Coronakrise – auch die Europäische Union, die ebenfalls eine verteidigungswerte Errungenschaft seit dem Zweiten Weltkrieg und besonders seit den 1990er Jahren ist. Keine Frage, dass die Europäische Union sich weiterentwickeln und handlungsfähiger werden muss, ohne dabei ihre historische Vielfalt zur Disposition zu stellen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 104/2020*

## „Wir wollen freie Menschen sein.“ – Zum 17. Juni 1953

Im Juni dieses Jahres werden 60 Jahre seit dem Volksaufstand in der DDR 1953 verstrichen sein, einem Ereignis, das die Zeitgenossen tief aufgewühlt hat, das in der DDR fatale Folgen hatte, das in der Bundesrepublik durch einen jährlichen Feiertag begangen und teilweise kontrovers diskutiert wurde, doch auf die Dauer verblasste und 1989/90 im politischen Bewusstsein nur noch bedingt präsent war. Seit 10-15 Jahren wird das Geschehen um den 17. Juni 1953 in der DDR in Wissenschaft und Öffentlichkeit verstärkt beachtet und zunehmend zu den positiven Traditionskomplexen der deutschen und der europäischen Geschichte gerechnet.

Die jüngere wissenschaftliche Forschung, die vor allem die regionalen und lokalen Archive sowie die Stasiunterlagen in Ostdeutschland ausgewertet hat, hat herausgearbeitet, dass zwischen dem 16. und 21. Juni 1953, mit dem Höhepunkt am 17. Juni, in mehr als 700 Städten der DDR Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden haben. In 12 Städten wurden die Gefangenen befreit und in etlichen die lokalen Autoritäten abgesetzt. Zahlreiche Gebäude wurden gestürmt, einige verwüstet und angesteckt, Repräsentanten des Regimes angegriffen. Das Ganze war eine Bewegung, an der mehr als eine Million Menschen beteiligt waren und die innerhalb kürzester Zeit geradezu revolutionären Charakter annahm.

Kerngruppe der auf Baustellen in Ost-Berlin ihren Ausgang nehmenden Bewegung waren die Arbeiter, die auf ihre traditionellen Kampfformen (die Durchführung von Streiks, die Wahl von Komitees etc.) zurückgriffen, doch wurden auch andere Gruppen von der Bewegung erfasst, der alte Mittelstand, die Jugend, auch Teile der ländlichen Bevölkerung. Zu den regional und lokal leicht unterschiedlichen Forderungen der Bewegung zählten, erstens die Rücknahme der Erhöhung der Arbeitsnormen und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zweitens die Durchführung freier Wahlen, eine Forderung, die auch die Parteien im Westen erhoben und die die Wiedervereinigung als Konsequenz dachten, die übrigens manchmal auch expressis verbis gefordert wurde, drittens die Ablösung der Regierung, was auf die Überwindung des SED-Regimes hinauslief (das sich ohne Eingreifen der sowjetischen Truppen höchstwahrscheinlich nicht hätte halten können), viertens die Freilassung politischer Häftlinge.

Selbst die Niederschlagung des Aufstandes ist inzwischen genauer rekonstruiert worden. Allein in Berlin wurden drei Divisionen mit 600 Panzern eingesetzt. Im Schutz

der Panzer rückte die Volkspolizei vor. Ca. 100 Menschen kamen ums Leben, etwa 20 wurden standrechtlich erschossen, bis August ca. 13.000 Menschen verhaftet, der größere Teil davon zwar bald wieder freigelassen, immerhin ca. 2.750 von ost-deutschen und sowjetischen Gerichten zu z.T. langjährigen Strafen, vier zum Tode verurteilt, von denen zwei Urteile vollstreckt wurden. Unter den 320.000, die 1953 in den Westen gingen, war eine größere Zahl von Menschen, die sich am Aufstand aktiv beteiligt hatten und vor einer möglichen Verfolgung flohen.

Für das SED-Regime war der Aufstand ein schwerer Rückschlag, der bis zum Ende der DDR nachwirkte. Der Aufstand wurde von der SED teils als „faschistischer Putschversuch“, teils als „Konterrevolution“ verurteilt. Eine besondere Rolle wurde auch dem Ostbüro der SPD zugeschrieben, das von den Vorgängen selbst jedoch überrascht wurde. Dass sich das Regime nicht ausschließlich auf Gewalt stützen konnte, war damit offensichtlich, doch blieb das Misstrauen gegenüber der Bevölkerung eine durchgängige Haltung des SED-Systems. Bezeichnend war, dass die Sicherheitskräfte bis in die 70er Jahre jeweils um den 17. Juni herum in Alarmzustand versetzt wurden, weil man die Erinnerung fürchtete. Noch am Vorabend der Friedlichen Revolution 1989 fragte Erich Mielke seine Stasioffiziere: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“

Auch in der Bundesrepublik nahmen die Menschen 1953 am Geschehen in Ost-Berlin und in der DDR Anteil. Bei Gedenk- und Trauerveranstaltungen in Bonn und Berlin würdigten Bundeskanzler Adenauer und der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter die Opfer des Aufstandes und erhoben den 17. Juni 1953 zum verbindenden und verpflichtenden nationalen Geschehen. Bei genauerem Hinsehen setzten Adenauer und die Sozialdemokraten die Akzente freilich unterschiedlich. Während die Sozialdemokraten, die sich – in der Bundestagsdebatte durch Herbert Wehner und Willy Brandt – mit den aufständischen Arbeitern identifizierten, den Aufstand nicht nur gegen das SED-Regime, sondern gegen die politisch-sozialen Verhältnisse im geteilten Deutschland gerichtet sahen, betonten Adenauer und die CDU die antikommunistische Komponente und bekräftigten von hierher die Notwendigkeit der Westintegrationspolitik.

Auf Vorschlag von Herbert Wehner, dem Vorsitzenden des gesamtdeutschen Ausschusses, wurde der 17. Juni fortan als „Tag der nationalen Einheit“ begangen. Schon am 25. Juni 1953 hatte Marion Gräfin Dönhoff in der „Zeit“ geschrieben: „Der 17. Juni 1953 wird einst und vielleicht nicht nur in die deutsche Geschichte eingehen als ein großer, ein symbolischer Tag. Er sollte bei uns jetzt schon zum Nationalfeiertag des wiedervereinigten Deutschland proklamiert werden [...] Als Demonstration begann's und ist eine Revolution geworden! Die erste deutsche Revolution ausgetragen von

Arbeitern, die sich gegen das kommunistische Herrschaftsparadies empörten [...].“ Fortan fanden jeweils am 17. Juni – häufig vom Kuratorium Unteilbares Deutschland veranstaltet – Feierstunden und Kundgebungen statt, an denen der Ereignisse am 17. Juni 1953 gedacht und der Wiedervereinigungsgedanke wachgehalten werden sollte. Allerdings begann dieser Tag – auch durch die Überlagerung durch andere Ereignisse wie den Mauerbau – in der Folgezeit allmählich zu verblassen; der in schöner Sommerzeit gelegene Tag wurde von der Mehrzahl der Bundesbürger als Ferientag genutzt, sensiblere Beobachter bezeichneten ihn seit den 60er Jahren als „Tag der Verlegenheit“. Und in der Zeit der Entspannungspolitik, in der im Rahmen der Neuen Ostpolitik ein Modus Vivendi mit der DDR zu Gunsten der Menschen gesucht wurde, erschien manchen die demonstrative Erinnerung an den 17. Juni 1953 als nicht mehr zeitgemäß. Doch galt das Geschehen in den 80er Jahren teilweise als denkwürdig im Kontext einer Demokratiegeschichte, die von der nationalen Frage getrennt gesehen wurde.

Bemerkenswerterweise spielte dann 1989/90 – sieht man von Erhard Epplers Rede zum 17. Juni 1989 ab, in der dieser als erster westlicher Politiker der DDR die Zukunftsfähigkeit absprach –, die Erinnerung an den 17. Juni 1953 kaum mehr eine Rolle. Die Oppositions- und Volksbewegung bekannte sich eindeutig zur Gewaltlosigkeit, sie hatte neuere Protestformen adaptiert, wobei ältere Menschen, zumal im kirchlichen Raum, auch aus dem Scheitern von 1953 gelernt haben mochten. Und als es bei den Vereinigungsverhandlungen 1990 um den künftigen Nationalfeiertag ging, erinnerte sich niemand mehr an das Dictum der Gräfin Dönhoff: der 17. Juni galt groteskerweise als westdeutscher Feiertag, ungeeignet für das neue vereinigte Deutschland. Da zugleich der 9. November verworfen wurde – insbesondere wegen seiner Vieldeutigkeit – wurde der 3. Oktober zum Tag der Deutschen Einheit.

Seit den 90er Jahren ist dann der 17. Juni 1953 wiederentdeckt worden: als erster Aufstand gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich und als Ereignis der deutschen Freiheitstradition. Inzwischen ist in dem von dem früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann initiierten Museum der deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt eine neue Abteilung eingerichtet worden, die dem 17. Juni 1953 wie der friedlichen Revolution 1989 in der DDR gewidmet ist. „Wir wollen freie Menschen sein“ war die Parole der Ostberliner Bauarbeiter am 17. Juni. In der Tat weist auch die deutsche Geschichte freiheitliche Traditionen auf. Und bezogen auf Europa gilt es, die Geschichte der europäischen Idee der Freiheit bewusst zu machen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 76/2013*

## 1989 als Erinnerungsort der Demokratiegeschichte

25 Jahre nach 1989 stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Umwälzung jenes Jahres aus einer gewissen Distanz. Zwar spielt das Erleben dieses Umbruchs immer noch eine bedeutsame Rolle, doch steht 1989 aus heutiger Sicht für das Ende der kommunistischen Herrschaft in der DDR und in Osteuropa und für die Überwindung der deutschen und der europäischen Spaltung. Damit zusammenhängend ist 1989 zum Erinnerungsort der Demokratiegeschichte geworden.

Stärker als noch vor wenigen Jahren betonen wir heute den europäischen Zusammenhang. Gewiss: Überall gab es spezifische Formen der Veränderung, doch auch manche Gemeinsamkeiten. Der Sturz kommunistischer Diktaturen und die Etablierung von Demokratien verliefen in den verschiedenen Ländern zeitlich versetzt; gleichwohl waren die Prozesse miteinander verbunden. Stark vereinfacht mag man von einem Dominoeffekt sprechen. Sicherlich waren die kommunistischen Systeme in eine Krise geraten. Doch dass sie schließlich abgeschafft wurden, lag auch an der besonderen Konstellation, in der sich späte Reformversuche – Gorbatschows, der ungarischen Reformkommunisten –, das mutige Handeln von Oppositionsgruppen und friedliche Massenproteste überlagerten.

Am Anfang standen die Entwicklungen in Polen und in Ungarn. In Polen hatte es angesichts der schlechten Wirtschaftslage Massenproteste gegeben, die zeitweilig verbotene Gewerkschaft Solidarność vertrat erneut große Bevölkerungsteile. In dieser Situation ging die Machtelite, gedrängt von Reformkräften, auf die Oppositionsbewegung zu, ein Runder Tisch entstand, ein Weg zu freien Wahlen wurde eingeleitet. Garton Ash hat von einer „Refolution“ gesprochen, gemeint ist damit eine Verbindung aus Reform und Revolution, eine friedliche Überwindung der Diktatur, die unter dem Druck einer Massenbewegung stand. In Ungarn wurde der Umbruch stärker von einer Reformelite in Gang gesetzt, die das System grundlegend verändern wollte, was in Ungarn eine Demokratiebewegung freisetzte und in Europa den Eisernen Vorhang niederriss.

Von besonderer Bedeutung für den Gesamtprozess war die Entwicklung in der DDR. Hier spielten Reformkräfte im Staats- und Parteiapparat keine Rolle. Eine Ausreisebewegung, die durch die Grenzöffnung in Ungarn verstärkt wurde, schwächte das System und hatte letztlich die Maueröffnung zur Folge, die die weitere Entwicklung prägte. Von größter Bedeutung war auch die Bildung oppositioneller politischer

Gruppen, unter anderem des „Neuen Forums“, des „Demokratischen Aufbruchs“, von „Demokratie Jetzt“, der sozialdemokratischen SDP (einer Partei, deren Gründung bereits die Machtfrage aufwarf und das System in Frage stellte): Gründungen, zu denen im September/Oktober 1989 noch viel Mut gehörte. Die Menschen begannen ihre Angst zu überwinden, sie formulierten Forderungen, es kam zu Massendemonstrationen in Leipzig, in Plauen, in Dresden, in vielen Städten. Gefordert wurden Bürgerrechte, Demokratie und – nach dem Mauerfall, der zum Symbol der deutschen Umwälzung wurde – zunehmend die Wiedervereinigung. Nach dem 9. Oktober in Leipzig, als die Gesamtsituation „auf Spitz und Knopf“ stand und die Staatsmacht vor den 70.000 der Montagsdemonstration zurückwich, ließ sich die Bewegung nicht mehr stoppen. Die Umwälzung, die auf die Realisierung demokratischer Verhältnisse zielte, erlebte hier ihren Durchbruch, nicht nur in der DDR, sondern in ganz Ostmitteleuropa und Südosteuropa.

Die „Samtene Revolution“ der Tschechoslowakei folgte, auch hier spielten Massenproteste eine Rolle, die durch die Opposition in demokratische Bahnen gelenkt wurden. In ganz Südosteuropa wurden nun die kommunistischen Systeme abgelöst, wobei Teile der bisher die Systeme tragenden Kräfte mancherorts vorangingen; der Anteil von Bürgerbewegungen war hier geringer. Blutvergießen kostete die Umwälzung in Rumänien. Ende 1989 waren die kommunistischen Regime überall überwunden. Auch in der Sowjetunion lief der Veränderungsprozess; hier brauchte er mehrere Jahre, war wesentlich von oben angestoßen, durchlief verschiedene Phasen und kam erst 1991 zu einem gewissen Abschluss.

Das Ganze war eine europäische Umwälzung, allenfalls vergleichbar mit der Revolution 1848/49 oder den Systemwechseln nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, auch sie Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte. Man hat von einer dritten Welle der Demokratiegründungen in Europa gesprochen. Die erste erfolgte nach dem Ersten Weltkrieg, doch war der Sieg der Demokratie vielerorts nicht von Dauer. Die zweite Welle nach 1945 war auf den Westen Europas beschränkt, während im Osten kommunistische Regime etabliert wurden, die freilich insbesondere in Ostmitteleuropa auf erhebliche Widerstände stießen. Die dritte Welle hat die Zeit der Diktaturen in Europa endgültig überwunden. Zwischen 1989 und 1991 kam – wie Eric Hobsbawm formuliert hat – das „Zeitalter der Extreme“ an sein Ende. Mit dem Zeithistoriker Andreas Wirsching lässt sich für die Zeit seit 1991 feststellen: „Wie nie zuvor in der Geschichte [...] war die europäische Identität eine demokratische Identität, neben der weder diktatorische noch autoritäre, weder nationalistische noch utopistische Alternativen eine echte Chance hatten.“

1989 wird in den verschiedenen Ländern Europas jeweils in spezifischer Weise erinnert. Der Herbst 1989 mit dem Sturz des SED-Regimes, der für die Deutschen die Wiedervereinigung möglich machte, gehört zu den Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte und hat deshalb zu Recht Eingang in das Museum der deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt gefunden. Andernorts war die Umwälzung nicht vergleichbar spektakulär, doch eine Zäsur war 1989 für ganz Europa. Allerdings wurde das Urteil über 1989 teilweise beeinflusst durch den folgenden schwierigen Transformationsprozess, in dem sich manche als Verlierer fühlten. Keine Frage auch, dass während des Umbruchs auch unrealistische Erwartungen Resonanz fanden und zu Enttäuschungen führten, die die Erinnerung bis heute überlagern.

Jedenfalls war 1989 nicht das „Ende der Geschichte“, wie damals ein amerikanischer politischer Philosoph meinte. Der anfängliche Optimismus wurde durch verschiedene Ereignisse beeinträchtigt, etwa den jugoslawischen Bürgerkrieg. Demokratie schien dennoch zum universalen Leitbild zu werden. Selbst die arabische Welt erlebte – so meinten viele im Westen – einen demokratischen Frühling. Viele Hoffnungen haben sich nicht erfüllt; die Utopie einer demokratischen Weltordnung ist in weite Ferne gerückt. Jetzt mehren sich skeptische Stimmen: Regressionen sind möglich – selbst in Europa. Man denke an Ungarn oder an Russland. Demokratien mit Rechtsstaatlichkeit, Parlamentarismus, Gewaltenteilung und Sozialstaatlichkeit bilden sich in Prozessen heraus und bedürfen der Fundierung durch eine demokratische Kultur. Sie bleiben gefährdet und können deformiert werden, wie das Schlagwort von der Postdemokratie unterstellt. Demokratie ist jedenfalls eine ständige Aufgabe, auch in Deutschland. Auch daran erinnert die 25. Wiederkehr des Herbstes 1989. Zugleich aber macht sie uns Mut auch in schwierigen Zeiten.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 83/2014*

## Zur Auseinandersetzung um das Erbe von 1989

30 Jahre nach der Friedlichen Revolution gibt es mancherlei Streit über das Erbe von 1989, über die Folgen der Wiedervereinigung in Ostdeutschland und über das gegenwärtige Deutschland – über das Verhältnis von Ost und West, Nord und Süd, Stadt und Land, über den Populismus und die Klimapolitik. Einige Aspekte seien hier aufgegriffen: der Anspruch der AfD auf das Erbe von 1989, die Schattenseiten des Vereinigungsprozesses, die Aufarbeitung von Geschichte während der 1990er Jahre, differierende mentale Prägungen im Hinblick auf Nation und Europa sowie gemeinsame Aufgaben in der Gegenwart.

### I.

In jüngster Zeit, vor allem in den Landtagswahlkämpfen, haben führende AfD-Politiker wie Andreas Kalbitz, Björn Höcke und Jörg Urban versucht, sich zu Erben der Revolution von 1989 zu stilisieren. Dies ist schon insofern erstaunlich, als führende AfD-Politiker westdeutsch geprägt sind, so stammt etwa Kalbitz aus Bayern und Höcke wuchs in Neuwied am Rhein auf. Und im Hinblick auf die Ziele erscheint diese Selbststilisierung so abwegig, dass Richard Schröder von dem Versuch spricht, 1989 zu „kapern“. Es ging 1989 um Freiheitsrechte, um Selbstbestimmung, um das Ende von Bevormundung, selbstverständlich auch um die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Worin die gemeinsame Schnittmenge der damaligen Bürgerbewegung und der AfD und ihren Umfeldern heute bestehen könnte, bleibt nebulös. Die implizite Parallelisierung der DDR-Diktatur und der Demokratie im vereinigten Deutschland ist absurd, vielleicht sogar infam zu nennen. Man mag bei der ganzen Sache an das Wort von Karl Marx denken, dass in der Weltgeschichte viele Ereignisse zweimal geschehen, einmal real, dann aber als Farce.

Sinn macht es allerdings durchaus, erneut nach den Hoffnungen und Ideen von 1989 zu fragen, die uneingelöst sind oder utopisch waren. Jedenfalls war der Herbst 1989 mehr als die bloße Vorgeschichte der Wiedervereinigung.

Selbst über die Wiedervereinigung, die damals überraschenderweise möglich wurde, wird man offensichtlich noch einmal reden müssen, über die Konstellation, in der sie stattfand, über das Scheitern der DDR, das dem Vereinigungsprozess eine asymmetrische Struktur gab. Und doch sind Begriffe wie „Anschluss“ (in Analogie zu Österreich 1938) und „Übernahme“ (so der Begriff von Ilko-Sascha Kowalczyk in seinem jüngsten Buch) angesichts des komplexen Wiedervereinigungsprozesses kritisch zu diskutieren.

## II.

Die Schattenseiten des Vereinigungsprozesses, den man lange als „Transformationsprozess“ bezeichnete, haben wir uns noch einmal zu vergegenwärtigen. Viele Hunderttausende wollten endlich freie Menschen sein, schüttelten die Diktatur ab, um selbstbestimmt zu leben, und wurden erneut zu Objekten anonymer Prozesse, die ihren Alltag beherrschten. Vor allem wurden sie arbeitslos. Dies hat gewiss bei vielen zu Enttäuschungen und bei nicht wenigen zu Traumatisierungen geführt, zumal die DDR eine Arbeitsgesellschaft war, in der sich das Leben vielfach im und um den Betrieb abspielte. Das Geschehen wirkt – sogar intergenerationell – bis heute nach.

Sicherlich war dies von niemandem beabsichtigt. Die osteuropäischen Märkte waren weggebrochen und für die wirtschaftliche Vereinigung gab es keine Blaupausen. Allerdings trugen einige Entscheidungen, die von den Ostdeutschen erzwungen wurden – etwa der 1:1-Umtauschkurs und der Verzicht auf eine Sonderwirtschaftszone, der die Produktivitätsfrage hart stellte –, zum Niedergang der Industrie erheblich bei. In diesem Kontext bedarf es jedoch auch einer kritischen Neuaufarbeitung der Rolle der Treuhand, die – wie das große Buch von Marcus Böick zeigt – für viele Ostdeutsche heute die Projektionsfläche ihrer negativen Erfahrungen ist. Die Treuhand, die noch in der Zeit der DDR gegründet wurde, stand vor einer im Grunde unlösbaren Aufgabe. Ob der erfahrene Sanierer Detlev Karsten Rohwedder, der 1991 ermordet wurde, als Präsident der Treuhandanstalt den Übergang weniger hart gestaltet hätte, ist nicht zu beantworten. Seine Nachfolgerin Birgit Breuel setzte jedenfalls einen Kurs sehr rascher Privatisierung durch, der alle überforderte und zur großen Deindustrialisierung der früheren DDR führte. Zu klären, ob hier immer alles mit rechten Dingen zugeht, gehört zu den Aufgaben eines großen Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin. Erst sehr spät rückte in Treuhand und Politik das Konzept der Erhaltung industrieller Kerne in den Vordergrund.

Gerade im Hinblick auf den Transformationsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft der DDR bedarf es einer multiperspektivischen Sicht zur Spiegelung der verschiedenen Erfahrungen. Denkbar ist, dass historisch-politische Tagungen zu diesem Thema weiterführen.

Sichtbar dürfte dabei werden, dass es bei westlichen Akteuren sowohl mangelnde Sensibilität als auch mancherlei Ratlosigkeit und nicht zuletzt die robuste Wahrnehmung von Interessen gab. Umgekehrt war es die ostdeutsche Seite insgesamt, gerade auch breite Bevölkerungsschichten, die den ganz raschen Beitritt nach Artikel 23 – und nicht den längeren Prozess nach Artikel 146 – gefordert und sich Illusionen über

die Wirtschaft der DDR gemacht hatten. Dass die Wiedervereinigung in einer Zeit stattfand, in der der wirtschaftliche Wettbewerb im Zeitalter der Globalisierung die Rahmenbedingungen für alle bot, ist dabei zu berücksichtigen. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit alles, etwa die Entscheidung „Rückgabe vor Entschädigung“, alternativlos war. Bei mancher Kritik an der westlich-dominanten Politik erscheint der Begriff der Kolonialisierung jedoch unpassend. In der Ex-DDR existierte kein indigenes Volk, sondern lebten Menschen, die bis 1945 die Geschichte der Deutschen im Westen geteilt hatten. Und das Ziel, einen dritten Weg einzuschlagen, war tatsächlich unter den damaligen Bedingungen unrealistisch.

### III.

Manche schiefe These ist über den Prozess der „Aufarbeitung“ der SED-Diktatur geäußert worden. Abwegig ist etwa die, dass dabei der Westen über den Osten zu Gericht gesessen hätte. Die SAPMO im Bundesarchiv, die Stasiunterlagenbehörde, die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, die Stiftung Aufarbeitung sind von ostdeutschen Abgeordneten angeregt worden, die durchweg aus der DDR-Oppositionsbewegung stammten. Politiker aus dem Westen waren dabei häufig skeptisch, so etwa Helmut Kohl, der die Stasiunterlagen am liebsten vernichtet hätte. Und der Verfasser kann aus den Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages in den 1990er Jahren berichten, dass es hier so gut wie nie Ost-West-Konfrontationen gab. Die Willensbildung erfolgte bei Sachkontroversen zur Interpretation historischer Tatbestände vielmehr quer dazu. Zwar standen in der Arbeit der Kommissionen über die DDR-Geschichte anfangs in erheblichen Maße Verantwortliche (auch Täter) auf der einen Seite und Opfer auf der anderen Seite im Vordergrund. Diese polare Sicht wurde jedoch bald durch andere Perspektiven ergänzt, die die gesamte gesellschaftliche Entwicklung umfassten und durchaus differenziert das Leben in der DDR, etwa die Rolle der Frau, die Bedeutung der Kinderkrippen, die Funktion von Polikliniken und dergleichen in den Blick nahmen und andererseits die „Durchherrschaft“ des Alltags nicht ausblendeten.

Allerdings spielte zu Beginn die Analogie zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eine Rolle: In der deutschen Öffentlichkeit und auch im Bundestag wurden Stimmen laut, die dazu aufforderten, bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur die Fehler zu vermeiden, die bei der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit im Westen gemacht worden waren. Generell wurden NS-Zeit und die Zeit der SED-Diktatur häufig allzu dicht zusammengerückt. Doch schon im Laufe der 1990er Jahre setzte sich eine stärker differenzierende Sicht durch, die etwa im Hinblick auf den Holocaust und die kommunistischen Verbrechen in der DDR die beiden Diktaturen zu unterscheiden wusste.

Bemerkenswerterweise ging die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit weiter – übrigens unter vergleichsweise geringer Beteiligung Ostdeutscher, wie Ines Geipel hervorhebt. Die ostdeutsche Historikerin und Publizistin hat pointiert die These aufgestellt, dass die besondere Resonanz der AfD wie auch das geringe Interesse an den Opfern der SED-Diktatur in Ostdeutschland mit der mangelnden Auseinandersetzung mit der Verantwortung auch der Ostdeutschen für die NS-Politik zusammenhänge. Schließlich habe die SED mit ihrem Antifaschismus diese Frage im Grunde tabuisiert. Über diese These sollte diskutiert werden.

Dass im Übrigen Ost- und Westdeutsche bei der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte fruchtbar zusammenarbeiten können, hat der Verfasser nicht nur in den Enquete-Kommissionen, sondern auch bei verschiedenen wissenschaftlichen Projekten seit den 1990er Jahren erlebt.

#### IV.

Unterschätzt wurden 1989/90 und in der Folgezeit die Nachwirkungen der unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Ost- und Westdeutschen in den jeweils vorherrschenden Mentalitäten. Auch wenn man sich hüten muss, die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen als Großgruppen zu homogenisieren, gab es eben doch einige kollektive Unterschiede, wie der Verfasser mit zwei Kollegen bei einem Projekt zur Analyse des historisch-politischen Bewusstseins von ost- und westdeutschen Arbeitnehmern Mitte der 1990er Jahre feststellte. Beispielsweise erwarteten die Menschen in Henningsdorf bei Berlin oder in Frankfurt an der Oder viel mehr vom Staat als die in Dortmund und Bochum. Zugleich tendierten sie stärker dazu, für alle Probleme ihres Lebens Staat und Politik verantwortlich zu machen, eine Tendenz, die sich übrigens auch im Westen in jüngster Zeit verstärkt hat.

Sehr unterschiedlich war auch die Einstellung zu Nation und Europa. Manchen Beobachtern war schon vor 1989 die DDR als der „deutscheren“ der beiden deutschen Staaten erschienen. Zwar hat das SED-Regime einen verbalen Internationalismus gepflegt, der in erheblichem Maße ein Vehikel des sowjetischen Machtanspruchs war, wie schon der polnische Philosoph Leszek Kolakowski erklärte. Doch als es um die Abwehr der Ideen der Solidarnosc ging, hatte die SED-Führung keine Bedenken, antipolnische Ressentiments zu fördern. Jedenfalls sahen sich die DDR-Bürger nach Ende ihres Staates vor allem als Deutsche. Sie traten jedoch einem Staat bei, in dem – besonders in den Bildungsschichten – das postnationale Denken gepflegt wurde. Für nicht wenige war hier Europa an die Stelle der Nation als politische Bezugsgröße getreten, ein Europa, das der Bevölkerung im Osten eher fremd war.

Auch dieser Gegensatz wirkt wohl immer noch nach. Einzuräumen ist, dass die Westdeutschen mit ihrer Tendenz, die Nation zu substituieren, in Europa doch eher alleine stehen; wohl in den meisten Ländern überwölbt Europa die weiterbestehenden Nationen. Realiter ist dies ja auch in Deutschland der Fall. Doch haben manche Missverständnisse zwischen Ost- und Westdeutschen in der postnationalen Tendenz ihre Ursache.

In vielerlei Hinsicht scheint der Ost-West-Gegensatz heute in erheblichem Maße ein Produkt der Medien und politischen Kräfte, die Unterschiede instrumental zu nutzen versuchen (wie etwa AfD und Linkspartei). Doch über einige grundsätzliche Fragen, nicht zuletzt über das Demokratieverständnis, werden wir in Deutschland offenbar erneut Diskurse zu führen haben, bei denen historische Erfahrungen einzubeziehen sind – besonders auch der Menschen, die in Ostdeutschland gelebt und 1989/90 diesen Staat DDR aufgegeben haben.

Demokratie ist in einem langen, mühsamen Prozess entstanden, der gewiss unabgeschlossen ist: Demokratie ist insofern auch weiterhin eine Aufgabe. Es wäre jedoch überaus leichtfertig, die Ergebnisse dieses Prozesses zur Disposition zu stellen. Davor ist vor dem Hintergrund deutscher und europäischer Geschichte zu warnen.

\*

Manches erscheint in der derzeitigen Diskussion über das Ost-West-Verhältnis arg verzerrt. Der wirtschaftliche Abstand hat sich deutlich verringert, die Arbeitslosenzahlen haben sich stark einander angenähert, und die übergroße Mehrheit der Ostdeutschen beurteilt die eigene Lage positiv. Regionen mit Problemen gibt es auch in Westdeutschland. Vielerorts gilt es, daran zu arbeiten, die vom Grundgesetz gebotenen gleichen Lebensverhältnisse zu schaffen.

Reden müssen wir darüber, was unsere Demokratie ausmacht. Dass Demokratie gesellschaftlichen Pluralismus zur Voraussetzung hat und nicht zuletzt – wie schon in der Weimarer Zeit Hans Kelsen lehrte – in der Fähigkeit zum Kompromiss besteht, ist ebenso zu betonen wie die Auffassung, dass Demokratie mehr als Mehrheitsherrschaft ist. Jedenfalls können verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger sich nicht damit abfinden, wenn 40 Prozent der Ostdeutschen mit dieser Demokratie zu fremdeln scheinen. Und die Ostdeutschen müssten sich die Frage stellen, ob die realen oder vermeintlichen Benachteiligungen nicht auch damit zusammenhängen könnten, dass sie sich zu wenig auf die Mitwirkungsmöglichkeiten einlassen.

Schließlich gilt es gemeinsam beherzt die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben wahrzunehmen. Deutschland hat seine Rolle in Europa und in der Welt angesichts des Rückfalls in ältere Denkmuster verantwortungsbewusst auszufüllen. Wichtige Fragen, wie die der Regulation der Finanzmärkte und eine mutige und realistische Klimapolitik, lassen sich nur im Verbund mit anderen vorantreiben. Es kommt heute mehr als in den Jahrzehnten zuvor auf die Deutschen an, auf die West- und die Ostdeutschen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 102/2019*

### **Literaturhinweise:**

Marcus Böick:

*Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994*

Wallstein, Göttingen 2018

Ines Geipel:

*Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass*

Klett-Cotta, Stuttgart 2019

Ilko-Sascha Kowalczyk:

*Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde.*

CH. Beck, München 2019

# 150 Jahre Reichsgründung – 30 Jahre Wiedervereinigung

## **Anmerkungen zu einigen Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Geschichte**

Am 3. Oktober dieses Jahres, dem Tag der deutschen Einheit, haben wir der Wiederherstellung der staatlichen Einheit vor 30 Jahren gedacht; am 18. Januar des kommenden Jahres können wir auf die Reichsgründung vor 150 Jahren zurückblicken – zwei Tage mit beträchtlicher Symbolik, die für wichtige Ereignisse der deutschen Nationalgeschichte stehen. In welchem Verhältnis sind die beiden Ereigniskomplexe zu sehen und welche Bedeutung wollen wir ihnen beimessen? Bei der Antwort geht es um Fragen nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Geschichte, wenn man so will, auch um das kollektive Lernen. Dazu einige Anmerkungen: zum Charakter der Ereignisse, zur Vorgeschichte von 1870/71 zu der langen Zwischenzeit mit ihren fatalen Geschehnissen, zu 1989 und den Folgen, das heißt zu Fragen des deutschen historisch-politischen Selbstverständnisses heute.

### **I.**

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Rede am 3. Oktober 2020 in Potsdam die Ereignisse von 1870/71 und 1989/90 scharf miteinander kontrastiert. Schon der sehr unterschiedliche äußere Rahmen ist aufschlussreich und enthält eine gewisse Symbolik. Die Proklamation des kleindeutschen Nationalstaats durch die Ausrufung des preußischen Königs zum deutschen Kaiser erfolgte – gleichsam am Rande des Deutsch-Französischen Krieges, den manche als dritten Einigungskrieg bezeichnet haben – auf fremdem Boden im Spiegelsaal von Versailles in Anwesenheit der deutschen Fürsten und führender Militärs. Zwar sind kriegerische Auseinandersetzungen in den Nations- und Nationalstaatsbildungsprozessen – wie Dieter Langewiesche gezeigt hat – nicht selten im europäischen Zusammenhang. Doch belastete der Sieg (mit der Annexion Elsass-Lothringens) das Reich in der Folgezeit durch die nachhaltige Feindschaft Frankreichs. Erst später versuchte der „Reichsgründer“ verstärkt, das Reich in Europa einzufügen, doch gelang dies nur bedingt. Unter seinen Nachfolgern, die Deutschland zu einer Weltmacht machen wollten, wurde dieses Ziel gar nicht mehr verfolgt. So entstand das neue Reich in einer spezifischen Konstellation keineswegs mit allgemeiner Zustimmung der europäischen Staatenwelt.

Ganz anders war der äußere Rahmen am 3. Oktober 1990. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, der an diesem Tag in Kraft trat, wurde von den Repräsentanten des Staates – von Kanzler Helmut Kohl, Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Willy Brandt und anderen – am Brandenburger Tor mit Zigtausenden von Menschen aus Ost und West begangen. Zahlreiche schwarz-rot-goldene Fahnen verdeutlichten, in welcher Tradition sich das vereinigte Deutschland sah. Die deutsche Wiedervereinigung, von Willy Brandt übrigens als Neuvereinigung interpretiert, weil das Land in seinen Grenzen vom Deutschen Reich von 1870/71 und von Deutschland im Jahr 1919 abwich, wurde möglich durch die Friedliche Revolution in der DDR. Diese geschah wiederum in einer besonderen Konstellation, durch Verhandlungen, in denen die Alliierten (auch Frankreich, England und die Sowjetunion unter Gorbatschow) ihren Widerstand gegen die Wiederherstellung der deutschen Einheit aufgaben. Zwar haben keineswegs alle Regierungen in Europa diesen Prozess mit Begeisterung mitgetragen. Und doch ist zu konstatieren, dass nach der Wiedervereinigung der deutsche Staat erstmals in der neueren Geschichte mit all seinen Nachbarn in Frieden lebt, keine Gebietsansprüche an diese erhebt und diese ihm gegenüber keine geltend machen. Der wiederhergestellte Nationalstaat (von Heinrich August Winkler als „postklassischer Nationalstaat“ bezeichnet, der auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte in multinationalen Zusammenschlüssen verzichtet hat) erscheint seitdem als „europäisches“ Deutschland.

## II.

Unübersehbar entsprach die Bildung des deutschen Nationalstaats im 19. Jahrhundert einem breiten europäischen Trend. Kurz vorher war der italienische Nationalstaat geschaffen worden. Deutschland war eine „verspätete Nation“, wie Helmut Plessner später schrieb und dabei das neue Reich als „Großmacht ohne Staatsidee“ bezeichnete. „Verspätet“ war die Nationalstaatsbildung im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten, nicht gegenüber Osteuropa. Hier verstärkten die Entwicklungen in Mitteleuropa den Nationalismus.

Bedeutsam war die Nationalstaatsbildung durch die preußische Macht und Otto von Bismarcks Politik freilich auch für die politisch-gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland. Ihr war der Versuch der Gründung durch die Volksbewegung von 1848/49 vorausgegangen, die eine deutsche Einheit gleichsam auf demokratischer Grundlage hatte schaffen wollen. Doch sie war an inneren Widersprüchen, an den bald wieder erstarkenden traditionellen Gewalten und an außenpolitischen Fragen gescheitert, was die liberale und vor allem die demokratische Bewegung in Deutschland nachhaltig schwächte. Umgekehrt konnte die erfolgreiche

Reichsgründung die politisch-gesellschaftliche Position der alten Führungsschichten in Preußen und zum Teil auch in anderen Einzelstaaten festigen, obgleich die Verfassung des Reichs auch einen auf der Grundlage des allgemeinen freien (Männer-) Wahlrechts gebildeten Reichstag vorsah. Die politisch-gesellschaftlichen Kräfte fanden hier bereits einen Raum, auch wenn sie an der Macht nicht wirklich beteiligt waren. Ein Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise gelang bis zum Ende des Kaiserreichs nicht wirklich. Charakteristisch war der Kampf gegen Reichsfeinde, zunächst gegen das katholische Zentrum (übrigens im Bündnis mit den National-liberalen) und dann gegen die Sozialdemokratie, die nicht nur Emanzipationsbewegung der Arbeiter war, sondern auch stärkste Kraft der Demokratiebewegung, die das Erbe der Revolution von 1848/49 nicht nur symbolisch aufgriff. Doch war die Sozialdemokratie partiell mit dieser Doppelrolle überfordert, zumal sie zwischen 1878–1890 verfolgt wurde, was lange nachwirkte. Demokratische Ideen wurden auch von Teilen des Linksliberalismus und des Zentrums vertreten.

Erst während des Ersten Weltkrieges fanden 1917 Sozialdemokratie, Zentrum und Linksliberalismus bei der Verabschiedung der Friedensresolution zusammen. Diese drei Parteien bildeten nach der Novemberrevolution die Weimarer Koalition, welche die Verfassung der Republik prägte. Im Volksstaat der Republik, der auch symbolisch an die Paulskirche mit der schwarz-rot-goldenen Fahne anknüpfte, wurden die Ziele der 1848er Revolution wieder aufgegriffen, doch um wichtige Ziele der gemäßigten Arbeiterbewegung ergänzt. Währenddessen stritt die äußerste Linke, deren Symbol die rote Fahne war, für die proletarische Revolution. Die Entwicklung in Russland hatte sie in der Überzeugung bestärkt, dass ihre Zeit gekommen sei.

### III.

Wie steht es um die langfristigen Kontinuitäten von 1870/71 bis zur Gegenwart? 1989/90 artikulierten sich Stimmen, die die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR ablehnten, weil sie eine Entwicklungslinie von der deutschen Nationalstaatsbildung bis zum Holocaust zogen. Zwischen Reichsgründung und Gegenwart liegen freilich die Geschichte des Kaiserreichs, der Erste Weltkrieg, die Zeit der Weimarer Republik, die NS-Zeit, der Zweite Weltkrieg, die Jahre der Besatzungsherrschaft und die Zeit der Zweistaatlichkeit. Gewiss gibt es Linien vom Kaiserreich zur NS-Zeit und vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Dennoch wird der Historiker sich weigern müssen, den Holocaust als logische Konsequenz der Nationalstaatsbildung zu betrachten. Auf 1933 liefen zwar Kontinuitätslinien der deutschen Geschichte hin. So spielten etwa Teile der alten Führungsschichten bei der Machtübertragung an Adolf Hitler noch einmal eine Rolle. Doch war diese eben auch von der spezifischen Kon-

stellation und den konkreten Politiken abhängig. Die Überlagerung verschiedener Faktoren und Momente wirkt fast etwas zufällig, was die Hauptverantwortlichen aber nicht entlastet.

Die Geschichte der Weimarer Republik war keineswegs eine gerade Straße. Es gab keine Münsteraner Pappelallee, die von 1918/19 zu 1933 führte. Zu Recht hat die neuere Forschung demokratische Potentiale und Leistungen hervorgehoben. So sind manche Persönlichkeiten, Ideen und Konzepte von der demokratiegeschichtlichen Erinnerungsarbeit noch zu entdecken. Auch kann man durchaus eine Linie von 1848/49 über 1918/19 zu 1949 und 1989 ziehen, wobei allerdings einzuräumen ist, dass diese demokratische Linie zeitweilig keineswegs dominant war.

Die NS-Zeit mag als „großer erratischer Block“ in der deutschen Geschichte erscheinen. Jedenfalls bleibt der Holocaust dauerhaft eine der großen Fragen an die deutsche und auch an die europäische Geschichte. Der Holocaust ist einerseits in größeren Zusammenhängen deutscher und europäischer Geschichte zu interpretieren, andererseits sind die Prozesse in der NS-Zeit, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges konkret zu untersuchen und zu erklären.

#### IV.

Die Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg war in erheblichem Maße Nachgeschichte der vorhergehenden Zeit, des Zweiten Weltkriegs und zunehmend des in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit erst schrittweise begriffenen Holocaust. Doch besaß sie zugleich auch ihr Eigengewicht mit dem machtpolitisch wie ideologisch geprägten Ost-West-Konflikt: Deutschland wurde geteilt, die Teile blieben in gewissem Maße aufeinander bezogen und erlebten doch sehr unterschiedliche Entwicklungen. In dem größeren der beiden 1949 gegründeten deutschen Staaten setzte sich die parlamentarische Demokratie durch – gefördert auch durch die Wohlstandsentwicklung und den engen politisch-kulturellen Austausch mit dem Westen. Im Osten dagegen wurde eine kommunistische Diktatur geschaffen, mit dem Ziel eines realen Sozialismus. Gleichwohl verstärkte sich seit den 1970er Jahren – vor allem durch die strategisch angelegte Neue Ostpolitik – die Kommunikation zwischen beiden Staaten. Es entwickelte sich ein geregeltes Nebeneinander mit wachsender Zusammenarbeit, bei dem der Westen auch angesichts der Krise der DDR zu dominieren begann.

Hatte es schon 1953 einen Aufstand in der DDR mit demokratischer Zielsetzung gegeben und waren in der Folgezeit Oppositionelle und auch Reformer an dem starren

SED-System gescheitert, so veränderte sich die Konstellation in der DDR einerseits durch den Reformkommunismus Michail Gorbatschows und andererseits durch die Krise des ökonomischen und politischen Systems in der DDR (und in anderen „real-sozialistischen“ Staaten).

Vor diesem Hintergrund gewannen in den 1980er Jahren oppositionelle Haltungen an Einfluss, die im Laufe des Jahres 1989 in neu formierten Gruppen politisch wirksam wurden, sich mit einem wachsenden Teil der Bevölkerung verbanden – und mit ihnen zusammen das Schicksal der DDR in die Hand nahmen. So drückte die Bewegung gleichsam die Mauer von innen auf, wollte sich dann überwiegend nicht mehr mit einer reformierten DDR begnügen und erzwang einen Prozess der Wiedervereinigung, der seit 1989 unter starker Mithilfe von Kanzler Helmut Kohl und der Führungsschicht der Bonner Republik zustande kam und am 3. Oktober 1990 ihren Abschluss fand.

Die deutsche Vereinigung 1990 weist zugleich auf größere historische Zusammenhänge hin. Endlich fand die Nachkriegszeit im Zwei-plus-Vier-Vertrag einen Abschluss und endlich gelang, woran die Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder gescheitert waren: Freiheit, Demokratie, nationale Einheit und Europa zusammenzubringen.

## V.

Die deutsche Vereinigung 1989/90 war nicht das „Ende der Geschichte“. Aus der Sicht des Auslandes sind beide Teile inzwischen zusammengewachsen, Deutschland gilt vielen als ein Hort der Demokratie; in der demokratischen Welt gehört das vereinigte Deutschland zu den meinungsführenden Ländern.

Allerdings sind im Kontext des diesjährigen Jubiläums vielfältige kritische Fragen aufgeworfen worden, die sich vor allem auf die Zeit nach der Vereinigung beziehen. In der Tat ist über diese mit dem etwas unglücklichen Begriff der „Transformation“ gekennzeichnete Zeit noch zu reden. Sie hat den Ostdeutschen eine völlige Umstellung ihrer Lebensgewohnheiten abverlangt.

Zu berücksichtigen ist die Ausgangskonstellation: Das SED-System war politisch und ökonomisch gescheitert und mit ihm die DDR. In der hinsichtlich der Einwohnerzahl viermal so großen Bundesrepublik, die trotz mancher Probleme ordentlich funktionierte, sah die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung keinen Anlass, ihre politisch-gesellschaftliche Ordnung infrage zu stellen, was im Vereini-

gungsprozess eine prinzipielle Asymmetrie zwischen Bundesrepublik und DDR zur Konsequenz hatte. Dennoch kann man fragen, ob die Deindustrialisierung der ehemaligen DDR in dem vollzogenen Ausmaß zwangsläufig war. Realistische Alternativen in der Zeit retrospektiv zu finden, ist freilich schwierig. Die Produktivität der Fabriken lag in den meisten Bereichen weit hinter der des Westens. Und inwieweit wäre eine Sanierung und Modernisierung von Teilen der Industrie möglich gewesen? Jedenfalls wurde erst spät versucht, wenigstens industrielle Kerne zu erhalten. So etwas wie Industriepolitik in größerem Stil fand in dieser von Neoliberalismus und Marktradikalismus dominierten Zeit schlicht nicht statt. Die Arbeitslosigkeit betraf Hunderttausende und war für diese von der Arbeitsgesellschaft der DDR geprägten Menschen ein Unglück – trotz sozial flankierender und Arbeitsförderungsmaßnahmen. Rückblickend bedarf dies samt der nicht nachvollziehbaren Tätigkeit der Treuhand der Aufarbeitung.

Zu fragen ist zum Beispiel auch, ob die mitgebrachten Qualifikationen aus der DDR in ihren Potentialen nicht unterschätzt worden sind, ob nicht besondere Aufstiegswege für Bürgerinnen und Bürger der DDR möglich gewesen wären. Auch der in der Enquete-Kommission des Bundestags erörterte Vorschlag eines Lastenausgleichs hätte ernsthafter geprüft werden können. Kurz: Trotz der enormen Transfermittel aus der alten Bundesrepublik für die neuen Länder und vielfältiger solidarischer Hilfen, die es neben rücksichtsloser Geschäftemacherei gab, wird man die Schattenseiten des weiteren Einigungsprozesses gemeinsam zu bilanzieren haben. Bei derartigen Arbeiten verlaufen freilich die Gegensätze durchweg nicht, wie oft behauptet wird, entlang der alten Ost-West-Grenzen, im Gegenteil.

Ein besonderes Thema ist schließlich das Wahlverhalten und die politische Kultur, welche in Ost und West erheblich voneinander abweichen, was wohl nicht mit dem Hinweis auf die Probleme der 1990er und der folgenden Jahre allein erklärt werden kann. Das lange recht gute Abschneiden von PDS/Linkspartei lässt sich als Mischung von politisch-mentaler Kontinuität zur DDR und Protesten gegen die realen oder vermeintlichen Zumutungen der Gegenwart erklären. Doch wirft insbesondere der starke Trend zur AfD in Ostdeutschland Fragen auf. Denkbar sind anhaltende Schwierigkeiten mit dem „westlichen“ Demokratie-modell, mit seinen vielfältigen Konflikten und seiner hohen Komplexität, die womöglich manche mit der konkreten Demokratie fremdeln lässt. Mehr als 55 Jahre war die Bevölkerung in Ostdeutschland (das man vorher Mitteldeutschland nannte) nicht an demokratischen Prozessen beteiligt. Hier könnte einer der Gründe für die Distanz zur Demokratie, ihren Institutionen und der politischen Praxis in grö-

Beren Bevölkerungsteilen Ostdeutschlands liegen, womit sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. beschäftigen muss. Auch die allerjüngste Geschichte enthält jedenfalls brisante historische Fragen, die Relevanz für unsere nationale politische Kultur haben – 30 Jahre nach der Wiedervereinigung.

\*

In den Jahren 1870/71 und 1989/90 sind zwei wichtige Weichenstellungen deutscher Geschichte geschehen. Zwischen ihnen liegen neben dem Kaiserreich und der Weimarer Republik vor allem die Ereignisse der NS-Zeit und des Holocaust, doch auch die Zeit der Zweistaatlichkeit. Es scheint, dass wir in Deutschland nach bitteren Erfahrungen die nationale Frage haben lösen können und demokratische Prinzipien gelernt haben. Doch abgeschlossen ist der Prozess nicht. Mit diesem Befund haben wir verantwortlich in einer unübersichtlichen Gegenwart umzugehen, die uns vor vielfältige neue Herausforderungen stellt.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 106/2020*

## **VI.**

# **TENDENZEN UND PROBLEME GEGENWÄRTIGER DEMOKRATIE**

## Rückfall in den Nationalismus als internationale Tendenz?

Keht die Vergangenheit wieder? – so fragen nicht wenige Zeitgenossen. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. engagiert sich seit mehr als 25 Jahren dafür, die Erinnerung an die Vergangenheit des 20. Jahrhunderts lebendig zu halten, um vor diesem Hintergrund demokratisches Leben und internationale Beziehungen zu gestalten. Jetzt aber scheint nicht weniger als eine Regression zu drohen, gleich in einer ganzen Reihe von Ländern, auch bei uns. Keine Frage, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen.

Der „Brexit“, die Entscheidung einer knappen Mehrheit des Vereinigten Königreiches, die Europäische Gemeinschaft zu verlassen, hatte die deutsche und internationale Öffentlichkeit so nicht erwartet. Zwar hatte Großbritannien schon immer Probleme mit der europäischen Integration, doch dass daraus ein spektakuläres Nein zu einer Europäischen Gemeinschaft wurde, schockierte, zumal das Votum mit ausgesprochen fremdenfeindlichen Argumenten verbunden war. Dabei galten nicht nur Zuwanderer aus Nordafrika, dem nahen und mittleren Osten, sondern auch EU-Bürger als Fremde. Dass die Schotten (und auch die Nordiren) mehrheitlich für ein Verbleiben in der EU votierten, ändert nichts daran, dass das Votum durch den Geist des Nationalismus mitgeprägt war. Damit steht das Vereinigte Königreich für einen breiteren Trend.

Nationalistische Ziele, die mit antieuropäischen Haltungen verbunden sind, werden – bei manchen Unterschieden in der konkreten Ausformung – von rechtspopulistischen Bewegungen in vielen Ländern Europas verfolgt. Der Front National von Marine Le Pen in Frankreich, die Bewegung des Geert Wilders in den Niederlanden, die Freiheitlichen in Österreich, die Schwedendemokraten oder auch die AfD in Deutschland seien als Beispiele genannt.

In Ostmitteleuropa – in Polen und in Ungarn – werden Regierungen von Parteien getragen, die die Politikwissenschaft ebenfalls als mehr oder weniger rechtspopulistisch bezeichnet. Linkspopulistische Bewegungen in Griechenland und Spanien sind gleichzeitig zu registrieren, die bei manchen innenpolitischen Unterschieden im nationalen Politikverständnis mit den Rechtspopulisten konvergieren.

Auch außerhalb der Europäischen Union sind (rechts-) populistische Tendenzen erkennbar. So wird man auch Donald Trump, den Präsidentschaftskandidaten der Re-

publikaner in den USA, mit seinem „America first“ hier einordnen können, Wladimir Putin in Russland ebenfalls, der seine Sympathie für den Rechtspopulismus bekundet hat, und wohl auch die Politik des türkischen Staatspräsidenten Erdogan.

Es stellt sich die Frage, was das Gemeinsame dieser Bewegungen ist und wie wir das Gesamtphänomen erklären können. In Europa sind die Bewegungen gekennzeichnet durch eine europakritische Haltung, durch eine starke Fixierung auf die eigene Nation, durch Ablehnung von Einwanderung, insbesondere aus islamisch geprägten Ländern, und durch das Ziel, mit allen Mitteln Sicherheit durchzusetzen. Gefördert worden ist die Herausbildung dieser Bewegungen durch die Globalisierung, die als Bedrohung begriffen wird. Die Migrationsbewegungen unserer Tage gelten dabei als Phänomen der Globalisierung.

Vorherrschend in den neuen Bewegungen ist vielfach die Weigerung, die Komplexität und Widersprüchlichkeit der heutigen Welt zur Kenntnis zu nehmen. Vorurteile und Verschwörungstheorien dienen als Erklärungsmuster. Die propagierten schlichten Lösungen zielen auf eine Rückkehr zu einer Welt homogener Nationalstaaten, die es nie gegeben hat und als Perspektive der heutigen Welt völlig unrealistisch ist.

Die Fixierung auf die eigene Nation und die Skepsis gegenüber Europa sind bei vielen Bewegungen eng miteinander und meist auch mit autoritären Leitbildern verwoben. Nun kann man selbstverständlich darüber diskutieren, wie Europa strukturiert sein sollte, was vergemeinschaftet werden soll und was nicht, auf welche Weise man demokratische Kontrolle stärken kann u.a. Dass aber die Einzelstaaten alleine die Probleme der globalisierten Welt besser lösen könnten, ist auszuschließen. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob man wirklich aus der Zeit zwischen den Weltkriegen gelernt hat, als jedes Land seine Probleme letztlich allein zu lösen versuchte, was gerade nicht gelang und nicht gelingen konnte und in einer beispiellosen Katastrophe endete.

Ein besonderes Problem im gegenwärtigen Europa stellt für die Öffentlichkeiten verschiedener Länder unübersehbar – auch dies ist hier anzusprechen – die Rolle Deutschlands dar. Nicht zuletzt das dominante Auftreten der Bundesregierung bei der Euro- und Flüchtlingsfrage hat kritische Fragen ausgelöst. Die deutsche Rolle bei dem Versuch der Begrenzung der Ukraine Krise ist ebenfalls – nicht ausschließlich positiv – registriert worden. Insbesondere in der angelsächsischen Diskussion wird vielfach von der neuen deutschen Hegemonie gesprochen („German Übermacht“). Der deutsche Politologe Stephan Bierling spricht von der „Vormacht wider Willen“,

andere sehen Deutschland als „Gestaltungsmacht“. Keine Frage, die deutsche Stellung ist, vorrangig auf Grund der Wirtschaftskraft, aber auch als „Zentralmacht“ Europas, stärker geworden.

Sicherlich gibt es Aufgaben und Interessen, die Deutschland wahrnehmen muss. Höchst problematisch aber wäre es, wenn diese Interessen allzu forsch vertreten würden. Vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte werden gerade die Deutschen sich weiterhin für ein funktionsfähiges Europa einsetzen, das Raum für unterschiedliche Mentalitäten und politische Kulturen bieten muss. Wir brauchen eine neue Diskussion darüber, wie ein „europäisches Deutschland“ aussieht, das schon Thomas Mann und übrigens auch der junge Willy Brandt während NS-Zeit und Krieg gefordert hat und das eben doch auch heute als Leitbild dienen kann.

Unsere Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat angesichts der neueren Bewegungen in der internationalen Politik die besondere Aufgabe, nationalistischen Tendenzen entgegenzuwirken, vor allem in Deutschland. Es gilt an die Folgen von hemmungslosem Nationalismus zu erinnern, der im Nationalsozialismus seine höchste Steigerung erfahren hat. Zugleich ist – grenzüberschreitend – dialogisches Erinnern zu fördern, bei dem es zunächst darum geht, die Erinnerungen der anderen kennenzulernen. Wir haben zu lernen, mit unterschiedlichen Selbstbildern und Erfahrungen umzugehen. Dann aber geht es auch darum, Diskurse über politisch-kulturelle Gemeinsamkeiten und Werte verstärkt zu fördern trotz aller Rückschläge, die wir gegenwärtig erleben – im Hinblick auf die Zukunft Europas und seiner Demokratien. Wir haben uns einer Situation zu stellen, in der die Ideen Europas und der Demokratie in die Defensive geraten sind und wir nicht nur aus der Vergangenheit zu lernen haben, sondern der Wiederkehr der Geister der Vergangenheit entgegenzutreten müssen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 90/2016*

## Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2017 und ihren Konsequenzen

Das Bundestagswahlergebnis war für viele Menschen im In- und Ausland ein Schock. Andere meinen, dass man mit dem Ergebnis rechnen musste. In jedem Fall aber stellt sich die Frage nach Folgen und Konsequenzen – auch für die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Drei Aspekte fallen bei dem Wahlergebnis besonders auf:

- die schweren Verluste der großen Volksparteien CDU/CSU und SPD, die in den letzten vier Jahren eine Große Koalition gebildet hatten
- die Ausweitung der Zahl der Parteien im Bundestag; neben der in das Parlament zurückkehrenden FDP ist erstmals die AfD in den Bundestag eingezogen; sieben Parteien stellen Abgeordnete. In Deutschland hat sich wieder ein Vielparteiensystem etabliert
- signifikante Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den alten und neuen Ländern, teilweise auch zwischen Nord-Westdeutschland und Süddeutschland

Das Wahlergebnis schwächt die Volksparteien, denen die Bundesrepublik jahrzehntelange Stabilität verdankt. Die Große Koalition und ihre Politik haben die Ränder verstärkt, obgleich die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz überwiegend als positiv betrachtet werden. Zweifellos werden Regierungsbildungen schwierig. Der in den großen Volksparteien erfolgende Ausgleich von Interessen verliert an Bedeutung, der Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen muss jetzt zwischen Parteien gefunden werden, was Kompromisse nicht leichter macht. Inwieweit eine Jamaika-Koalition nicht nur zustande kommt, sondern auch eine stabile handlungsfähige Regierung bilden wird, bleibt abzuwarten. Mit dem Vielparteiensystem kehren zwar nicht einfach die Verhältnisse der Weimarer Republik wieder – für generellen Alarmismus gibt es keinen hinreichenden Grund. Doch wird die Funktionsweise des parlamentarischen Systems in einem Vielparteiensystem erschwert, weil die Opposition nicht mehr ohne Weiteres als Regierung im Wartestand betrachtet werden kann, zumal jetzt zwei der drei Oppositionsparteien nicht oder nur bedingt für eine Regierungsbildung in Frage kommen.

Zu Recht hat der Einzug der AfD mit einem zweistelligen Ergebnis in den Bundestag vielfältige Diskussionen ausgelöst. Erstmals ist seit den 50er Jahren eine Partei vom

rechten Rand des politischen Spektrums in den Bundestag gewählt worden. Zwar mag man darin ein Stück europäische Normalisierung sehen – in zahlreichen Ländern sind rechtspopulistische Parteien entstanden, die mancherorts wie in Frankreich oder den Niederlanden ungleich stärker sind als in Deutschland. Dennoch irritiert der Erfolg der AfD gerade in Deutschland, das vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus inzwischen gegenüber Parteien auf der äußersten Rechten in seiner ganz großen Mehrheit immunisiert schien. Der Erfolg der AfD ist zweifellos genauer zu untersuchen und zwar sowohl die Entwicklung der Partei als auch ihrer Wählerschaft. Kein Zweifel, dass die Flüchtlingsfrage insgesamt, besonders die zeitweise unkontrollierte Einwanderung einer großen Zahl von überwiegend jungen Männern aus nicht-europäischen Kulturkreisen, der AfD in die Hände gespielt hat – ohne diesen Prozess wäre die AfD vermutlich nicht in den Bundestag eingezogen. Offenbar sind – gefördert auch durch den islamistischen Terror und Ereignisse wie die Übergriffe in der Silvesternacht 2016 in Köln – Ängste entstanden. Manche fürchten nicht nur den Verlust von Sicherheit, sondern auch einen kulturellen Wandel, der als Überfremdung begriffen wird. In der Tat hat der Staat – und Politik hat dafür die Voraussetzungen zu schaffen – Sicherheit zu gewährleisten, eine der elementarsten Aufgaben des Staates, die freilich mit anderen Zielen in Einklang gebracht werden müssen. Wir haben – wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zum 3. Oktober festgestellt hat – den Begriff „Heimat“ zu verteidigen; er darf nicht als Gegensatz zur Weltoffenheit verstanden werden. Vor diesem Hintergrund ist die kulturelle Dimension der Integration von Hunderttausenden eine zweifellos ernst zu nehmende, über Jahrzehnte andauernde Aufgabe, für die realistische Konzeptionen nötig sind.

Bestimmte Probleme sind mithin stärker zu beachten und zu bearbeiten als das zeitweilig der Fall war. Doch ist davor zu warnen, einem vordemokratischen Politikverständnis nachzugeben, das der Komplexität und Widersprüchlichkeiten unserer Gegenwart durch grotesk einfache Lösungen beizukommen sucht und geradezu als Ausdruck eines Eskapismus gegenüber der modernen Welt zu sehen ist. Vor allem bedarf die Demokratie (1) des unmissverständlichen Widerspruchs gegenüber gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (wie immer sie auch motiviert sein mag, Rassismus spielt dabei zweifellos eine Rolle), (2) der Zurückweisung genereller Diffamierung der anderen Parteien und (3) der scharfen Kritik an dem alleinigen Anspruch auf „Volk“ und „Land“, der zweifellos ein gestörtes Verhältnis zu den im Grundgesetz festgelegten Grundlagen unserer Demokratie erkennen lässt. Hier sind Ansätze der Ideologisierung von rechter Politik erkennbar, denen entschieden entgegenzutreten ist, da sie mit dem Wertesystem des Grundgesetzes nicht vereinbar sind.

Zwar sind die Ergebnisse der AfD teilweise auch in süddeutschen Wohlstandsgebieten wie in Heilbronn unübersehbar, dennoch ist der Erfolg dieser Partei in den neuen Ländern beunruhigend: in Sachsen wurde die AfD stärkste Partei und bezogen auf die neuen Länder wurde sie zweitstärkste Partei. Der Prozess der Einheitsbildung seit 1990 scheint unabgeschlossen: Dabei geht es um objektive Tatbestände, die als Benachteiligungen gelten können, doch auch um Prägungen, die aus der DDR-Zeit stammen. Zweifellos denken viele Ostdeutsche stärker in nationalen Kategorien als die Mehrheit der Westdeutschen. Auch mit diesen Fragen haben wir uns erneut auseinanderzusetzen.

Gewiss stehen wir nicht vor der Machtergreifung einer neuen NSDAP. Doch haben die Parteien des Verfassungsbogens durchaus Gründe, die Lage differenziert zu analysieren, auch nach Fehlentwicklungen und eigenen Fehlern zu suchen und daraus politische Folgerungen zu ziehen, zugleich aber die Auseinandersetzung mit der AfD zu führen, ohne darauf fixiert zu sein. Für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist nicht zuletzt die Ablehnung der Erinnerungskultur durch wichtige Repräsentanten der neuen Partei eine ernsthafte Herausforderung. Unsere Vereinigung hat im Wissen um Gefährdungspotentiale, die im Blick auf die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts offensichtlich sind und erneut entstehen und anwachsen können, unsere Demokratieentwicklung kritisch zu begleiten mit dem Ziel, demokratisches Verantwortungsbewusstsein und demokratische Teilhabe zu stärken.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 94/2017*

## Nach dem G20-Gipfel – Zur Diskussion über linksextremistische Gewalt

Die heftigen Gewaltexzesse am Rande des G20-Gipfels in Hamburg, die Menschenleben gefährdeten, beachtliche Kosten verursachten und Deutschland als Gastgeber diskreditierten, haben den Linksextremismus zum Gegenstand hitziger öffentlicher Debatten gemacht. Als eine Konsequenz hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Plattform „Linksunten. Indymedia“ verboten. Generell wird über Linksextremismus eher punktuell im Kontext von immer wieder aufflackernden Gewalttaten debattiert. Dabei dominieren Rechts-Links-Vergleiche und die Frage nach dem Umgang mit dem Extremismus-Begriff. Die konkrete Analyse linksextremistischer Gewalt über einen längeren Zeitraum tritt dagegen zurück.

Für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. steht völlig außer Zweifel, dass in Demokratien Gewalt kein Mittel der innerpolitischen Auseinandersetzung ist. Die friedliche Austragung von Konflikten, die durch das Gewaltmonopol des Staates ermöglicht wird, ist die Voraussetzung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Daher ist auch eine eigenständige, kontinuierliche Beschäftigung mit linksextremistischer Gewalt zwingend geboten.

### I.

Linksextremistische Gewalt ist in den meisten Fällen der sogenannten Demonstrations- und Konfrontationsgewalt zuzuordnen. Die erfasste Gewalt von links richtet sich vor allem gegen zwei Gruppen: Polizei und Sicherheitsbehörden sowie Rechtsextreme bzw. vermeintliche Rechtsextreme. Gegenüber Polizeibeamten ist von einer niedrigen Gewaltschwelle auszugehen. Bei Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der linken und der rechten Szene scheint eine solche Schwelle kaum zu existieren.

Linksextremistische Gewalt wird anlass- und ortsbezogen ausgeübt. Zum einen als Konfrontationsgewalt bei rechtsextremen Demonstrationen, zum anderen auch am Rand von Protestveranstaltungen wie denen zu den Weltwirtschaftsgipfeln, die für die Gewalttäter über ihren Antifaschismus oder die Kapitalismuskritik inhaltlich anschlussfähig sind – und nicht selten von den gewaltlosen Protestierenden toleriert werden.

### II.

Ein Blick auf die bisher eher spärlich vorhanden Forschungsergebnisse zeigt deutlich: der Linksextremismus ist keineswegs eine Einheit, er weist verschiedene Strömun-

gen und Organisationsformen auf. Genannt seien die verschiedenen Richtungen des militanten Marxismus-Leninismus und die in Hamburg besonders auffälligen Linksautonomen. Im Hinblick auf linksextremistische Gewalttaten muss ein starkes Augenmerk auf die Linksautonomen gelegt werden. Angesichts der Tatsache, dass der Großteil der linksextremistischen Gewalttaten aus diesem Kreis begangen wird, ist der Wissensstand über diese Gruppe unzureichend. In ihrer Mehrheit zählen Schüler, Auszubildende, Studenten und Ausbildungsabbrecher im Alter von ca. 17–27 Jahren zu den Linksautonomen. Der Verfassungsschutzbericht 2016 des Bundes geht von rund 6.800 Personen aus.

Die Linksautonomen weisen eine besondere Bereitschaft zur Gewaltsamkeit auf. Zentral bei ihren Aktivitäten ist Konfrontationsgewalt bei Demonstrationen, die als Möglichkeit betrachtet werden, Gewalt auszuüben und auszuleben. Die Autonomen weisen zwar keine feste Organisationsstruktur auf, besitzen jedoch Kommunikationszentren und bilden eine Art Szene, die regional, national und international vernetzt ist. Ideologisch wird man die Autonomen als moderne Variante des Anarchismus auffassen können, zu dem es freilich kaum Programmschriften gibt, sieht man von einigen Thesenpapieren ab. Theoretisch geht es um die Abschaffung von Herrschaft und Kapitalismus, doch ist die Konfrontationsgewalt in der Praxis geradezu Selbstzweck. Die Autonomen sind zum Teil geradezu fasziniert von der Ausübung von Gewalt in der Konfrontation mit Staat und Polizei, die politisch-moralisch als Feinde betrachtet werden. In Hamburg gab es nicht wenige Trittbrettfahrer, die von dieser Gewalt angezogen wurden.

### III.

Diese Befunde bieten wichtige Hinweise für Handlungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden. Wo Gewalttaten zu erwarten sind, können Vorkehrungen getroffen werden. Dabei gibt es keine Allheilmittel. Nicht jede Form von Gewaltausübung kann im Vorherein antizipiert und unterbunden werden. Durch kontinuierlichen Austausch und Abstimmung über linksextremistische Gewalt kann die Polizei aber auf den unterschiedlichen Ebenen zielgerichteter vorgehen.

Wichtig ist zudem auch, dass die kommunalen Funktionsträger unterstützt werden. Mit welcher Expertise kann einem Bürgermeister einer Kleinstadt geholfen werden, der erfährt, dass Rechtsextreme, in seiner Stadt in einer Woche eine Kundgebung durchführen wollen, und Linksautonome bundesweit dazu aufrufen, zu Gegenaktionen anzureisen? Um eine derartige Situation zu bewältigen, die leicht zu problematischen Konfrontationen führt, gibt es Beratungsbedarf bei den Kommunalpolitikern.

Daneben aber hat auch die Zivilgesellschaft ihr Verhältnis zu den Linksautonomen erneut zu reflektieren.

#### IV.

Prinzipienhafte Systemkritik ist nicht per se illegitim. Erst recht trifft dies für eine Kritik des Wirtschaftssystems zu, auch für Konzepte, die den Kapitalismus zähmen oder gar überwinden wollen. Doch unbedingt abzulehnen ist die Propagierung der Zerstörung der gegebenen Verhältnisse mit brutaler Gewalt, ohne dass auch nur Umrisse alternativer Ordnungsvorstellungen erkennbar wären. Absurd ist es übrigens auch, wie bei Teilen der extremen Linken üblich, alle Probleme dieser Welt auf den Kapitalismus zurückzuführen und darauf zu verzichten, die Ursachen der Probleme jeweils präzise zu benennen und nach Wegen zu ihrer Lösung zu suchen. Bedenklich ist die Realitätsverweigerung von Teilen des Linksradikalismus, die auch im Glauben an die Gewalt zum Ausdruck kommt.

Hier zeigen sich Berührungsflächen zwischen linken Gewalttätern und größeren Kreisen in der Bevölkerung. Zur Frage, ob der Zweck die Mittel heiligt, ist der Hinweis nötig, dass der Einsatz von Gewaltmitteln den Zweck – die Verteidigung der Demokratie – durchaus gefährden kann, was auch in Teilen der demokratischen Linken zu bedenken ist.

Wir warnen davor, die Anwendung von Gewalt als zwangsläufige Begleiterscheinung von Demonstrationen, die grundgesetzlich garantiert sind, zu entschuldigen. Das generelle Vordringen einer Atmosphäre der Gewalt, für die freilich nicht nur der Linksextremismus verantwortlich ist, droht die Demokratie gegenwärtig zunehmend zu deformieren. Selbstverständlich muss sich der Staat der Gewalt widersetzen, dies gilt aber auch für die Zivilgesellschaft. Bei Demonstrationen ist eine klare Distanzierung ihrer Organisatoren und der friedlichen Demonstranten von potentiellen Gewalttätern zu fordern. Auch in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist die von manchen Antifa-Gruppen angewandte Gewalt gegen Sachen und Personen wie auch deren Tolerierung durch größere Bevölkerungskreise nicht akzeptabel.

#### V.

Die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat sich seit seiner Gründung im Jahre 1993 besonders intensiv mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auseinandergesetzt, doch war auch der Linksextremismus immer ein Thema in der Vereinigung. Auch dieser hat in der deutschen und europäischen Geschichte

eine höchst problematische Rolle gespielt und ist deshalb im Hinblick auf seine Erscheinungsformen und Folgen in der Gegenwart kritisch zu beleuchten.

Keine Frage, dass politische Bildungsarbeit demokratische Werte vermitteln muss. Diese immunisieren gegen die Anwendung von Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung in der Demokratie. Es geht um die Entwicklung präventiver Konzepte. So muss politische Bildung einerseits eine realistische Sicht der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse fördern, andererseits aber die Chancen von Partizipation bei der Politikgestaltung herausarbeiten, was dem Eindruck entgegenwirken kann, in unserer Politik und Gesellschaft sei alles alternativlos. Projektbezogene Bildungsarbeit könnte Neuansätze liefern, die sich keineswegs auf junge Leute mit linksextremen Neigungen beschränken sollte. Der Kernbereich der linksautonomen Szene ist durch Bildungsarbeit gewiss schwer erreichbar, dies muss aber nicht für die Umfeldler gelten. Bedeutsam ist, dass Politik als Gestaltungsraum erfahrbar wird.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 94/2017*

### **Literaturhinweise auf eine neuere Überblicksdarstellung:**

Armin Pfahl-Traughber: *Autonome und Gewalt. Das Gefahrenpotenzial im Linksextremismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32–33 (2017), S. 28–33 (auch online unter: <http://www.bpb.de/apuz/253607/autonome-und-gewalt-das-gefahrenpotenzial-im-linksextremismus?p=all>)

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat im Jahr 2014 ein Positionspapier zum Thema Linksextremismus entwickelt, das noch immer aktuelle Bedeutung besitzt: [http://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user\\_upload/Gegen\\_Vergessen/Dokumente/PositionspapierV6.pdf](http://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/PositionspapierV6.pdf)

## Politikverdrossenheit und Bürgerbeteiligung

Seit dem Herbst letzten Jahres diskutiert „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ verstärkt über Politikverdrossenheit und über Möglichkeiten, dagegen anzugehen. Nicht der Rechts- oder auch der Linksradikalismus sind es, die die Diskussion ausgelöst haben, sondern die Sorge um die Entwicklung unserer demokratischen politischen Kultur.

Eine Fülle von Symptomen lassen sich für eine wachsende Distanz zwischen der etablierten Politik auf der einen Seite und vielen Menschen in diesem Lande auf der anderen Seite feststellen. So unterschiedliche Phänomene wie die Proteste gegen „Stuttgart 21“, das Echo auf die Kandidatur von Joachim Gauck für das Amt des Bundespräsidenten, die Auseinandersetzungen um das Sarrazin-Buch und vielleicht sogar der Fall von und zu Guttenberg, die Popularität des Freiherrn wie das Echo auf seinen Sturz, scheinen eine wachsende Distanz zum Politikbetrieb zu signalisieren.

Mögen diese Vorgänge im Einzelnen unterschiedlich zu interpretieren sein, so lassen sich doch bestimmte Trendanalysen der Sozialwissenschaften schwer bagatellisieren: die sinkende Wahlbeteiligung, namentlich bei Landtags- und Kommunalwahlen, besonders gesteigert im Osten, das ebenfalls abbröckelnde Vertrauen zu den demokratischen Institutionen, nicht zuletzt antipolitische Tendenzen, die sich etwa in der Politik- und Politikerverachtung der Medien manifestiert.

Gewiss: es gibt heute keine großen antidemokratischen Bewegungen wie die NSDAP oder die KPD in der Weimarer Republik. Doch stellt sich die Frage, ob wir uns auf eine „Postdemokratie“ zubewegen, in der die Institutionen zwar weiter funktionieren, doch allmählich ausgehöhlt werden und nicht mehr Teilhabe und Identifikation sicherstellen. Zwar hat es auch früher Politikverdrossenheit gegeben, die etwa im Antiparteienaffekt Tradition hat und sich aus den Zeiten des Obrigkeitsstaates bis heute gehalten hat. Doch gewinnt sie derzeit in besonderer Weise an Virulenz.

Vier Faktoren scheinen die Politikverdrossenheit besonders zu fördern: Erstens ist eine erhebliche Ohnmacht der Politik zu konstatieren. Die hohen Erwartungen an Politik, die im Osten noch überzogener waren als im Westen, sind starker Enttäuschung gewichen. Die transnational organisierte Wirtschaft und die internationalen Finanzmärkte lassen die Nationalstaaten und ihre Politik schwach erscheinen. Europa könnte als Supranationalstaat schon ein Gegengewicht bilden, doch erweist sich die europäische Politik, in der die divergierenden Interessen der Nationalstaaten nach

wie vor durchschlagen, als nur bedingt handlungsfähig, erst recht gilt dies für die G-20. Abwendung von der Politik oder Protest gegen Politik ist die Folge.

Zweitens – und dies steht in einer gewissen Spannung zum ersten Punkt – wird Politik für viele immer unüberschaubarer. Die Überkomplexität von Politik, die gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen und nur teilweise in einsehbaren Arenen abläuft und von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird, macht die Bürger ratlos. Ein verbreiteter unaufgeklärter Voluntarismus aber prallt vielfach an den Strukturen und Prozessen der Politik einfach ab. Die Akteure und die Medien tun zu wenig, Politik transparent und nachvollziehbar zu machen. Einerseits entsteht der Eindruck der Undurchschaubarkeit, andererseits meinen Bürger, dass wichtige Fragen nicht offen angesprochen werden. Gleichzeitig aber fehlt ihnen das Interesse oder die Zeit, sich mit Politik kontinuierlich zu beschäftigen.

Die Medien, bei denen die Konkurrenz härter geworden ist, überformen – dies ist der dritte Punkt – unsere Demokratie, indem sie sich häufig als Akteure gerieren, was tendenziell ihre primäre Aufgabe, Berichterstattung und Erklärung des Geschehens, verdunkelt. Vor allem aber ist es leichter und offenbar ertragreicher, Politik zu skandalisieren und Empörung zu erzeugen. Mit Häme über die Politik und die Politiker zu reden scheint geradezu vorherrschend zu werden. Und die Maßstäbe, an denen Politiker gemessen werden, sind oft nicht wirklich politisch, sondern kommen aus anderen Bereichen, etwa dem Showgeschäft. Politik wird von manchen gleichsam als permanente casting-show begriffen, in der die Performance zu bewerten ist. Ästhetische Maßstäbe waren es, an denen die Weimarer Republik von Teilen des Bürgertums gemessen und die deshalb verworfen wurde. Hinzu kommen heute die Möglichkeiten des Internets, über das sich häufig ein hemmungsloser Subjektivismus, der vor allem gegen etwas protestiert, seltener sich für Ziele, Konzepte und Projekte einsetzt, artikuliert. Eine Atmosphäre ständiger Erregtheit scheint auf diese Weise zu entstehen.

Schließlich trägt letztlich zum Verdruss der Bürgerinnen und Bürger auch die Auflösung ideologischer Positionen und Milieus bei, die immerhin eine gewisse Bindekraft besaßen. Es mangelt an politischen Werten, die Orientierung bieten, überhaupt an Faktoren, die integrieren und den Zusammenhalt stärken. Und die Transformation zu einem Fünf-Parteiensystem trägt eben auch nicht unbedingt zur größeren Attraktivität von Politik bei. Mobilisierung durch Polarisierung wird zum Beispiel schwerer und das Hick-Hack in Koalitionsregierungen steigert teilweise den Eindruck von dubioser Interessenpolitik, opportunistischen Kalkülen und Bürgerferne. Dass das fatale Starren von Politik und Medien auf Umfragewerte kein geeignetes Mittel ist, die Entfremdung von Politik und Bürgern zu überwinden – eher das Gegenteil ist der Fall – ist gleichzeitig nicht zu übersehen.

Wenn man gegen diese Ursachen von Politikverdrossenheit angehen will, wird man an verschiedenen Stellen ansetzen müssen. Von erheblicher Bedeutung für die Verringerung der Distanz zwischen Politikbetrieb und großen Teilen der Bevölkerung ist aus der Sicht vieler Beobachter die Stärkung der Teilhabemöglichkeiten oder – wie weiland Willy Brandt formulierte – „Mehr Demokratie [zu] wagen“.

Allerdings sollte dabei die ganze Palette von Partizipationsmöglichkeiten in den Blick kommen. Da gibt es die Wahlen – „nur alle vier Jahre“. Doch hat jeder erwachsene Bundesbürger eben auf mindestens vier Ebenen die Möglichkeit zu wählen, was manche Bürger schon zu überfordern scheint. Für die Aktivbürger gibt es in den Parteien durchaus Partizipationsmöglichkeiten. Es ist absolut abwegig, parteipolitisches Engagement, wie dies ständig geschieht, verächtlich zu machen. Dieses Engagement ist keineswegs geringer zu bewerten als anderes bürgerschaftliches Engagement: die große Mehrheit der Parteimitglieder hat keinerlei persönliche Vorteile, leistet jedoch ihren Beitrag zur politischen Willensbildung.

Wenn über mangelnde Bürgerbeteiligung gesprochen wird, wird oftmals vergessen, dass wir die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden durchweg auf kommunaler und auf Länderebene haben, wovon freilich eher selten und dann vor allem von entschlossenen Minderheiten – ungeachtet der Quoren - Gebrauch gemacht wird, wie vor einiger Zeit bei der Bildungsreform in Hamburg. Gleichwohl mag manches dafür sprechen, innerhalb bestimmter Grenzen eine plebiszitäre Komponente auf der Bundesebene einzuführen, trotz der schlechten Erfahrungen in der Weimarer Republik. Auch über Nominierungsverfahren und über die Ausgestaltung des Wahlrechts lässt sich gewiss reden. Erst recht gilt dies für den geeigneten Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung bei der Planung und Durchführung von Großprojekten. Doch wie weit Modifikationen dieser Art tatsächlich geeignet sind, die Kluft zwischen Bürgern und Politik zu verringern, ist doch offen und bedarf der Diskussion, zumal es naiv wäre, die Gegensätze unter den Bürgern zu vergessen.

Über diese und andere Fragen, bei denen es um eine Stärkung der Demokratie geht, sollte „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ nicht nur diskutieren, sondern auch versuchen, eine gemeinsame Position anzustreben. Der Vereinigung ist trotz der Komplexität der Fragen zuzutrauen, konsensuale Wege zu finden, die sowohl die Erfahrungen der Geschichte als auch gegenwärtige Bedürfnisse berücksichtigen. Den Weg zu einer „Postdemokratie“ jedenfalls wird die Vereinigung nicht mitgehen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 68/2011*

## „Volk und Demokratie“ – zu einer irritierenden Diskussion

„Wir sind das Volk“, skandierten die Demonstranten in Leipzig und vielen anderen Orten der DDR im Herbst 1989. Zurzeit wird dieser Ruf von Pegida und anderen den demokratisch gewählten Repräsentanten unseres Landes entgegengeschrien – in völlig anderen Kontexten als damals. Keine Frage, hier maßt sich eine Gruppe an, für das Volk zu sprechen, indem sie ihre eigenen Positionen verabsolutiert und die gewählten Vertreter als „Volksverräter“ diffamiert – wie das etwa am 3. Oktober 2016 in Dresden geschehen ist: Man ist gegen „die da oben“, in Berlin oder wo auch immer, ein antipolitischer Zug ist dabei unübersehbar.

So absurd vielen dies Geschehen auch erscheinen mag, so müssen wir es neben anderen Phänomenen doch als Symptom der Entfremdung zwischen Teilen der Bevölkerung und den politischen Institutionen auffassen. Auch wer nicht zu alarmistischen Reaktionen neigt, hat nach dem gegenwärtigen Zustand unserer Demokratie zu fragen. In welchem Verhältnis stehen „Volk“ und „Demokratie“?

### **Zum Begriff des Volkes**

Der Begriff des „Volkes“ spielt in der Demokratietheorie eine bedeutsame Rolle. Selbstverständlich gehen wir seit der Französischen Revolution von der Volkssouveränität aus (im Gegensatz zu einem Staat, in dem die Souveränität beim Königtum oder auch beim Adel liegt). Demokratie ist „Volksherrschaft“ – doch wer ist das „Volk“?

Zurzeit wird der Begriff „Volk“, der die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger eines Staatsgebietes umfasst, manchmal wieder sehr traditionalistisch definiert, mit bedenklichen Tendenzen. „Volk“ wird dann als ethnische Gemeinschaft definiert. Völker besitzen demnach bestimmte unveränderbare Charakterzüge, gleichsam genetische Gemeinsamkeiten: eine Auffassung, die eben doch problematisch ist. Als Johann Gottfried Herder die Verschiedenheit der Völker, zumal in Ostmitteleuropa, entdeckte und seine Theorie der Volksgeister entwickelte, war dies zweifellos ein Erkenntnisfortschritt, der dazu führte, die Besonderheiten der Sprachen und Kulturen der slawischen Völker ernst zu nehmen. Bis heute steht Herder deshalb in Osteuropa in hohem Ansehen. Doch die Geschichte ging weiter. Die Theorie des Volkes als natürliche Gemeinschaft amalgamierte sich verstärkt seit dem Ersten Weltkrieg mit rassistischen Vorstellungen und wurde vom Nationalsozialismus im Kontext der Rassen- und Umsiedlungspolitik verwendet.

Der Volksbegriff der NS-Zeit erscheint zu Recht diskreditiert, das dazugehörige Adjektiv „völkisch“, mit dem rechtsextreme Bewegungen mit antisemitischer und antimoderner Stoßrichtung nach dem Ersten Weltkrieg gekennzeichnet wurden, ist seitdem als normaler Begriff zur Deskription soziokultureller Gemeinsamkeiten unbrauchbar. Wenn gar Begriffe wie der der „Umvolkung“ verwandt werden, geraten wir unversehens in die NS-Vorstellungswelt, vor deren Aktualisierung nachdrücklichst zu warnen ist.

Auch wenn das „Volk“ in den meisten Staaten kulturelle Gemeinsamkeiten und eine vorherrschende Sprache aufweist, tun wir gut daran, uns das „Volk“ nie homogen vorzustellen. Und im politischen Raum ist „Volk“ der Demos, der seinen Willen in der Demokratie nach dafür vorgesehenen Regeln bekundet. Der ethnisch definierte Volksbegriff ist als politischer Bezugsrahmen nicht nur unbrauchbar, sondern – wie die Geschichte des Nationalismus zeigt – auch gefährlich.

### **Zum Begriff der Demokratie**

„Demokratie“ ist „Volksherrschaft“, die allerdings recht unterschiedlich aussieht. Der Begriff hat eine lange Geschichte. Und es lohnt sich, die Geschichte der Demokratie zu rekonstruieren und bewusst zu machen, gerade auch in Deutschland. Sie beginnt hier keineswegs erst nach 1945, besitzt eine längere Vorgeschichte, in der die Amerikanische und die Französische Revolution konstitutive Ereignisse sind. Neben revolutionären Ereignissen stehen seitdem evolutionäre Prozesse der Verfassungsgeschichte. Im 20. Jahrhundert erfolgte in Europa die Durchsetzung der Demokratie in drei großen Wellen – nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg sowie nach 1989/90.

In der Gegenwart ist „Demokratie“ nach vorherrschender Einschätzung mehr als ein bloßes Institutionengefüge zur Regelung politischer Willensbildung durch Mehrheitsentscheidungen. Demokratie ist nicht nur Gewährleistung von Herrschaft auf Zeit, zu ihr gehören auch Gewaltenteilung, Rechts- und Sozialstaatlichkeit und sie fußt auf einer Zivilgesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger Demokratie als Lebensform begreifen. Angesichts der gegenwärtigen Diskussion seien einige Kriterien der Demokratie hervorgehoben:

**(1)** Die Geltung von Menschen- und Bürgerrechten ist nicht nur Voraussetzung, sondern auch Ziel staatlichen Handelns, das stets die Würde des Menschen zu achten und zu gewährleisten hat. Die Grundrechte garantieren auch die Rechte von Minderheiten. Ohne Rechtsstaatlichkeit, die staatliches Handeln an Gesetze bindet und die Unabhängigkeit der Justiz garantiert, ist Demokratie aus unserer Sicht undenkbar – was die derzeitigen Konflikte in Ungarn und Polen so besorgniserregend macht.

**(2)** Demokratie ist nicht einfach Mehrheitsherrschaft, vielmehr Herrschaft auf Zeit, auf den verschiedenen Ebenen. Diese wird durch gewählte Repräsentanten wahrgenommen, das heißt von Parlamentariern. Demokratie, wie wir sie verstehen, ist im Allgemeinen parlamentarische Demokratie. Inwieweit direktdemokratische Elemente ergänzend möglich und nötig sind, ist strittig. Das Grundgesetz der Bundesrepublik kennt Volksentscheide nur zu Fragen der Neugliederung der Länder. Möglich sind Volksbegehren und Volksentscheide jedoch auf kommunaler und auf Länderebene. Eine Ausdehnung des direktdemokratischen Prinzips auf die gesamtstaatliche Ebene ist nicht ohne Risiko und bedarf sorgfältiger Abwägung im Hinblick auf ihre Folgen. Der „Brexite“ und andere Entscheidungen scheinen jedenfalls den Skeptikern Recht zu geben, dass Volksentscheide über komplexe Fragen immer auf eine schlichte Ja-Nein-Frage hinauslaufen, sodass komplexe Sachverhalte extrem vereinfacht werden, mit der Gefahr, dass populistische Bewegungen vielfach Volksentscheide nutzen. Zu bedenken ist auch, dass plebiszitäre Mechanismen in Geschichte und Gegenwart gerade auch von nichtdemokratischen autoritären oder gar totalitären Systemen instrumental verwandt wurden und werden. Die manchmal als positives Beispiel genannte Schweiz weist singuläre Züge auf, wobei zudem durchaus Zweifel an der Weisheit mancher Volksentscheide in diesem Land angebracht scheinen.

**(3)** Parteien bilden offensichtlich eine unersetzbare institutionelle Ebene funktionierender Demokratien. Dabei sind unterschiedliche Strukturen denkbar. Bedeutsam ist bezogen auf das Parlament sowohl das Prinzip der Spiegelung des Wählerwillens als auch das Ermöglichen stabiler Regierungsbildung und politischer Handlungsfähigkeit; in einer gewissen Spannung stehen damit Partizipations- und Integrationsprinzip. In jüngerer Zeit hat sich in Deutschland, wo jahrzehntelang ein System mit zwei Volksparteien und einer dritten kleineren Partei herrschte, wieder das traditionelle Vielparteiensystem durchgesetzt, das Koalitionsregierungen nötig macht und die politische Willensbildung aus den Parteien in die Koalitionsausschüsse verlegt. Die Rolle der Parteien und ihrer Mitglieder wird damit tendenziell geschwächt, obwohl das Parteiensystem der Partizipation breiter Bevölkerungskreise bedarf, um Demokratie zu realisieren.

**(4)** Das europäische Demokratiemodell schließt die Sozialstaatlichkeit ein, die lange als deutscher Beitrag zum westlichen Demokratiemodell bezeichnet worden ist, im Einzelnen jedoch eine recht unterschiedliche Gestalt annehmen kann. Insgesamt gesehen gibt es in den europäischen Gesellschaften Erwartungen an staatliches Handeln. Dabei soll dieses einerseits begrenzt sein, andererseits soll der Staat wichtige Aufgaben für die Gesellschaft wahrnehmen: ein Spannungsverhältnis, das zu vielfältigen Missverständnissen führt, die leicht gegen das „System“ gewendet werden

können. Dieses System stößt angesichts der internationalen ökonomischen und politischen Verflechtungen ohnehin an Grenzen.

### **Ansätze zur Überwindung der Vertrauenskrise in unserer Demokratie**

Die Komplexität von Demokratie, Staat und Gesellschaft wird vielfach weit unterschätzt. In dieser Situation erscheint aus der Sicht von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unter anderem Folgendes möglich und sinnvoll:

- Politische Prozesse sind ungleich stärker transparent zu machen, in Bildungsarbeit und Medien müssen wir Illusionen und Legenden über Politik entgegenreten. Der verbreiteten Politikverachtung ist der Kampf anzusagen.
- Manche Begriffe wie der des „Volkes“ sind zu hinterfragen. Es gilt, die Vielfalt und Gegensätzlichkeit, gleichzeitig aber auch die Interdependenz von Interessenlagen ernst zu nehmen, generell ein realistisches Politikverständnis zu fördern, obgleich auf die normative Idee des Gemeinwohls nicht verzichtet werden sollte.
- Zu stärken ist die Partizipation an demokratischen Prozessen. Zu erörtern ist, wie diese Teilhabe in der heutigen Demokratie aussehen kann, die in erheblichem Maße durch die ökonomischen gesellschaftlichen Realitäten und nicht zuletzt durch transnationale Zusammenhänge mitbestimmt wird. In besonderer Weise haben die Parteien politische Teilhabe zu ermöglichen.
- Aufzuklären ist über Gefährdungen der Demokratie, wofür die Geschichte der Zwischenweltkriegszeit reiches Anschauungsmaterial bietet, in der viele Demokratien auch am Nationalismus scheiterten.
- Wir benötigen vor dem Hintergrund der Geschichte mehr Identifikation mit unserer Demokratie und den dahinter stehenden Wertorientierungen. Dazu können zeitgemäße Bildungsarbeit und Public History wesentlich beitragen.

In der gegenwärtigen Krise sind viele gefordert: Bildung und Wissenschaft, die Zivilgesellschaft, die Parteien und die Medien, auch die Bürgerinnen und Bürger, die für ihre Demokratie mitverantwortlich sind.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 91/2016*

# Krise der Demokratie?

## **Zu einigen problematischen Tendenzen in der gegenwärtigen deutschen politischen Kultur**

Vor wenigen Wochen haben wir zu Recht das Grundgesetz gefeiert, das vor 70 Jahren beschlossen wurde und in Kraft trat. Es gilt als beste geschriebene Verfassung in der deutschen Geschichte. Die Männer und Frauen des Parlamentarischen Rates, die das Grundgesetz erarbeiteten, versuchten mit ihm, Schlussfolgerungen aus der so katastrophalen deutschen Geschichte zu ziehen, zogen dazu die früheren deutschen Verfassungen heran, erörterten aber auch Modelle der europäisch-atlantischen Verfassungsgeschichte. Das zunächst als Provisorium entstandene Grundgesetz bildete die Grundlage, auf der sich unsere Demokratie entwickelt hat, zunächst in Westdeutschland. Seit 1990 gilt es für das vereinigte Deutschland. Das Wertesystem, auf dem das Grundgesetz basiert, bildet in zahllosen Diskursen den wichtigsten Referenzrahmen unserer politisch-gesellschaftlichen Ordnung. Die Identifikation mit dem Grundgesetz ist so hoch, dass nach wie vor – mit Dolf Sternberger und Jürgen Habermas – von einem „Verfassungspatriotismus“ gesprochen werden kann.

Und doch hat die Wendung von der „Krise der liberalen Demokratie“ gegenwärtig Konjunktur – in internationalen, doch auch in deutschen Diskursen. Heinz Westphal, einer der Mitgründer unseres Vereins, fasste seine Lebenserfahrungen im Titel seiner Lebenserinnerungen zusammen: „Ungefährdet ist Demokratie nie.“ Krisenphänomene sind gegenwärtig in vielen Ländern unübersehbar – in einem Maße, wie wir es wohl seit der Zwischenkriegszeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr erlebt haben.

Gleichwohl ist die Konstellation in vieler Hinsicht doch grundlegend anders: Faschismus und Kommunismus sind heute keine Mächte mehr, die die liberale und soziale Demokratie umfassend bedrohen. Demokratie ist zwar nicht selbstverständlich, doch ungleich fester verwurzelt als damals. Es macht jedoch Sinn, sich problematische Entwicklungen genau anzuschauen – auch in Deutschland.

Ich möchte hier einige Anmerkungen zu folgen Fragen machen:

- I. Inwieweit wird das System der repräsentativen Demokratie infrage gestellt?
- II. Wie entwickeln sich die Formen der politischen Auseinandersetzungen?
- III. Welcher Politikbegriff ist leitend?

## I.

Offene Angriffe auf die Verfassung und die demokratische Grundordnung sind – anders als in der Zwischenweltkriegszeit – eher selten und auf den Rechts- und Linksextremismus beschränkt, wie die Verfassungsschutzberichte erkennen lassen. Andererseits stellt sich die Frage, inwieweit die häufige populistische Infragestellung der pluralistischen Ordnung, die sich auf Grundlage der Verfassung entwickelt hat, die Verfassung tangiert.

Vom rechten Populismus, teilweise aber auch vom linken, werden angeblich korrupte Eliten angegriffen, die auf Kosten des Volkes leben und Politik machen. Es gilt demnach, den „wahren Volkswillen“ wiederherzustellen, den sich die Rechten als mehr oder weniger ethnisch-kulturell fundiert vorstellen. Die extreme Linke geht demgegenüber von ausgebeuteten Klassen in einer dualistischen Struktur aus. Attackiert wird häufig „das System“, eine Vokabel, hinter der sich schon in der Weimarer Republik die demokratische Ordnung verbarg und deren Verwendung Ausdruck tiefer, auch emotionaler Aversion gegen die bestehende Demokratie war.

Erkennbar ist im rechten Populismus eine Distanz zum Rechtsstaat, der auch Minderheiten schützt (die im Grundrechtskatalog ihre Basis haben), teilweise auch zur repräsentativen Demokratie, was der Forderung nach Einführung der direkten Demokratie entspricht, die das Grundgesetz stark begrenzt. Es scheint, dass die Forderung nach direkter Demokratie, die nicht auf die Populisten beschränkt ist, durch das – durch eine Volksabstimmung herbeigeführte – Brexit-Chaos einen Rückschlag erlitten hat. Es handelt sich um eine Forderung, die manche als Mittel zur Überwindung des „Systems“, andere als Weg der Fortentwicklung der Demokratie betrachten. Manifestiert sich in dieser Forderung eine Krise der repräsentativen Demokratie? Vorrangig wohl dann, wenn die populistischen Kräfte auf dem Vormarsch sind.

Anlass für Politikverdrossenheit ist – neben der konkreten Politik – häufig die Zusammensetzung der Parlamente, insbesondere des Deutschen Bundestages. Die Kritik verkennt, dass das Parlament in der repräsentativen Demokratie aus freigewählten Abgeordneten besteht, die als „Repräsentanten“ des Volkes nach ihrem Gewissen entscheiden, auch wenn die konkrete Praxis durch die Willensbildung der Fraktionen strukturiert wird. Jedenfalls bildet das Parlament nie unmittelbar das Volk ab. Die Zusammensetzung durch Proporzregelungen, wie von manchen befürwortet, beschränkt das Wahlrecht und widerspricht den Prinzipien der repräsentativen Demokratie.

Dennoch lässt sich durchaus fragen, ob das Parlament nicht einseitig zusammenge-

setzt ist. Die Tendenz, dass viele männliche und weibliche Abgeordnete im Grunde zeitlebens ausschließlich Politik machen, das heißt nie einen Beruf außerhalb des politischen Raumes ausgeübt haben, gehört zu den Aspekten des heutigen politischen Lebens, die in der Praxis der Kandidatennominierung zu korrigieren sind.

In der Kritik an der repräsentativen Demokratie werden verschiedene Standpunkte sichtbar. Punktuelle Kritik, die sich an bestimmten Aspekten festmacht (zu denen auch die Diätenfrage gehört), ist zu unterscheiden von Kritik, die das parlamentarische System überwinden will, manchmal aber auch missversteht. In Ostdeutschland – und dies ist nicht unbedenklich – gibt es mehr Vorbehalte gegenüber der demokratischen Ordnung als in Westdeutschland, was sich historisch erklären lässt, doch so nicht akzeptiert werden sollte. Von einer generellen Legitimationskrise der demokratischen Ordnung wird man bei uns jedoch nicht sprechen können.

## II.

Vieles spricht dafür, dass sich Form und Stil der politischen Auseinandersetzung in Deutschland seit der Jahrtausendwende ins Negative verändert haben, besonders dass die Sprache teilweise verroht und verwildert. Als Katalysator spielt dabei das Internet eine Rolle. Die Schnelligkeit, mit der man glaubt reagieren zu können oder zu müssen, trägt zu dieser Stilveränderung bei. Dass dabei US-Präsident Trump einer der Vorreiter ist, wird man ebenso wenig bestreiten können wie den Anteil der Rechtspopulisten und ihrer Anhänger, die durch ihre Äußerungen zum Teil wieder entsprechende Reaktionen von den anderen, etwa Antifa-Gruppen hervorrufen. Neben dem Tempo trägt auch die Möglichkeit, im Internet mit Pseudonymen zu agieren, zur Enthemmung vieler Zeitgenossen bei. Selbstverständlich ist die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern legitim. Doch demokratische Willensbildung verlangt ein Minimum an gegenseitigem Respekt.

Selbst bei den „traditionellen“ Medien kann man geteilter Ansicht sein. Man denke an das Übermaß an TV-Comedy-Sendungen, die sich nicht mit Politik auseinandersetzen, sondern sich über Politik lustig zu machen versuchen wie etwa die „ZDF heute show“. Aufklärende Effekte sind hier eher selten. Es überwiegt manchmal geradezu eine antipolitische Tendenz.

Und auch zur Printpresse lässt sich manches Kritische sagen. Sorgfältige Recherche beschränkt sich heute bei einem Teil der Journalisten häufig auf die Klärung von Tatbeständen, die zur Skandalisierung geeignet sind. Hierbei tritt die Berichterstattung zugunsten von Meinungsmache in den Hintergrund.

Kurz: Nicht nur die Politiker in Parteien und Regierungen, auch die Medienvertreter, die Mediennutzer und die Bürger sind aufgerufen, ihre Rollen kritisch zu reflektieren.

### III.

Das Gesagte lässt die Frage nach dem heute vorherrschenden Politikbegriff entstehen, die hier nur mit einigen Bemerkungen gestreift werden soll.

In besonderer Weise haben Politiker wie Bürger mit der hohen Komplexität von Politik zu kämpfen. Das Nebeneinander der gleichwohl verschränkten Ebenen, die enge Verknüpfung mancher Politikfelder, die Konkurrenz von Zielen, die Größe der Herausforderungen bei Ohnmacht der Individuen (die nicht mehr vorrangig milieugesteuert sind) – dies alles hat sicherlich zur Entfremdung von Politik beigetragen.

Auf diese Konstellation wird unterschiedlich reagiert:

- Es entsteht Frustration, „Wut“ (die in den Medien merkwürdig legitim erscheint), auch Resignation.
- Eine gewisse Konjunktur haben Positionen, die einfache Antworten geben (was naturgemäß in Sackgassen führt).
- Interesse finden alle möglichen Verschwörungstheorien, die Probleme zu erklären und verschiedenste Antworten zu rechtfertigen scheinen.
- Viele verabsolutieren ihr Anliegen und verkennen die Schwierigkeiten der Realisierung. Wer beispielsweise unter dem Eindruck einer Klimaapokalypse steht, kann dazu neigen, Politik ausschließlich unter dieser Frage zu bewerten. Ähnlich ist das Verhalten bei Zielen, die Minderheiten betreffen.

Ein großes Problem liegt darin, dass angesichts der Tendenz zur Empörung zeitaufwändige Prozesse abgelehnt werden. Bloßer Voluntarismus aber reicht nicht. Kompromisse erscheinen vielen verpönt – darin wird man übrigens eine der Ursachen der Probleme der Volksparteien sehen müssen, die immer schon parteiintern den Ausgleich von Interessen und Zielen suchen müssen. Ohne Kompromisse kommen aber Demokratien nicht aus. Allerdings müssen sie in der Regel mühsam erarbeitet werden.

Eine deutsche Besonderheit erschwert Kompromisse: die Neigung, politische Positionen moralisch zu überhöhen und dem Gegner die Moral abzusprechen. Nun gibt

es unbestreitbar auch Fälle nackter Interessenpolitik, die ihre Rechtfertigung ausschließlich in der eigenen Selbstbehauptung haben. Dennoch tun wir gut daran, die moralische Überhöhung der Politik zurückzufahren, in der das Gemeinwohl zwar eine Leitidee ist, in der es in der Regel aber auch um Interessen geht. Das würde Kompromisse erleichtern.

Die deutliche Zerfaserung des Parteiensystems, das durch eine hochdifferenzierte Gesellschaft geprägt ist, lässt es dringlich erscheinen, über Strukturen und Prozesse nachzudenken, die bei allen Gegensätzen und Konkurrenzen den politisch-gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Erörtern muss man auch die immer noch nationale Begrenztheit unseres Politikbegriffs.

\*

Es fällt nicht schwer, problematische Verhaltensmuster in unserer politischen Kultur zu benennen. Über deren Eindämmung werden wir reden müssen, um geeignete Gegenmaßnahmen zu finden. Doch die große Krise der Demokratie zeichnet sich bislang nicht ab – trotz beunruhigender Entwicklungen im Parteiensystem. 2019 ist nicht 1932. Geschichte enthält eine Menge Anregungspotenzial zum Nachdenken über Gegenwart und Zukunft. Festzuhalten ist: Die einfache Wiederholung von Geschichte ist eher selten, doch haben wir uns im Bewusstsein von Gefährdungen den konkreten Herausforderungen zu stellen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 100/2020*

### **Literaturhinweis:**

Heinz Westphal:

*Ungefährdet ist Demokratie nie.*

*Erlebnisse und Erfahrungen mit deutscher Zeitgeschichte*

Droste, Düsseldorf 1994

# Gespaltene Gesellschaft?

## Gesellschaftliche Konfliktlinien und Aufgaben demokratischer Politik

Zurzeit werden unsere Gesellschaft und Demokratie in Publizistik und Wissenschaft oftmals sehr kritisch gesehen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Kritik begründet ist und Politik sich mit dieser auseinandersetzen muss. Zugespitzt lässt sich fragen: Ist die lange Zeit als nivellierte Mittelstandsgesellschaft beschriebene Gesellschaft inzwischen durch Polarisierungen gekennzeichnet, die nicht zuletzt in soziokulturellen Gegensätzen ihre Ursachen haben und den Grundkonsens unserer demokratischen Ordnung tangieren?

### I.

Zu Recht wird auf die Veränderung des Stils der Auseinandersetzung hingewiesen: das Vordringen der Hasssprache, insbesondere in den sozialen Medien, angefeuert von Rechts- und auch von Linksextremen, nicht zuletzt die Androhung und Anwendung von Gewalt, die Verrohung der Formen der Auseinandersetzung. Nicht zu übersehen ist der Verlust gegenseitigen Respekts. Gestört ist offensichtlich das gesamtgesellschaftliche Gespräch, es dominiert die Kommunikation mit dem eigenen „Lager“. Das Internet erleichtert es, nur noch in der jeweiligen „Blase“ miteinander zu reden und dabei einander zu bestätigen. Inwieweit die seriösen Medien, etwa die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten gegensteuern oder auch Teile des Problems sind, ist strittig.

Nun glauben Publizisten und Wissenschaftler, neben den traditionellen Konflikten wie etwa dem zwischen Kapital und Arbeit vor allem einen soziokulturell geprägten Konflikt als dominant diagnostizieren zu können: den von David Goodhart als Gegensatz zwischen einer transnational orientierten Elite der „anywheres“ und den in ihrer Region oder Nation verwurzelten „somewheres“ bezeichneten Konflikt. Andere bezeichnen diesen Konflikt als einen zwischen „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“, das heißt zwischen einer gut ausgebildeten Elite, die vor allem sich selbst verwirklicht, und der alten Mittelschicht, die teilweise durch die Globalisierung ins Hintertreffen geraten ist. Die von dieser Schicht vertretenen kommunitarischen Positionen sind demnach anfällig für den Rechtspopulismus, zumal sie in den Medien nur wenig Unterstützung finden. Der Soziologe Andreas Reckwitz sieht die Struktur der spätmodernen Gesellschaft charakterisiert (unterhalb der weiterhin sehr kleinen Oberklasse) durch die sich vorrangig auf kulturelles Kapital abstützende neue Mit-

telklasse, durch die gleichsam abgestiegene alte Mittelklasse sowie durch die neue Unterklasse/prekäre Klasse. Diese Struktur, die die traditionelle Zwiebelstruktur der industriellen Mittelstandsgesellschaft ersetzt, determiniert gleichsam das politische Verhalten, wie sich insbesondere in der Flüchtlingsfrage (konkret der Verteidigung der Grenzen) zeigt.

Doch ist diese Sicht, nach der der politische Gegensatz von Grünen und AfD eine gesellschaftliche Polarisierung verkörpert, wirklich begründet?

## II.

In den Sozialwissenschaften gibt es nicht selten die Tendenz, anspruchsvolle Begriffe zu definieren, die dabei festgelegten Inhalte aber für Realität zu halten, das heißt die Begriffe zu ontologisieren. Diese Tendenz scheint sich auch bei der Definition von „Kosmopolitismus“ (kosmopolitischer Elite) und „Kommunitarismus“ (z. T. verengt auf Rechtspopulismus) zu zeigen. Im Grunde handelt es sich um Idealtypen, die in der Diskussion an die Stelle einer differenziert zu erfassenden komplexen Realität gestellt werden. Die Begriffe sind im Übrigen zu erläutern, was in vielen Diskussionen nicht gemacht wird. Vor allem ist zur Kenntnis zu nehmen, dass viele Menschen nach Kompromissen suchen, etwa in der Flüchtlingsfrage. Dass die „Kosmopoliten“ alle keinerlei Bindung zu Deutschland haben, ist ebenso unzutreffend wie die Annahme, dass die Kommunitaristen sich alle an einem ethnisch geprägten Volksbegriff orientieren. Eine neue große Flüchtlingswelle wie 2015 wünscht sich offensichtlich allenfalls eine Minderheit. Auch sind keineswegs alle, die die Einwanderung steuern wollen, AfD-Anhänger. Und man sollte sie auch nicht durch Etikettierung dazu machen. Dass der vielfach dauerhafte Zuzug für die sozial Privilegierten etwas anderes bedeutet als für die sozial Schwächeren – etwa bezogen auf den Arbeitsmarkt oder die Wohnungsfrage – ist allerdings zur Kenntnis zu nehmen.

Manche Probleme sind bislang noch nicht gelöst. Die Integration ist nicht allein mit der Wohnungs- und Arbeitsplatzfrage bewältigt. Die Begegnung verschiedener Kulturen ist ein komplizierter Prozess, bei dem die Zuwanderer keineswegs jede kulturelle Eigenständigkeit aufgeben müssen. Und doch sollten sie die Grundlagen der Mehrheitsgesellschaft anerkennen. Aber die Menschen können nur in einem längeren Prozess für unsere demokratische Ordnung gewonnen werden, die das Ergebnis schmerzhafter historischer Erfahrungen ist.

Über derartige Fragen, zu denen auch die kulturellen Interessen breiterer Schichten gehören, gilt es sachliche Gespräche zu führen. Zu Recht hat Joachim Gauck ge-

fordert, Gespräche nicht vorschnell auf die Leute zu verengen, die uns zustimmen. Allerdings gilt es, bestimmte Tatbestände klarzustellen: Volk und Nation waren niemals homogen und auf das Ziel einer Homogenisierung ist in einer offenen Gesellschaft zu verzichten – gerade vor dem Hintergrund deutscher Geschichte. Klar ist auch, dass eine Identität von Regierenden und Regierten in Großstaaten unmöglich ist. Wer sie propagiert, ist in der Regel auf dem Weg zu einer Diktatur. Auch ist darauf hinzuweisen, dass viele Fragen – etwa die Klimaproblematik – gewiss nicht auf nationaler Ebene lösbar sind, hier bedarf es großer internationaler Anstrengungen. Andererseits ist einzuräumen, dass die sozialen Sicherungssysteme auf unabsehbare Zeit auf den Nationalstaat bezogen sein werden – die nationale Orientierung ist keineswegs in jedem Fall ideologisch. Gespräche ohne Denkverbote erscheinen über Nationalstaat und Europa nötig.

### III.

Nicht vorbeizukommen ist an der Frage nach dem Verbindenden in unserer pluralistischen Gesellschaft, das eine einigende Funktion hat. Die Formen der Auseinandersetzung lassen Zweifel daran aufkommen, dass es einen die politische Kultur prägenden Konsens noch gibt. Manches spricht dafür, dass wir an dem Verbindenden arbeiten müssen und der Konsens eine politische Aufgabe ist.

Konsens ist vermutlich nicht in einer vorpolitischen Leitkultur zu sehen. Vieles spricht dafür, das Grundgesetz und das ihm zugrundeliegende Wertesystem – beides Ergebnisse historischer Erfahrungen, über die man etwas wissen muss, wenn man an dieser Gesellschaft partizipieren will – als Grundlage zu betrachten. Die Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten, der Gewaltenteilung, der demokratischen Institutionen, die Herrschaft auf Zeit im parlamentarischen System ermöglichen, der Rechts- und Sozialstaatlichkeit bilden Fundamente, auf denen durch Teilhabe eine politische Grundhaltung erwächst. Diese Haltung kann man – mit Dolf Sternberger und Jürgen Habermas – als „Verfassungspatriotismus“ oder mit Julian Nida-Rümelin als „Republikanismus“ bezeichnen. In seinem Aufsatz „Republikanischer Kosmopolitismus“ führt Nida-Rümelin aus, dass der Republikanismus neben Liberalismus und Kommunitarismus einen dritten Pol bilde, „der die Zugehörigkeit zu einer demokratisch verfassten Staatlichkeit, getragen von sozialer Kooperation, einsetzt, um sowohl den Individualisierungstendenzen eines entfesselten Wirtschaftsliberalismus zu begegnen wie den Partikularisierungstendenzen des Multikulturalismus“. Die demokratische Teilhabe stifte „eine kollektive, eben republikanische, genuin politische Identität, die den Kollektivismus partikularer Identität ebenso wie den Atomismus kapitalistischer Marktgesellschaften auf ein ziviles Maß beschränkt“.

\*

Joachim Gauck, dem Ehrenvorsitzenden unseres Vereins, ist unbedingt zuzustimmen. Wir haben die Intoleranten zu bekämpfen, doch das Gespräch mit denen zu suchen, die gesprächsbereit sind, auch wenn wir ihre Positionen ablehnen oder sie uns nicht unbedingt sympathisch sind. Wir dürfen uns als Demokraten mit manchen Tendenzen nicht abfinden, die die bislang tragfähige politische Mitte gefährden. Einem Radikalismus der Mitte ist vorzubeugen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 103/2020*

### **Literaturhinweise:**

David Goodhart:

*The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics,*  
London, Hurst & Co 2017

Julian Nida-Rümelin:

*Die gefährdete Rationalität der Demokratie. Ein politischer Traktat,*  
Hamburg, Edition Körber 2020

Andreas Reckwitz:

*Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne,*  
Berlin, Suhrkamp 2019

Joachim Gauck (mit Helga Hirsch):

*Toleranz: einfach schwer,*  
Freiburg Basel Wien, Herder 2019



## **VII.**

# **ZUR GESCHICHTE DER VEREINIGUNG GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE**

## Kontexte der Entstehung von Gegen Vergessen – Für Demokratie

Beträchtliches Interesse hat die Jenaer Historikerin Kristina Meyer mit ihrem umfangreichen Buch über den Umgang der Sozialdemokratie mit der NS-Vergangenheit gefunden. Fast am Ende des Buches, das über den Zeitraum 1945-1990 geht, behandelt die Autorin die Gründung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie“, die zwar erst 1993 erfolgte, deren Vorgeschichte aber in die Zeit vor 1989 zurückreicht.

Das Buch zeigt auf vielen Seiten die Dilemmata auf, denen sich die Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit ausgesetzt sah. Wie keine andere Partei hatte sie die demokratische Republik von Weimar geprägt und diese bis zuletzt gegen den Ansturm der Extreme, der Nazis und der Kommunisten, verteidigt. 1933 war sie verboten worden, Tausende von Sozialdemokraten wurden verfolgt oder flohen ins Ausland, um sich der Verfolgung zu entziehen. Teile der Partei kämpften im Widerstand, teilweise verbunden mit dem Exilvorstand, einige Sozialdemokraten waren sogar an der Bewegung des 20. Juli 1944 beteiligt, viele verloren dabei ihr Leben.

Doch gerade diese Geschichte war für die 1945 wiedergegründete SPD ein Problem. Im ersten Nachkriegsvorstand der Partei saß nicht einer, der nicht von Verfolgung oder Exil betroffen gewesen war. Doch wurde Kurt Schumacher und anderen führenden Sozialdemokraten rasch klar, dass sie damit eher am Rande der Gesellschaft standen, die tief in das NS-System und seine Politik verstrickt gewesen war. Neben den vielen ehemaligen Nazis gab es Millionen von Mitläufern des Systems. Und selbst von den Sozialdemokraten hatten viele versucht, irgendwie zu „überwintern“ oder sich sogar angepasst.

Trotz dieses Problems bejahten die Sozialdemokraten, die Verantwortlichen für die NS-Politik zur Rechenschaft zu ziehen sowie die bürokratischen Eliten zu entnazifizieren, auch wenn sie die konkreten Maßnahmen der Alliierten in diversen Hinsichten kritisierten. Auch setzten sie sich – wie keine andere Partei – für Wiedergutmachungsleistungen ein. Das Luxemburger Abkommen mit Israel konnte Konrad Adenauer nur mit Hilfe der SPD im Bundestag durchsetzen. Später – auch dies zeigt Kristina Meyer – engagierten sich die Sozialdemokraten mit Nachdruck für die Aufhebung der Verjährung von Mord, was im Hinblick auf die NS-Prozesse von großer Bedeutung war.

Die Autorin untersucht einlässlich auch die innerparteilichen Diskussionen. In besonderer Weise wertet sie die Akten der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AVS) aus, von denen etliche die Entwicklung der deutschen Gesellschaft und der eigenen Partei kritisch sahen. Generell war diese Gruppe der Ansicht, dass die Partei die Erinnerung an den sozialdemokratischen Widerstand und das Exil vernachlässige – der „Gestus der Bescheidenheit“, auf den sich die Führung im Hinblick auf die – sich von den Kommunisten bewusst unterscheidende – Selbstdarstellung verständigt hatte, erwies sich aus der Sicht von AVS-Vertretern als Nachteil.

Als seit Ende der 70er Jahre – gefördert auch durch die Fernsehserie „Holocaust“ – die Erinnerung an die NS-Zeit wachsendes öffentliches Interesse fand, erlebte die AVS, deren Mitglieder inzwischen überwiegend schon betagt waren, noch einmal einen Aufschwung. Die neue Geschichtsbewegung der 80er Jahre, die vielfältige Formen annahm, wandte sich verstärkt der „oral history“ und den Zeitzeugen zu.

Heinz Putzrath, der Vorsitzende der AVS, stellte angesichts des Wegsterbens vieler AVS-Mitglieder in diesen Jahren schließlich Überlegungen an, wie man das Erbe der AVS – auch ohne die Verfolgten – weiterführen könne. Ihm schwebte – so zeigt Kristina Meyer – eine „Auffangorganisation“ oder auch eine „Stiftung Verfolgung und Widerstand“ vor, die er sich zwar sozialdemokratisch geführt vorstellte, doch auch für Nicht-Sozialdemokraten offen sein sollte. Er trat an Parteifreunde, den Vorsitzenden der Historischen Kommission und die FES heran, eine Organisation zu gründen „Wider das Vergessen – Pro Demokratie“. Unterstützt wurde er u.a. von Heinz Westphal, dem ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten. Schließlich gelang es beiden 1993, Hans-Jochen Vogel, der entsetzt war über die ausländerfeindlichen Aktionen im vereinigten Deutschland, für die Gründung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie zu gewinnen. Dieser machte sich die Sache mit großem Engagement zu eigen.

Vogel ging von Anfang an von einer überparteilichen Vereinigung aus. Auch Putzrath wollte den Verein für andere öffnen. Wie weit beider Meinungen auseinandergingen, lässt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand schwer beantworten, womöglich werden Einschätzungsunterschiede von der Historikerin überschätzt. Dass aber eine der Wurzeln von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in der AVS-Tradition liegt, darin ist Kristina Meyer zuzustimmen.

Sicherlich lassen sich manche historischen Sachverhalte anders als von der Autorin interpretieren, etwa Gustav Heinemanns Forderung, Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte verstärkt bewusst zu machen; dies war gewiss nicht der Versuch,

der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit auszuweichen. Doch keine Frage: das Buch ist eine wichtige Veröffentlichung zur Geschichte der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Deutschland 1945–1990.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 90/2016*

**Literaturhinweis:**

Kristina Meyer:

*Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990*

Wallstein-Verlag, Göttingen 2015

## Zur Erinnerung an Heinz Putzrath

Vor 15 Jahren, am 24. September 1996, starb plötzlich Heinz Putzrath, von dem entscheidende Impulse zur Gründung der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ausgingen. Ich erinnere mich gut an Gespräche mit ihm seit Ende der 80er Jahre: ihn, den Verfolgten des NS-Regimes, trieb der Gedanke um, dass die Erinnerungsarbeit der Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung auch nach deren Tod weitergeführt und deshalb auf eine neue Grundlage gestellt werden müsse. Dazu wollte er, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, ein überparteiliches Projekt ins Leben rufen, das von Demokraten auch der anderen Parteien unterstützt wurde. Ihm gelang es, prominente Persönlichkeiten, insbesondere Hans-Jochen Vogel, dafür zu gewinnen.

Schon von seiner Lebensgeschichte her war Heinz Putzrath – wie Hans-Jochen Vogel in seiner Trauerrede 1996 erklärte – ein „außerordentlicher Mann“. 1916 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Breslau geboren, besuchte er das Realgymnasium und schloss sich als Schüler dem Deutsch-Jüdischen Wanderbund und dem Sozialistischen Schülerbund an. Im Kontext der Auseinandersetzungen im Überlebenskampf der Republik wurde er als 16jähriger Mitglied der KPD-Opposition (KPO), die anders als die moskauorientierte KPD-Führung eine schroffe Frontstellung gegen die SPD ablehnte. Zunächst in einer Autoschlosserei tätig, dann in einer Tapiseriefabrik eine kaufmännische Ausbildung beginnend, engagierte er sich in der Widerstandsarbeit gegen Hitler, wurde jedoch schon im September 1933 verhaftet und wegen Hochverrats zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Aus der Haft entlassen, floh der 17jährige nach Holland, absolvierte hier eine Bauschlosserlehre in einem Werkdorf des jüdischen Flüchtlingskomitees, wurde 1936 jedoch wegen politischer Betätigung ausgewiesen und rettete sich in die Tschechoslowakei und von dort nach Großbritannien, wo er – „mit dem Gesicht nach Deutschland“ – in einer Baufirma und dann in einer Flugzeugfabrik arbeitete. 1940/41 als Deutscher interniert, verstärkte er während des Krieges sein politisches Engagement. Er trat der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter bei, arbeitete in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ mit, die in der Sozialdemokratie aufging.

1946, nach 12jährigem Exil, kehrte Heinz Putzrath nach Deutschland zurück und wurde Auslandsreferent des SPD-Vorstandes, zunächst in Hannover, seit 1951 in Bonn. In dieser Eigenschaft wirkte er als Mann der praktischen Politik an der Wie-

dergründung der Sozialistischen Internationale mit und knüpfte Beziehungen der SPD zur Arbeitspartei in Israel. Einige Jahre später war er Mitgründer der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Seit 1961 arbeitete er als Geschäftsführer der Organisation „Weltweite Partnerschaft“, die technische Entwicklungshilfe leistete, und war von 1968 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1981 Leiter der Abteilung Gesellschafts-politische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Nach dem Eintritt in den Ruhestand begann bei Putzrath eine neue Phase rastloser Tätigkeit, in deren Mittelpunkt die Gegenwartsbedeutung der NS-Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und mit jeder Form der Totalisierung stand. Seit 1982 war er Berater der Historischen Kommission beim SPD-Vorstand, die von Susanne Miller geleitet wurde, die ihn aus dem Londoner Exil kannte. In vielfältigem Kontakt mit Menschen in aller Welt stehend, die während der NS-Zeit verfolgt worden waren, wurde er 1983 zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten gewählt, gab die AVS-Mitteilungen heraus und wurde über Jahre zum Motor dieser Arbeitsgemeinschaft.

Das Projekt „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ geht nicht nur wesentlich auf seine Initiative zurück, auch der Name stammt von ihm. Mit großer Energie engagierte er sich für die neue Vereinigung. Besonders am Herzen lagen ihm die Zeitzeugen und die Gedenkstättenarbeit. So war es voller Symbolik, dass er auf dem Weg von einer Sitzung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten kommend wenige Monate vor Vollendung des 80. Lebensjahres in Berlin starb. Bei der Trauerfeier sprach Johannes Rau von einem „erfüllten Leben“, „das geprägt war durch den Kampf gegen die nationalsozialistische Barbarei und dem Einsatz für die soziale Demokratie“. Hans-Jochen Vogel schloss seine Trauerrede für die Vereinigung mit den Worten: „Wir aber wollen mit und in unserem Projekt fortfahren, was er begonnen hat. Wir wollen sein Vermächtnis erfüllen, [...], das lautet: Dem Vergessen wehren, die Demokratie verteidigen.“

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 70/2011*

### **Literaturhinweis:**

Johannes Rau/Bernd Faulenbach (Hg.):

*Heinz Putzrath. Gegen Nationalsozialismus. Für soziale Demokratie.*

Klartext, Essen 1997

## Zum 90. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel

Der Gründungsvorsitzende unseres Vereins, Hans-Jochen Vogel, wurde am 3. Februar 90 Jahre alt. Für uns ein Anlass, mit Dankbarkeit zurückzublicken. Manche nennen Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nach wie vor „Hans-Jochen Vogels Verein“, was keineswegs abwertend gemeint ist. Hans-Jochen Vogel hatte nicht nur entscheidenden Anteil an der Gründung, er prägte den Verein über Jahre in unvergleichlicher Weise, was bis heute nachwirkt. Nach wie vor engagiert sich Vogel für diesen Verein in großartiger Weise, obgleich auch er Alter und Krankheit Tribut zahlen muss und inzwischen München nicht mehr verlässt. Viele Mitglieder sind durch ihn in die Vereinigung eingetreten und ihm nach wie vor persönlich verbunden.

Im Jahre 1993, als Vogel zusammen mit anderen den Verein gründete und den Vorsitz übernahm, war er dabei, von der aktiven Politik im engeren Sinne Abschied zu nehmen. Er selbst charakterisiert in seinen Erinnerungen, die mit dem Ausscheiden aus dem Bundestag 1994 beginnenden Jahre als „dritten letzten Lebensabschnitt“ – nach seiner Münchener Zeit und seinen Bonner und Berliner Jahren.

Hans-Jochen Vogel gehört zweifellos zu den markantesten Figuren der deutschen Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. 1960 – im Alter von 34 Jahren – wurde der „Einserjurist“ zum Oberbürgermeister Münchens gewählt. Unter seiner Regierung vollzog München eine ausgesprochene Modernisierung, ohne seine Besonderheiten zu verlieren. 1972 wurde München Stadt der Olympischen Spiele, die der Welt ein neues demokratisches Deutschland zeigte. Vogel wechselte dann in die Bundespolitik, wurde Städtebauminister im Zweiten Kabinett Willy Brandts, in dem er unter anderem die rechtlichen Grundlagen des Städtebaus reformierte. Unter Kanzler Helmut Schmidt wechselte er ins Justizressort, in dem er den RAF-Terror mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfte und zusammen mit Kanzler Schmidt schwierige Entscheidungen im Herbst 1977 zu fällen hatte. Nach einem Intermezzo in Berlin als Regierender Bürgermeister und als Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus kehrte er in die Bundespolitik zurück, wurde SPD-Kanzlerkandidat, Oppositionsführer im Bundestag und dann auch – nach dem Rückzug Willy Brandts – SPD-Vorsitzender. Keine Frage, Vogel war ein ausgesprochen profilierter, durchaus kämpferischer Politiker, der Kompetenz in einer ganzen Reihe von Bereichen besaß, den aber zugleich die Fähigkeit zur Integration auszeichnete. Wie sehr ihm die Menschen vertrauten, wurde mir deutlich, als wir vor etwa 15 Jahren zu Fuß gemeinsam ca. 1 km in Berlin zurücklegten, die Menschen ihn erkannten und ihm ihre politischen Anliegen

und Sorgen vortrugen. In ähnlicher Rolle hatte ich ihn schon Ende der 1980er-Jahre wahrgenommen.

### **Ein idealer Gründungsvorsitzender**

Bei der Gründung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. 1993 kamen verschiedene Momente zusammen: zum einen die Absicht früherer Verfolgter der NS-Zeit, ihr Anliegen der kritischen Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit zu institutionalisieren und dauerhaft zu machen, zum andern das Erschrecken über ausländergefeindliche Aktionen mit Todesopfern in der Gesellschaft des vereinigten Deutschland und der Wille von Persönlichkeiten, sich vor dem Hintergrund der Geschichte mit diesen Tendenzen nicht abzufinden. An der Spitze dieser Gruppe stand Hans-Jochen Vogel, der den Vorschlag von Heinz Putzrath, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, zur Gründung des Vereins aufgriff, ihn aber ein Stück weit umformte. Insbesondere setzte er definitiv eine Überparteilichkeit der neuen Vereinigung durch und brachte zusätzliche konzeptionelle Impulse ein. In dieser Gründungsphase, in der auch Heinz Westphal, der Bundestagsvizepräsident a.D., mit dabei war, konnte eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, überwiegend durch Vogel selbst, gewonnen werden: Hanna-Renate Laurien, Friedrich Schorlemmer, Burghardt Hirsch, Wolfgang Lüder – auch der Autor dieser Zeilen wurde von Vogel angesprochen, hatte jedoch schon vorher mit Putzrath über die Gründungsidee beraten. Hans-Jochen Vogel war geradezu ein idealer Gründungsvorsitzender; er war ein herausragender Politiker mit viel Erfahrung und der Fähigkeit zum konzeptionellen und organisatorischen Aufbau. Er galt als fair und hatte durchaus auch Beziehungen zu den anderen Parteien, auch zur CDU. So unterschiedlich die Brüder Hans-Jochen und Bernhard Vogel waren und sind, Hans-Jochen ist Sozialdemokrat, Bernhard Christdemokrat (in den 1990er-Jahren war er thüringischer Ministerpräsident): In der Frage der Bewahrung der Erinnerung an NS-Zeit und Krieg und im entschiedenen Eintreten für die offene pluralistische Demokratie stimmten die Brüder überein und traten gelegentlich sogar gemeinsam auf. Bis heute vertreten sie in diesem Themenfeld ähnliche Positionen.

Dass Hans-Jochen Vogel sich die Sache des Vereins zu eigen machte, ihr seinen Stempel aufdrückte, Mitstreiter aus anderen Parteien gewann, seine Reputation, sein Beziehungsnetz und vor allem auch seine Energie und Durchsetzungsfähigkeit einbrachte, war zweifellos ein Glücksfall für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Anfangs handelte es sich um einen noch überschaubaren, doch wachsenden Kreis. Er versuchte zunächst, mit Organisationen mit ähnlichen Anliegen zusammenzuar-

beiten und kleinere Projekte zu fördern, aber auch eigene Tagungen und Zeitzeugenprojekte durchzuführen, ein Jahrbuch herauszugeben und vieles mehr. Der bald 600 Mitglieder aufweisende Verein beschloss 1995 ein Regionalisierungskonzept, das schrittweise umgesetzt wurde. Heute ist Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit Regionalgruppen bundesweit vertreten – gewiss gibt es dabei Regionen, in denen wir noch Nachholbedarf haben. Der Verein zählt gut 2.000 Mitglieder und hat im letzten Berichtszeitraum von November 2014 bis Oktober 2015 bundesweit nicht weniger als 423 Termine gestaltet; zudem werden in der Geschäftsstelle verschiedene Projekte mit bundesweiter Bedeutung durchgeführt.

### **Persönliche Motive**

Was war es, das Hans-Jochen Vogel antrieb? Verschiedene Gründe politischer und persönlicher Art dürften sich dabei vermengen. Es fällt jedenfalls auf, dass Vogel schon als Politiker seit den 1960er-Jahren an Zeitgeschichte interessiert war, aber auch an der Geschichte seiner Partei. Dabei entwickelte er besondere Sensibilität für Verfolgte: Verfolgte der NS-Zeit, aber auch der kommunistischen Zeit. Nachdrücklich setzte er sich für bislang unzureichend berücksichtigte Opfergruppen ein. Unter ihm als Justizminister wurde die Verjährung von Mord endgültig aufgehoben, vorher war die Verjährungsfrist angesichts der noch keineswegs abgeschlossenen strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Verbrechen zweimal verlängert worden. Vogel ging es bei der Aufhebung um ein Zeichen, dass der einzigartige Mord an den europäischen Juden und anderen Gruppen nicht vergessen werden dürfe, sondern weiter rechtsstaatlich aufzuarbeiten sei.

Keine Frage, dass den Politiker Anfang der 1990er-Jahre auch die Sorge um unsere Demokratie angesichts der Mordbrennereien gegenüber Asylbewerbern vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte umtrieb. Darüber hinaus spielten aber – wie er wiederholt erklärt hat – für ihn bei seinem Engagement für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auch persönliche Motive eine Rolle. Er betonte, dass er als Kind, als Jugendlicher und als Soldat NS-Zeit und Krieg selbst miterlebt habe. Wie die große Mehrheit seiner Generation war er Mitglied der Hitlerjugend, stieg sogar zum Scharführer auf, der eine sogenannte Kulturstelle zu verwalten hatte und dabei mit der Betreuung eines Theaterrings und einer Laienspielschar befasst war. Ihm seien zwar kritische Fragen gekommen, doch sei er „wesentlich im Strom der damaligen Jahre mitgeschwommen, und der Gedanke, man könne, man müsse dem Staat Widerstand leisten“, sei ihm damals nicht gekommen. Ein Moment der Betroffenheit wird hier als Motiv erkennbar. Es hat seine Parallele bei Historikern seiner Generati-

on, die den Aufarbeitungsprozess zur NS-Vergangenheit ganz wesentlich vorangebracht haben: Sie hatten die NS-Zeit als ganz junge Leute erlebt, trugen aber für das Geschehen in der Regel noch keine Verantwortung.

## **Erinnern für die Gegenwart**

Hans-Jochen Vogel hat die Grundidee des Vereins, den Zusammenhang von Erinnerungsarbeit auf der einen Seite und demokratischer politischer Kultur auf der anderen Seite, in verschiedenen, durchaus noch aktuellen Beiträgen aus seiner Sicht dargelegt. Erinnern und Erinnerung haben für ihn etwas mit der Gegenwart zu tun. In der Tat wird beim Erinnern ein Stück wieder vorgestellter („rekonstruierter“) Vergangenheit in die Gegenwart geholt, d.h. vergegenwärtigt, was eben doch im weitesten Sinne heißt: auf die Gegenwart bezogen, was bedeutet, dass sich das Erinnerte verändert und im Übrigen im Hinblick auf die Vergangenheit selektiv ist. Erinnerung und Gedächtnis können nach seiner Überzeugung in Deutschland nicht an der „größten Katastrophe“ vorbeigehen, „die unser Volk je erlebt hat, deren Ausmaß alles übersteigt, was bis dahin für möglich gehalten wurde“. Erinnern müsse man an die NS-Gewaltherrschaft, den Widerstand, auch an die Ursachen, die zur Katastrophe führten. Nicht um die Konservierung von Schuldkomplexen oder um die Weiterführung von Betroffenheitsritualen gehe es dabei, sondern um die Einsicht für uns und die Nachgeborenen, „wie leicht sich Menschen verleiten ließen und wessen nicht wenige dann in ihrem Fanatismus und in ihrer Mordlust fähig waren“. Erinnern heißt für Vogel, aus der Vergangenheit Lehren zu ziehen und Geschichtsbewusstsein breiten Schichten zu vermitteln.

Erinnern schließt für Vogel eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein. Verlöre die Vergangenheit an Eigengewicht, würde sie zum bloßen Mittel für andere Zwecke. Aufsuchen der Geschehnisse der Vergangenheit ist aus Vogels Sicht deshalb nötig, vor allem des Angriffs- und Vernichtungskrieges und der vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehenden Verbrechen, insbesondere des Holocausts. Dabei blieb für ihn die – inzwischen allzu sehr in den Hintergrund getretene – Frage bedeutsam: Wie konnte Hitler an die Macht kommen? Vogel veröffentlichte dazu zusammen mit dem Historiker Klaus Schönhoven ein historisches Lesebuch unter dem Titel „Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus“.

Für Vogel war es ein Gebot der Glaubwürdigkeit, das Erbe dieser Zeit unter anderem dadurch zu akzeptieren, dass die deutsche Gesellschaft und der deutsche Staat die Opfer entschädigte – auch lange vernachlässigte Opfergruppen. Hans-Jochen Vogel und

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. engagierten sich deshalb im politischen Raum durch Stellungnahmen, persönliche Interventionen des Vorsitzenden und anderer für die Entschädigung von Euthanasieopfern, Zwangssterilisierten und Zwangsarbeitern. Plädiert hat Vogel 1997 auch für die Rehabilitation von Deserteuren und anderen sogenannten Volksverrättern. Dies waren für ihn praktische Konsequenzen, die aus der NS-Zeit noch zu ziehen waren. Eine notwendige Konsequenz war für ihn auch die Errichtung und dauerhafte Institutionalisierung von Gedenkstätten und Dokumentationszentren. In etlichen Fällen, etwa bei der späten Errichtung des Münchener Dokumentationszentrums, schaltete sich Vogel ein und übernahm dann auch Verantwortung.

## **Der Wert des Grundgesetzes**

Hans-Jochen Vogel möchte aus der NS-Vergangenheit „ex negativo“ politische Orientierung für die Gegenwart gewinnen. Für ihn sind weitere „deutsche Sonderwege“ – die tatsächlich teilweise bewusst angestrebt worden waren – unbedingt zu vermeiden. Unsere im Grundgesetz manifeste Werteordnung ist darüber hinaus als eindeutige Antwort auf die NS-Ideologie zu verstehen. Artikel 1 Absatz 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ markiert den Gegensatz wie der zweite Absatz des Artikels: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit der Welt.“ In den Artikeln 1-20, doch auch im demokratischen Aufbau der Bundesrepublik manifestiert sich für Vogel ein Denken, das diametral dem Nationalsozialismus entgegengesetzt ist. Umgekehrt zeige die NS-Zeit, was möglich sei, wenn die Menschen- und Bürgerrechte nicht gelten. Vor dem Hintergrund der Geschichte erhält das Grundgesetz damit eine besondere historische Legitimation.

Die Werte des Grundgesetzes verpflichten nach Hans-Jochen Vogels Überzeugung zum Kampf gegen den Rechtsextremismus, der für ihn wenn nicht ein Kontinuitätsphänomen, so doch eine politische Richtung mit ausgesprochenen Affinitäten zur NS-Ideologie darstellt. Von Anfang an war dementsprechend die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, mit Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein wichtiges praktisches Arbeitsfeld von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“. Generell ist gegen antidemokratische Haltungen vorzugehen, die Jochen Vogel gegenwärtig nicht zuletzt auch darin sieht, dass die Demokratie schlechtgeredet wird. Wer demokratische Parteien und Politik pauschal verurteile, sei „blind gegenüber dem, was heute wirklich wert ist, geschützt zu werden“. Schon 2003 hatte er festgestellt: „Die Geschichte der Bundesrepublik ist nicht eine einzige Kette von Fehlschlägen und Katastrophen.“

Dass Jochen Vogel die kritische Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Interesse verfolgt hat, sei ergänzend angemerkt. Eine teilweise Fehlwahrnehmung der DDR, was beispielsweise das Ausmaß der Stasi angeht, hat er eingeräumt, doch haben ihn diese Fragen nicht in gleicher Weise beschäftigt wie die NS-Zeit. Keine Frage aber, dass er sich stets auch gegen den Linksextremismus gewandt hat.

### **Weiterentwicklung im Sinne des Gründungsvorsitzenden**

Sicherlich hat der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in den letzten Jahren einige neue Akzentsetzungen in seiner Arbeit vorgenommen. Dazu gehören die stärkere Berücksichtigung der europäischen Dimension der Erinnerungsarbeit oder eine intensivere Diskussion von Geschichte und gegenwärtigen Problemen der Demokratie, denen auch Integrationsprobleme zuzurechnen sind. Diese Erweiterung bisheriger Aufgabenfelder ist sicherlich in Hans-Jochen Vogels Sinne, dessen Verein nach wie vor seiner Idee verpflichtet bleibt: historische Erfahrungen als Auftrag für die Durchsetzung und Weiterentwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft zu betrachten.

Die Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. danken Hans-Jochen Vogel von Herzen für sein Wirken für unseren Verein und wünschen ihm zu seinem 90. Geburtstag alles, alles Gute – insbesondere Zuversicht und Wohlergehen. Wir hoffen, dass er unsere Arbeit noch lange mit Rat und Tat unterstützt.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 88/2016*

## Erinnerungsarbeit „vor Ort“ – zur Arbeit der Regionalgruppen

Beschäftigung mit der Geschichte des Ortes, der Stadt, einer Region durch die Bürgerinnen und Bürger ist gewiss keine neue Sache – man denke an die Heimatvereine mit ihrer langen Tradition in Deutschland. Doch entwickelte sich seit den 1980er-Jahren eine neue Auseinandersetzung mit Fragen der Geschichte von Stadt, Gemeinde und Region. Neu war unter anderem, dass ihr Gegenstand die Zeitgeschichte „vor Ort“ war. Und dies hieß vor allem, es ging um die Geschichte der NS-Zeit, auch um die Geschichte der Nachkriegszeit, auch die der DDR. Getragen wurde diese Arbeit zum Teil durch Initiativen, „Geschichtswerkstätten“, das heißt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, nicht nur von Historikern.

Etwas von dieser breiten Geschichtsbewegung ist im Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in den 1990er-Jahren aufgegriffen worden; insbesondere gilt dies für das Engagement von historisch-politisch-kulturell Interessierten, hier freilich verbunden mit dem Ziel, durch die Auseinandersetzung mit Geschichte unsere Demokratie zu stärken, was auch Bildungsarbeit zur Konsequenz hat.

Die regionalen Gruppen, die die Arbeit des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auf eine breitere Grundlage gestellt und in die Fläche ausgedehnt haben, engagieren sich vielfältig für die Aufarbeitung der Geschichte „vor Ort“ in der NS-Zeit. So wurden Spuren jüdischen Lebens gesichert, die Ereignisse der Reichspogromnacht dokumentiert, Lager von Zwangsarbeitern oder von KZ-Außenkommandos erforscht, das Schicksal jüdischer Menschen in der Stadt oder in der Region rekonstruiert, das Leben anderer Verfolgter untersucht, die Errichtung von Gedenkzeichen betrieben, Reisen zu den großen Gedenkstätten für Schülerinnen und Schüler organisiert, Ausstellungen und Vortragsveranstaltungen zu historisch-politischen Themen durchgeführt. Nur über einen Teil davon ist in der Vereinszeitung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. berichtet worden.

Die Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zeit vor Ort vermittelt die Einsicht, dass der NS-Terror keineswegs ausschließlich in Osteuropa außerhalb des Reichsgebiets stattfand, sondern in Deutschland seinen Ausgang hatte und eng mit der NS-Volksgemeinschafts- und Mobilisierungspolitik verbunden war. Es ist für viele Bürgerinnen und Bürger bedeutsam, dass an konkreten Orten, die sie kennen, ein Zwangsarbeiterlager war oder Bahnhöfe, von denen aus Menschen deportiert wurden, wo die

Synagoge stand, wo Treffpunkte des Widerstandes und der Verfolgung lagen. Geschichte wird auf diese Weise konkreter, wird in gewisser Weise auch – wenn Spuren vorhanden sind – beglaubigt.

Die Beschäftigung mit Zeitgeschichte in Stadt und Region ist ungebrochen – die Berichte aus den Regionalgruppen zeigen dies. Die Beschäftigung mit der NS-Zeit hat dabei ihr Pendant in der Beschäftigung mit der Geschichte der DDR, der SED-Diktatur und der Menschen in Ostdeutschland, auch wenn hier manches von der NS-Zeit abweicht.

Neuerdings fällt der Blick dieser Beschäftigung der Bürgerinnen und Bürger mit Geschichte, der naturgemäß selektiv ist, auf die Geschichte der Demokratie und der Demokraten. Auch diese Geschichtsarbeit hat sich nicht nur mit dem Geschehen in den Hauptstädten zu befassen, sondern ebenso mit dem vor Ort in den Regionen. Hier gilt es, an die Freiheits- und Demokratiebewegungen zu erinnern, an Vorkämpferinnen und Vorkämpfer dessen, was wir heute Demokratie nennen. Schlüsselereignisse sind wiederzuentdecken, in diesem Jahr 2018 insbesondere die Revolution 1918 und die Entstehung der Weimarer Republik. Diese Themen sind für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. umso wichtiger, als die Geschichtsarbeit im weitesten Sinne auf Gegenwart und Zukunft der Demokratie als politischer Ordnung und gesellschaftlicher Lebensweise bezogen ist.

Selbstverständlich aber sind die verschiedenen Komponenten des historischen Prozesses ebenso wie die der gegenwärtigen Demokratie heute miteinander verschränkt zu denken. Die Geschehnisse auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene weisen weitgehende Interdependenzen auf und Diktaturen mit totalitärem Anspruch zeigen zweifellos in besonderer Weise die Macht der „Zentrale“, gegebenenfalls die des „Führers“ und seines Umfeldes. Doch selbst in der NS-Diktatur haben viele diese Politik bereitwillig mitgetragen, haben versucht, im Sinne des Führers zu handeln. Keineswegs war – selbst in der Repressionspolitik – alles von oben befohlen, sondern viele haben selbstständig für den „Führer“ gehandelt.

Die Beschäftigung mit Geschichte „vor Ort“ hat deshalb die Zusammenhänge und Kontexte zu beachten, das heißt die im 20. Jahrhundert meist dominante nationale Ebene mitzusehen und doch auch nach besonderen Entwicklungen vor Ort und in der Region in ihrer Eigengewichtigkeit zu fragen.

Vor diesem Hintergrund ist die Rolle der Erinnerungsarbeit der Regionalgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gut begründet. Dass sie die ständige Kommunikation über die konkrete Arbeit, doch auch über gemeinsame Fragen, Anliegen, Projekte und Kampagnen nötig macht, liegt auf der Hand. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. realisiert Projekte von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger in einer demokratischen Zivilgesellschaft.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 95/2018*

## Zum Tode von Hans Koschnick

*Unsere Vereinigung trauert um Hans Koschnick, der am 21. April im Alter von 87 Jahren gestorben ist. Er hat Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in den Jahren 2000 bis 2003 als Vorsitzender ebenso engagiert wie umsichtig geführt.*

Als Hans Koschnick im Jahr 2000 von Hans-Jochen Vogel den Vorsitz unserer Vereinigung übernahm, war er bereits eine hochangesehene Persönlichkeit, die auf eine ungewöhnliche Biografie zurückblicken konnte. 18 Jahre lang, von 1967–85, war er Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Bremen gewesen, hatte den Strukturwandel des Stadtstaates mitgestaltet, partiell aber auch mit erlitten. Als Politiker mit großer Glaubwürdigkeit wirkte er weit über Bremen hinaus: Zweimal war er Bundesratspräsident, 1975–79 war er stellvertretender SPD-Vorsitzender (Willy Brandt war Vorsitzender, Bundeskanzler Helmut Schmidt sein Kollege als stellvertretender Vorsitzender), jahrzehntelang gehörte er den Führungsgremien seiner Partei an.

Seit den 1950er-Jahren setzte sich Hans Koschnick auf vielfältige Weise für die Verständigung mit den Nachbarvölkern, auch mit Israel und besonders mit Polen ein. Er war nicht nur ein leidenschaftlicher Repräsentant der Neuen Ostpolitik Willy Brandts (zu dem er übrigens ein sehr persönliches Verhältnis hatte), sondern brachte 1976 auch die erste Städtepartnerschaft einer deutschen mit einer polnischen Stadt – zwischen Bremen und Gdansk – zustande. Koschnick, ein Mann praktischer Vernunft, wollte die Entspannungspolitik mit Leben erfüllen. Konsequenter als andere Entspannungspolitikern trat er für die polnische Gewerkschaft Solidarność ein und traf sich auch nach ihrem Verbot mit Lech Wałęsa.

Nach seiner Zeit als Bürgermeister war er noch einige Jahre Bundestagsabgeordneter und widmete sich besonders Fragen der Außenpolitik. 1994–96 wurde er im Auftrag der EU Administrator der bosnischen Stadt Mostar; hier setzte er sein Leben ein – zwei Attentate wurden auf ihn verübt –, um den Frieden und Ausgleich zwischen den Nationalitäten durchzusetzen. Mehrere Jahre lang hat er die EU-Kommission in diesen Fragen beraten.

Hans Koschnick war seit 1994 Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Für ihn, dessen Eltern von den Nazis verfolgt worden waren, war stets klar, dass die NS-Zeit nicht nur aufzuarbeiten und bewusst zu machen war, sondern dass daraus

auch Folgerungen für unsere gegenwärtige politische Existenz und unser gesellschaftliches Leben zu ziehen waren. Dies machte er nach seiner Wahl in der Berliner Mitgliederversammlung 2000 und in den folgenden Jahren immer wieder deutlich. Dass sich das vereinigte Deutschland nicht mit dem Rechtsextremismus abfinden durfte, hat er unmissverständlich deutlich gemacht. Nach wie vor gab es zudem praktische Fragen im Hinblick auf die NS-Vergangenheit zu lösen. Unter seiner Führung engagierte sich die Vereinigung sehr entschieden für die Entschädigung von Zwangsarbeitern des Zweiten Weltkrieges. Scharf kritisierte Koschnick Industrieunternehmen, die sich weigerten, ihren Beitrag zur Zwangsarbeiterentschädigung zu zahlen.

In der Amtszeit des Vorsitzenden Koschnick nahm unser Verein zu einer ganzen Reihe geschichtspolitischer Fragen Stellung. Koschnick wandte sich nicht nur gegen eine Verharmlosung kommunistischen Unrechts, er plädierte auch dafür, die Opfer stalinistischer Macht in Entschädigungsfragen den NS-Opfern gleichzustellen. Der Vorsitzende Koschnick bezog dann im Herbst 2001 mit großer Entschiedenheit zu den Anschlägen in New York und Washington Position, bemühte sich dabei jedoch zugleich, die deutsche Politikfähigkeit zu wahren.

Die Politik des historisch begründeten Ausgleichs mit den Nachbarnationen setzte Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unter Koschnick weiter fort. Insbesondere engagierte sich der Vorsitzende Koschnick in der Frage deutscher Verbrechen in Griechenland während des Zweiten Weltkrieges. Es ging ihm – jenseits schwieriger juristischer Fragen – um sichtbare Zeichen der Scham und der Trauer der Deutschen gegenüber den Überlebenden und der griechischen Öffentlichkeit.

Als Hans Koschnick auf der Mitgliederversammlung 2003 in Nürnberg als Vorsitzender unserer Vereinigung zurücktrat und Joachim Gauck neuer Vorsitzender wurde, machte Koschnick klar, dass seine Identifikation mit den Zielen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. völlig ungebrochen war. Es seien körperliche Leiden, seine Knochen, die ein Reisen ohne Schmerzmittel unmöglich machten, die ihn zum Rücktritt zwängen. Auf der Mitgliederversammlung in Bremen 2011 gab es ein Wiedersehen vieler Freunde unserer Vereinigung mit Hans Koschnick – der in seiner äußeren Erscheinung ganz der Alte geblieben war: Er war gut über die Vereinigung informiert, sein verschmitztes Lächeln gab es nach wie vor, seine Umgänglichkeit war geblieben. Bis zuletzt hat er Vorstand und Geschäftsführung – wenn er gefragt wurde, denn er wollte sich nicht aufdrängen – mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

In der eindrucksvollen Trauerfeier im Bremer Dom am 4. Mai wurden die vielfältigen Facetten der Persönlichkeit und des Lebens von Hans Koschnick in Erinnerung gerufen. Bürgermeister Carsten Sieling sprach über den Bremer Koschnick, über dessen Elternhaus, über seine lange Amtszeit als Bürgermeister. Ex-Kanzler Gerhard Schröder würdigte – in Vertretung des erkrankten Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel – den Sozialdemokraten Koschnick. Der frühere polnische Botschafter in Deutschland Janusz Reiter und der Danziger Senatspräsident hoben die bedeutende Rolle Koschnicks in den deutsch-polnischen Beziehungen hervor. Ex-Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth sprach ebenfalls Koschnicks Bedeutung für die Versöhnungspolitik, aber auch sein zivilgesellschaftliches Engagement an und hob dabei seine Arbeit für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. hervor. Alle Versammelten waren sich einig, dass ein ganz ungewöhnlicher, großartiger Mensch von uns gegangen ist, der politische Moral und praktisches Handeln verband und dadurch in besonderer Weise „authentisch“ war.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. dankt Hans Koschnick von Herzen. Wir werden ihn nicht vergessen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 89/2016*

# Das Vermächtnis des Gründungsvorsitzenden

## Hans-Jochen Vogel

Hans-Jochen Vogel ist am 26. Juli im Alter von 94 Jahren in München gestorben. Zu Recht wurde er in den vergangenen Wochen vielfältig gewürdigt: Er gehörte über Jahrzehnte zu den profiliertesten Politikern unseres Landes und blieb bis zuletzt eine politisch-moralische Instanz unserer Demokratie. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verliert mit Hans-Jochen Vogel den Menschen, der die Gründung und Entwicklung der Vereinigung wie kein anderer prägte. Deshalb ist es naheliegend, hier nach dem zu fragen, was Hans-Jochen Vogel ausmachte und für uns wegweisend bleibt.

### Der Gründungsvorsitzende

Verschiedene Anliegen trafen bei der Gründung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie zusammen: die Absicht der Verfolgten des NS-Regimes und von Gegnern des kommunistischen Regimes, ihre Erfahrungen an die folgenden Generationen weiterzugeben; die Empörung über fremdenfeindliche Mordaktionen in den frühen 1990er Jahren; der verbreitete Wunsch, die demokratische politische Kultur des vereinigten Deutschlands nachhaltig zu stabilisieren. Diese Motive führten zur Gründung einer überparteilichen Vereinigung, die historische Erfahrungen aus der NS-Zeit wachhalten und daraus Folgerungen für die Gegenwart ziehen sollte: durch Bildungsarbeit, Publikationen, Veranstaltungen, Austausche, öffentliche Stellungnahmen und Erinnerungsprojekte. Es war vor allem Hans-Jochen Vogel, der die verschiedenen Motive zusammenführte, zahlreiche Persönlichkeiten zu Beitritt oder Unterstützung bewegte, Grundsätze formulierte, die Schaffung des organisatorischen Rahmens leitete, seinen persönlichen Einfluss und sein Netzwerk für den Verein einsetzte und nicht zuletzt durch seine Person und sein Engagement dem Slogan „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ politisches und gesellschaftliches Gewicht verlieh. Von Anfang an gab es selbstverständlich auch andere wichtige Akteure im Verein: den ehemaligen Bundestagsvizepräsidenten Heinz Westphal, den Vorsitzenden der Vereinigung verfolgter Sozialdemokraten Heinz Putzrath, die frühere Berliner Senatorin Hanna-Renate Laurien (CDU), den FDP-Politiker Burkhard Hirsch, den Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer und andere.

Dennoch war es nicht ganz falsch, wenn manchmal etwas despektierlich, doch auch zutreffend von „Vogels Verein“ gesprochen wurde: Er leitete den Verein und seine Sitzungen mit Umsicht, Akribie und Gestaltungswillen und repräsentierte ihn in der deutschen Öffentlichkeit. Der Verein wuchs, gründete Regionalgruppen, nahm zu wichti-

gen Fragen der Geschichtspolitik Stellung und – falls nötig – auch auf den politischen Entscheidungsprozess Einfluss.

Bis ins Jahr 2000 amtierte Hans-Jochen Vogel als Vorsitzender, doch blieb er für den Verein auch später noch engagiert: Er warb Mitglieder, bemühte sich um Spenden, formulierte Anregungen, Wünsche und Mahnungen – bis in die allerletzte Zeit seines Lebens.

## **Politische Anliegen und persönliche Erfahrungen**

Hans-Jochen Vogel hat häufig betont, dass es im vereinigten Deutschland darum gehe, die Erfahrungen der deutschen Geschichte, besonders aber die Erinnerungen an die NS-Zeit wachzuhalten, der Opfer des Holocausts und der anderen NS-Verbrechen zu gedenken, den Widerstand zu würdigen. Dies schloss für ihn ein, sich für Überlebende der verschiedenen Opfergruppen einzusetzen, etwa für Euthanasieopfer oder Zwangsarbeiter. Konsequenz der Erinnerungsarbeit war für ihn, allen Tendenzen zur Weiterführung des Nazismus im Rechtsextremismus sowie allen Versuchen zu Apologetik oder Verharmlosung des Nationalsozialismus entschieden entgegenzutreten. Die Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus – übrigens auch mit dem der SED-Diktatur – sah Vogel eng verknüpft mit dem Einsatz für Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit. Ex negativo begründeten die Erfahrungen der NS-Zeit die demokratische Grundordnung mit Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Herrschaft auf Zeit, Sozialstaatlichkeit und so weiter.

Hans-Jochen Vogel leiteten nicht nur geschichtspolitische, sondern auch persönliche Motive. Darin war er ein charakteristischer Vertreter der sogenannten „1945er“, das heißt der um 1930 Geborenen, die als Kinder und Jugendliche die NS-Zeit erlebt hatten und auch noch in den Krieg hineingezogen worden waren: als Flakhelfer oder sogar Soldaten, wie dies bei Vogel der Fall war, der noch im März 1945 in Italien schwer verwundet wurde. Verantwortlich war diese Generation für Hitler nicht, doch Vogel hat es sehr beschäftigt, dass er als Funktionsträger in der Hitlerjugend Teil dieses Systems geworden war. Obwohl ihm manches missfiel, hatte er das Regime nicht durchschaut und sich angepasst verhalten. Vogel hatte die Macht der Verführung des Systems an sich selbst erlebt und wollte nun die Fähigkeit zu Kritik und demokratischem Verantwortungsbewusstsein fördern, das seiner Generation gefehlt hatte.

Bemerkenswerterweise war es die Generation der „1945er“, diese erste nicht wirklich für den Nationalsozialismus verantwortliche Generation, die bei den Zeithistorikern wie keine andere den Aufarbeitungsprozess in der Nachkriegszeit vorantrieb. Hans-

Jochen Vogel war einer der namhaftesten Repräsentanten seiner Generation, die ein Programm geschichtspolitischer Konsequenzen aus der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zu ziehen versuchten.

Sein Beitrag lag nicht nur in der Förderung des Wissens um die Geschehnisse und seiner Verbreitung, sondern auch in der Stärkung eines Bewusstseins dafür, dass die Demokratie in der Gegenwart anhaltend gefährdet ist und dies konkretes Handeln erfordert.

### **Vogels politische Prinzipien**

Zu den Konsequenzen, die Hans-Jochen Vogel aus NS-Zeit und Kriegserfahrungen zog, gehörte sein Eintritt in die SPD im Jahre 1950. Diese Partei hatte aus seiner Sicht am glaubwürdigsten eine Linie der Demokratie und der Menschlichkeit als Alternative zum Nationalsozialismus verfolgt. Dass er auf die Dauer in besonderer Weise die Sozialdemokratie verkörpern würde, war ihm freilich nicht an der Wiege gesungen worden.

Der Jurist mit blendenden Examina und Promotion (Studium 1946–48) war der Sohn eines Professors der Zoologie und damit alles andere als ein „geborener“ Sozialdemokrat, was übrigens auch dadurch unterstrichen wird, dass sein sechs Jahre jüngerer Bruder Bernhard zu einem prominenten christdemokratischen Politiker avancierte. Die Vorfahren waren überwiegend Beamte, einer war sogar bayrischer Minister gewesen. Bei seiner Entscheidung leiteten Hans-Jochen Vogel politische ethische Motive. Retrospektiv konstatierte er 2007: „Je mehr das Ausmaß der Katastrophe und der materiellen Zerstörungen deutlich wurde, umso mehr kam ich zu dem Ergebnis: Du musst Dich auch für das Gemeinwesen engagieren und Dich am Wiederaufbau politischer Strukturen beteiligen, die eine Wiederholung des Geschehens unmöglich machen und Deutschland in den Kreis der Völker- und Staatengemeinschaft zurückführen.“

Bei der Entscheidung für die Sozialdemokratie, aus der ein lebenslanges Engagement für sie erwuchs, spielte neben der Übereinstimmung mit den Grundwerten und Prinzipien der Partei die Begegnung mit Persönlichkeiten eine wichtige Rolle, die sich im Kampf mit dem Nationalsozialismus in Widerstand und Emigration ausgezeichnet hatten, so mit Kurt Schumacher 1949. Allerdings strebte Vogel – wie der bayrische SPD-Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen – eine modernisierte SPD an, die weltanschaulich pluralistisch legitimiert war.

Als Modernisierer wirkte er zunächst in München, wo er 1960 zum jüngsten Oberbürgermeister einer westdeutschen Großstadt gewählt wurde und entscheidenden

Anteil an der Schaffung einer modernen Verkehrsinfrastruktur und an den olympischen Sportstätten hatte. Später, als Minister unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt, kämpfte er zum Beispiel für ein modernes Bodenrecht (für das er sich bis an sein Lebensende einsetzte) und setzte ein modernes Scheidungsrecht durch.

Im Übrigen sorgte er für die – im Hinblick auf die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen relevante – endgültige Aufhebung der Verjährungsfrist bei Mord. Als Justizminister trug er zudem einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die Auseinandersetzung mit der RAF. Dabei achtete er sorgfältig darauf, dass die Maßnahmen zum Schutz des Grundgesetzes nicht ihrerseits das Grundgesetz verletzten. Und nach dem Machtwechsel 1982 in Bonn verhinderte er als SPD-Chef und Oppositionsführer eine tiefergehende Krise seiner Partei, sorgte aber auch dafür, dass Anliegen der neuen sozialen Bewegungen Eingang in die Programmatik der SPD fanden.

### **Maßstäbe demokratischer Kultur**

Hans-Jochen Vogel war ein Pflichtmensch, der in jeder Leitungsfunktion von seinen Mitarbeitern viel, von sich selbst jedoch noch mehr verlangte. Dies war aber nur ein Zug seiner vielschichtigen Persönlichkeit, zu der seine Pünktlichkeit ebenso gehörte wie bürokratische Ordnung. Zugleich war er ein Kümmerer, der sich im Dienst für andere sah. Seine Bürgerbüros in Berlin und München waren wichtige Einrichtungen, an die sich viele Menschen wandten. Vogel setzte sich für Schwache, Bedrängte und Zukurzgekommene ein.

In der Auseinandersetzung mit den Vertretern anderer Parteien gab es bei ihm – trotz Schärfe – nie Entgleisungen, was seiner Selbstdisziplin wie seinen Vorstellungen von demokratischen Formen entsprach. Er sah eine über die Grenzen der einzelnen Parteien hinausreichende Verantwortung der Demokraten, die ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Gründung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie fand. Um diesen Verein hat er sich buchstäblich immer wieder gekümmert. Wenn der Vorsitzende oder der Geschäftsführer ihn besuchte, so hatte er auch in den letzten Jahren und Monaten eine ganze Liste von Fragen, Anregungen und Bitten, nahm solche aber auch bereitwillig entgegen.

Keine Frage, dass Hans-Jochen Vogel – besonders vor dem Hintergrund der Erfahrungen seiner Generation – sich Sorgen machte über Extremismus und Populismus, ja über den Zustand der westlichen Demokratien und um Europa. Wenige Tage vor seinem Tod teilte er den Einrichtungen und Persönlichkeiten, die ihm wichtig waren, das Ende

seiner politischen Tätigkeit mit. Er blickte in diesem Text noch einmal auf Vorbilder und seine Arbeit zurück. Bescheiden bezeichnete er sich als „Staatsbürger, der über 60 Jahre seines Lebens in öffentlicher Verpflichtung stand, die 1955 in der bayrischen Staatskanzlei begann und 1994 mit der für die Demokratie maßgeblichen Rolle der Opposition endete“. Die Erklärung gipfelte in der Aufforderung an uns und andere: „Sorgen Sie dafür, dass Deutschland bleibt, wofür wir gekämpft haben.“ Unser Verein wird alles daransetzen, dieses Vermächtnis zu erfüllen.

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 105/2020*

## Zur Vereinsentwicklung der vergangenen Jahre

(Interview Liane Czeremin)

Nach mehr als fünf Jahren als Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gibt Bernd Faulenbach den Vorsitz der Vereinigung ab. Als Historiker war er mit Vorträgen bei Veranstaltungen in zahlreichen Regionalen Arbeitsgruppen zu Gast, er hat die Vereinigung von Beginn an mit seinem Engagement begleitet, ihre inhaltliche Ausrichtung maßgeblich mitgeprägt. Im Interview zieht er für uns Bilanz.

### **Wenn Sie Ihren Enkeln erklären möchten, was Sie bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. die ganze Zeit gemacht haben, was würden Sie Ihnen sagen?**

Die beiden Bochumer Zwillinge, neun Jahre alt, haben anders als der zweieinhalb Jahre alte Enkel in Brüssel einige Vorstellungen von dem, was ich so tue: im Lande umherfahren, besonders häufig nach Berlin, Vorträge halten, an Sitzungen teilnehmen, Aufsätze und Bücher schreiben und vieles mehr. Doch um ihnen klar zu machen, was „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ eigentlich heißt und deshalb die Arbeit in erheblichem Maße prägt, würde ich ihnen die Lebensgeschichte von Susi Schmerler erzählen, einem jüdischen Mädchen aus Bochum, das den Holocaust überlebt hat und dessen eindrucksvolles Tagebuch von 1938-45 erhalten und kürzlich publiziert worden ist. Und dann würde ich mit ihnen darüber sprechen, warum man diese Geschichte nicht vergessen darf und was diese und andere Überlieferungen für die Gegenwart bedeuten, insbesondere für das Zusammenleben der Menschen und die Politik, für die sich beide schon interessieren.

### **Seit mehr als fünf Jahren sind Sie nun Vorsitzender unserer Vereinigung. Im Vorstand sind Sie aber noch viel länger aktiv. Welche Gefühle überwiegen bei Ihnen bei dem Gedanken daran, sich nun aus dem Vorstand zu verabschieden?**

Etwas Melancholie ist schon dabei. Doch überwiegt das Bewusstsein, einer Vereinigung gedient zu haben, die einen wichtigen Beitrag zur demokratischen politischen Kultur leistet. Daher habe ich viele recht unterschiedliche, doch tüchtige engagierte Leute kennengelernt und mit ihnen zusammenarbeiten dürfen: im geschäftsführenden Vorstand, im Gesamtvorstand, in der Geschäftsstelle und bei Besuchen und Tagungen der Regionalen Arbeitsgruppen. Ihnen allen, vielen Einzelnen, habe ich zu danken, ich kann sie hier nicht alle aufzählen. Ich bin sehr froh, dass der geschäftsführende Vorstand einen hochangesehenen Nachfolger sowie für die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden herausragende Persönlichkeiten hat gewinnen können, denen zuzutrauen ist, dass sie sich mit den Herausforderungen der Gegenwart auseinandersetzen.

**Sie sind ja auch ein Zeitzeuge von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.: Wenn Sie an die Anfangszeit zurückdenken, in der Sie begonnen haben, sich für den Verein zu engagieren: Wie unterscheiden sich die Bedingungen der Vereinsarbeit heute von damals?**

Tatsächlich bin ich ein Zeitzeuge selbst für die Entstehung des Vereins. Kürzlich fand ich in meinem Tagebuch einen Eintrag vom Dezember 1989 über eine Gesprächsrunde, zu der der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Heinz Putzrath, einen kleinen Kreis eingeladen hatte, um mit diesem die Idee eines Vereins zu erörtern, durch den die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit dauerhaft gesichert werden sollte. Wir haben damals bereits darüber beraten, wie der Verein organisiert werden sollte, wie er heißen sollte und wen wir dafür gewinnen wollten. Unter dem Eindruck gravierender ausländerfeindlicher Mordaktionen wurde der Verein dann 1993 von mehreren Persönlichkeiten unter Führung Hans-Jochen Vogels endlich gegründet. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. förderte in den ersten Jahren Aufarbeitungsprojekte, führte Fahrten zu Gedenkstätten durch und intervenierte im politischen Raum, vor allem bei Fragen des Umgangs mit dem Erbe der NS-Zeit, insbesondere auch mit der Entschädigung von Überlebenden, etwa der Euthanasieopfer, Zwangssterilisierten und der Zwangsarbeiter. Es würde sich lohnen, die Geschichte des Vereins in den 1990er Jahren, in denen zum Beispiel eine Delegation mit politischen Aufträgen in die USA flog, im Kontext der Zeit näher darzustellen.

Die heutige Arbeit ist deutlich breiter getragen und in den Formen ungleich vielfältiger. Erheblich verändert wurde der Verein durch die Gründung und die sich in beeindruckender Weise entwickelnde Arbeit der Regionalgruppen in der ganzen Bundesrepublik, auch durch neue Projekte in der Geschäftsstelle, zum Rechtsextremismus und anderen Extremismen, zur Integration von Migranten und Minderheiten. Es führt hier zu weit, die beachtliche Bandbreite der Themen und Formen ausführlicher zu umreißen. Die Diskussionen sind heute häufig hektischer und ich glaube, dass wir fähig bleiben müssen, auf Geschehnisse und Herausforderungen nicht nur schnell, sondern auch eigenständig und überlegt zu reagieren.

**Sie haben für diese Mitgliederzeitschrift mehr als 30 Artikel zu den unterschiedlichsten Themen verfasst, das Spektrum reicht von der Erinnerungskultur über die Demokratiegeschichte bis zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie. Welcher Themenbereich liegt Ihnen besonders am Herzen?**

Die Grundanliegen, die wir heute stärker verknüpfen als früher, sind die gleichen wie bei der Gründung des Vereins. Aus diesen Grundanliegen entstehen jedoch – auch angesichts neuer Herausforderungen und veränderter Konstellationen – modifizierte und

auch neue Arbeitsgebiete, für die konkrete Analysen, Konzepte und Ziele zu erarbeiten sind. Mir ist es bei unserer Arbeit besonders auf die konzeptionelle Weiterentwicklung angekommen. Es reicht nicht aus, irgendwie aktiv zu sein und sich alarmistischen Stimmungen anzupassen, vielmehr müssen wir unsere spezifischen Beiträge leisten und diese auch in den jeweiligen Kontexten und Gesamtzusammenhängen begründen. Dies schließt eine kritische Selbstreflexivität unseres Tuns ein. Unsere Vereinigung und ihre klare und dennoch unabhängige überparteiliche Haltung bietet für eine offene Arbeit, die historische Erfahrungen und die Bewältigung von Gegenwartsfragen auf der Basis des Wertesystems des Grundgesetzes verbindet, sehr gute Voraussetzungen. Mit beachtlicher Phantasie nehmen Regionalgruppen und auch Einzelne, die in unserem Verein engagiert sind, ihre Aufgaben wahr. Ich habe gerne mitgearbeitet, dabei versucht anzuregen, zu bündeln und zur Reflexion beizutragen.

### **An welchen Stellen haben wir Fehler gemacht?**

Wahrscheinlich an mehreren Stellen. Ein Defizit möchte ich nennen: Wir haben die Aufgabe unterschätzt, ostdeutsche Erfahrungen und Befindlichkeiten einzubeziehen, was freilich schwierig ist, weil diese erheblich differieren; die in den Medien gerne vorgenommene Ost-West-Konfrontation entspricht nicht meinen Erfahrungen. Froh bin ich natürlich über die Stützpunkte, die sich auch in Berlin und Ostdeutschland entwickelt haben. – Vielleicht haben wir uns auch – um noch einen weiteren Aspekt anzusprechen – nicht immer hinreichend auf gemeinsame Positionen verständigt und diese der Öffentlichkeit kommuniziert.

### **Was wünschen Sie sich in Zukunft von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.?**

Ich wünsche mir von unserem Verein, dass er in der gegenwärtigen Umbruchphase eine eigenständige orientierende Rolle spielt durch die Bewahrung und Erweiterung historischer Einsichten und daraus resultierendem politischem Engagement. Ziel sollte dabei die Behauptung der Grundwerte und Institutionen unserer repräsentativen Demokratie sein sowie die Bewältigung europäischer Institutionen- und Demokratieprobleme. Ich hoffe, er wird weiterhin in der Zivilgesellschaft wurzelnd ein realistisches Demokratiekonzept vertreten und dabei neben den Problemgruppen, denen unsere besondere Aufmerksamkeit gilt, die breiten gesellschaftlichen Schichten im Auge behalten, um trotz zwangsläufiger Konflikte einen politischen Konsens und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. wird wirklich gebraucht: ich wünsche allen, die sich hier engagieren, viel Erfolg!

*In: Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 106/2020*

## **Zum Autor**

Der Historiker Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bereits mit der Gründung 1993 beigetreten. Seit 2004 fungierte er als einer der stellvertretenden Vorsitzenden, bis 2012 unter Joachim Gauck als Vorsitzendem, dann unter Wolfgang Tiefensee. Von 2015 bis 2020 war er selbst Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Einen besonderen Schwerpunkt setzte er in dieser Zeit auf die konzeptionell-inhaltliche Arbeit des überparteilichen Vereins, der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte und Arbeit für die Demokratie verbindet.



Der 1943 in Pyritz/Pommern geborene Bernd Faulenbach, der Geschichtswissenschaften, Germanistik, Politikwissenschaft und Philosophie studierte, arbeitete jahrzehntelang an der Ruhr-Universität bzw. an dem mit ihr verbundenen Forschungsinstitut Arbeit, Bildung und Partizipation und lehrt noch heute in Bochum Zeitgeschichte. In seinen Arbeiten setzt er sich u.a. mit Spezifika der deutschen Geschichte im europäischen Vergleich (der Sonderwegsdiskussion) sowie der Rolle der NS-Zeit in der deutschen Geschichte, mit der Parteiengeschichte und der Rolle der Arbeiterbewegung sowie mit der deutschen und der europäischen Geschichtskultur und Geschichtswissenschaft auseinander. Vielfach nahm er zu aktuellen historisch-politischen Kontroversen Stellung.

1991/92 leitete er die Kommission des Landes Brandenburg zur Neukonzeption der Gedenkstätten in Sachsenhausen und Ravensbrück und war von 1993 bis 2020 Vorsitzender der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Er wirkte bei der Realisierung und in der Gremienarbeit des Denkmals für die ermordeten Juden Europas sowie in Beiräten verschiedener Gedenkstätten mit, etwa bei der Konzeptionalisierung der Gedenkstätte Emslandlager (Esterwegen). Außerdem war er ein Jahrzehnt lang Mitglied der Gedenkstättenkommission beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien.

In den 1990er Jahren war er Mitglied der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur und von 1998-2016 stellvertretender Vorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur. Von 2000 bis 2015 wirkte er als ständiges Mitglied in der gemeinsamen Historiker-Kommission der Russischen Föderation und der Bundesregierung Deutschland zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte mit. Seit 2002 ist er Mitglied der Wiss. Leitung des Editionsprojektes des Bundesarchivs „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ (1969–1980). Außerdem hat er u. a. 20 Jahre dem Wissenschaftlichen Beirat des Hauses der Geschichte in Bonn angehört.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. plädiert dafür, vor dem Hintergrund der jüngsten deutschen Geschichte nicht in dem Bestreben nachzulassen, die Werte unseres freiheitlich-demokratischen Grundgesetzes zu verteidigen und zu einer vielfältigen Gesellschaft beizutragen, in der menschenfeindliche Handlungen keinen Platz haben.

Die konzeptionell-inhaltliche Ausrichtung dieses Engagements wurde wesentlich von Prof. Dr. Bernd Faulenbach vorangetrieben. Der Historiker war von 2015 bis 2020 Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Die Arbeit des Vereins prägt er bereits seit dessen Gründung im Jahr 1993 mit.

In diesen Band wurden Essays und Analysen aufgenommen, die Faulenbach in den vergangenen zwei Jahrzehnten vor allem für die Zeitschrift „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ verfasst hat. Gemeinsam ergeben sie ein umfassendes Bild der inhaltlichen Schwerpunkte und Grundsätze, mit denen der Verein an den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Diskursen zu Erinnerungskultur, Demokratiegeschichte, Rechtspopulismus, Migration und Demokratieentwicklung teilnimmt und entsprechende Projekte der historisch-politischen Bildung entwickelt.

\*

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem Einsatz für die Demokratie. Themen sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes, verschiedenen Formen des politischen Extremismus sowie die Stärkung der Demokratie. Der Verein wirbt für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe in einer Gesellschaft in Vielfalt.



[www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)

ISBN 978-3-9820589-6-2